Antifaschistisches INFO BLATT 48

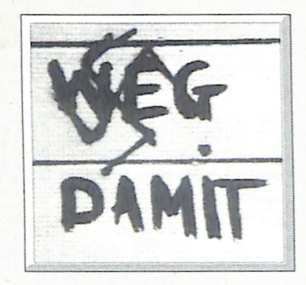
Juli / August 1999 6,– DM

1941 - 1999 Sie sind wieder da!

Schwerpunkt:
Legal - Illegal - Kollateral
Der Krieg gegen Jugoslawien

Internationales:
Nazi-Killer in Schweden, USA und England

MIT 8 SEITEN
Was geht ab?



Antifaschistisches INFO-Blatt
13. Jahrgang
Nr. 48, Juli/August 1999

Redaktion:
AIB, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Fax: 030/694 67 95
e-mail: aib@mail.nadir.org
Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib

e-mail & pgp:
Mails bitte nur als ascii-, MS-DOS-Text oder per pgp verschlüsselt und mit einer Postanschrift anbei. Den pgp-key gibt es auf unserer WWW-Seite oder auf Anfrage, der Fingerabdruck des keys lautet »07 E8 99 62 CE 2E BD 4D BA AE BA 99 62 7A 1B 2E«.

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Konto:
J. Lehmann, 411 960 - 105,
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Erscheinungsweise: Fünf mal im Jahr

Preis: 6,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. vorletzte Seite)

Nachdruck:
In Antifa-Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, andere Publikationen nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

INHALT

Antifaschismus mit Biß!

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen!

Auch wenn der Bombenkrieg der Nato in Jugoslawien seit einigen Wochen beendet und einem »Waffenstillstand« gewichen ist: Angesichts der Tatsache, daß Deutschland zum ersten Mal seit 1945 wieder Krieg führt, haben wir uns dafür entschieden, das Thema zum Schwerpunkt zu machen. Wir sind keine »Jugoslawien-ExpertInnen«, denken aber, daß eine Auseinandersetzung über diesen Krieg und seine Folgen auch in der Antifaszene keineswegs mit dem Ende der Bombardierungen beendet werden darf. Für das Layout des Schwerpunktes haben wir bewußt Bilder aus dem Vietnamkrieg gewählt – sie sollen die Folgen imperialistischer Kriege ins Gedächtnis rufen und an die Wandlung vieler damaliger KriegsgegnerInnen zu den KriegstreiberInnen von heute erinnern. Zum Schluß noch eine Erinnerung: Im September finden mehrere Landtagswahlen statt. In Bundesländern wie Brandenburg und Sachsen ist noch nicht entschieden, inwieweit das RechtswählerInnenpotential die politische Landschaft entscheidend verändern wird. In diesem Sinne: Nutzt den Sommer zu antifaschistischen Aktivitäten auf allen Ebenen und behaltet trotzdem gute Laune.

Eure AIB-Redaktion

Wir müssen uns entschuldigen: Viele von Euch haben lange darauf gewartet, daß das AIB 47 ankam. Durch Umstellungen und Schwierigkeiten bei den E-Mails gab es bei uns größeres Chaos. Sorry, sorry, es soll nicht wieder vorkommen. In diesem Zusammenhang noch zwei Bitten: Pakete können nicht an Postfächer zugestellt werden, achtet darauf, wenn Ihr uns Eure Anschrift mitteilt. Und schickt uns Adreßänderungen und Abowünsche in der nächsten Zeit nicht per E-Mail sondern per Post. Danke für Euer Verständnis und Eure Geduld mit uns. Als ehrenamtliches Kollektiv sind wir leider nicht so perfekt, wie wir – und Ihr – es gerne hätten.



Der Krieg gegen Jugoslawien

Deutschland ist fünfzig Jahre nach der Niederlage im II. Weltkrieg wieder zur kriegsführenden Nation geworden. Die Bilanz ist erschreckend: Die Zahl der Ermordeten steht noch nicht fest, hunderttausende Menschen sind auf der Flucht. Nach der Vertreibung der Kosovo-Albaner folgt die Vertreibung der serbischen Bevölkerung, von Sinti und Roma. Die Infrastruktur Jugoslawiens ist zerstört, und die Balkanstaaten sind durch den Krieg nachhaltig destabilisiert. Das alles weist darauf hin, daß der Krieg mit dem Waffenstillstand noch lange nicht zu Ende ist, sondern nur in eine neue Phase tritt. Bundeswehreinheiten werden auf lange Zeit im Kosovo stationiert sein. Wir befürchten eine Militarisierung der deutschen Gesellschaft. Die NATO-Staaten haben sich die Voraussetzung für eine Vorherrschaft auf dem Balkan herbeigebombt. Nach Beendigung der Kampfhandlungen steht fest, daß die Kosten des Wiederaufbaus die des Krieges noch übersteigen werden. Die Schlußfolgerung liegt nahe: Wäre nur ein Teil des Geldes vor dem Angriffskrieg der NATO für eine zivile Krisenlösung investiert worden, wären die Folgen bei weitem nicht so grausam ausgefallen, dann hätte die Chance für eine innenpolitische Konfliktlösung bestanden. So hat sich die »ethnische Säuberung« durchgesetzt, jetzt installieren die NATO-Staaten ihre Ordnung, am Wiederaufbau verdienen die westlichen Konzerne.

Glaubt man den herrschenden Politikern und ihren Militärs, ging es dieses Mal nicht um »Religion und Rasse«, nicht um Einfluß, Herrschaft und Macht, sondern um einen selbstlosen Dienst an der Humanität, den Menschenrechten und der Demokratie. Ein neues Argument wurde in das Repertoire der Rechtfertigungen für einen Angriffskrieg eingeführt: der militärische Einsatz, um »eine humanitäre Katastrophe« abzuwenden bzw. zu verhindern. Gegner seien nicht »die Serben«, sondern der »Diktator Milosevic« und seine Vasallen. Das machte die einst pazifistischen Grünen in ihrer Mehrheit genauso schwach wie ihr Gegenüber auf Seiten der Sozialdemokratie. Und sie haben sich selbst ein Denkmal gesetzt: Es ist der erste Krieg, den die »politische Linke« von deutschem Boden aus befiehlt. 1939 ist sie nicht gefragt worden und 1914 durften die sozialdemokratischen Abgeordneten nur über die Kriegskredite abstimmen, denen sie bekanntlich auch zustimmten, bis auf Karl Liebknecht, der als einziger Abgeordneter dagegen stimmte. Er wollte nicht so recht folgen, als es seiner Partei darum ging, Demokratie nach Rußland zu exportieren und die russischen Arbeiter vom Zaren zu befreien.

1968 stand ein Teil der jetzigen Kriegsbefürworter auf Seiten der Antikriegsbewegung gegen die Intervention der USA in Vietnam. Heute haben sie vergessen, daß in jenem Krieg die USA für sich selbst die gleiche moralische Legitimation sah wie heute. Damals ging es gegen die »unmenschliche Herrschaft« des Kommunismus, heute gegen die des Milosevic. In den Augen der Aggressoren stellt das keinen Unterschied dar.

Die Herrschenden fanden immer Rechtfertigungen für ihre Kriege. Diese Rechtfertigungen hatten fast nie etwas mit den wirklichen Kriegszielen zu tun, sondern dienten einzig und allein dazu, sich Legitimation zu verschaffen. Darin machte auch dieser Krieg keine Ausnahme.

Für uns ist es keine Frage, gegen die Politik rechter serbischer Nationalisten, die Vertreibung und den Terror gegen die albanische Bevölkerung des Kosovo eindeutige Position zu beziehen. Diese Kreise serbischer Politik führen mehr oder weniger das durch, wovon die heutigen europäischen Nazis und Nationalisten träumen. Deshalb sind die Neonazis gegen diesen Krieg.

Die Bomben der NATO waren das Begleitkonzert, um die Vertreibung der Kosovo-Albaner und Hinrichtungen in diesen Dimensionen überhaupt durchführen zu können. Die Frage, wer dafür verantwortlich ist, wird uns noch lange beschäftigen: Glaubt man der immer noch allseits betriebenen Kriegspropaganda ist die Antwort einfach, es war Milosevic. Andere Berichte weisen darauf hin, daß auf jeden Fall Teile der jugoslawischen Armee die albanische Bevölkerung des Kosovo geschützt haben, es aber oft nicht konnten, da sie durch die Angriffe der NATO und der albanischen UCK davon abgehalten wurden und so Raum für paramilitärische rechte Nationalisten entstanden ist.

Von vollständiger Entwaffnung der UCK, die sich bisher der Unterstützung der NATO gewiß sein konnte, ist ebenso keine Rede mehr. Lediglich die schwersten Waffen sollen sie abgeben. Damit bleibt die UCK weiterhin nicht zu unterschätzender politischer und militärischer Unsicherheitsfaktor im Kosovo.

Nach der Veröffentlichung der bis dato unbekannten Zusatzklauseln des Abkommens von Rambouillet, in denen von Jugoslawien die Preisgabe der staatlichen Souveränität gefordert wurde, ist deutlich, daß es nicht Absicht der NATO-Staaten war, die zivilen Interventionsmöglichkeiten auszuschöpfen. Die Verhandlungen standen von vornherein unter dem Zeichen der Drohung eines Militärschlages durch die US-amerikanische Außenministerin Madeleine Albright, die für die Militarisierung der US-Außenpolitik steht.

Die Europäische Gemeinschaft hat jahrelang nicht versucht die Probleme des Balkan zu lösen. Vielmehr goß die deutsche Außenpolitik durch die frühzeitige Anerkennung Kroatiens und Sloweniens als eigenständige Staaten Öl in das Feuer auf dem Balkan, machte den Jugoslawen klar, daß vom Westen nichts Positives zu erwarten war.

Wir sind davon überzeugt, daß Krieg das falsche Mittel ist, um Probleme zu lösen, die nur innenpolitisch gelöst werden können. Wir wissen, daß in Kriegen hauptsächlich die Zivilbevölkerung umgebracht wird.



Die NATO als Weltpolizei

Vor zehn Jahren brach das Gefüge der zweiten Supermacht der Erde, der Sowjetunion, zusammen. Der Block der westlichen kapitalistischen Staaten, der USA und der Europäischen Union sowie ihr Militärbündnis NATO triumphierten, ohne eine Rakete abgeschossen zu haben. Heute haben sie die Nachkriegszeit in Europa endgültig beendet und sind sie von ihrer eigenen Stärke und Legitimation dermaßen überzeugt, daß sie glauben sich zur Weltpolizei aufschwingen zu können. Das Selbstverständnis der NATO ist von einer »Verteidigungsallianz« zu einer »Angriffsallianz« geändert worden. Ihr geht es um Ausweitung ihres Einflusses mit militärischen Mitteln. Das Ziel ist die Festigung des Systems der reichen Länder. Diese profitieren von der Armut von zwei Dritteln der Erdbevölkerung. Dieser Krieg ist ein imperialistischer Krieg. Es ist zu befürchten, daß der militärische Erfolg der NATO sie zu weiteren Kriegen dieser oder anderer Art ermuntern wird.

Die Lehren der bisher größten Katastrophe in der Menschheitsgeschichte sind in Vergessenheit geraten. Nach dem II. Weltkrieg waren zwei der Konsequenzen die Gründung der Vereinten Nationen und die Festschreibung völkerrechtlicher Prinzipien.

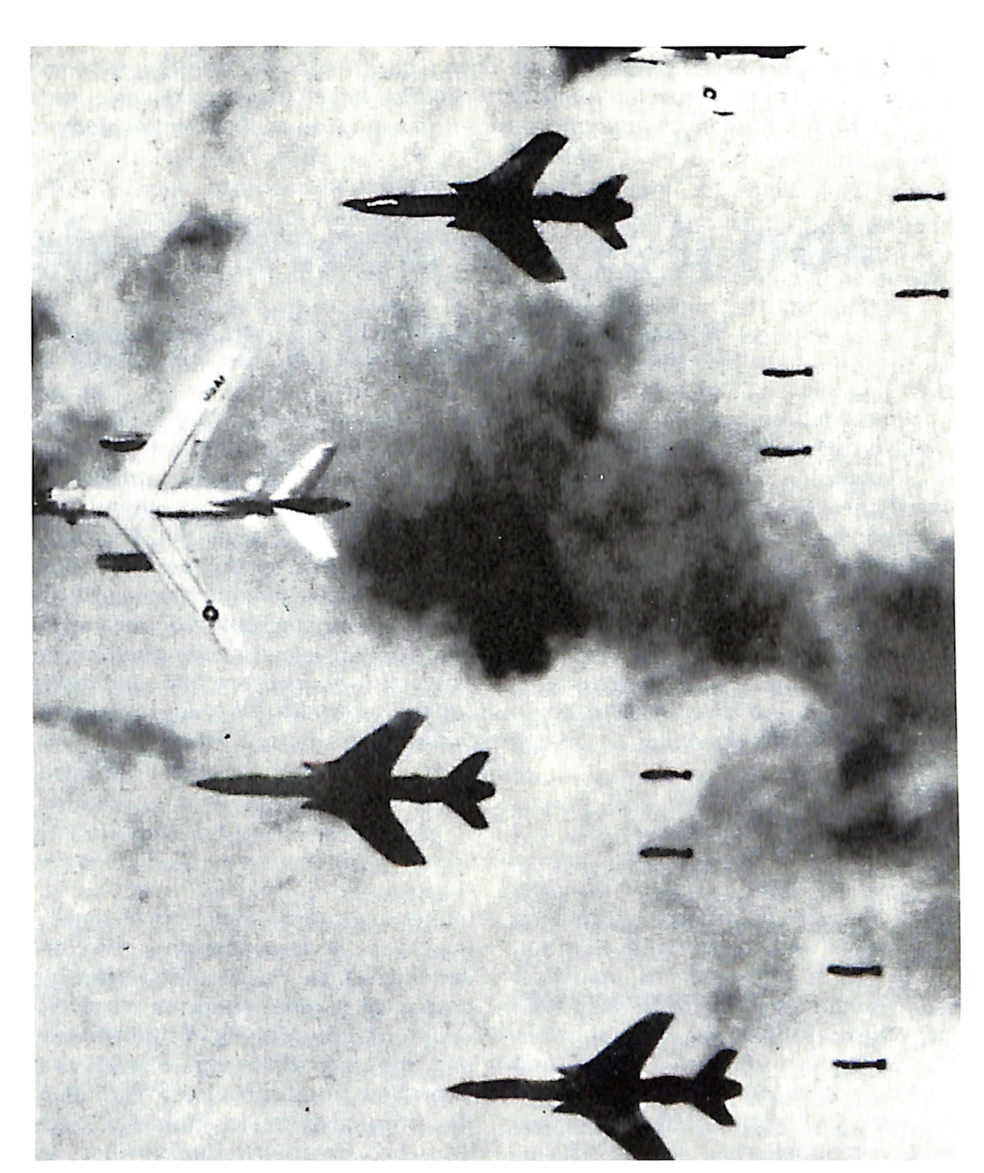
Diejenigen, die heute von Demokratie sprechen, haben alle vertraglichen Bindungen und verfassungsrechtlichen Schranken systematisch gebrochen – sie handeln gegen ihre eigenen Parteiprogramme, das Grundgesetz, die UN-Charta, die KSZE-Schlußakte, die NATO-Charta.... Sie haben die »checks and balances«, die Krisen und Konfliktbewältigungsmechanismen, die im Zeitalter atomarer Konfrontation entwickelt wurden, durch die Macht des vermeintlich Stärkeren ersetzt – die Politik durch den Krieg, das Recht durch die Gewalt.

Es gibt keinen Grund sich auf die Rationalität der Herrschenden zu verlassen, keinen Grund zu glauben, daß Vernunft sie von weiteren Kriegen abhalten würde, keinen Grund zu denken, daß es mit ihnen keinen großen III. Krieg geben würde. In Diskussionen mit Freundinnen und Freunden ist es oft auffällig, daß dieser Krieg zu einem »Nicht-Thema« gehört, das mit Achselzucken quittiert wird, bevor zum nächsten Thema übergangen wird. Die letzten Einschußlöcher aus dem zweiten Weltkrieg sind überputzt worden und die Ruinen geschliffen, die mahnende Erinnerung verblaßt.

Man stelle sich das Szenario mal andersherum vor: Die Sowjetunion hätte 1990 nach ergebnislosen Verhandlungen die Türkei wegen des Krieges gegen die Kurden ohne UN-Mandat angegriffen, mit dem Argument, daß im Asien des 20. Jahrhunderts kein Terror gegen die Zivilbevölkerung und deren Vertreibung hinzunehmen sei. Die englische Botschaft sei »versehentlich zerstört« worden und der NATO würden die «Friedensbedingungen« diktiert.

Rußland und China sind zwar ökonomisch mit dem Westen eng verbunden bzw. abhängig, aber daran zu glauben, daß sie deshalb gegenüber Kriegen der NATO passiv bleiben würden, ist machtbesoffenes Wunschdenken. Was geschieht z.B., wenn sich in Rußland die Nationalisten vom Schlage eines Alexander Lebed, eines Shirinovsky oder die National-Kommunisten um Sjuganow durchsetzen? Nach den Erfahrungen des Krieges gegen Jugoslawien wird jedes kleinere Land in der sogenannten Peripherie alles daran setzen, eigene Atomwaffen zu entwickeln. Jeder beliebige Konflikt auf der Welt könnte, nach Versorgung der Kontrahenten mit Waffen

und intensivem Medienrummel, zu einem Interventionskrieg werden, wenn es den NATO-Staaten in das Konzept paßt. Die Gefahr, daß aus diesen regional Konflikten ein weltweiter wird, wird dabei billigend in Kauf genommen.



Linke Kriegstreiber

Wenn sich heute ehemals Linke für einen Krieg aussprechen, heißt das, sie sind auf Seiten der Kriegstreiber angelangt. Der größte Teil der alten 68er, aber auch Teile der ArbeiterInnen- und Menschenrechtsbewegung in Europa, reagieren zwar mit menschlicher Betroffenheit, doch voller politischer Kurzsichtigkeit, in dem Irrglauben beim Zivilisationsexport in Sachen Demokratie mitzuhelfen – mit den Mitteln der organisierten Zerstörung, des organisierten Mordens, was nur andere Ausdrücke für Krieg sind.

Besonders widerwärtig erscheint uns der Versuch, diese Haltung in Deutschland moralisch mit den Erfahrungen von Auschwitz legitimieren zu wollen. Aus dem Land der Täter kommend, preisen die Kriegstreiber das organisierte Schlachten der NATO-Militärmaschine als moralisches Muß. Sie legitimieren dieses Morden als »antifaschistisch« und »demokratisch« und verhalten sich doch so, daß der Eindruck entsteht, daß wieder am »deutschen Wesen die Welt genesen« soll. Der einzige Ernstfall, wo solch ein militärischer Einsatz gerechtfertigt sein könnte und auch in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht stände, ist der eines organisierten Völkermordes bzw. der eines neuen Hitlers, der einer Großmacht vorsteht. Milosevic ist zwar ein korrupter Politiker, doch kein Hitler, und Jugoslawien ist keine Großmacht.

Dabei stehen die ehemals Linken in den Regierungen nicht nur für den imperialistischen Krieg, sondern auch für die Verteidigung einer »neoliberalen« Wirtschaftsordnung, die Worten nichts als ungehemmter Kapitalismus im alten Stil bedeutet. Dieser »Neoliberalismus« hat es geschafft, eine in der Geschichte beispiellose Anhäufung von Reichtümern in den Händen weniger, bei gleichzeitiger Verarmung der Massen, umzusetzen. Diese Wirtschaftsordnung, die mit ihr einhergehende Konkurrenz und der bedingungslose Wettbewerb, die Rücksichts- und soziale Verantwortungslosigkeit, ist die wirtschaftliche und politische Entsprechung zu den Kriegseinsätzen. Wer diese Wirtschaftsordnung verteidigt, verteidigt das Recht des Stärkeren, steht dafür, daß Krieg die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln ist. Die Sozialdemokraten und Grünen haben den Krieg in den Augen der Öffentlichkeit wieder zu einem legitimen Mittel der Politik gemacht. Die Hände reiben werden sich konservative Kreise und rechte Nationalisten, die seit dem II. Weltkrieg darauf hinarbeiten, den gebändigten deutschen Militarismus wieder aus der Büchse der Pandora zu lassen.

Welches Vorgehen ist bei Fortführung dieses Konfliktes, oder bei einem der nächsten Kriege, gegenüber GegnerInnen des Krieges zu erwarten? Wieviel Bestand werden dann die heute so hochgehaltenen Mittel der Demokratie haben? Wenn heute Demokratie die Legitimation ist, einen Angriffskrieg zu führen, wird morgen Demokratie die Legitimation sein, KriegsgegnerInnen zu internieren. Die Rhetorik der KriegsbefürworterInnen weist schon heute diesen Weg, indem KriegsgegnerInnen als Freunde der Vertreibungspolitik serbischer Nationalisten verunglimpft werden. Der Militarisierung der Außenpolitik folgt zwangsweise eine Militarisierung der Innenpolitik.

Wir sind heute noch zu schwach, den Krieg zu stoppen, doch wir sind überzeugt, daß diese Politik genau das Gegenteil ihres vollmundig ausgeschmückten Zieles, der Bewahrung der Humanität, bewirken wird: Kriegseinsätze und Vernichtung, Verrohung und Armut. Opposition ist mehr als notwendig und zwar über die Grenzen der Staaten hinweg, ob in den USA, in Großbritannien, in Rußland oder in Jugoslawien. Wir wissen, daß es in vielen Ländern KriegsgegnerInnen gibt, die ähnlich wie wir denken. Der Krieg hat neue Fakten im politischen Koordinatensystem geschaffen. Jetzt gilt es diese Opposition, in der es bekannterweise mehr als eine Analyse dieses Krieges und mehr als eine Strategie dagegen gibt, aufzubauen und trotz der Unterschiede ein Gemeinsames herauszustellen: Gegen die Militarisierung der Außen- und Innenpolitik und für die Entwicklung ziviler Krisenlösungen ohne die Kriegsgefahr zu schüren und unter dem Deckmantel der »humanitären« Intervention den eigenen Machtbereich zu erweitern.

Wir meinen: Der Hauptfeind steht im eigenen Land. ■

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit den Gründen für den Zerfall Jugoslawiens und den Hintergründen des Kosovo-Krieges. Bei den Diskussionen innerhalb der Redaktion haben wir gemerkt, gab es unter uns teilweise widersprüchliche und kontroverse Einschätzungen über die Ursachen des Krieges gibt. Der nachfolgende Artikel ist ein Diskussionsbeitrag.

Von der Zerstörung des Sozialen zum Zerfall einer Nation

Vor 20 Jahren konnten die meisten JugoslawInnen voller Stolz in die Zukunft blicken: Aus einem von den Nazis verwüsteten Agrarland war ein Industriestaat geworden. Der damalige Staatspräsident Josip Broz »Tito« war sowohl in der westlichen wie der südlichen Welt hoch angesehen und galt als der führende Politiker der sogenannten »blockfreien Staaten« in der UNO. Marschall Tito hatte Jugoslawien, besonders die verfeindeten kroatischen und serbischen PartisanInnen, im Kampf gegen Hitlers Wehrmacht und SS vereint und nach der Kritik an Stalins Führungsanspruch 1948 den sowjetischen Machtblock verlassen. In einem Bericht der Weltbank von 1981 wurde das jugoslawische Entwicklungsmodell hoch gelobt, *»das durchschnittliche Wachstum des Bruttoinlandprodukts betrug 6,1%, und zwar über die Dauer von 20 Jahren (1960-1980), es gab freie medizinische Versorgung, (...) die Alphabetisierungsrate lag bei 91 %, die durchschnittliche Lebenserwartung bei 72 Jahren.«*



Schon einige Jahre vor Titos Tod zogen jedoch drohende Gewitterwolken am Wirtschaftshimmel der Bundesrepublik Jugoslawien auf. Der Wirtschaftsboom war mit sehr hohen Krediten von westlichen Banken und durch die Devisenüberweisungen der jugoslawischen ArbeitsemigrantInnen aus dem westeuropäischen Ausland finanziert worden. Überall hatte Tito Fabriken, Schulen, Universitäten und staatliche Bürokratien aufbauen lassen. Abgesehen von der Leichtindustrie in den reichen Provinzen Kroatien und Slowenien waren nur die wenigsten Betriebe im kapitalistischen Sinne rentabel. Gegen Ende der Tito-Ära war den führenden Politikern der sechs Republiken und der Belgrader Wirtschaftsführung sehr wohl bewußt, daß Jugoslawien infolge der Weltmarktkonkurrenz die Staatsbetriebe sanieren müßte und die maroden Staatsbetriebe nicht weiter aus dem Staatshaushalt über Wasser halten konnte. Auch war den meisten Wirtschaftsbossen und der sozialistischen Elite in den Führungsetagen der staatlichen Bürokratie voll bewußt, daß das Nord-Süd-Gefälle innerhalb Jugoslawiens den Bundesstaat an den Rand des Abgrunds geschoben hatte. Wie ist es zu diesem Nord-Süd-Gefälle gekommen?

Nach der Beendigung der engen wirtschaftlichen Kooperation Jugoslawiens mit der Sowjetunion im Jahr 1948 und der wenig später gescheiterten Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, näherte sich die jugoslawische Wirtschaft immer mehr dem kapitalistischen Weltmarkt an. Die Regierung unter Tito förderte den Aufbau devisenbringender Industriezweige. Das waren vor allem die Leichtindustrie, u.a. die Textilindustrie, und die mit westlichem Kapital und Know-how aufgebauten joint-ventures in Kroatien und Slowenien. So ließ z.B. der deutsche Konzern Neckermann dort in den 70er Jahren massenhaft Kühlschränke und Fernseher produzieren. Hingegen konnten die südlichen ärmeren Provinzen, wie Mazedonien oder der Kosovo, in nur begrenztem Umfang landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe aus dem Bergbau exportieren.

Boom auf Kredit

Infolge des 20jährigen Wirtschaftsbooms wurden die Provinzen des Nordens immer reicher und das Wirtschaftsgefälle immer größer. Ende der 60er Jahre wurde deshalb ein Investitionsfond etabliert, in den Kroatien und Slowenien einen Teil ihrer erwirtschafteten Devisen einzahlen mußten. Mit diesem Fond setzte in den Südprovinzen eine nachholende Modernisierung ein. Besonders im Kosovo, aber auch in Serbien und Mazedonien, wurde jetzt binnen weniger Jahre eine neue Infrastruktur in Form von Fabriken, Schulen, Straßen etc. gebaut. Da die Löhne in der Industrie im Durchschnitt doppelt so hoch wie die Einkünfte aus der kleinbäuerlichen Landwirtschaft waren, setzte eine massive Landflucht ein. Ein regelrechter Bauboom ließ die Städte sehr schnell wachsen, die Kaufkraft der jugoslawischen Bevölkerung wuchs, einfache Konsumgüter waren leicht zu erhalten. Parallel dazu wuchs jedoch angesichts zunehmender Weltmarktintegration und steigender Abhängigkeit von den Exporten die Notwendigkeit der Anhebung der Arbeitsproduktivität. Diese stagnierte aber über Jahre und ging in den 80er Jahren sogar zurück. Die Fabrikdirektoren erhielten die Löhne für die ArbeiterInnen als Gesamtlohnsumme direkt vom Staat. Bis Mitte der 80er Jahre »horteten« sie deshalb einmal eingestellte LohnarbeiterInnen. Außerdem wagten sie auch aus Furcht vor Protesten und Widerstand in den Arbeiterselbstverwaltungsorganen keine Entlassungen. Ein weiterer Grund für die Stagnation der Arbeitsproduktivität lag in der geringen Arbeitsmotivation der ArbeiterInnenklasse. In den Staatsbetrieben wurde recht wenig »produktiv« gearbeitet, in der Regel nur 3-4 Stunden pro Tag. Doch dafür nahmen sich die ArbeiterInnen um so mehr Zeit für Tätigkeiten außerhalb des Betriebes. Es wird geschätzt. daß in den 80er Jahren bis zu 40% des Einkommens von ArbeiterInnen

durch Schwarzarbeit gesichert wurde, was den Menschen zugleich in der Phase der hohen Inflation und Reallohnsenkung das Überleben sicherte.

Auf bundesstaatlicher Ebene war der wirtschaftliche Niedergang nicht mehr aufhaltbar. Die Inflation galoppierte, die aus dem Westen importierten Konsumwaren wurden teurer und teurer, der Dinar war immer weniger wert, die D-Mark wurde zur Ersatzwährung. Nach Titos Tod 1980 wurde den JugoslawInnen



die Rechnung präsentiert: 14 Milliarden Dollar Auslandsschulden. Jugoslawien stand vor der Zahlungsunfähigkeit und war infolge der Ölkrise unbedingt auf neue Auslandskredite angewiesen. Jugoslawien trat deshalb dem Internationalen Währungsfond (IWF) bei, und dieser vergab 1983 den damals größten je vergebenen Kredit an das realsozialistische Land. Allerdings taten die Herrn des IWF das nicht aus purer Lust und Laune. Die Kreditauflagen waren ähnlich gnadenlos wie bei einem IWF-Kredit an Mexiko ein Jahr zuvor, mit dem das mittelamerikanische Land in die Verschuldungsfalle gestolpert war: Der IWF forderte von der jugoslawischen Regierung, die maroden Staatsbetriebe zu sanieren, Hunderttausende von ArbeiterInnen zu entlassen, das Staatshaushaltsdefizit zu reduzieren, den staatlichen Sektor in der Industrie zu privatisieren, die inländischen Kreditzinsen anzuheben und die hohe Inflation zu drosseln.

In der IWF-Falle

Der kanadische Wirtschaftswissenschaftler Michael Chossudovsky sieht in den IWF-Maßnahmen gegen Jugoslawien ein gezieltes »Bankrottprogramm« des Westens: *»Alle Industrieunternehmen waren sorgfältig kategorisiert worden. Unter den von IWF/Weltbank gesponsorten Reformen waren die Kredite an den industriellen Sektor eingefroren worden, mit der klaren Perspektive, den Auflösungsprozeß zu beschleunignen. Das 'Gesetz zur Regelung der Finanzwirtschaft' von 1989 hatte sogenannte »Abwicklungsmechanismen« geschaffen, die besagten, daß ein Unternehmen im Falle einer 45 Tage andauernden Zahlungsunfähigkeit innerhalb von fünfzehn Tagen eine Einigkeit mit seinen Kreditgebern erreichen mußte. Dies erlaubte den Kreditgebern, ihre Kredite routinemäßig als Machtmittel über die zahlungsunfähigen Unternehmen zu mißbrauchen. Wenn keine Übereinkunft erzielt werden konnte, wurde der Konkurs eingeleitet, ohne daß den Arbeitern Übergangsgeldern bezahlt wurden. 1989 wurden so offiziellen Quellen zufolge 248 Unternehmen in den Bankrott geführt oder aufgelöst, 89.400 ArbeiterInnen verloren ihren Arbeitsplatz. Während der ersten neun Monate des Jahres 1990, im unmittelbaren Anschluß an die Installierung (neuer) IWF-Programme, gingen weitere 889 Firmen mit einer Gesamtbelegschaft von 525.000 ArbeiterInnen in Konkurs. Mit anderen Worten: Die gesetzlichen Regelungen führten innerhalb von zwei Jahren für über 600.000 ArbeiterInnen zu Arbeitslosigkeit, und das bei einer nur 2,7 Millionen starken industriellen Arbeiterschaft in ganz Jugoslawien. Die höchste Zahl von Bankrotten und neuen Arbeitslosen entfiel auf Serbien, Bosnien, Herzegowina, Mazedonien und den Kosovo.«*

Doch wie reagierte die Bevölkerung, besonders zu Beginn der Wirtschaftskrise? Für die Bevölkerung und besonders die ArbeiterInnen war zunächst alles unfaßbar. Bis Anfang der 80er Jahre war jede Preiserhöhungen mit entsprechenden Lohnerhöhungen ausgeglichen worden. Ab Mitte der 80er Jahre war davon plötzlich keine Rede mehr. Im Gegenteil: Die Fabrikdirektoren verlangten von den ArbeiterInnen, härter und länger zu arbeiten, ohne daß auch nur ein Dinar mehr in ihre Taschen wanderte. Nach der Gewährung des ersten großen IWF-Kredites im Jahr 1983 bewährte sich für die ArbeiterInnen die unter der Regierung Tito Anfang der 50er Jahre eingeführte Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben. Bis dahin hatten zumeist die von der kommunistischen Partei eingesetzten Direktoren und die technische Intelligenz in den Fabriken das Sagen gehabt. Nun kamen sie gegen die Proteste und den Widerstand der ArbeiterInnen nicht mehr an. Überall wurde gegen die restriktive Wirtschaftspolitik der Belgrader Zentralregierung gestreikt. Arbeiter besetzten Betriebe und setzten die Fabrikdirektoren vor die Tür. Den meisten war dabei aber nicht bewußt, daß sie nur vordergründig gegen die KP-Führung und die korrupte Gewerkschaftsführung, tatsächlich aber gegen die verstärkte Weltmarktanbindung der jugoslawischen Industrie streikten.

Desweiteren forderten die ArbeiterInnen die Umsetzung der nur auf dem Papier bestehenden Selbstverwaltung, und in einigen Betreiben wurden neue, unabhängige Gewerkschaften gegründet. Aufgrund der Streikwelle im ganzen Land und der Massendemonstrationen gegen die neue Führungsriege in Belgrad wurden kurzzeitig massive Lohnerhöhungen und, vor 1989, oftmals die Rücknahme der Massenentlassungen durchgesetzt. Zum ersten Mal gab es in einem realsozialistischen Land offene Arbeitskämpfe, die aber zu keinem Zeitpunkt auf nationaler Ebene die Machtfrage stellten, sondern sich zumeist auf die lokalen bzw. Republikgrenzen beschränkten. Durch die Verfassungsreform von 1974 hatte Tito die Wirtschaftshoheit – bis auf wenige größere Investitionsentscheidungen – und die Geldwirtschaft auf die sechs Republiken (Kroatien, Slowenien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Montenegro) übertragen.

Erste Erosionsprozesse

In dieser Phase Mitte der 80er Jahre schotteten sich die einzelnen Republiken immer mehr voneinander ab. Die noch wohlhabenden Provinzen Kroatien und Slowenien weigerten sich, weiter Gelder in den gemeinsamen Investitionsfond einzuzahlen. Slowenien nutzte das schon unter Tito gewährte Recht der Erhebung von Exportsteuern für Waren in den EU-Raum aus, Serbien erhob Einfuhrsteuern auf Waren aus Kroatien und Slowenien, Montenegro weigerte sich, seine Deviseneinnahmen aus dem Tourismusgeschäft an die Belgrader Zentralregierung abzuführen. Aufgrund der machtvollen Streikbewegung, unterliefen die Regierungschefs der südlichen Provinzen die von allen Republiken unter dem Druck des IWF gefaßten Beschlüsse über die Schließung maroder Staatsbetriebe. Die Auswirkungen der sozialen Krise wurden durch die Teilerfolge der Massenstreiks und Proteste zunächst abgemildert, um dann aber 1989 um so brutaler um sich zu greifen. Als Slobodan Milosevic 1989 an die Spitze der jugoslawischen Führung trat, stand der Bundesstaat Jugoslawien vor dem Ruin. Das ehemals so hohe Wirtschaftswachstum befand sich auf einer rasanten Talfahrt. Das Bruttosozialprodukt ging um mehr als 10 Prozent pro Jahr zurück. Jugoslawien war nur noch auf dem Papier eine Wirtschaftseinheit.



Wenn, wie vielfach in den letzten Wochen innerhalb der Linken argumentiert wurde, die Hauptschuld am Zerfall Jugoslawiens der deutschen Bundesregierung zugeschoben wird, weil sie 1991 voreilig Slowenien und Kroatien als unabhängige Staaten anerkannte, macht man es sich zu einfach. Wie oben geschildert, ist der Zerfall Jugoslawiens auch aus seinen vielfältigen inneren Widersprüchen zu erklären. Die deutsche Bundesregierung hat diesen Prozeß am Ende sicherlich beschleunigt. GEORG FÜLBERTH warnt in der konkret 6/99 vor vereinfachenden Erklärungsmustern, die die Ursachen für den Zerfall Jugoslawiens nur in äußeren Faktoren suchen: *»1980 war Jugoslawien ökonomisch am Ende, und spätestens 1989 war dies auch allen Beteiligten klar. Die einzelnen Republiken verhielten sich nach der Losung 'Rette sich, wer kann'. Slowenien und Kroatien, weniger arm als die anderen, sahen in dem Gesamtstaat nur ein Hemmnis ihrer weiteren Entwicklung....«* Auch der IWF hat im Fall Jugoslawien »nur« das durchgesetzt, was er gegen andere Entwicklungsländer ebenfalls durchpeitscht. Dabei handelte es sich – entgegen den Theorien von einer antikommunistischen Verschwörung gegen Jugoslawien durch den damaligen US-Präsidenten RONALD REAGAN und anderer westlicher Bösewichte – um nichts anderes als die Durchsetzung eines knallharten, neoliberalen Sanierungsprogramms.

Weitaus schwerwiegender als die Wirtschaftskrise erwiesen sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die Erosionstendenzen durch die immer offener zu Tage tretenden nationalistischen Konflikte. Neben der Befreiung vom Faschismus, bestand Titos historisches Verdienst vor allem in der Zurückdrängung der nationalistischen Konflikte besonders zwischen Kroatien und Serbien, aber auch in der Eindämmung der nationalistischen Rivalitäten zwischen Kosovo-Albanern und Serben. Damit war es nach dem Ende der Tito-Ära vorbei. Das Konstrukt des Bundesstaates Jugoslawiens unter Tito beruhte wesentlich darauf, daß das für den Sieg über den Faschismus so entscheidende Militärpotential Serbiens und die später so starke serbische Militärmacht eingebunden wurde und die serbischen und kroatischen Großmachtbestrebungen der Vergangenheit angehörten. Das änderte sich radikal ab Mitte der 80er Jahre, als die sozialistische Führungselite immer mehr auf die zunächst nationale und später nationalistische Karte in den verschiedenen Republiken setzte. Das entscheidende Paradebeispiel dafür ist der Aufstieg Slobodan Milosevics in Serbien, der 1987 vom Zentralbankchef zum Vorsitzenden der serbischen Kommunisten gewählt wurde. Er verstand es geschickt, sich einerseits als Verwalter von Titos Erbe zu präsentieren, indem er sich u.a. gegen eine vorschnelle Privatisierung der Staatsbetriebe wandte und sich vordergründig für den Erhalt Jugoslawiens einsetzte, aber andererseits gerade im Kosovo massiv die nationalistischen Konflikte schürte.

Der Kosovo

Der Kosovo war schon unter Tito die unruhigste Region Jugoslawiens und mit Abstand die ärmste Provinz. Bereits 1968 ließ Tito gegen demonstrierende StudentInnen und ArbeiterInnen im Kosovo Panzer auffahren. Seit 1974 wurde der Kosovo eine autonome Provinz, mit eigenen Schulen, Universitäten, Sprache und einer relativ unabhängigen Verwaltung. Dies hatte zur Folge, daß zwischen Anfang der 70er und Anfang der 80er Jahre rund 57.000 Serben den Kosovo verließen (New York Times, vom 21.1.1982).

Aber trotz aller kosovo-albanischen Autonomie und Wirtschaftshilfeleistungen durch die Belgrader Zentralregierung blieben die Konflikte zwischen Serben und Kosovo-Albanern bestehen. Bei den sozialen Unruhen und Studentenprotesten 1981 in Pristina attackierten auch zum ersten Mal kosovo-albanische Nationalisten die jugoslawische Armee. In den darauffolgenden Jahren wurden immer wieder serbische Polizeieinheiten überfallen und ermordet. Der Nationalismus auf beiden Seiten begann sich hochzuschaukeln.

Bei mehreren Massenmeetings ab 1987 hatte Milosevic zusammen mit den von ihm hofierten Vertretern der serbisch-orthodoxen Kirche an die historischen Wurzeln Serbiens im »Land der Klöster«, wie der Kosovo von den serbischen Nationalisten genannt wird, appelliert. Die serbischen Nationalisten beziehen sich dabei auf die Vertreibung der Serben aus dem Kosovo im Jahr 1389, als sie gegen das osmanische Reich unterlagen und eine 500jährige Okkupation durch das osmanisch-türkische Reich folgte. Serbische Nationalisten begreifen sich daher auch heute als Verteidiger der europäisch-orthodoxen Kultur gegen die »muslimischen Barbaren« aus dem Kosovo und der Türkei. 1989, 600 Jahre nach der entscheidenden Schlacht auf dem Amselfeld, wurde der Leichnam des damaligen serbischen Heerführers LAZAR in den Kosovo in einer Massenprozession zurückgeführt. Milosevic hielt die Hauptrede auf dem historischen Amselfeld und versicherte seinen AnhängerInnen, daß er diesen »heiligen Boden« Serbiens niemals hergeben werde. Die Lage spitzte sich weiter zu. Die Regierung Milosevic entzog der Provinz 1989 den Autonomiestatus. Die albanisch-sprachigen Schulen und Universitäten wurden geschlossen, Hunderte von Professoren und LehrerInnen entlassen. Danach begannen Kosovo-Albaner unter Führung der LIGA FÜR EIN DEMOKRATISCHES KOSOVO (LDK) von IBRAHIM RUGOVA , eine Parallelstruktur mit albanisch-autonomen Zivilstrukturen auf allen Sektoren aufzubauen, allerdings ohne bewaffnete Einheiten. Am Ende des Bosnienkrieges, bei den Verhandlungen in Dayton 1995, wurde das Kosovoproblem von den Westmächten ausgeklammert, vor allem, um die Zustimmung des jugoslawischen Präsidenten Milosevic zum Vertrag von Dayton zu gewinnen.

Zunehmender Nationalismus

Damals war kaum vorstellbar, daß dieser Konflikt nur das kleine Vorspiel für die Grausamkeiten und Kriege der nachfolgenden Jahre sein sollte. Bei den Republikwahlen 1990 wurden in allen Republiken, bis auf Serbien, nationalistische Parteien und Politiker gewählt. Besonders in Kroatien hatte die deutsche Bundesregierung bei der Gründung und Förderung der nationalistischen Partei HDZ mit ihrem Vorsitzenden FRANJO TUDJMAN kräftig die Finger mit im Spiel. Die ArbeiterInnen hatten aufgrund der oben geschilderten Auseinandersetzungen mit ihren – zumeist mit dem Mitgliedsbuch der jugoslawischen KP ausgestatteten – Fabrikdirektoren und Republikchefs von der kom-

munistischen Herrschaftsform genug. Sie wählten die Nationalisten, die ihnen scheinbar am glaubwürdigsten das Ende der Inflation und ein höheres Einkommen versprachen. Alle Parteien schoben jeweils die Schuld für die Wirtschaftskrise auf die anderen Republiken.

Nach diesen Wahlen beschleunigten sich die Zerfallsprozesse innerhalb des Bundesstaates. Im Juni 1990 erklärte Slowenien nach einem fünftätigen Krieg mit der jugoslawischen Armee seine Unabhängigkeit, wenig später folgte Kroatien. Der neue kroatische Staatschef Tudjman verbündete sich mit den reaktionärsten nationalistischen-faschistischen Kräften. Diese schürten ihrerseits den von Tito mühsam gekitteten serbisch-kroatischen Konflikt aus dem 2. Weltkrieg. Damals hatte das von der deutschen Okkupationsarmee eingesetzte faschistische Ustascha-Regime Kroatien zusammen mit der Wehrmacht mehr als 600.000 Serben umgebracht und das größte Konzentrationslager für die Juden und Jüdinnen auf dem Balkan errichtet.

Ende 1990 kam es zum Krieg zwischen Kroatien und Jugoslawien. Zu Beginn des Krieges marschierten kroatische Einheiten mit Ustascha-Fahnen in serbisch besiedelte Dörfer Kroatiens ein. Die jugoslawische Armee, die größtenteils aus serbischen Soldaten besteht, antwortete mit der Besetzung serbischer Siedlungsgebiete Kroatiens, um diese von Kroatien abzutrennen. Es folgte ein brutaler Krieg gegen die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten. Anfang 1991 wurde der Krieg durch einen Waffenstillstand zwischen Tudjman und Milosevic beendet. Kurz darauf vereinbarten die beiden Regierungschefs in einem Geheimabkommen die Aufteilung Bosniens-Herzegowinas. Dort eskalierten die Kämpfe um die Hauptstadt Sarajewo. Während des vierjährigen Bosnienkrieges starben 200.000 Menschen, mehrere Hunderttausend wurden vertrieben, unzählige Frauen vergewaltigt.



Die Opposition

Doch gegen dieses systematische Morden erhob sich insbesondere in Belgrad eine starke Anti-Kriegs-Opposition. So organisierten u.a. die Frauen in Schwarz Massendemonstrationen mit mehreren hunderttausend TeilnehmerInnen gegen den Bosnienkrieg. Zeitweise nur zehn Prozent der kroatischen und serbischen Wehrpflichtigen rekrutiert werden. Alle anderen desertierten. Frauen trugen auch hier – wie in allen kriegerischen Konflikten – die Hauptlast des Krieges. Sie sind nicht nur Opfer männlicher sexueller Gewalt und Erniedrigung durch die »Soldateska« auf den Kriegsschauplätzen. Auch die Gewalt in den Familien nimmt gerade in Kriegszeiten stark zu. Deshalb richteten die »Frauen in Schwarz« einen selbstorganisierten Notdienst ein. *»SOS-Telefone gibt es für die Opfer ethnischer und rassistischer Gewalt, ebenso einen SOS-Dienst für Frauen, Kinder und Opfer familiärer Gewalt sowie rechtliche und psychologische Hilfe für die Bedrohten. Der Staat ist offensichtlich nicht daran interessiert, sich mit dieser Gewaltproblematik auseinanderzusetzen. Auch in kleineren Städten wie Leskovac und Nis, in abgelegenen Regionen von Montenegro und Serbien, in patriarchalischen, ländlichen Gebieten werden solche Telefone selbstorganisiert«*, schreiben die Frauen in Schwarz (graswurzelrevolution 4/99). Sie wehrten und wehren sich auch gegen die Frauen zugewiesene Rollenzuschreibung als »Soldatenmütter«: *»In militarisierten Gesellschaften, wie der in Serbien, ist die Identität der Frauen reduziert auf ihre Rolle als Mutter: Sie sind da, um den Fortbestand der Nation sicherzustellen, Söhne für die Verwendung in der Armee und die Verteidigung ihrer Heimat zu reprodzuieren. (...) Zusammen mit der konstanten Zwangsmobilisierung von Männern für den Krieg, gibt es im Hintergrund eine Propaganda für die Mobilisierung von Müttern, hauptsächlich aufgrund der niedrigen Geburtenrate unter Frauen der (serbischen) Mehrheitsnation. Von den Frauen serbischer Nationalität wird verlangt, 'die Nation vor dem Verschwinden zu bewahren', und weiter, ihre 'nützliche' Rolle für die Bedürfnisse der Armee und des Krieges zu erfüllen.«*(Stasa Zajovic, Frauen in Schwarz, Belgrad 1995; «Women and Militarism in Serbia«)

Ursachen des Zerfalls

Zusammenfassend betrachtet reicht als Erklärung für den in den 80er Jahren aufkommenden Nationalismus der beschriebene wirtschaftliche Niedergang nicht aus. Die Unterdrückung der serbischen Minderheit in Kroatien, der Moslems in Bosnien, der Albaner in Kosovo usw. läßt sich nur durch mehrere Faktoren beschreiben. Beispielsweise wurden nationalistische Ressentiments zwischen katholischen Kroaten, orthodoxen Serben und muslimischen Bosniern bzw. Albanern nach den offiziell atheistischen Zeiten Titos u.a. von Milosevic ab Mitte der 80er Jahre bewußt wiedererweckt. Entsprechend wurde die Einsetzung der serbisch-orthodoxen Kirche zur Staatskirche durch Milosevic von Moslems und Katholiken als direkter Affront verstanden.

Martin Rheinlaender schreibt in der Aprilausgabe der Zeitschrift »Die Aktion« folgendes: *»Daß in ganz Osteuropa erst unter staatssozialistischer Macht stabile Nationalstaatskonstruktionen entstanden, legitimiert weder diese Systeme noch deren Nation-Form. Sie wirft aber die Frage nach einer fortschrittlichen Aneignung des historisch erreichten Standes von Vergesellschaftung auf. Die Nonchalance, mit der heute eine abstrakte Kritik der Nationalstaatlichkeit Hand in Hand gehen kann mit der imperialen Zerstörung sozialer und politischer Räume, läßt diese Frage um so dringender erscheinen. Anders gesagt, nicht die Idee einer jugoslawischen 'Nation', wohl aber das Konzept einer Staatsform, die sich eben nicht mehr ethnisch-national begründete (wie unter Tito), ist ein historischer Fortschritt gewesen und bleibt es in der Rückschau angesichts der Zerstörung des Sozialen im ehemaligen Jugoslawien um so mehr.«* ■



Die neue Nato-Strategie und ihre Umsetzung im Kosovo: Vom »Verteidigungsbündnis« zur universellen Eingreiftruppe

Krieg heißt jetzt Krisenintervention

Als die Nato sich am letzten April-Wochenende in Washington traf, um ihren 50. Geburtstag zu feiern, war der Krieg in Jugoslawien bereits in vollem Gange. Ein Angriffskrieg, der neben dem Bruch des bestehenden Völkerrechtes scheinbar allem widerspricht, was das »Verteidigungsbündnis« Nato bis dato als militärische und politische Prinzipien verkündet hatte. Daß sich diese Prinzipien auch in der Vergangenheit stets als weit interpretierbar erwiesen haben, ist das eine. Das andere ist, daß die Nato seit dem Zusammenbruch des Ostblocks bemüht war, auf die veränderte internationale Lage konzeptionell und strategisch zu reagieren. Als vorläufig endgültige Antwort in dieser Frage beschlossen die Regierungschefs der Nato-Staaten auf der Geburtstagsfeier am 25. April das Neue Strategische Konzept des euro-atlantischen Militärbündnisses. Ein Konzept, das in weiten Teilen schon Praxis ist, und dessen Umsetzung man im Jugoslawien-Krieg bereits beobachten kann: Die militärische Durchsetzung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen unter dem Deckmantel humanitärer Krisenintervention. Von der bislang immer noch erklärten Rolle als »Verteidigungsbündnis« hat man sich endgültig verabschiedet, auf dem Programm steht schnelle offensive Intervention – wo, wann, wie und aus welchen Gründen die Nato-Staaten der Ersten Welt es für nötig halten.

Das neue Strategische Konzept, das die Nato-Staaten Ende April in Washington verkündet haben, ersetzt die vorangegangene Novelle der Leitlinien von 1991. Es legt nun auch offiziell das Verständnis der neuen Rolle der Nato als internationale Interventionsmacht fest, das in den Jahren seit dem Zusammenbruch des Ostblocks herausgebildet wurde. Neben dem Schutz der Nato-Staaten durch Abschreckung und Verteidigung im Angriffsfall, der nach wie vor als ein zentraler Punkt definiert wird, sieht das Strategiepapier erhebliche Erweiterungen der Nato-Befugnisse vor: Das Bündnis stehe bereit, *»zu wirksamer Konfliktverhütung beizutragen und aktive Krisenbewältigung zu betreiben, auch durch Krisenreaktionseinsätze«*[1].

Unter welchen Voraussetzungen diese Einsätze stattfinden sollen, ist in dem Papier nur sehr schwammig formuliert. Gründe können neben der militärischen Bedrohung demzufolge *»Terrorakte, Sabotage, (...) Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen«*[2] sein. Dazugezählt werden aber auch Organisiertes Verbrechen und die *»unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte«*[3], sprich Flüchtlingsbewegungen. Im Klartext: Die Nato greift dann ein und im Zweifelsfall auch an, wenn die politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Interessen der Mitgliedsstaaten dies erfordern.

Wo diese Interventionen stattfinden sollen, bleibt in dem Papier ebenfalls unklar. Dort ist von der *»Sicherheit und Stabilität des euro-atlantischen Raums«*[4] ebenso die Rede, wie von *»Krisen an der Peripherie«* dieses Gebietes. Die Franzosen interpretieren dies als weitgehende Beschränkung auf das Bündnisgebiet. Die USA und Nato-Generalsekretär Javier Solana hingegen sehen sich – gerade im Hinblick auf die Durchsetzung der oben genannten Interessen – keinesfalls verpflichtet, sich mit den Einsätzen auf Europa und Nordamerika zu beschränken. Hierfür ist nach Solanas Interpretation noch nicht mal ein UN-Mandat notwendig. Die Franzosen sehen dies zwar wiederum anders, beteiligen sich andererseits aber am Krieg in Jugoslawien, der ohne UN-Mandat außerhalb des Bündnisgebiets geführt wird.

An der Nato Wesen soll die Welt genesen

Auch Bundeskanzler Gerhard Schröder sieht keine zwingende Notwendigkeit eines UN-Mandats auch für Nato-Einsätze, kann hierin aber keine Selbstmandatierung der Nato erkennen, da sich das Militärbündnis ja nach internationalem Recht verhalte. Eine Sichtweise, die das Verständnis der Nato deutlich macht: Wir wissen, was Recht und richtig ist und dürfen uns daher auch alles erlauben. Auf diesem Wege wird dann ein Angriffskrieg zur humanitären Krisenintervention erklärt und per se als gerechtfertigt angesehen. Daß der Vorwand, die Menschenrechte im Kosovo retten zu wollen, schon bei oberflächlicher Betrachtung als lächerlich zu entlarven ist, scheint dabei weder Schröder noch die deutsche Öffentlichkeit zu stören.

Auf die Spitze getrieben hat diesen selbstzufriedenen, allumfassenden Wahrheitsanspruch, der kein anderer ist als der der deutschen Soldaten, die 1914 in den Ersten Weltkrieg zogen, um die Welt am deutschen Wesen genesen zu lassen, Außenminister Joschka Fischer. Der zum Kriegstreiber mutierte Ex-Sponti will zwar auf UN-Mandate auch in Zukunft nicht verzichten. Um diese auch zu bekommen, sollen die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates nach seinem Willen aber dazu

verpflichtet werden, ihre Stimmen »im internationalen Interesse« einzusetzen.[5] Im Klartext: Rußland und China sollen im Sicherheitsrat gefälligst den von der Nato diktierten Beschlüssen zustimmen, denn was das internationale Interesse ist, weiß die Nato schließlich am besten. Sie definiert es ja.



Was steckt hinter dem neuen Konzept?

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Nato sich in ihrem Neuen Strategischen Konzept das Recht einräumt, ohne UN-Mandat politisch und militärisch nach ihren Interessen und freier Entscheidung zu intervenieren. Aus der Feder des Leiters des Planungsstabes im Bundesministerium der Verteidigung, Generalleutnant Harald Kujat, hört sich das so an: »*Infolge der neuen Risiken – Sicherheit kann heute weder ausschließlich militärisch definiert noch geographisch eingegrenzt werden – wird die Allianz ihr gesamtes Spektrum politischer und militärischer Reaktionsmöglichkeiten intensivieren. Die Fähigkeit zur effektiven Krisenprävention in den Ursprungsländern steht dabei an erster Stelle.*«[6]

Vor dem Hintergrund, daß insbesondere die USA auch bereits in der Vergangenheit schonungslos ihre machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen auf militärischem Wege durchgesetzt haben, mag dies kaum verwundern. Neu ist indes doch die Rolle der Nato und damit auch die Rolle Deutschlands bei dieser Durchsetzung der imperialistischen Interessen der Ersten Welt. Im Vordergrund stehen nicht mehr die Verteidigung des Bündnisgebietes und die Unterstützung der USA bei ihrer Kriegspolitik, sondern die gemeinsame militärische Durchsetzung der gemeinsamen Interessen überall auf der Welt. Die in der Nato zusammengeschlossenen Länder sehen in dem Bündnis dafür das ideale Werkzeug und haben es in den vergangenen Jahren in diese Richtung umgebaut. Dazu noch einmal Generalleutnant Kujat: »*Was sie* [die Nato, AIB] *damit von anderen Sicherheitsorganisationen unterscheidet, ist nicht nur ein überzeugendes und in sich geschlossenes Konzept für Stabilität in und für Europa, sondern auch das Vorhandensein der Mittel zur Umsetzung dieses Konzepts.*«[7] Im Anschluß macht der Autor die Unzulänglichkeiten von Organisationen wie OSZE, UNO, EU und WEU in diesem Zusammenhang deutlich und postuliert auf diesem Wege den Führungsanspruch der Nato. Wer sich diesem Führungsanspruch ergibt und wirtschaftlich und politisch stabil genug ist, der wird wie jüngst Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in den erlauchten Kreis der Nato-Staaten aufgenommen. Wer sich aber den Nato-Interessen ernsthaft widersetzt, dem ergeht es wie Jugoslawien.

Damit das Militär-Bündnis den neuen Aufgaben gerecht werden kann, hat es in den vergangenen Jahren bereits entscheidende Umbauten in der militärischen Struktur gegeben. Seit 1997 hat die Nato eine neue Kommandostruktur und insbesondere die europäischen Länder sind schon in den vergangenen Jahren dazu übergegangen, ihre Armeen den neuen Anforderungen anzupassen: »*Kleinere, mobile Einheiten sowie ausreichende Transportkapazitäten und Kommunikationsmittel sollen die Projektion militärischer Macht über weite Distanzen ermöglichen.*«[8] Bereits seit 1994 wird das Konzept der Combined Joint Task Forces in diesem Sinne umgesetzt.

> **»Unsere Ideen reichen weiter als unsere Möglichkeiten, sie glaubhaft zu vertreten.«**
>
> Rudolf Scharping, FAZ vom 3.Mai 1999

Testfeld Jugoslawien

Der Krieg in Jugoslawien, der die konsequente Fortführung der Nato-Politik der vergangenen Jahre auf dem Balkan ist, dient gleichzeitig als willkommener Anlaß für die beispielhafte Umsetzung der neuen Strategie: Die Durchsetzung von Nato-Interessen mit militärischen Mitteln ohne UN-Mandat außerhalb des Bündnisgebietes. Für die USA lag darin einerseits die Möglichkeit, das neue Konzept gegen die zum Teil noch zögerlichen europäischen Verbündeten einfach in der Praxis durchzusetzen und andererseits militärische Stärke zu demonstrieren. Allen anderen Ländern wird hier gezeigt, was es bedeutet, sich gegen die Interessen von Nato und USA zu stellen.

Die vorrangigen Interessen der Nato und insbesondere der USA an diesem Krieg dürften allerdings machtpolitischer, wirtschaftlicher und geopolitischer Natur sein. Insbesondere scheint es darum zu gehen, den Balkan weiter aufzuteilen und den russischen Verbündeten Jugoslawien wirtschaftlich und politisch zu marginalisieren. Das an strategisch wichtiger Stelle gelegene Land soll politisch, militärisch und wirtschaftlich verfügbar gemacht werden, um es für den Weltmarkt zu öffnen und an dieser Stelle die Süd-Flanke der Nato zu schließen.

Man kann sich darauf gefaßt machen, daß die Nato auch in Zukunft ihrem Neuen Strategischen Konzept und ihrem Führungsanspruch gerecht wird, und sich endgültig als internationale ordnungspolitische Macht der dort zusammengeschlossenen Staaten der Ersten Welt installiert. Nun geht es nicht mehr auch darum, sich politisch und militärisch gegen einen anderen Machtblock zu stellen. Im Vordergrund stehen die Erhaltung und völlige Absicherung der Interessen der Ersten Welt und damit der Erhalt des Systems von Ausbeutung und Unterdrückung. ■

1) Offizielle Übersetzung des Neuen Strategischen Konzepts der Nato, zit. nach AP vom 25. April 1999
2) ebenda.
3) ebenda.
4) ebenda.
5) zit. nach taz vom 24. April 1999
6) Kujat, Harald: »Überzeugend und umsetzbar – Strategische Perspektiven des Bündnisses«, in: Informationen für die Truppe, Heft 3/99
7) ebenda.
8) Kamp, Karl-Heinz: »Eine globale Rolle für die Nato? – Zur Diskussion um das Neue Strategische Konzept«, in: Informationen für die Truppe, Heft 3/99

Unsicherheitsfaktor UCK

Wer ist die UCK, die USCHTRIA KLIRIMTARE E KOSOWES oder im Englischen KOSOVO LIBERATION ARMY (KLA) – diese Organisation, die noch vor ein paar Jahren im Westen als obskurer Nationalistenverein bezeichnet, dann zur »Befreiungsbewegung« erklärt wurde und mittlerweile als Unsicherheitsfaktor gilt? Auf der Suche nach den Ursprüngen der UCK beginnen die Widersprüche schon beim Gründungsdatum: Französische Medien gehen von 1997 aus, englisch-sprachige Zeitungen datieren die Gründung auf 1996, albanische und kosovo-albanische Quellen sprechen von 1991 bzw. 1992. Der nachfolgende Artikel enthält längere Zitate aus unterschiedlichen Quellen, da sich das AIB bei diesem Thema in erster Linie auf Sekundärquellen stützen muß.



Bis vor kurzem, noch während der Verhandlungen von Rambouillet Anfang dieses Jahres, war die UCK den westlichen Staaten als Bündnispartner durchaus unheimlich, insbesondere den USA: In der zweiten Woche der Rambouillet-Verhandlungen zitiert die Nachrichtenagentur Reuters – am 14. Februar 1999 – einen hohen us-amerikanischen Diplomaten, der lieber ungenannt bleiben wollte, mit den Worten: *»Es gibt eine Asymmetrie in den Verhandlungen, weil auf Belgrad direkter militärischer Druck ausgeübt werden kann, wohingegen die NATO der UCK nicht mit Militärschlägen drohen kann, für den Fall, daß sie dem Vertrag von Rambouillet nicht zustimmen«.*

Bekannt wurde die UCK zunächst durch Anschläge auf Albaner, die nach den Säuberungen der staatlichen Institutionen seit 1990 noch in den serbischen Verwaltungsapparaten arbeiteten und als »Verräter« und »Kollaborateure« stigmatisiert wurden. Zwischen 1996 und 1997 wurden zwanzig Menschen als »Kollaborateure« von der UCK hingerichtet. Das Ziel: Die kosovo-albanische Gesellschaft gegenüber den serbischen Institutionen abzuschotten und zu polarisieren. Es folgten Angriffe auf serbische Vertreter der Staatsmacht, insbesondere Polizisten. Belgrad reagierte mit massiven Truppenstationierungen im Kosovo im Frühjahr 1998 und systematischen Vertreibungen der Bevölkerung in den Hochburgen der UCK im Westen des Kosovo. Nach serbischen Angriffen auf einige Dörfer gründeten sich dort Selbstverteidigungskomitees, die aber von der UCK nicht unterstützt werden konnten. Außerdem erhielt die UCK nicht die notwendige Unterstützung von Seiten der Bevölkerung für den Volkswiderstand, den sie jetzt propagiert. Deshalb wich die UCK in ihre Camps nach Albanien zurück.

Langfristig geht es der UCK darum, ein »Großalbanien«, gestützt auf die albanische Bevölkerung im Kosovo, in Albanien, Mazedonien und Griechenland , zu errichten. Ein Ziel, das ebenfalls vom 1997 abgesetzten ehemaligen albanischen Staatspräsidenten SALI BERISHA verfolgt wird. Auch die jetzige albanische Regierung unterstützt die UCK. Nach Angaben der New York Times soll die albanische Regierung gegenüber den NATO-Ländern als Bürge für die UCK aufgetreten sein.

Deutsche Unterstützung für die UCK

In einem Artikel der Zeitung »The European« vom 24. September 1997 mit dem Titel *»Wie Deutschland die KLA unterstützte«* wird detailliert über eine explizite deutsche Unterstützung für die UCK berichtet. *»Sowohl der deutsche zivile als auch der militärische Geheimdienst sind damit befaßt, albanische Terroristen auszubilden und aufzurüsten mit dem Ziel, den deutschen Einfluß auf dem Balkan zu zementieren und das Flüchtlingsproblem anzupacken.«* Unter Berufung auf diplomatische Quellen in Paris behauptet die Zeitung, das Engagement des deutschen Geheimdienstes habe im Februar 1996 begonnen. *»Die Entstehung der UCK im Jahr 1996 fiel mit der Ernennung von HANS JÖRG GEIGER zum neuen BND-Chef zusammen. Einer der ersten operativen Beschlüsse war die Einrichtung einer der größten Regionalvertretungen des BND in Tirana (...) BND-Agenten arbeiteten eng mit den Führern des SSIK, des albanischen Geheimdienstes, zusammen. (...) Die BND-Männer hatten die Aufgabe, Rekruten für die UCK-Kommandostruktur aus den etwa 500.000 Kosovo-Albanern in Albanien herauszusuchen.«* Auch die Kommunikationsstrukturen der UCK seien weitgehend vom BND beschafft, UCKler in ihrer Handhabung ausgebildet worden. Außerdem seien *»Journalisten, die aus dem Kosovo berichteten, erstaunt gewesen, als Mitglieder der KLA mit schußsicheren Westen der Bundeswehr antraten, die diese offen vor Fernsehkameras präsentierten.«* Der MILITÄRISCHE ABSCHIRMDIENST (MAD) und das KOMMANDO SPEZIALKRÄFTE DER BUNDESWEHR seien mit der Lieferung von Ausrüstungen und Waffen an die KLA beauftragt gewesen, schreibt der European. Ebenfalls im September 1997 zeigte das deutsche Fernsehmagazin »Monitor« in einem Bericht u.a. Panzerfäuste, mit denen die UCK serbische Stellungen angegriffen hatte, *»wie z.B. diese Panzerfaust vom Typ Armbrust für die deutsche Bundeswehr, entwickelt vom deutschen Rüstungskonzern MBB, gefertigt unter deutscher Lizenz in Singapur, jetzt in den Händen albanischer Separatisten, die damit Häuser beschießen. Deutsche Firmen verdienen so am Krieg im Koso-*

vo.« Laut Monitor hatte der BND-Resident in Tirana mit mehreren illegalen Rüstungslieferungen zu tun, die in Deutschland vom MAD, genauer der Abteilung 3 des MAD in Köln, eingefädelt wurden. *»Die waren von ganz oben gewünscht,«* zitierte Monitor einen MAD-Mitarbeiter, der ungenannt bleiben wollte. In den Jahren 1990 und 1991 habe der MAD mehrfach elektronische und optische Überwachungstechnik sowie anderes nachrichtendienstliches Gerät, z.B. Funktechnik, an den albanischen Geheimdienst geliefert. Über den albanischen Geheimdienst sei dann das Material aus Deutschland zur UCK gelangt.[1]

Wie heuchlerisch die deutsche Politik je nach politischen Interessen vorgeht, wird deutlich, wenn man den Bundesverfassungsschutzbericht von 1997 im Kapitel *»Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern«* aufschlägt. Dort kann man über die kosovo-albanische Exilorganisation Volksbewegung von Kosovo und deren Wochenzeitung Zeri i Kosoves (Die Stimme Kosovos) noch lesen, daß *»Mitglieder der Volksbewegung von Kosovo in Deutschland (...) die im Heimatland terroristisch operierende Befreiungsarmee von Kosovo politisch, moralisch und finanziell unterstützen wollen.«* Die Aktionen der UCK im Kosovo beschreibt der Verfassungsschutz als *»Terrorakte, die sich gegen Serben und serbische Interessen sowie gegen albanische Kollaborateure gerichtet hätten.«*

Von einer Miniguerilla zur »Befreiungsbewegung«

Die Ursprünge kosovo-albanischer Autonomiebestrebungen und auch einiger UCK-Anführer reichen weit in die Tito-Ära zurück. 1974 wurde dem Kosovo Teilautonomie zugestanden. Es folgte eine Abwanderungswelle von Serben aus dem Kosovo, von der die New York Times in ihrer Ausgabe vom 12.7.1982 berichtet: *»Serben sind von Albanern unterdrückt worden. Sie haben ihre Sachen gepackt und die Region verlassen. Die albanischen Nationalisten haben eine zwei-Punkte Plattform: Zunächst, die Etablierung einer 'ethnisch reinen albanischen Republik' und dann den Zusammenschluß mit Albanien, um ein Großalbanien zu errichten (...) Rund 57.000 Serben haben den Kosovo in den letzten zehn Jahren verlassen. Der Exodus der Serben ist eines der Hauptprobleme im Kosovo.«* Nach Titos Tod kam es Anfang der 80er Jahre wiederholt zu nationalistischen Protestbewegungen, die eine völlige Loslösung des Kosovo von der Republik Jugoslawien forderten. Ab 1981 wurden diese Proteste vor allem von Studenten getragen. Auch bei den Protesten gegen die Aberkennung der Teilautonomie 1989 spielten Studenten eine wichtige Rolle, so etwa der heutige UCK-Anführer und Rambouillet-Delegationsleiter Hashim Thaci.

Die Föderation Amerikanischer Wissenschaftler schreibt in einem Profil der UCK vom 2. Februar 1999: *»Während des Krieges im ehemaligen Jugoslawien kämpften ungefähr 5.000 ethnische Albaner zusammen mit kroatischen und moslemischen militärischen Formationen. Rugovas Position wurde unterminiert, als die Kosovo-Frage bei der Tagesordnung der Dayton-Friedensgespräche im November 1995 ausgeklammert wurde. Junge Kosovo-Albaner begannen sich zunehmend zu fragen, warum sie an Gewaltfreiheit festhalten sollten, wenn die bosnischen Serben für ihre Brutalität durch ihren eigenen Quasi-Staat innerhalb Bosniens belohnt wurden. Die UCK tauchte zum ersten Mal 1992 in Mazedonien auf. 1995 begannen die ersten vereinzelten Angriffe auf serbische Polizisten durch die UCK. Richtig öffentlich trat die UCK erstmals im Juni 1996 auf, als sie die Verantwortung für eine Serie von Sabotageakten übernahm (...). Nach diesen Bombenanschlägen wurde die UCK von den serbischen Behörden als terroristische Organisation eingestuft. (...)*

Die UCK ist keine einheitliche militärische Organisation, die einer politischen Partei oder zivilen Autorität untersteht, sondern agiert vielmehr als eine Guerilla-Bewegung mit leicht bewaffneten Kämpfern. (...) Die Mitgliederzahlen der UCK sind von 500 aktiven Mitgliedern zu Beginn des Jahres 1998 auf eine Stärke von mindestens einigen tausend Männern angestiegen – wobei einige Schätzungen davon ausgehen, daß es sich um rund 12.000 bis 20.000 Männer handelt. (...) Die UCK ist offensichtlich unterteilt zwischen einem kleinen, sehr beweglichen Kern von einigen hundert gut ausgebildeten Kommandos und einer wesentlich größeren Anzahl von lokal aktiven Mitgliedern in der gesamten Region. (...) Viele Mitglieder von UCK-Einheiten sind professionell ausgebildet und haben ihre militärische Ausbildung in der ehemaligen jugoslawischen Armee bekommen.«



Demgegenüber beschreibt die französische Tageszeitung Libération am 21. Januar 1999 – also drei Monate vor Beginn des Bombenkrieges – ihren LeserInnen die Entstehung der UCK wie folgt:

»Der erste öffentliche Auftritt der UCK-Guerillas fand im November 1997 statt. Bewaffnet und mit Skimasken maskiert, eskortierten sie den Sarg eines Lehrers, der von Serben in dem Dorf Drenica getötet wurde. (...) Einige Monate nach diesem Vorfall, im Februar 1998, starteten die Spezialeinheiten aus Belgrad eine militärische Großoperation, um Adem Jashari und seine Kampfgefährten zu eliminieren, die sie für den harten Kern der UCK hielten. Der gesamte Familienclan, darunter die Kinder, wurden getötet. (85 Personen starben). Der Krieg im Kosovo hatte begonnen.

Zu diesem Zeitpunkt denunzierte der Schriftsteller Ibrahim Rugova – Chef der Demokratischen Liga Kosovas – , die UCK als 'Geschöpf der serbischen Sicherheitsdienste'. (...) Doch viele Kosovo-Albaner, insbesondere die Jugend, waren der mageren Resultate der Strategie des friedlichen Massenwiderstands und der Gleichgültigkeit der internationalen Gemeinschaft überdrüssig. Sie entschieden sich für den bewaffneten Kampf, 'weil das die einzige Sprache ist, die die Serben verstehen'.

Heute, trotz der militärischen Rückschläge, die die UCK im letzten Sommer erlitt, kontrolliert die UCK, die behauptet, sie habe rund 30.000 Kämpfer unter ihrem Kommando, wieder den Großteil der ländlichen Gebiete abseits der Hauptstraßen. Im Frühjahr letzten Jahres (1997) wurde der Schriftsteller Adem Demaci, der 'Mandela des Kosovo', der insgesamt 28 Jahre in serbischen Gefängnissen verbracht hat, ihr politischer Vertreter in Pristina. Trotzdem bleibt die Organisation in

vielerlei Hinsicht ein Rätsel. Undurchsichtig in ihren Strukturen, leicht totalitär in ihren Methoden, sie verbietet beispielsweise in ihren Hochburgen alle anderen albanischen Parteien, die sie als 'unnützen Luxus' bezeichnet (...).

Der von Tito zugestandene Autonomiestatus (des Kosovo) wurde 1989 von Slobodan Milosevic wieder abgeschafft. Daraufhin gingen die meisten der Anführer ins Exil in die Schweiz, nach Deutschland und Schweden. Im Exil schufen sie die militärische Organisation, die Dank der finanziellen Unterstützung der kosovo-albanischen Diasporagemeinde stark wuchs. Waffen sowie Freiwillige kommen durch Nordalbanien, wo die UCK ihre Basisstützpunkte in den Bergen rund um Tropoja, der Hochburg des ehemaligen albanischen Präsidenten und Nationalisten Sali Berisha hat. 'Wir wollen mehr als Unabhängigkeit, wir wollen die Wiedervereinigung aller Albaner auf dem Balkan,' betonte Jakup Krasnigi, Sprecher der Organisation im Juli 1998. (...)«

Einig sind sich die Libération und die Föderation Amerikanischer Wissenschaftler bei der Bewertung des Vorgehens der UCK. Beide sind der Ansicht, daß die UCK eine gravierende Mitverantwortung für die Eskalation im Kosovo trägt und diese von der UCK gewollt wurde. »*Die Bewegung weiß, daß sie selbst jetzt [Jan.1999, AIB], wo sie besser bewaffnet und organisiert ist als im Sommer letzten Jahres, ihre Stellungen gegenüber der serbischen Militärmaschinerie nicht halten kann. Daher ist es ihr Ziel, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und zu schockieren, da dies die einzige Kraft ist, die in der Lage zu sein scheint, die Zögerlichkeit des Westens hinwegzufegen. Seit mehreren Monaten versucht die UCK-Guerilla, die Serben dazu zu bringen, die Grenzen zu überschreiten, indem sie ihre Angriffe gegen einzelne Polizeibeamte vervielfachen. Dadurch versucht sie eine massive Reaktion der Milosevic-Streitkräfte zu provozieren. Diese Strategie ist klassisch.*« schreibt die Libération.

Internationale Söldner in der UCK

Daß auf Seiten der UCK eine größere Anzahl von kroatischen Söldnern kämpft, bestätigen Berichte von kroatischen Tageszeitungen, die ganz offen von einem Kontingent von rund 300 »kampferfahrenen« Kroaten innerhalb der UCK schreiben. Die Mehrheit der auf rund 1.000 geschätzten Söldner sind jedoch Albaner, insbesondere ehemalige Offiziere der albanischen Armee, Polizeibeamte und Mitglieder des Sicherheitsapparates. Augenzeugen bestätigen zudem, daß u.a. Briten und Deutsche, beispielsweise aus Regensburg und Augsburg, als Ausbilder in den albanischen Hauptstützpunkten der UCK auftreten. Es kann davon ausgegangen werden, daß sich internationale Söldner, die vorher für die faschistischen kroatischen Milizen HOS gekämpft haben, mittlerweile der UCK angeschlossen haben – schließlich geht es weiter gegen den »Hauptfeind Serbien«. Mehrere Quellen erwähnen darüber hinaus Söldner aus islamischen Staaten wie Saudi-Arabien oder Bewegungen wie beispielsweise ehemalige Mujaheddin aus Afghanistan. Seit Mitte April hat die UCK mit Agim Ceku zudem einen militärischen Oberbefehlshaber ernannt, der seine Kriegserfahrungen als ranghoher Offizier der kroatischen Armee sammelte und gegen den das Haager Kriegsverbrechertribunal bis vor kurzem wegen seines brutalen Vorgehens gegen Serben im Bosnienkrieg ermittelte.

Die Finanzierung der UCK

Finanziert wird die UCK hauptsächlich durch die Spenden der im Ausland lebenden Kosovo-Albaner. Alleine in den USA – wo mit rund 400.000 Menschen die größte Exilcommunity lebt – sollen im vergangenen Jahr rund 4 Millionen US-Dollar zusammengekommen sein. Koordiniert wird die Spendensammlung durch eine Organisation, die sich Das Vaterland ruft nennt und weltweit Kosovo-Albaner dazu aufruft, drei Prozent ihres Einkommens an die UCK zu spenden. In Deutschland hat die Demokratische Vereinigung der Albaner in Deutschland (DVAD) vor fünf Jahren einen Spendentopf unter dem Stichwort »*Heimat bittet um Hilfe*« eingerichtet, auf den allein im vergangenen Jahr nach Angaben des DVAD-Chefs Kelmendi rund 8 Millionen Mark eingegangen sein sollen.[2]

Diese Zahlen dürften seit Beginn des Bombenkrieges erheblich gestiegen sein. In den Treffpunkten der DVAD rekrutiert die UCK auch die Freiwilligen, die über Italien nach Albanien gebracht werden und in den dortigen UCK-Lagern nach einem 14-tägigen Waffentraining mit den UCK-Kommandos in den Kosovo einsickern. Als eine weitere Finanzierungsquelle der UCK wird in mehreren Quellen der Heroinhandel genannt.

Die Zukunft des Kosovo und die UCK

Während des Bombenkrieges haben NATO-Flugzeuge mehrfach UCK-Einheiten, die in Kämpfe mit der serbischen Armee verwickelt waren, durch Bombenabwürfe unterstützt. Kein Wunder, daß die UCK, die jenseits ihres aggressiven Nationalismus über kein politisches Programm verfügt, bis vor kurzem jegliche Entwaffnung ablehnte. Auch wenn der »Waffenstillstand« der G8-Staaten eine »*Demilitarisierung*« der UCK , aber keineswegs deren völlig Entwaffnung vorsieht, erklärte beispielsweise am 4. Juni 1999 Sabrie Kicmari, diplomatischer Vertreter der UCK in Österreich, gegenüber der taz: «*Unsere Truppen werden weiter gegen die serbischen Aggressoren militärische Aktionen unternehmen, wir sehen in ihnen eine Besatzungsmacht, und nur bei einem gerechten Frieden legen wir unsere Waffen nieder.*« Dementsprechend uneinheitlich agieren regionale UCK-Anführer. Momentanes Ziel der UCK ist es offensichtlich, als kosovo-albanische Ordnungsmacht anerkannt zu werden. Teile der NATO hingegen sehen die UCK jedoch allenfalls als mögliche Polizeitruppe für einen autonomen Kosovo. Interessant ist in diesem Zusammenhang des uneinheitliche Vorgehen der KFOR-Truppen. Während amerikanische und britische Truppen kaum Probleme damit hatten, UCKler zu entwaffnen, begann die Bundeswehr damit erst, nachdem es massive internationale Kritik an deren laissez-faire Haltung gegeben hatte. Je länger der »Waffenstillstand« andauert, desto deutlicher zeigt sich allerdings auch, daß die UCK extrem fraktioniert ist. Neben Gruppen, die von einem islamischen Großalbanien träumen, zeichnen sich vor allem zwei Flügel ab: Auf der einen Seite Hashim Thaci, der sich mittlerweile selbst zum »Premierminister« ernannt hat. Er gibt sich verhandlungsbereit. Von seinen Gegnern wird ihm laut taz »Kommunismus« vorgeworfen. Und auf der anderen Seite Bujar Bukhosi, der lange Zeit zu Rugovas LDK gehörte und als Exilpremierminister der LDK auftrat. Er hat sich hauptsächlich um die Spendensammlungen in der kosovo-albanischen Exilcommunity in Westeuropa gekümmert. Böse Zungen behaupten, mit den Millionen habe er sich seinen politischen Einfluß in der UCK erkauft. Die Division Skanderberg der UCK wurde von ihm kontrolliert.[3]

Die UCK verfügt erst seit Beginn des Bombenkrieges und der massenhaften Vertreibungen von Kosovo-Albanern durch serbische Sondereinheiten über einen größeren Rückhalt in der kosovoalbanischen Bevölkerung. Sie hatte bisher – beispielsweise im Gegensatz zu Ibrahim Rugova – kein politisches Mandat. Sondern sie hat – ebenso wie Milosevics Vertreibungs- und Kriegspolitik – erst die Fakten geschaffen, unter denen die Menschen in der Region jetzt leiden. Und sie wird noch lange ein Unsicherheitsfaktor bleiben. ■

1) Vgl. auch Politische Berichte, 21/98, S.12ff., Konkret, 3/99, S.34 ff.

2) Auch die DVAD und Das Vaterland ruft werden im Bundesverfassungsschutzbericht 1997 erwähnt.

3) Berliner Zeitung, 16. Juni 1999,«Wir greifen der Friedenstruppe ein wenig unter die Arme«. Die Division Skanderberg war eine SS-Division.

Diese Eskalations-spirale durchbrechen

Das folgende Interview mit Annelie Buntenbach Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, haben wir Pfingsten nach dem Sonderparteitag der Grünen geführt. Sie ist erklärte Kriegsgegnerin und bleibt trotzdem in der Bundestagsfraktion der Grünen. Die hier dargelegte Position ist in der aib-Redaktion umstritten. Die Inhalte des Interviews möchten wir deshalb an dieser Stelle zur Diskussion stellen.



mit Annelie Buntenbach (Bündnis90/Die Grünen)

Turbulenter Parteitag gestern! Bist Du vom Abstimmungsergebnis (450 : 320 Stimmen für den Fischer Antrag) enttäuscht, oder war abzusehen, daß der Antrag, der eine sofortige Beendigung der NATO-Angriffe fordert, nicht (mehr) auf Mehrheiten bei den Grünen stößt?

Ich habe befürchtet, daß wir uns nicht durchsetzen können, daher hat mich das nach den Diskussionen der letzten Wochen nicht ganz überraschend getroffen. Aber ich habe natürlich gehofft, daß die Partei die NATO-Bombardierung, nach dem was im Grünen-Programm steht, deutlich ablehnt und sich für das sofortige Ende ausspricht.

Verlieren in dieser Debatte Begriffe wie Fundis und Realos ihre inhaltliche Bedeutung, wenn der Bundesvorstand als Realovorstand bezeichnet wird oder Linke wie Vollmer und Trittin sich aus Verantwortungsgründen für einen Krieg aussprechen?

Erstens ist das kein reiner Strömungsstreit. Und zweitens ist es so, daß viele, die zur Linken gehörten und lange für die Grünen gesprochen haben, sich für den Regierungskurs entschieden haben. Es haben nur wenige Realos geredet, um diese Position zu vertreten. Es sind vor allem die nach vorne gegangen, die linker Herkunft sind wie gerade Ludger Vollmer, Angelika Beer und andere. Man hat sich davon versprochen, daß sie eher im Stande sind, beim Parteitag zu überzeugen und für innerparteiliche Mehrheiten für den Regierungskurs zu sorgen – das hat auch geklappt.

Bist Du persönlich von Leuten enttäuscht, mit denen Du jahrelang gemeinsam linke Politik gemacht hast, daß sie auf einmal umgefallen sind. Und was heißt das für Dich für die Zukunft?

Natürlich bin ich persönlich enttäuscht, sind viele andere persönlich enttäuscht, besonders nach dem Auftritt von Ludger Vollmer auf dem Bundesparteitag, der alles auf die Spitze getrieben hat. Es kommt ja etwas. Wenn man mit Leuten lange auf derselben Linie gearbeitet hat (Ludger Vollmer und Angelika Beer haben ja vorher militärische »Lösungen« ganz entschieden abgelehnt), und sie dann nach Übernahme der Regierung ihre Position so ändern, daß sie für die Luftangriffe eintreten, dann diskreditiert das auch ein Stück gemeinsamer politischer Geschichte.

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz hast Du Dich für einen Verbleib in der Regierung bei einem gleichzeitigen Stopp der NATO-Kriegseinsätze ausgesprochen. Ist das nicht ein Widerspruch?

Mein Interesse war, den Beschluß der Grünen für einen Stopp der Bombardierung zu erreichen und auch die Bundestagsfraktion und die Regierungsmitglieder in die Verantwortung zu nehmen. Der Kurs der Regierung soll sich verändern. Die deutsche Regierung soll sich in der NATO für einen Stopp der Angriffe einsetzen. Es war mir klar, daß das die Frage aufwirft, machen es die Bundestagsfraktion oder Joschka Fischer überhaupt, kann man sich damit durchsetzen.

Für mich war es wichtig, die inhaltliche Entscheidung erst einmal von der Koalitionsfrage zu trennen, damit sich die Grünen inhaltlich entscheiden, ob sie einen Stopp der Bombardierung wollen und sich nicht hinter der Koalitionsfrage verstecken können. Ich habe aber auch immer deutlich gemacht, daß für mich das Ende der Luftangriffe wichtiger ist als der Verbleib in der Regierung.

Eckhard Stratmann Mertens hat sofort seinen Austritt erklärt. Denkst Du, es gibt eine große Austrittswelle und wenn, was wird aus den Austretenden? Sind die Erfahrungen nach den letzten Massenaustritten von Linken 1989 ausgewertet worden? Viele haben sich ins Privatleben zurückgezogen oder haben »Kleinstparteien« wie Öko-Linx gegründet.

Als beim Bundesparteitag jemand gesagt hat, da müßte man eben eine neue Partei gründen, ging ein genervter Aufschrei durch den Raum. Mit Sicherheit wird es noch weitere Austritte geben, weil für viele ein Beschluß, der letzlich den Einsatz von Militär legitimiert, nicht erträglich ist. Das wird aber keine Parteispaltung. Es werden sich eher Einzelne enttäuscht von der Partei abwenden. Aber die Einen werden, das zeichnete sich auch in den Diskussionen nach dem Parteitag ab, trotz dieser Minderheitenposition in der Partei bleiben und sich da weiter für ein Ende des Krieges engagieren. Andere werden rausgehen und aus denen wird jetzt so eine Art Netzwerk, wo diejenigen, die in der Partei bleiben und diejenigen, die sie verlassen haben, gemeinsam gegen den Krieg arbeiten. Ich halte auch für sehr entscheidend, daß sich die Leute nicht vereinzeln oder in Splittergruppen zurückziehen. Ich glaube, die parteiliche Frage, daß es diesen Beschluß gibt, ist bei weitem nicht so wichtig wie die gesellschaftliche Frage. Der Krieg im Kosovo und wie wir dafür kämpfen können, daß die Bombardierungen endlich aufhören, das ist die Frage, vor der wir letztendlich stehen. Und dafür werden wir Angebote machen, um die Energie der Leute, die gegen den Krieg sind, zu bündeln. Das betrifft auch den Versuch, mit anderen Netzwerken wie der Friedenskooperative, zusammenzuarbeiten.

Wirst Du bei den Grünen bleiben und sie noch als Partei ansehen, in der es ein Forum für antimilitaristische, linke Positionen gibt?

Die Entscheidung auf dem Parteitag hat das Gesicht der Grünen entscheidend verändert. Es gibt einen Paradigmenwechsel, der eine politische Zäsur in der Geschichte der Grünen darstellt. Trotzdem werde ich zunächst in der Partei bleiben.

Daß wir die Arbeit gegen den Krieg weiterführen, ist keine Frage. Aber wie die Arbeit in Partei und Fraktion überhaupt aussehen kann, darüber wird es eine Reihe von Gesprächen geben. Was ich und andere Abgeordnete überlegen, ist, die Parteirückspenden, die nach grüner Tradition eine reichliche Summe sind, gebündelt für die Arbeit gegen den Krieg zu investieren.

Warum polarisiert Ihr als KriegsgegnerInnen innerhalb der Bundestagsfraktion nicht mehr? Warum bildet Ihr als KriegsgegnerInnen nicht eine eigene Gruppe im Bundestag?

Die Haltung der KriegsgegnerInnen in der Fraktion ist zwar eindeutig in der Ablehnung des Krieges, aber durchaus unterschiedlich in der Haltung zu Fraktion und Partei insgesamt. Je kleiner aber eine eigene Gruppe im Bundestag ist, desto weniger Möglichkeiten hat sie, überhaupt im Parlament initiativ zu werden und Öffentlichkeit für ihre Position zu erreichen. Auch deshalb haben wir uns entschieden, zunächst als Minderheit in Fraktion und Partei zu bleiben, unseren Zugang zur Öffentlichkeit zu nutzen und von da aus – mit anderen (nicht mehr oder niemals Grünen) zusammen – für die Beendigung des Krieges zu kämpfen.

Fischer hat in seiner Rede gesagt, daß der Ausgangspunkt seines politischen Engagements die Losung »Auschwitz nie wieder geschehen zu lassen« war. Mit diesem Satz begründet er die »Verteidigung der Menschenrechte im Kosovo« mit militärischen Mitteln. Siehst Du in solchen Verbindungen eine Verharmlosung des Begriffs »Auschwitz«?

Entschieden ja, ich finde diese Art der Parallelen absolut unangemessen. Da haben ja auch die Überlebenden von Auschwitz schärfstens protestiert. Wer für das, was im Kosovo passiert, die moralische »Keule« Auschwitz einsetzt, bewegt sich auf einem Gleis von rethorischer Eskalation – in einer Logik von totalem Krieg und totaler Kapitulation.

Es ist ja nicht das erste Mal bei den Grünen, daß für alle Bösartigkeiten auf der Welt der Begriff Auschwitz verwendet wird. Dies ist auch in Bezug auf die Völkermorde in Vietnam oder Kambodscha getan worden. Woher kommt diese Tradition?

Da muß ich erstmal drüber nachdenken – die Grünen haben ein völlig irrationales Verhältnis zum Militär, weil das sozusagen der Gegenstand des Pendels ist. Erst auf gar keinen Fall militärische Mittel einsetzen wollen, und diese Linie dann nicht mehr durchhalten zu können, aber dann auch nicht mehr darüber nachzudenken, was die Bilanz von sieben Wochen Bombardierung ist und was man erreicht hat für all die edlen Ziele, daß sich nämlich die Lage für die Zivilbevölkerung sowie für die Flüchtlinge und die Menschen in Restjugoslawien erheblich verschlechtert hat. Das hat in der Rede von Fischer keine Rolle gespielt, in der Diskussion innerhalb der Grünen genausowenig. Mir ist aber auch aufgefallen, daß gerade von Amerika aus diese Hitlerfrage wieder gestellt wird. Saddam Hussein war der eine Hitler, Milosevic der nächste. Das ist ein inflationärer Gebrauch, um klar zu machen, daß der Feind ein unglaublich gefährlicher Feind sein soll. Ich frage mich immer, wer eigentlich Waffenstillstände oder Friedensabkommen unterschreiben soll, wenn man sagt Milosevic ist Faschismus, er gehört vor ein Kriegsgericht. Dann wird es niemanden geben, der den Vertrag unterschreiben kann, denn er ist nunmal der legitimierte jugoslawische Staatschef.

»Wer für das, was im Kosovo passiert, die moralische »Keule« Auschwitz einsetzt, bewegt sich in einer Logik von totalem Krieg und totaler Kapitulation«

Nun zu Deiner Arbeit in der Bundestagsfraktion. Wie ist da Deine Position als linke Antimilitaristin? Wirst Du mehr als »pazifistisches Aushängeschild« belächelt oder wirst Du politisch ernstgenommen? Kommt es nicht zu Auseinandersetzungen mit der Mehrheit der Fraktion?

Ich glaube, ich bin nicht die belächelte Pazifistin, zumal ich keine Pazifistin bin, sondern Antimilitaristin. Es wird aber auch interessant, was nach dem Parteitag passiert. Bis dahin war es immer wieder zu harten Auseinandersetzungen gekommen. Verhauen hat mich keiner, aber ein gleichberechtigtes Mitglied war ich natürlich nicht, da klar war, daß ich mich mit meiner Position nicht durchsetze. Das war von Anfang an klar, auch bei diesem berühmt berüchtigten Bundestagsbeschluß am 16. Oktober, wo das Exort der NATO, dieses ganze Großszenario, was auch Rambouillet geprägt hat, beschlossen worden ist. Da hat schon die Mehrheit der grünen Bundestagsfraktion zugestimmt. Ich habe mit anderen dagegen gestimmt. Wir haben zwar um unsere Position gekämpft, aber es bestand nie das Risiko, daß wir mit unseren sieben bis neun Leuten irgendetwas durcheinanderbringen könnten.

Wie sieht es mit der Informationspolitik im Bundestag aus? Glaubst Du, daß viele Abgeordnete das Rambouillet-Abkommen kannten?

Nein, das kannte niemand, das war ein Vorratsbeschluß, was aber auch alle wußten. Alle, die abgestimmt haben, auch Angelika Beer, wußten, daß das Rambouillet-Abkommen zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht unterschrieben war, noch nicht mal von der kosovo-albanischen Seite. Der Verhandlungsprozeß war noch lange nicht zu Ende, da wurde schon vom Bundestag das Großszenario aufgebaut, daß NATO-Truppen für die Durchsetzung dieses Abkommens in den Kosovo entsandt werden sollten. Trotzdem haben Angelika Beer, Ludger Vollmer und andere zugestimmt. Man kann sich nicht darauf zurückziehen, daß man vorher nicht Bescheid gewußt hat, weil man genau deswegen nicht hätte zustimmen können.

Allgemein ist die Informationspolitik eher mäßig. Auch die ausschlaggebenden Entscheidungen, wie man sich verhält, wenn Milosevic das Rambouillet-Abkommen nicht nach einigen wenigen Tagen Bombardierung unterschreibt, wie dann die Strategien der NATO aussehen und auf was für einen Prozeß man sich überhaupt einläßt, dazu sind weder in der Fraktion, noch an anderer Stelle überhaupt Auskünfte gegeben worden. Und trotzdem, obwohl klar war, daß es eine hochriskante Eskalationsstrategie der NATO war, ist dem zugestimmt worden.

Ist dem Abkommen zugestimmt worden, weil es bis dato keine Erfolge gegeben hat?

Es ist immer gesagt worden, wir müssen eine neue Bedrohung aufbauen, damit Milosevic sieht, daß wir es ernst meinen. Dann hat der jugoslawische Regierungschef aber nicht so reagiert, wie man sich das bei der Drohung gewünscht hat, und dann mußte man sie realisieren. Dies ist das Szenario, in das man sich ständig begibt, und aus dem man auch jetzt nicht herauskommt, auch die Feuerpause ist an der Stelle eine schwierige Angelegenheit. Wenn da nicht innerhalb von 24 oder 48 Stunden die Bombardierungen ausgesetzt worden wären und die Forderungen der NATO erfüllt worden wären, dann wäre das der Einstieg in die nächste Eskalationsstufe gewesen. Wir müssen diese Eskalationsspirale durchbrechen, wir müssen da raus.

»Es ist immer gesagt worden, wir müssen eine neue Bedrohung aufbauen...«

Zurück zur Bundesdelegiertenkonferenz. An diesem Tag wurden 58 Menschen, die gegen die Kriegspolitik der Grünen demonstrieren wollten, festgenommen. Fischer hat Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung aufgrund eines Farbbeutelwurfes gestellt. Ist es nicht eine absurde Situation, früher sel-

Farbe bekennen



Bielefeld 13.5.1999 Kriegsaußenminister Josef Fischer wird mit roter Farbe beworfen. Ein Zeichen, das viele verstehen und selber gerne gesetzt hätten. Es gibt keine EinzeltäterInnen, wenn sie nicht alleine gelassen werden

für Prozeßkosten spenden

Konto: Ermittlungs-Ausschuß Berlin, »Aufprall«
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10,
Konto-Nr.: 20610106

ber gegen NATO-Parteitage und Kriegspolitik demonstriert zu haben und sie heute als staatlicher Vertreter zu sanktionieren?

(Lange Pause). Ja, das ist mehr als absurd, das ist auch für mich erschreckend, nein, das ist nicht der richtige Ausdruck. Ich habe gestern auf dem Parteitag gesagt, daß ich mir das wünschen würde, daß wir keine Veranlassung hätten, die Parteitage in dieser Form (gemeint ist unter Polizeischutz, Anm. AIB) zu machen.

Wenn Du sozusagen antimilitaristischen Widerstand organisieren willst, befindest Du dich dann nicht in einer Zwickmühle? Da du den Widerstand ja auch primär gegen deine eigene Partei organisieren mußt, weil deine Partei mit in der Regierung sitzt und genauso für diesen Krieg verantwortlich ist, wie die SPD.

Ich bin mir darüber im Klaren, daß es sich hier um einen offensichtlichen Widerspruch handelt. Ich rufe zu Demonstrationen auf, beteilige mich an Aktionen gegen den Krieg, die sich mit aller Klarheit gegen den Regierungskurs aussprechen. Auch in der Bundestagsfraktion werde ich mit einer Minderheit natürlich weiter diese Politik machen, auch mit meinem Abstimmungsverhalten dafür gerade stehen, daß dieser Krieg beendet wird. Weil ich im Bundestag mit meinem Stimmverhalten meine Position zum Ausdruck bringen kann und in diesem Sinne die Regierungspolitik nicht mittrage. Das kann ich auch nach außen vermitteln. Ansonsten wäre es mir aber lieber, wenn dieser Widerspruch nicht bestehen würde.

Eine Frage noch zum Pazifismusverständnis der Grünen: Erklärt sich die jetzige militärische Zustimmung der Grünen auch dadurch, daß der Pazifismus immer moralisch begründet war?

Im Nachhinein muß ich sagen, daß an dem Pazifismusverständnis der Grünen etwas falsch ist. Es ist nie politisch begründet worden, sondern moralisch. Auch aus antimilitaristischer Sicht gab es Kritik am Militärapparat und den Folgen oder an der Militarisierung der Gesellschaft oder an der Außenpolitik, die Volker Rühe Anfang der neunziger Jahre forciert hat. Aber diese kritische Auseinandersetzung hat nur bei einem Teil der Grünen und auch in der Gesellschaft zu wenig stattgefunden. Was es bei vielen Grünen gegeben hat, ist moralisches Verständnis, und das ist natürlich schlicht überboten von dem moralischen Druck, den Kosovo-AlbanerInnen zu helfen. Es gibt dann nicht mehr das Einschalten des Kopfes. Daß mit militärischen Mitteln den Kosovo-AlbanerInnen schlichtweg nicht geholfen ist, sondern das Gegenteil erreicht wird, wurde nicht wahrgenommen. Aber gegen diesen moralischen Impetus der Menschenrechtsverteidigung, der immer dann versagt, wenn es um Lageberichte geht, mit denen Leute dann auch vor Abschiebungen geschützt werden könnten, ist leider kein Kraut gewachsen.

»Damit die Leute begreifen, daß das Militär kein Mittel der Politik ist, sondern schlichtweg das Letzte«

Woran liegt es, daß es gegen den Golfkrieg noch eine große Widerstandsbewegung gab, und heute davon nichts mehr zu sehen ist?

Ich glaube der Kampf gegen den Golfkrieg war der erste Aufschrei über die amerikanische Bombardierung, die deutsche Beteiligung daran, über die NATO. Die Leute waren daran nicht gewöhnt. Zu diesem Zeitpunkt hätte sich niemand vorstellen können, daß es »Out of Area« Einsätze der Bundeswehr geben würde, daß sich die Bundesregierung direkt an einem Krieg beteiligt. Seitdem hat Rühe scheibchenweise die Militarisierung deutscher Außenpolitik durchgesetzt, gegen immer weniger Widerstand, über Kamboscha, Somalia bis hin zu Bosnien. Das führt jetzt zum Kosovo, zum ersten richtigen Kampfeinsatz seit dem zweiten Weltkrieg. Der Widerstand auf der Straße ist immer weniger, der Gewöhnungsprozeß ist größer geworden. Gleichzeitig hat sich die Argumentation über Menschenrechte verfangen. Ich glaube, daß es viele Mittel gibt, Menschenrechte durchzusetzen. Aber das Militär ist dafür nicht geeignet. Und inzwischen ist die öffentliche Haltung eher so, als sei Naumann – der Ex-Generalinspekteur, der sagte, daß die Deutschen das Anrecht auf Zugang zu Rohstoffen in aller Welt notfalls auch militärisch zu verteidigen haben – der Menschrechtsbeauftragte von amnesty international. Das hat sich in der Gesellschaft durchgesetzt. Es ist wichtig, klarzumachen, wie verantwortungslos dieser Einsatz ist und welche katastrophalen Folgen er hat. Damit die Leute in den verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren, begreifen, daß das Militär kein Mittel der Politik, nicht die ultima ratio ist, sondern schlichtweg das Letzte.

Meinst Du, es liegt auch daran, daß man als Kriegsgegner gleichzeitig als Verteidiger der serbischen Verbrechen hingestellt wird?

Ja, ich glaube, es gibt diesen Ultimatismus. Man muß einfach klarstellen, daß das so nicht ist. Wir werden uns da nicht für eine Seite der Kriegsparteien funktionalisieren lassen, sondern wir fordern ja die Einstellung aller Kampfhandlungen. Damit wird nur versucht, die Auseinandersetzung über diesen Krieg wegzudrücken, und die Argumente zu diskreditieren. Es gibt aber noch eine zweite Sache: Es gibt seit dieser Bosniendiskussion eine Gleichung, die in der Realität schlicht nicht aufgeht. Die Gleichung, daß man mit Militär Konflikte druckvoll lösen könnte, und wer gegen Militäreinsätze ist, stehe ohnmächtig daneben.

Man muß aber sagen, wer Militär ablehnt, legt nicht die Hände in den Schoß, sondern es gibt viele andere Mittel, die eingesetzt werden können und müssen, und daß absolut ohnmächtig nur dieser Miltäreinsatz ist.

Vielen Dank für das Gespräch ■

Die Kriegsbetreiber der NATO ziehen immer wieder Parallelen zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und dem serbischen Nationalismus und begründen damit ihren Luftkrieg gegen Jugoslawien. Da ist von »Konzentrationslagern« und von »Bildern wie aus Schindlers Liste« die Rede. Betont wird »Nie wieder Auschwitz« – als ob dies im Kosovo unmittelbar bevorstand. Auch andere Länder machen bisweilen die Rechnung »Milosevic = Hitler« auf, aber in Deutschland wird dies besonders vehement vertreten.



Auschwitz im Kosovo?

Diese Gleichsetzung ist falsch. Sie dient der Verteufelung des Kriegsgegners und soll den Einsatz praktisch aller Mittel gegen Jugoslawien rechtfertigen. Zudem verharmlost sie den deutschen Nationalsozialismus und führt zu einer »Entsorgung« der deutschen Geschichte – ausgerechnet durch »Rot-Grün«.

Die Vertreibung im Kosovo ist kein »Auschwitz«

Bisher hat noch niemand behauptet, daß die Serben im Kosovo Gaskammern betreiben. Scharping und Fischer sind klug genug, ihre Vergleiche mit dem NS nicht an konkreten Fakten festzumachen. Statt dessen wird mit Assoziationen gearbeitet, mit nicht genau definierten Begriffen (»KZ«) und mit erschreckenden Bildern »überfüllte Deportationszüge«. Wer hierzulande den Begriffe »KZs« gebraucht, will damit nicht etwa »große Gefangenenlager, in denen die Inhaftierten mißhandelt und viele getötet werden« bezeichnen, sondern geht stillschweigend davon aus, daß Vernichtungslager assoziiert werden. Damit wird die Beweislast umgekehrt: nicht mehr Scharping muß begründen, warum er von »KZs« spricht, und was dort genau passiert, sondern wir müssen argumentieren, weshalb Mord und Vertreibung im Kosovo etwas anderes sind als das Vernichtungsprogramm der Nazis.

Bisweilen wird uns dann vorgeworfen, wir spielten die Verbrechen im Kosovo herunter. Das ist nicht so. Die Vertreibung von Hunderttausenden und die Ermordung von zahllosen Kosovo-AlbanerInnen (wieviele es sind, werden wir wohl nie erfahren) sind grausame Verbrechen. Trotzdem bestehen wir auf der Feststellung: Vernichtung ist etwas anderes als »ethnische Säuberung«. Die Züge mit jüdischen Deportierten fuhren in die Vernichtungslager, die Züge mit Kosovo-Vertriebenen fahren an die Grenze. Die Morde und Quälereien, die serbische Einheiten im Kosovo verüben, haben eine andere Dimension als das Vernichtungsprogramm der Nazis. (Daß dies für die einzelnen KosovarInnen, die gequält, vergewaltigt oder ermordet werden, kein »Trost« ist, liegt auf der Hand. Aber es geht hier darum, welche historischen Parallelen gezogen werden.) *»Au-schwitz war keine Vertreibung, Auschwitz war auch kein gewöhnliches Kriegsverbrechen. Auschwitz war die industriell betriebene physische Vernichtung der europäischen Juden, von den Betreibern durchaus korrekt »Endlösung« genannt.«* (Allg. Jüdische Wochenzeitung, 15.4.1999) Zur »Endlösung« gehörten auch der massenhafte Mord in den Ghettos und die Einsatzgruppen-Massaker hinter der »Ostfront«.

Daß es nötig ist, den Scharpings und Fischers solche Klarstellungen entgegenzuhalten, ist bitter. Es zeigt, daß es seit 1945 nicht gelungen ist, ein Bewußtsein über das zuvor Geschehene gesellschaftlich zu verankern – ein Versäumnis auch der politischen Linken. »Auschwitz« galt bestenfalls als Metapher für unbegreifbare und unbeschreibliche Schrecken. Nur so ist es möglich, daß Auschwitz heute als Metapher für ganz andere Kriegsverbrechen herhalten kann. Die Singularität der NS-Vernichtungspolitik wird damit geleugnet.

Die mörderische Vertreibungspolitik (»ethnische Säuberung«) im Kosovo ist leider nicht einzigartig. In Türkisch-Kurdistan hat das türkische Militär in den vergangenen 15 Jahren Zehntausende Menschen getötet, zwei Millionen vertrieben und 4.000 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. Kroatische Truppen vertrieben 1995 binnen weniger Tage mehrere hunderttausend SerbInnen aus der Krajina. In viel größerem Ausmaß wurden 1994 in Ruanda binnen weniger Wochen etwa eine halbe Million Menschen getötet und mehr als eine Million aus dem Land vertrieben. Bemerkenswerterweise verglichen deutsche Politiker die gegenwärtigen Verbrechen im Kosovo nicht mit diesen historischen Beispielen, sondern ziehen als Begründung für den ersten Krieg, den Deutschland seit 1945 führt, ausgerechnet Au-schwitz heran.

Bisweilen ziehen auch KriegsgegnerInnen leichtfertige historische Parallelen. Aber auch die Gleichsetzung der deutschen Kriegspolitik auf dem Balkan 1941-1944 mit dem heutigen NATO-Krieg verharmlost den NS. Auch Schröder ist kein »zweiter Hitler«.

Wozu dient der Bezug auf Auschwitz im aktuellen Krieg?

Die NATO-Kriegstreiber wollten angeblich ein »zweites Auschwitz« im Kosovo verhindern. Damit konnten sie alle militärischen Mittel rechtfertigen, die sie wollen. Wenn es konkret definierte Kriegsziele gab, dann lassen sich die Gegenmaßnahmen daran messen: Sind die Gegenmittel verhältnismäßig? Haben sie die erhoffte Wirkung? (z.B.: Wenn das tatsächliche Kriegsziel wäre, die Massenvertreibung zu stoppen, dann wäre es offensichtlich, daß ein Luftkrieg ein ungeeignetes Gegenmittel ist. Wenn es darum ginge, ein bestimmtes Territorium

als Siedlungsgebiet für seine Bewohner zu erhalten, dann wäre es offensichtlich, daß es verkehrt ist dieses Territorium in Schutt und Asche zu bomben und zu verseuchen.)

Aber wenn es gegen »Auschwitz« geht, also gegen ein unfaßbar schreckliches Verbrechen, dann erübrigt sich auch die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Dann ist auch ein Bruch des Völkerrechts akzeptabel, dann kommen auch Splitterbomben und Urangeschosse scheinbar legitim. Daß Scharping und Fischer ihre Auschwitz-Vergleiche selbst nicht ganz ernst nehmen, zeigt sich schon daran, daß sie eben doch nur bestimmte militärische Mittel wählen und andere nicht. Wenn es »im Norden von Pristina« tatsächlich ein KZ gibt (Scharping), warum werden dann nicht auch Bodentruppen eingesetzt, um die Gefangenen zu befreien? Warum wird den Flüchtlingen eine Aufnahme in Westeuropa verweigert? Der Auschwitz-Vergleich dient zur emotionalen Mobilisierung der »Heimatfront«, also der deutschen Öffentlichkeit. In Deutschland kommt hinzu, daß mit der »antifaschistischen« Begründung des aktuellen Krieges das gesellschaftliche »schlechte Gewissen« verdrängt wird, das nach den deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg (gerade auch gegen SerbInnen) womöglich doch noch existiert. Jetzt macht die Bundeswehr die Verbrechen der Wehrmacht wieder gut, sie übt sozusagen tätige Reue. Die Deutschen haben zwar nicht das »erste Au-schwitz« bekämpft und verhindert, aber wenigstens tun sie es dieses Mal. Damit stellt sich Deutschland nachträglich auf die Seite der Alliierten. Scharping *»imaginiert sich selbst als antifaschistischer Kommandeur, der die Zufahrtswege nach Auschwitz bombardieren läßt«* (Günther Jacob). Dadurch wird die deutsche Geschichte entsorgt.

Bemerkenswerterweise ziehen die Rot-Grünen genau die entgegengesetzte Schlußfolgerung aus der deutschen Geschichte als ihre Vorgänger. Kohl und Rühe argumentierten noch: Wegen Auschwitz muß Deutschland sich international zurückhalten. Gerade auf den Balkan, wo die Wehrmacht gewütet hat, sollen keine deutschen Soldaten in Kampfeinsätze geschickt werden. Die Argumentation mag nur taktisch gewesen sein, aber es gab sie. Anders Rot-Grün. Aus ihrer Sicht darf sich Deutschland gerade wegen Auschwitz nicht zurückhalten, sondern ist zur »humanitären Intervention« geradezu verpflichtet. Aber was wäre, wenn der Vergleich doch richtig wäre? Wenn es im Kosovo tatsächlich ein »zweites Auschwitz« gäbe? An diesem Punkt geben wir Fischer und Scharping recht: Die Geschichte hat gezeigt, daß der NS-Völkermord erst durch die militärische Gewalt der Alliierten beendet, daß die Befreiung erst durch die bedingungslose Kapitulation erreicht wurde, auch wenn die Alliierten weniger von humanitären als von machtpolitischen Motiven geleitet wurden. Aber: die Alliierten hatten damals schon im Vorfeld versagt. Die Alternative zur Appeasement-Politik wäre nicht sofortiger Luftkrieg gewesen, wie uns die heutigen Kriegstreiber weismachen wollen, sondern die systematische Isolierung Nazideutschlands. Wirtschaftssanktionen, Solidarität mit der demokratischen Regierung in Spanien gegen die Franco-Putschisten, Schließung der Ford-Fabriken, Unterstützung der antifaschistischen Opposition. Nicht einmal zu einem Olympiaboykott hat es damals gereicht.

Der »Auschwitz-Vergleich« und die »Berliner Republik«

Der aktuelle »Auschwitz-Vergleich« paßt zu den Bemühungen um eine »Normalisierung« Deutschlands (die sich auch an der aktuellen Debatte um ein Holocaust-Mahnmal in Berlin ablesen lassen). Wenn Milosevic Hitler gleicht, wenn die Serben im Kosovo eine Endlösung planen oder durchführen, dann verlieren die deutschen Verbrechen 1933-1945 ihre Einzigartigkeit. Wenn es überall »Hitlers« gibt, dann ist Deutschland ein ganz normales Land, dann hat Deutschland eben seine historischen »Schattenseiten« wie andere Länder auch. Andererseits bekräftigen Scharping und Fischer ja gerade eine deutsche Sonderrolle, wenn sie immer wieder an die NS-Verbrechen erinnern. Deswegen vermeiden die meisten Konservativen die Gleichsetzung »Milosevic = Hitler«, weil sie den NS am liebsten vergessen würden. Aber wahrscheinlich hat der »Auschwitz-Vergleich« nun ohnehin seine Schuldigkeit getan.

Mit Scharping und Fischer ist das deutsche Militär jetzt antifaschistisch geworden und hat sich mit Verspätung auf die Seite der Alliierten geschlagen. Damit ist Deutschland jetzt eine normale Großmacht, wie die USA, Frankreich oder England eben auch und braucht beim nächsten Mal zur Legitimation keine »Hitlers« mehr. Auch nach innen sind die Tabus gebrochen. Das grundgesetzliche Verbot eines Angriffskrieges als eine Konsequenz aus der Nazigeschichte ist praktisch aufgehoben. Für künftige »humanitäre Interventionen« wird die antifaschistische Begründung nicht mehr benötigt.

Wohl kaum jemand dürfte über die aktuelle Gleichsetzung »Vertreibung = Völkermord« mehr Genugtuung empfinden als die deutschen Vertriebenenfunktionäre. Denn wenn die Vertreibung im Kosovo »Auschwitz« gleicht, dann gilt dies auch für millionenfache Flucht und Vertreibung der Ostdeutschen 1944/45. Für diese Gleichsetzung haben die Revanchistenverbände über 50 Jahre lang gekämpft, jetzt wird sie ihnen von Rot-Grün geschenkt.

Die Entsorgung der Geschichte hätte die alte Bundesrepublik nie geschafft. Die CDU (zumindest ihre Stahlhelm-Fraktion) verkörperte die Nazi-Kontinuitäten in der BRD. Ihnen hätte niemand (weder im Inland noch im Ausland) die »Nie wieder Auschwitz«-Parolen abgenommen. Dagegen präsentieren sich die Rot-Grünen als geborene AntifaschistInnen. Die »Alt-68er« Schröder, Fischer, Scharping und Co. präsentieren jetzt »Nie wieder Auschwitz« als ihr »Lebensmotto«. Dieselbe Bundesregierung feilscht derweil mit den wenigen überlebenden ZwangsarbeiterInnen um ihre Rechtsansprüche auf Entschädigung. ■



Von ZAK Tübingen (Zehn alternde Kader),
Kontakt: Belthlestr. 40, 72070 Tübingen

»Bleibt, wo ihr seid«

Die verlogene Flüchtlingspolitik der BRD

Das Ende des NATO-Bombenkrieges bedeutet keinesfalls ein Ende der Fluchtbewegung innerhalb Südosteuropas und nach Westeuropa. Wie in allen kriegerischen Konflikten wird auch im Kosovo-Krieg die flüchtende Zivilbevölkerung je nach politischen Interessen funktionalisiert. Bis zum Einmarsch der KFOR-Truppen im Kosovo hatte das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) insgesamt 782.300 kosovo-albanische Flüchtlinge oder sog. »displaced persons« gezählt – also Menschen, die aus dem Kosovo vertrieben wurden. Davon flohen 21.700 nach Bosnien und Herzegovina, 69.400 nach Montenegro, 247.000 nach Mazedonien und 443.800 nach Albanien. Die westeuropäischen Länder und der NATO-Partner USA hatten dagegen nur eine verschwindend geringe Anzahl von Menschen aufgenommen. Bis Anfang Juni hat Deutschland gerade einmal 13.766 sogenannte Kontingentflüchtlinge ins Land gelassen.[1] Der folgende Artikel beschäftigt sich ausschließlich mit der Situation kosovo-albanischer Flüchtlinge. Ihre Situation ist exemplarisch für die vieler Bürgerkriegsflüchtlinge und AsylbewerberInnen, zumal angesichts der instabilen politischen Situation und der massenhaften Vertreibung von SerbInnen aus dem Kosovo seit dem Einmarsch der KFOR-Truppen, weitere Fluchtbewegungen nach Westeuropa nur eine Frage der Zeit sind und auch diese Neuankömmlinge mit den Bedingungen der Festung Europa konfrontiert sein werden.

Auch wenn mittlerweile knapp 500.000 kosovo-albanische Flüchtlinge wieder in den Kosovo zurückgekehrt sind: Die Tatsache, daß die meisten Flüchtenden in der Region blieben, spiegelt die Bedingungen wider, mit denen die meisten Menschen, die vor Kriegen fliehen, konfrontiert sind. Die Mehrheit der Kosovo-AlbanerInnen hofft auf eine schnelle Rückkehr in ihr Heimatland. Daher wollten viele von ihnen – zumindest zu Beginn ihrer Flucht – möglichst in der Nähe des Kosovo bleiben. Je länger der Krieg jedoch andauerte, desto deutlicher wurde, daß eine schnelle Rückkehr nicht möglich ist. Viele Dörfer und die lebensnotwendige Infrastruktur sind zerstört, die Umwelt ist durch die Bombenabwürfe vergiftet, Landminen bedrohen das Leben der RückkehrerInnen. Dazu kommt, daß die Bedingungen in den Flüchtlingscamps in Albanien und Mazedonien sich zunehmend verschlechtert haben. Versorgungsengpässe, hoffnungslose Überfüllung der Lager und in Mazedonien Schikanen durch die mazedonischen Behörden, haben dazu geführt, daß viele Flüchtlinge die Region verlassen wollen – entweder Richtung Kosovo oder nach Westeuropa. Viele Kosovo-AlbanerInnen haben auch soziale Bezüge insbesondere nach Deutschland oder Österreich. Sie haben hier Familienangehörige, die als Flüchtlinge oder ArbeitsmigrantInnen in Deutschland leben. Oder sie haben selbst schon einige Zeit als ArbeitsmigrantIn oder Flüchtling in Deutschland gelebt.

Doch den meisten Menschen fehlt das Geld, um die rund DM 3.500, die professionelle Flüchtlingshelfer für die Überfahrt einer Familie von Albanien nach Italien verlangen, aufbringen zu können. Die Hoffnung, vor allem jetzt nach Ende des NATO-Bombenkrieges, auf legalem Weg in einem Bürgerkriegsflüchtlingskontingent eines westeuropäischen Landes aufgenommen zu werden, haben die meisten Menschen inzwischen aufgegeben. Denn schon während des Bombenkrieges hatten die westeuropäischen Staaten die Aufnahme der Menschen streng reglementiert und nach Kontingenten festgelegt.

Festung Deutschland

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hatte in Abstimmung mit den Länderinnenministern von Anfang an die Parole ausgegeben, daß die Flüchtlinge doch bitte schön in der Region bleiben sollten. Die Festung Europa und allen voran Deutschland will – wie auch in anderen Konflikten, in denen die westeuropäischen Staaten an Kriegen und Bürgerkriegen direkt oder indirekt beteiligt sind – keinesfalls die Verantwortung für die Konsequenzen übernehmen und schottet sich gegen Flüchtlinge ab. Erst aufgrund der Medienberichterstattung über die Situation in den Lagern in Albanien und Mazedonien, sah sich auch Deutschland gezwungen, zumindest ein kleines Kontingent von Flüchtlingen aufzunehmen. Die anfängliche Zahl lautete 10.000 Menschen, Ende April wurde das Kontingent dann noch einmal um 5.000 Menschen erweitert – nicht ohne den scharfen Protest von Seiten der CDU/CSU-regierten Bundesländer. Bis Anfang Juni hatte Deutschland dann genau 13.766 kosovo-albanische Kontingentflüchtlinge ins Land gelassen. Damit ist die erweiterte Quote noch nicht einmal ausgeschöpft.

Die ersten Flüchtlinge, die seit Anfang April in Deutschland leben, sind gerade einmal knapp zwei Monate in Deutschland, und schon sollen sie wieder gehen. Der Waffenstillstandsvertrag war noch nicht unterschrieben, da preschte Berlins Innensenator Eckehart Werthebach (CDU) schon vor. Werthebach verkündete lauthals, daß man jetzt dringend über eine schnelle Rückkehr der Flüchtlinge nachdenken müsse und zeigte sich unverhohlen froh darüber, daß alle Kontingentflüchtlinge ohnehin nur eine dreimonatige Aufenthaltsbefugnis erhalten haben. Und die wird demnächst zumindest für die Flüchtlinge, die mit dem ersten Kontingent Anfang April gekommen sind, auslaufen.



Das Asylbewerberleistungsgesetz

Auch ansonsten unternehmen die deutschen Behörden alles, um diejenigen, deren Schicksal den deutschen Politikern immer wieder als Vorwand für eine Verlängerung des NATO-Einsatzes diente, möglichst schnell wieder loszuwerden. Wie alle anderen hier lebenden AsylbewerberInnen und Bürgerkriegsflüchtlinge haben auch die kosovo-albanischen Kontingentflüchtlinge nur einen Anspruch auf die gekürzten Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes. Diese werden ihnen in den meisten Bundesländern in Form von Lebensmittelpaketen oder Gutscheinen plus einem Taschengeld von DM 80,00 pro Erwachsenen und DM 40,00 pro Kind im Monat ausgehändigt. Die Aufnahme einer

Berufsausbildung ist ihnen ebenso verboten, wie ein Leben außerhalb der zugewiesenen Heime, denn die Sozialämter übernehmen für sie keine Mieten in Privatwohnungen. Zwar erlaubt das Ausländergesetz Flüchtlingen mit einer Aufenthaltsbefugnis die Aufnahme von Arbeit, doch regelmäßig verweigern die zuständigen Arbeitsämter unter Hinweis auf die Arbeitsmarktlage und die gesetzlich vorgeschriebene bevorzugte Vermittlung Deutscher die Arbeitserlaubnis. De facto sind die Kontingentflüchtlinge den Bedingungen unterworfen, die auch für AsylbewerberInnen und Bürgerkriegsflüchtlinge mit einer Duldung gelten. Deren einziges Ziel lautet: Die schnellstmögliche »Rückführung« ins Herkunftsland – unter Anwendung aller möglichen Schikanen.

Familienzusammenführung ist unerwünscht

Noch schlechter stellt sich die Lage derjenigen Kosovo-AlbanerInnen dar, die auf eigene Faust oder mit Hilfe von Verwandten nach Deutschland geflohen sind.



Eigeninitiativen von in Deutschland lebenden Kosovo-Albanern, die ihre Verwandten aus den überfüllten Flüchtlingslagern in der Region nach Deutschland holen wollten, wurden nach einem Rundschreiben des Bundesinnenministeriums von Anfang April ausdrücklich nicht zugelassen. Erst Ende April wurde in einer Schaltkonferenz der Innenminister festgelegt, daß nur in einzelnen Härtefällen, die gesondert durch die Ausländerbehörden zu prüfen seien, eine Aufnahme außerhalb des Kontingents möglich wäre. »*Das Kriterium Familiennachzug alleine reicht nicht aus*« heißt es da. Nur in besonderen »humanitären Härtefällen« sollte das anders sein. Die Festlegung, was als humanitärer Härtefall gilt, überläßt das Bundesinnenministerium den Länderinnenministern, die die Familien der Willkür der Ausländerbehörden vor Ort aussetzen.

Flüchtlingsorganisationen sind täglich mit Menschen konfrontiert, die versucht haben, für ihre kosovo-albanischen Angehörigen Einreisegenehmigungen und ein Visum zu erhalten. Die Leute werden sowohl von den Ausländerämtern in Deutschland als auch von den deutschen Auslandsvertretungen mit dem Hinweis auf den Erlaß des Innenministeriums abgewiesen. Selbst wenn sie eine Garantieerklärung abgeben, daß sie für den Unterhalt ihrer Verwandten finanziell aufkommen – also für Unterkunft, Verpflegung, Gesundheitsversorgung etc.: Es hilft ihnen nicht. Die örtlichen Ausländerbehörden weigern sich regelmäßig, Garantieerklärungen für Visumsantragsteller aus der Bundesrepublik Jugoslawien überhaupt entgegenzunehmen. Die Länderinnenminister behaupten, daß sie bei den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien »schlechte Erfahrungen« mit derartigen Garantien gemacht hätten. Das führt dazu, daß die deutschen Konsulate und Botschaften in Mazedonien und Albanien jetzt keine Besuchervisa mehr für Kosovo-AlbanerInnen ausstellen. Es sei denn, die jeweilige Ausländerbehörde in Deutschland stimmt der Einreise ausdrücklich zu.

Fluchthilfe gleich Schlepperei

Versuchen Kosovo-AlbanerInnen ihre Verwandten auf eigene Faust nach Deutschland zu holen und werden sie dabei von der Polizei oder dem BGS erwischt, droht den FluchthelferInnen eine Anzeige wegen »Schlepperei«. Kommt es zu einer Verurteilung, drohen mindestens Geldstrafen. Und wenn es sich um mehr als zwei Personen handelt, denen beim »illegalen Grenzübertritt« geholfen wurde, kann auch eine mehrjährige Haftstrafe verhängt werden. Wenn die Menschen noch im »grenznahen Bereich« aufgegriffen werden, müssen sie damit rechnen, in den »sicheren Drittstaat«, von dem aus sie die Grenze nach Deutschland überquert haben, zurückgeschoben zu werden. In einem Rundschreiben der bayerischen Landesregierung an alle Ausländerämter heißt es dazu: »*Sofern illegal eingereiste Personen sich melden oder aufgegriffen werden, gelten die allgemeinen Vorschriften des Ausländerrechts, d.h. daß zunächst eine Rückübernahme in den Nachbarstaat zu versuchen ist, aus dem die illegale Einreise erfolgt ist.*« Diese Regelung betrifft insbesondere die deutsch-tschechische und deutsch-österreichische Grenze, wo der BGS nach Angaben der bayerischen Flüchtlingsrats regelrechte Menschenjagden auf die Flüchtlinge macht. Menschenrechtsorganisationen haben darüber hinaus die schlechten Bedingungen in den tschechischen Flüchtlingslagern als inhuman kritisiert.

Asyl wird nicht gewährt

Auch anhand der Asylpraxis gegenüber Kosovo-AlbanerInnen wird im übrigen die Heuchelei und Doppelzüngigkeit der Bundesregierung noch einmal deutlich. Seit Anfang der 90er Jahre sind rund 100.000 Kosovo-AlbanerInnen nach Deutschland geflohen. Die überwiegende Mehrheit hat hier Asylanträge gestellt, die allesamt abgelehnt wurden, da die Gerichte noch Ende letzten Jahres keinerlei Gruppenverfolgung im Kosovo durch die serbischen Behörden ausmachen konnten bzw. – ähnlich wie bei kurdischen AsylbewerberInnen aus der Türkei – mit »sog. innerstaatlichen Fluchtalternativen« argumentieren. Konkret lag die Anerkennungsquote für kosovo-albanische AsylbewerberInnen in den letzten Jahren zwischen ein bis zwei Prozent.

Erst nach Beginn des NATO-Bombenkrieges – als es politisch opportun wurde, von einer Gruppenverfolgung zu reden – änderte sich die Anerkennungspraxis durch einige Verwaltungsgerichte. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich diese Rechtsprechung nicht in ein paar Monaten wieder in die alte verkehrt, wenn hier alle Politiker nach einer Rückkehr der Flüchtlinge rufen. Nach abgelehnten Asylverfahren wurden einige tausend dieser Flüchtlinge abgeschoben, die große Mehrzahl blieb jedoch hier und erhielt Duldungen. Allerdings nicht aufgrund von humanitären Erwägungen oder der Anerkennung einer Verfolgungssituation im Kosovo, sondern weil Jugoslawien bis 1996 die Rücknahme von jugoslawischen Staatsbürgern verweigerte, die in Deutschland einen Asylantrag gestellt hatten. Auch danach stimmten die jugoslawischen Behörden der Einreise von abgelehnten AsylbewerberInnen nur nach einer oft langwierigen Einzelfallprüfung zu. Im September 1998 hatte dann die EU für die staatliche jugoslawische Airline JAT ein europaweites Landeverbot verhängt. Nach dem Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Jugoslawien von 1996 waren Abschiebungen aber ausschließlich mit der JAT durchzuführen.

Angesichts der momentanen Lebensbedingungen im Kosovo und der instabilen politischen Lösung werden viele Flüchtlinge noch lange Zeit auf eine Rückkehr unter menschenwürdigen Bedingungen warten (wollen oder müssen). Es sollte für AntifaschistInnen selbstverständlich sein, gemeinsam mit antirassistischen Initiativen und Flüchtlingsorganisationen gegen die Abschottung der Festung Europa ganz praktisch vorzugehen. Die politische Forderung heißt immer noch: Grenzen auf und Bleiberecht. ■

1) UNHCR-Statistik vom 7. Juni 1999

Wer Hintergrundinformationen zu dem Thema sucht, sollte sich die Internet-Seite von Pro Asyl angucken: http://www.proasyl.de

Desertion ist Sand im Getriebe der Bundeswehr



mit der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär (Berlin)

Wer seid Ihr und was macht Ihr?

Die Kampagne wurde 1990 gegründet als ein Bündnis von Ost- und Westberliner Initiativen und Personen, die damals aus dem Spektrum der Hochschulvertretungen, also Asten, aus der Friedens- und antimilitaristischen Bewegung sowie aus jugendpolitischen Gruppen von Gewerkschaften und Parteien kamen. Dieses Bündnis hat sich seit 1990 weiterentwickelt, weg von einem starren Bündnis, als das es damals konzipiert war. Es hat eine gewisse Unabhängigkeit erlangt.

Die Kampagne arbeitet schwerpunktmäßig in drei Bereichen: Wir machen Öffentlichkeitsarbeit gegen Wehrpflicht und Bundeswehr, helfen von der Wehrpflicht Betroffenen, und zwar nicht nur von der deutschen, sondern zum Beispiel auch von der türkischen. Wir machen normale Beratung für Leute, die sich entschieden haben, den Zivildienst zu machen, aber auch ganz spezielle Beratung bis hin zur Totalen Kriegsdienstverweigerung. Drittens veröffentlichen wir kleinere Expertisen und geben die Zeitung illoyal heraus, die vierteljährlich erscheint. Generell arbeiten wir bundesweit mit Organisationen aus unserem Bereich zusammen.

Kommen durch den Krieg und Deutschlands Beteiligung mehr Leute zu Euch, wird bei den Wehrpflichtigen sowas wie ein Angstgefühl sichtbar? Wächst die konkrete Angst, selber töten zu müssen oder getötet zu werden?

Es gibt unterschiedliche Gruppen von Wehrpflichtigen: Einmal gibt es die Wehrpflichtigen, die noch nicht gedient haben, dann gibt es die Wehrpflichtigen, die dienen, und die, die ihren Wehrdienst schon geleistet haben. In diesen drei Gruppen gibt es unterschiedliche Betroffenheiten. Seit Beginn des Krieges kommen mehr Männer zu uns, die schon gedient haben und Angst haben, wieder einberufen zu werden, falls sich der Krieg zu einem Bodenkrieg ausweitet.

Es ist falsch, zu denken, man habe den Bund nach dem Wehrdienst hinter sich, denn in Friedenszeiten ist man bis zum 45. und in Kriegszeiten bis zum 60. Lebensjahr wehrpflichtig. Ehemalige Soldaten können jederzeit zu Wehrübungen oder Kriegseinsätzen herangezogen werden. Aus der zweiten Gruppe, den Soldaten, gibt es zwar Anfragen, gerade von Unteroffizieren, also freiwilligen Soldaten, die zwar noch keinen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen wollen, aber abwägen zwischen dem Risiko, selber kämpfen zu müssen und dem Nachteil, den sie haben, wenn sie aufgrund ihrer Verweigerung vorzeitig entlassen werden. Dann müssen sie nämlich, falls sie eine Ausbildung bei der Bundeswehr gemacht haben, einen Teil der Kosten zurückzahlen. Das ist ein Hauptmotiv, warum der Großteil dieser Soldaten im Moment nicht verweigert. Man kann aber davon ausgehen, daß im Falle eines Einsatzbefehls diese Soldaten einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen würden.

Die dritte und natürlich größte Gruppe ist die der Ungedienten, der ganz normalen Wehrpflichtigen, bei denen gibt es keinen deutlichen Impuls. In den letzten Jahren hatten wir ohnehin eine sehr hohe Verweigererquote, die 1998 bei 35 Prozent eines Jahrganges lag. Diese Quote ist im Vergleich zu den 70er/80er Jahren unvorstellbar hoch und wird sich auch durch den Krieg nicht großartig steigern. Allerdings hat das Verteidigungsministerium bis heute die Verweigererzahlen für den Monat April noch nicht bekanntgegeben. Für die »normalen« Wehrpflichtigen, die zu uns kommen, ist der Krieg kein ausschlaggebender Faktor. Was häufiger passiert, ist, daß besorgte Partnerinnen oder Eltern bei uns anrufen und sich für ihren Freund oder Sohn erkundigen. Das hat mit der Wahrnehmung des Krieges in der Öffentlichkeit zu tun. Es ist vielen nicht bewußt, daß Deutschland gerade an einem Krieg beteiligt ist. Die emotionale Betroffenheit ist nicht so da wie 1991. 1991 im Golfkrieg, wo die Bundeswehr nur indirekt beteiligt war, war das Bewußtsein in der Gesellschaft dafür viel größer. Der Rest, der nicht verweigert, akzeptiert mehr oder weniger die Bundeswehr, militärische Strukturen und auch die möglichen Konsequenzen eines Auftrages in der Bundeswehr. Wenn man betrachtet, wer heute verweigert, fällt auf, daß es zum einen überwiegend Westler sind und zum anderen die Verweigerung ein Privileg höherer Bildungsschichten ist. Jugendliche und junge Männer mit weniger guter Schulbildung erhoffen sich gute Ausbildungschancen bei der Bundeswehr. Es gab interne Befragungen von Wehrpflichtigen, die zu Auslandseinsätzen bereit sind (was man schriftlich erklären muß), wobei die Interviewten als Antwort auf die Frage nach ihren Beweggründen erstens Abenteuerlust und zweitens Geld angaben. Bei Auslandseinsätzen verdient ein Freiwilliger zwischen 120 und 180 Mark steuerfrei pro Tag. Die Bundesregierung kauft sich ihre Soldaten also richtig ein. Das hat auch nichts mehr mit einer Wehrpflichtigenarmee zu tun, sondern eher einer Söldnerarmee.

Was für Auswirkungen hat der Krieg auf Totalverweigerer? Wird mehr Druck auf diese ausgeübt?

Nein. Die Akzeptanz des Wehrdienstes und des Zivildienstes als Zwangsdienste geht zunehmend verloren. Dadurch steigt die Zahl der Totalverweigerer, die den Kriegsdienst ohne Waffe verweigern. Es gibt zur Zeit bundesweit drei arrestierte Totalverweigerer in der Bundeswehr. Sie bekommen in der Regel bis zu 63 Tagen Arrest, manchmal auch bis zu 84 Tage, danach kriegen sie dann einen zivilen Strafprozeß.

Steigt durch den Krieg die Akzeptanz der Bundeswehr und somit auch der Zwangsdienste wieder, und fühlen sich dadurch mehr Jugendliche zum Wehrdienst verpflichtet?

Es gibt in der Tat die Gefahr, daß Krieg und Militär an Akzeptanz gewonnen haben. Das sieht man sehr deutlich an der Entwicklung der Grünen oder der Friedensbewegung. Daß heute ehemalige Kriegsgegner den Kosovokrieg befürworten, stellt eine Zäsur da. Es wird für diese Leute nicht mehr möglich sein, zu ihrem früheren antimilitaristischen Standpunkt

zurückzukehren, da sie ja bereits einmal zugestimmt haben. Das heißt, daß das Militär in Zukunft Unterstützer auch in den Reihen der Grünen und anderer Ex-Friedensbewegter finden wird. Dieses Spektrum wird eine moderne Armee fordern, also keine Wehrpflichtarmee, sondern eine gut ausgebildete High-Tech-Interventionsarmee, eine Freiwilligenarmee.



Könnt Ihr aufgrund Eurer Erfahrungen sagen, welche Möglichkeiten ein Soldat hat, Widerstand zu leisten, erstens generell in der Bundeswehr, zweitens speziell im Kosovo bzw. im Kriegseinsatz?

Das ist eine schwierige Frage. Es gibt ja noch keine Erfahrungen, wie die Bundeswehr in Kriegszeiten mit Verweigerern oder Deserteuren umgeht. Ein Soldat, der im Kriegseinsatz die Verweigerung beantragt, müßte nach Deutschland zurückgeführt werden, weil das Anerkennungsverfahren nur hier stattfinden kann. Erfahrungen mit Desertion gibt es in der BRD noch keine. Der Straftatbestand ist wie bei Totalverweigerung der der Fahnenflucht, dafür können bis zu fünf Jahre verhängt werden. Juristisch gesehen hätte es ein Deserteur im Jugoslawienkrieg gar nicht so schwer, da der NATO-Einsatz völkerrechtswidrig ist und ein Soldat jeden völkerrechtswidrigen Befehl laut Grundgesetz verweigern kann, indem er sich auf Befehlsnotstand beruft. Ein Soldat müßte eigentlich ganz gute Chancen haben, für seine Desertion nicht bestraft zu werden. Das sind die legalen Methoden, bei der Bundeswehr ein wenig Sand ins Getriebe zu streuen. Daneben gibt es natürlich noch eine ganze Reihe anderer Möglichkeiten, da muß man nur seine Phantasie spielen lassen. Sand im Getriebe eines Leopard II-Panzers beispielsweise verursacht einen Schaden von mehreren zehntausend DM.

Habt Ihr schon was von Desertionen gehört?

Aus der Bundeswehr haben wir noch nichts gehört, nur aus der jugoslawischen Armee. Es ist auch ein Gegensatz zu 1991, als Einheiten der Bundeswehr in die Türkei verlegt wurden, da haben betroffene Einheiten zu 30 Prozent Kriegsdienstverweigerung betrieben. Dieses Phänomen gibt es heute nicht mehr, was auf zwei Sachen hinweist: In der Bundeswehr hat es einen mentalen Wandel gegeben, die Vorbereitungen auf einen Krieg auch in den Köpfen der Soldaten war erfolgreich. Es ist für die Soldaten nichts Überraschendes mehr, zu einem solchen Einsatz abkommandiert zu werden. 1991 hatte niemand damit gerechnet, der Einsatzbefehl war etwas sehr Plötzliches.

Wie beurteilt Ihr die hiesige Anti-Kriegs-Bewegung, seht Ihr da Perspektiven?

Das Fehlen einer relevanten Anti-Kriegs-Bewegung liegt zum einen daran, daß die Partei Bündnis 90/Die Grünen fehlt, die solch eine Bewegung organisatorisch unterstützt hätte, und daß Personen, die am Rande der Grünen friedenspolitisch tätig sind, an die Partei gebunden sind. Zum anderen gibt es beim Jugoslawienkrieg nicht einfach einen Gut-Böse-Blick. Im Golfkrieg war es noch relativ einfach, da wußte man, was die Motive hinter dem offiziell Propagierten waren. Das ist heute schwieriger, weil die Gründe, warum die NATO den Krieg führt, für viele die Durchsetzung von Menschenrechten sind. Es ist sehr schwer, da argumentativ gegenzuhalten, weil der Krieg lange propagandistisch vorbereitet wurde. Wir haben eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen gemacht, wo sehr schnell der Spieß umgedreht wurde, wenn wir über die Interessen hinter dem Krieg reden wollten. Da wurde gesagt, dann bist du ja das Schwein, das die Menschenrechtsverletzungen, den Völkermord der jugoslawischen Armee gegen die Kosovo-Albaner duldet. Dann bin ich, der Kriegsgegner, derjenige, der das Blut an den Händen hat, und nicht die NATO, die ja nur helfen will. Das heißt, es gibt wiederum eine Schwarz-Weiß-Zeichnung, nämlich die NATO ist die gute Seite und die Serben die schlechte. Darum hat ja auch Fischer gesagt, zum ersten Mal in der deutschen Geschichte stehen wir auf der richtigen Seite. Das macht es schwer für generelle antimilitaristische Positionen in dieser Gesellschaft, z.B. wenn man gegen Gelöbnisse ist. Es wird schwieriger sein, öffentlich zu vermitteln, warum man was gegen Soldaten hat, die möglicherweise gerade heldenhaft irgendwo gekämpft haben. Es wurden schon Vorschläge gemacht, Heldenehrungen einzuführen, ein neuer Orden soll gestiftet werden, der bis auf das Hakenkreuz genau dem Eisernen Kreuz aus dem II. Weltkrieg gleichen soll. Gegen diese emotionale Politik mit Sachargumenten vorzugehen, wird bei der sehr militärunkritischen Presselandschaft extrem schwer werden. Das hat natürlich auch Rückwirkungen auf die Aktionsfähigkeit.

Wie sieht Euer Verhältnis zu den Grünen aus? Kriegt Ihr Druck? Euer Büro befindet sich ja in den Räumen des Berliner Landesverbandes.

Von den Grünen kriegen wir keinen Druck. Das Problem ist, daß in der öffentlichen Wahrnehmung die Grünen zu einer Kriegspartei geworden sind, was ich so auch sagen würde. Es wird aber oft übersehen, daß es innerhalb der Grünen Kräfte gibt, die gegen diesen Krieg tätig sind. Solange diese Position noch Relevanz in den Grünen hat, ist es zwar ein schwieriges Verhältnis zu der Partei, aber es ist noch eine Auseinandersetzung. Zu befürchten ist, daß dieser Flügel innerhalb der Partei zunehmend marginalisiert wird, sowohl durch Austritte als aber auch durch die Realpolitik. Das heißt, es ist wahrscheinlich nur noch eine Frage der Zeit, bis antimilitaristische Positionen innerhalb der Grünen so aberwitzig anmuten, als würde man sie in der CDU vertreten. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Kampagne mit den Grünen nicht mehr in der Form zusammen arbeiten kann wie derzeit oder wie es einmal üblich war, und dann ist es auch an der Zeit, einen Schlußstrich zu ziehen.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Kontakt:
Kampagne gegen Wehrpflicht,
Zwangsdienste und Militär
Oranienstraße 25
10999 Berlin
Tel.: (030)61500530/31
Fax: (030)61500529

Der Versuch der Nato, Feuer mit Benzin zu löschen

Internationale Reaktionen von Antifas

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir Stellungnahmen zum NATO-Krieg, die wir von verschiedenen antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen aus mehreren Staaten angefragt haben. Sie alle, die sich als Teil einer internationalistischen antifaschistischen Bewegung verstehen, demonstrieren gegen den Krieg und die Kriegstreiberei der NATO. Und das gleichermaßen in den verschiedenen Ländern, unter völlig verschiedenen politischen Bedingungen.

USA

Obwohl die US-Regierung ungefähr zwei Drittel der NATO-Streitkräfte gegen Jugoslawien stellt, hat Präsident Clinton bisher kein spezifisches amerikanisches Interesse auf dem Balkan definiert. Es gibt weder historische Gebote (wie etwa dasjenige, die Yankee-Kontrolle über die Karibik aufrechtzuerhalten) noch Verpflichtungen aus dem Kalten Krieg. Und im Unterschied zu den US-Interessen am Erdöl im Kaukasus gibt es im Balkan nur begrenzte US-Investitionen. So ist das Trepca-Bergwerk im Kosovo zwar wichtig für Milosevic, aber relativ unwichtig für die USA.

Stattdessen wird die US-Intervention mit zwei Faktoren begründet: Erstens soll verhindert werden, daß sich die ethnische Instabilität von Ex-Jugoslawien aus weiter ausbreitet, vor allem nach Mazedonien und Griechenland – und womöglich bis hin zu einem Konflikt zwischen den NATO-Mitgliedern Griechenland und Türkei führt. Der Jugoslawienkrieg könnte so zu einem Krieg innerhalb der NATO werden. In diesem Sinne soll das US-Eingreifen im Kosovo die zerbrechlichen Machtbeziehungen stabilisieren, die die USA nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa etabliert haben.

Der zweite Faktor ist nicht die Stabilisierung der NATO-Macht, sondern ihre Ausweitung. Mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes verlor die NATO ihre Existenzbegründung. Nur indem man neue (und erweiterte) Ziele fand, konnten die USA voll in der NATO bleiben. Als die US-Eliten entschieden, daß Europa unfähig sei, Ordnung im eigenen Haus zu schaffen, war eine neue Begründung für eine US-Militärpräsenz in Europa gefunden.

Der Mangel an konkreten materiellen Interessen auf dem Balkan veranlaßt eine Gruppe ultrakonservativer Republikaner im US-Kongress, gegen den Luftkrieg Stellung zu beziehen. (Dagegen gibt es unter den demokratischen Abgeordneten praktisch keine Kritik.) In ersten Abstimmungen lehnten die Republikaner verschiedene Einzelposten von Clintons Kriegshaushalt ab. Später beschlossen sie jedoch einen Etat, der sogar mehr Rüstungsgelder enthielt als Clinton überhaupt beantragt hatte. Während Clinton »Multilateralismus« betont, wächst die nationalistische »America First«-Opposition gegen eine US-Einmischung. Manche fürchten, daß die Verletzung der jugoslawischen Souveränität eines Tages auch die amerikanische Souveränität gefährden könnte. Beispielsweise sorgt sich die rechtsradikale Kongressabgeordnete Helen Chenoweth aus Idaho, daß *»das Beispiel Kosovo auch eine internationale militärische Intervention rechtfertigen könnte«*, um Konflikte innerhalb der US-Grenzen zu regeln.

Einen Monat vor Beginn der NATO-Luftangriffe ermahnte das rechtsradikale Rockford Institute seine Anhänger, sie sollten *»ein tapferes Herz bewahren für die kommende Konfrontation zwischen dem aufstrebenden Islam und dem dekadenten Christentum«*. In der derzeitigen Periode, so das Institut, habe der Islam die Oberhand, weil er *»nicht-weiß, nicht-europäisch und nicht-christlich (ist), was ihn zum natürlichen Verbündeten der westlichen Eliten macht«*.

Ähnlich schreibt der rechtsradikale Kolumnist Sam Francis: *»Der Angriff auf Serbien ist schlicht ein weiterer Schritt zur Neuen Weltordnung, zu dem globalen Regime, das nationale Grenzen, Interessen, Identitäten und Souveränitäten aufheben soll.«* Weiße Rassisten (von der antisemitischen Liberty Lobby bis zur nazistischen National Alliance) betonen, daß die Neue Weltordnung von »Zionisten« angeführt werde – oder von Juden, je nachdem, wie nett sie gerade sind. Während sich die radikale Rechte in ihrer Opposition gegen den Krieg einig ist, ist die Linke gespalten. Wichtige Teile unterstützen den Krieg, weil er angeblich gegen »ethnische Säuberungen« gerichtet ist. Andere Linke protestieren aktiv gegen den Krieg, weil sie jegliche US-Militärinterventionen ablehnen.

Statement des us-amerikanischen Korrespondenten des Antifa-Infoblatts zum Krieg

Rußland

Der Anfang der Bombardierungen von Serbien löste bei der politischen Elite, Massenmedien und auch in der Bevölkerung eine starke Empörung aus. Für die meisten ging es aber ausschließlich um die unverschämte grundlose Agression gegen das brüderliche serbische Volk, sowie um die unvermeidliche Gefahr für Rußland selbst, und nicht um die Fraglichkeit eines solchen Mittels zum Schutz der Kosovo-Albaner. Vor Botschaften von den USA und anderen Mitgliedern des Blocks fanden lärmende und oft aggressive Kundgebungen statt; in vielen Städten wurden Konzerte zur Unterstützung der Serben veranstaltet und Freiwillige angeworben. Die Aussagen vieler Politiker enthielten Andeutungen und offene Drohungen, bis hin zur »militärischen Unterstützung« der Serben. Clinton wurde als Faschist dargestellt, Milosevic als Held, die Serben als (einzige) Opfer, kein Wort über die ethnischen Säuberungen und die Flüchtlinge, sie wurden ausschließlich den NATO-Bombardierungen zugeschrieben. Eine Gegenposition vertraten nur wenige. Später nahm die Hysterie stark ab, was sowohl an der langen Dauer der Balkan-Krise als auch an den wichtigen innenpolitischen Ereignissen liegt. Jedoch funktionieren die Organisationen wie »Petersburg gegen die NATO«, welche Kundgebungen organisieren, zum Boykott von amerikanischen Waren aufrufen usw. und hauptsächlich auf die Studenten orientiert sind, gut. Es ist auffällig, daß als Hauptinteresse des Protests zuerst der Schutz der nationalen Interessen von Rußland und weniger des serbischen »Brudervolkes« vor dem US-amerikanischen Imperialismus steht. Das ist zum wichtigsten Bestandteil des politischen Populismus geworden und den politischen Spektren von den gemässigten Anhängern der Großmacht-Ideologie, KPRF und LDPR bis zu Nationalbol-

schewiken und Trotzkisten (in den verschiedensten Variationen) gemeinsam. Eine Gegenposition haben nur einige der Liberalen und Sozialdemokraten, aber viele, die sich am Anfang für die Bombardierungen äußerten, änderten jetzt ihre Meinung. Hier sind noch die bitteren Aussagen mancher Menschenrechtler zu erwähnen. Der Moskauer »Memorial« äußerte sich vor allem gegen die NATO, über Milosevic nur undeutlich und im Ganzen seien alle, auch die Kosovo-Separatisten, gleich schlecht.

Im Zentrum des Protestes der russischen AntifaschistInnen steht das faschistische Regime Milosevics und seine lange Politik der Verletzungen von Menschenrechten, der Säuberungen und des Hinausdrängens der albanischen Bevölkerung. Es ist aber auch gefährlich, die Vorgehensweise der NATO zu begrüßen. Die militärische Einmischung macht die Krise nur tiefer. Die Handlungen der NATO könnte man mit den Versuchen vergleichen, das Feuer mit Benzin zu löschen; das Feuer machte aber Milosevic, woran man denken muß. Am Schluß möchten wir noch anmerken, daß unsere Position nicht als negatives Spiegelbild der Meinung unserer politischen Gegner gebildet wurde. In einer so komplizierten Frage ist es nötig, von der Situation und nicht von den eigenen Stereotypen auszugehen.

Erklärung der russischen Korrespondentin des Antifa-Infoblatts zum Krieg

Großbritannien

Dies ist ein Krieg, der auf beiden Seiten von grotesker Heuchelei und Zynismus getrieben ist.

Westliche Regierungen, mit einer erschreckend inhumanen Bilanz bezüglich ihrer Flüchtlingspolitik und dem Recht auf Asyl, die wiederholt von dem UNHCR und Amnesty International kritisiert worden sind, behaupten jetzt auf einmal und heuchlerisch, aus der Ferne »humanitäre Unterstützung« für die Kosovo-Albaner anzubieten. Diese sind die Opfer der ethnischen Säuberungspolitik von Milosevics Regierungspolitik. Einerseits sollten AntifaschistInnen die Aggression der NATO vollständig kritisieren. Aber andererseits sollten sie sich über den Grund im Klaren sein, warum Milosevics brutales rechtsgerichtetes nationalistisches Regime, das auf zynische Art und Weise die Erinnerung an die Kämpfe von Titos antifaschistischen PartisanInnen während des 2. Weltkrieges mißbraucht, nicht überraschend die einhellige Unterstützung von Faschisten überall in Europa erhält. Denn die gewaltsame Vertreibung der Kosovo-Albaner bedient deren wildeste rassistische Phantasien. AntifaschistInnen können in diesem Krieg weder die eine noch die andere Seite unterstützen und haben eine Verantwortung dafür, die Heuchelei und den Zynismus zu entlarven, die diesen Krieg umgeben.

Erklärung der britischen internationalen Antifazeitung Searchlight für das Antifa-Infoblatt zum Balkankrieg.

Tony Blairs Krieg

Zum Zeitpunkt der Endredaktion besteht der Krieg der NATO gegen Jugoslawien schon seit 65 Tagen aus konstanten Bombardements. Dieser Krieg wird wie eine billige und eklige Supermarkt-Werbung publizistisch aufbereitet: Jeden Tag rühmt sich die Medienpropaganda von Blair mit den *»bis jetzt umfangreichsten und effektivsten Luftangriffen«*. Tony Blair, der verzweifelt versucht, Margaret Thatcher zu überbieten und seine Führungsrolle in der Europäischen Union zu etablieren, präsentiert sich als großartiger Kriegsführer. Unterstützt wird er darin von seinem Stellvertreter John Prescott und vom britischen Außenminister Robin Cook, ein ehemaliger Streiter für nukleare Abrüstung, der sich jetzt in einen Kriegstreiber verwandelt hat und mit dem Begriff »Genozid« um sich schmeißt wie mit Konfetti. New Labour sieht seine Rolle offenbar darin, zum Sprachrohr eines offensichtlich unechten »Humanitarismus« im Kosovo zu werden, während es sich andererseits bequemerweise – sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart – dafür entschieden hat, genauso schreckliche Menschenrechtsverletzungen und sogar Genozid in anderen Ländern der Erde zu ignorieren. Blair und seine Regierung identifizieren sich vollkommen mit den expansionistischen Plänen der NATO, ihre Einflußsphäre tief in den Balkan hinein auszuweiten. Die Tatsache, daß die illegale Bombardierungskampagne eine schwere Verletzung von internationalem Recht, der UN-Charta und sogar den NATO-eigenen Statuten darstellt, ist dabei irrelevant. Tatsächlich sind Britannien, die USA und Frankreich naive Werkzeuge der historischen Außenpolitik Deutschlands, die Osteuropa in Kleinstaaten zerteilen will, die entlang von ethnischen und nationalen Kriterien getrennt werden. Der Langzeitprofiteur der NATO-Aggression kann nur ein wiedererweckter und gestärkter deutscher Imperialismus sein. Bis heute hat der Krieg in Britannien wenig Opposition hervorgerufen. Alle großen Parteien, mit Ausnahme der schottischen Nationalisten, unterstützen den Krieg, die öfentliche Meinung befürwortet ihn. Die im wesentlichen gegen Asylsuchende polemisierende Presse hat auf einmal die kosovo-albanischen Flüchtlinge entdeckt. Die »Parasiten« des letzten Jahres sind die »Helden« von heute.

Mit der ehrenhaften Ausnahme des »Independent am Sonntag« agieren die britischen Medien als Cheerleader für den Staatsterrorismus der NATO. Die antifaschistische Bewegung hat bisher geschwiegen, und einige AntirassistInnen, insbesondere mit moslemischem Hintergrund, unterstützen den Krieg lauthals ebenso wie der linksgerichtete ehemalige Labourführungspolitiker im Londoner Großgemeinderat, der »Rote« Ken Livingston. Bisher hat es nur einige wenige Antikriegsdemonstrationen in London und Provinzhauptstädten wie Manchester gegeben. Aber keine der Demos hat mehr als 5.000 Leute auf die Straße gebracht. Der Hauptmotor der Demonstrationen ist die trotzkistische Socialist Workers Party (es gibt in Britannien keine »autonome Szene«), deren Kampagne unter dem Slogan »Stop the Bloody War« läuft. Sie hat es geschafft, einen relativ großen Teil der momentan sehr geschrumpften, extrem sektiererischen und zersplitterten britischen Linken unter ihrem Banner zusammenzubringen. Auch führende Intellektuelle wie der internationl bekannte Bühnenautor Harold Pinter und der altlinke Parlamentarier Tony Benn haben den Krieg kritisiert. Aber am interessantesten ist die starke Opposition von respektierten Politikern wie dem ehemaligen Labour-Außenminister Denis Healey, der zu Recht vor dem erschreckenden Präzedenzfall durch die Art und Weise warnte, mit der die NATO die UN-Charta mißachtet hat. Rechtsgerichtete Konservative wie der Historiker Alan Clark, ehemals Verteidigungsminister in der Thatcher-Regierung, haben sich auch gegen den Krieg ausgesprochen. Der Grund hierfür ist aber vor allem in einem eingefleischten anti-amerikanischen britischen Nationalismus zu sehen.

Schließlich findet sich Milosevic mit rechtsextremen Verbündeten wieder – wie den Naziterroristen von Combat 18 und der British National Party, die das Konzept ethnischer Säuberungen lieben, insbesondere in der Art und Weise, wie es gegen die Kosovo-Albaner praktiziert wird. Milosevic macht das, wovon sie träumen. Die Nazis haben dabei natürlich die Seiten gewechselt. Sie mögen

einfach ethnische Säuberungen, unabhängig davon, wer sie durchführt. Als die Kroaten die Serben ohne auch nur eine winzige Protestäußerungen von Leuten wie Tony Blair vertrieben, gingen einige der Nazis nach Kroatien, um Tudjmans Terror direkt zu unterstützen. Es ist nicht einfach, einen klaren Weg durch diesen Sumpf zu finden.

Unter keinen Umständen kann Milosevics brutaler, nationalistischer Regierung auch nur ein Gramm Unterstützung angeboten werden. Sie sind nicht Titos Erben, sondern Tschetniks. Trotzdem: Es gibt progressive Menschen in Jugoslawien, die gegen den Krieg sind und für die die Traditionen von Antifaschismus und Internationalismus immer noch lebendig sind. Die internationale antifaschistische Bewegung muß mit diesen Menschen Kontakt aufnehmen. Was die NATO angeht, hat sie sich als das offenbart, was wir schon immer wußten: Die NATO ist ein aggressiver Militärpakt. Der Krieg hat ein für alle Mal den Mythos zerstört, daß es sich bei der NATO um eine Verteidigungsstruktur handele. Die USA müssen ihre Muskeln zeigen, weil sie Todesangst vor einer potentiellen Bedrohung durch ein zukünftiges Deutschland unter einer rechtsgerichteten, nationalistischen Regierung haben. Der ekligste Aspekt dieses Kriege ist die Heuchelei. New Labour geht auf Hexenjagd gegen Asylsuchende, und gleichzeitig vergießen die Politiker Krokodilstränen und Bomben über den Kosovo. New Labour hat das britische Gesundheitssystem abgebaut, Britannien hat beispielsweise die schlechtesten Statistiken weltweit bei der Behandlung von Krebs. New Labour kürzt die staatliche Unterstützung für alleinerziehende Mütter, Arbeitslose und sogar Behinderte, *»weil kein Geld vorhanden ist«*. Und trotzdem gibt die Regierung 36 Millionen DM pro Tag aus, um den Tod über den Kosovo regnen zu lassen. Wir können uns keine Krankenhäuser und Medikamente leisten, aber wir können genügend Geld finden, um Cruise Missiles zum Stückpreis von 2,5 Millionen Mark auf Belgrad und andere jugoslawische Städte abzufeuern. Was dieser Krieg mehr als alles andere offensichtlich gemacht hat, ist der katastrophale Mangel an Einfluß der Linken in Britannien seit dem Kollaps des sowjetischen Blocks und der Zerschlagung der Bergarbeiterbewegung durch Margaret Thatcher. Von der Linken ist fast nichts übriggeblieben. In Britannien waren Tito und seine antifaschistischen Partisanen früher einmal HeldInnen der organisierten ArbeiterInnenbewegung und der Linken. Heute sind ihre Kämpfe nur noch verblaßte Erinnerungen, erstickt in den konservativen Soundbites von New Labour und dem Niedergang der Linken. Jugoslawien hat nicht länger die Bedeutung, die es einmal in Großbritannien hatte.

Vom britischen Korrespondenten des Antifa-Infoblatts

Frankreich

Weder NATO noch Milosevic

In Frankreich hat der Kosovokrieg wenig Mobilisierungen, dafür aber viel Polemiken hervorgerufen. Während die Grünen die Schläge der NATO akzeptiert haben, und ihr Spitzenkandidat für die Europawahlen Daniel Cohn-Bendit eine Intervention von Bodentruppen gefordert hat, organisierte die Kommunistische Partei mehrere Demonstrationen mit der Forderung nach einem Bombenstopp. Die Anwesenheit »proserbischer« Gruppen führte zu Spaltungen unter den DemonstrantInnen, was aber nicht zum Ausschluß dieser Gruppen führte. Viele DemonstrantInnen wollten nicht als Handlanger der nationalistischen Politik Milosevics dienen. Die radikale Linke, die Kommunistische Revolutionäre Liga und der Arbeiterkampf haben gegen die NATO demonstriert, die Selbstbestimmung des Kosovo gefordert und ethnische Säuberungen verurteilt. Aber sehr bald, Ende April, waren die Mobilisierungen zu Ende. Wenn einige Anti-Kriegsgruppen noch aktiv waren, so beschränkte sich ihre Aktivität auf das Verteilen von Flugblättern.

Woher kommt diese Apathie? Einer der Hauptgründe lag sicherlich in der Schwierigkeit, sich auf gemeinsame Parolen zu einigen. Das antifaschistische und antiimperialistische Netzwerk No Pasaran wählte als Handlungsdevise: *»Weder NATO, noch Milosevic – gegen die ethnischen Säuberungen, Deportationen und den Imperialismus, internationale Solidarität!«* Sie weigerten sich zu akzeptieren, daß die NATO-Länder das Recht zur Intervention beanspruchen, da dies das Schicksal der Kosovaren um nichts verbessern werde, sondern im Gegenteil das verstärken werden, was zu bekämpfen vorgegeben wird: die ethnische Säuberung, die Deportationen und die Stärkung der faschistischen serbischen Milizen, der Paramilitärs um den Kommandanten Arkan.

Die Kapitulation Milosevics bedeutet zwar das Ende des Krieges, aber sicherlich nicht das Ende der Kampfhandlungen. Unser Kampf für den Interkulturalismus, die Rechte von Minderheiten zu sichern, funktioniert nur über eine Verstärkung der internationalen Beziehungen mit den anti-nationalistischen Kräften im Osten und über eine Zusammenarbeit mit den AntifaschistInnen dieser Länder, die gegen die faschistischen und »national-kommunistischen« Kräfte kämpfen müssen. Ein wichtiger existenzieller Bestandteil ist die Erneuerung des Dialoges und Aktionen, die den Föderalismus der Völker akzeptieren, auf einer antikapitalistischen Grundlage und einer neuen internationalistischen Praxis. Dies ist zwingend notwendig, wenn wir nicht zusehen wollen, wie die amerikanischen und europäischen Imperialisten die Macht unter sich aufteilen.

Kein Höhenflug währt ewig – Spaltungen bremsen die NPD/JN

Eigentlich waren sie schon fast zu erwarten: Die Spaltungen und Konflikte innerhalb der NPD/JN. Fast immer, wenn sich eine rechtsextreme Partei in der BRD im Aufwind befand und die ersten Wahlerfolge erwartete, bremste sie sich irgendwann selbst aus. Machtgier, Geldgier, persönliche Feindschaften und politische Kontroversen machen nun auch vor den »politischen Soldaten« und den »geschulten Führungskadern« der NPD/JN keinen Halt mehr. Vor allem in den ostdeutschen NPD-Landesverbänden kriselt es. Gerade hier wird der Dauerspagat zwischen prügelnden Stiefelnazis und Möchtegern-seriösen und bürgernahen NPD-Biedermännern immer schwieriger. In Mecklenburg-Vorpommern spaltete sich mittlerweile eine SOZIALE VOLKSPARTEI (SVP) von der NPD ab und nahm die Hälfte der NPD-Mitglieder mit. In Thüringen spaltete sich ein BUND DEUTSCHER PATRIOTEN (BDP) von der NPD ab. Dem Thüringer NPD-Chef FRANK GOLKOWSKI waren Unfähigkeit und Kassenunregelmäßigkeiten vorgeworfen worden. In Sachsen geht der NPD-Landesverband mit eigenwilligen politischen Ansichten auf Konfrontationskurs zur NPD-Führung. Innerhalb des sächsischen Landesverbandes lähmen Konflikte zwischen der jugendlichen Basis und dem Landesvorstand die politische Arbeit. Trotzdem ist es noch zu früh, um die NPD/JN abzuschreiben und sich zurückzulehnen. Das Prinzip »Konsens durch Spaltung« kann längerfristig auch zu einer Ausdifferenzierung in Richtung Arbeitsteilung führen. Ob die Konflikte der NPD/JN mehr schaden oder nutzen, wird sich innerhalb der nächsten Monate zeigen. Wir wollen erstmal die aktuellen Konflikte innerhalb des größten NPD-Landesverbandes in Sachsen betrachten. Ob es hier gelingt, bei den Landtagswahlen am 12. September einen großen Wahlerfolg zu landen, wird entscheidend für die weitere Entwicklung der NPD sein.

Sex & Crime spalten die JN

»Den Kampf zum Wohle des deutschen Volkes in den Reihen der NPD/JN zu führen ist absolut zwecklos.«. Von wem könnte dieser Satz wohl stammen? Aus den Reihen der FREIEN KAMERADSCHAFTEN oder anderweitig mit der NPD/JN zerstrittenen Naziorganisationen? Weit gefehlt, dieser Satz kommt aus der Feder von OLIVER HÄNDEL, ehemaliger Leiter der ehemaligen JN-Bundesgeschäftsstelle und ehemaliges JN-Bundesvorstandsmitglied. Konsequenterweise trat der gesamte Landesvorstand der JN-SACHSEN am 7. Juni zurück und aus der JN aus. In einem Brief an *»alle Mitglieder/Anwärter der JN-Sachsen«* vom 7. Juni, der auch an verschiedene Antifa-Publikationen und -Gruppen gefaxt wurde, werden alle Kameraden aufgefordert, dem Beispiel zu folgen, um sich nicht *»selbst mitschuldig«* zu machen und *»Vaterlandsverrat«* zu begehen. Als Grund werden *»schwerwiegende Diskrepanzen zwischen dem JN-Bundesvorstand und dem Parteivorstand der NPD«* genannt. Im speziellen dient die Aufnahme von SAFET BOBIC aus dem hessischen Niederau, Bosnier mit deutschem Paß, in die JN als Aufhänger. Bereits zwei Wochen zuvor kehrten JN-Kader in NRW und Baden-Württemberg der Organisation den Rücken. Wie bei solchen Fällen üblich findet eine Schlammschlacht statt. Inzwischen verklagen sich die »Kameraden« gegenseitig. So wird den Betreibern vom SCHWARZE FAHNE VERSAND aus NRW vom JN-Bundesvorstand um SASCHA ROßMÜLLER Betrug und persönliche Bereicherung vorgeworfen. Im Gegenzug wird eine allgemeine Konzeptlosigkeit beklagt. Der Bundesvorstand vermeldet, daß er kein Konzept für die weitere Arbeit der JN hat und erklärt weiter: *»Es gab schon genügend Konzepte, die alle gescheitert sind.«* Daneben wird noch richtig schmutzige Wäsche gewaschen. HOLGER APFEL, JÜRGEN DISTLER, JENS PÜHSE, ANDREAS WEBER und Sascha Roßmüller verschmähten am Abend einer JN-Bundesvorstandssitzung im niedersächsischen Sulingen deutsches Liedgut und zogen einen Besuch im örtlichen Bordell den Darbietungen JÖRG HÄHNELS vor. *»So sieht der Kampf der NPD/JN für unser Vaterland aus. Wir hoffen, daß S. Roßmüller wenigstens im Puff Standfestigkeit bewiesen hat.«*



Der Ex-JN-Funktionär Oliver Händel (l) will nun im Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft weitermachen. Rechts: Katharina Handschuh.

JN-Bundesvorstand setzt sich durch

Mit dem Austritt von Teilen der JN-Führungsriege, angeführt von ACHIM EZER, findet die Auseinandersetzung um die weitere Entwicklung der JN ein vorläufiges Ende. Die Befürworter einer Eingliederung der JN in die Mutterpartei NPD haben damit die Oberhand gewonnen. Der Flügel für eine eigenständige JN organisiert sich derweil in der Neugründung BILDUNGSWERK DEUTSCHE VOLKSGEMEINSCHAFT und will dort die ursprüngliche Konzipierung der JN als Kaderschmiede fortsetzen.

Aus den Kommunen in den Landtag ?

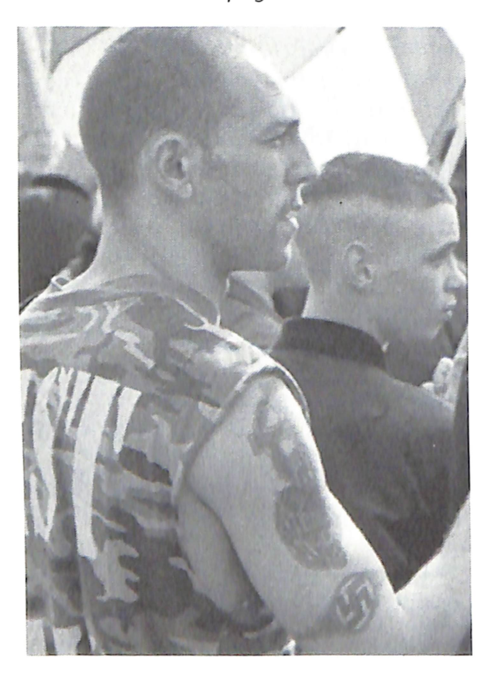
»Kommunalwahlen müssen unser künftiges Fundament bilden. Wenn wir unsere Politik für Deutsche fest verändern wollen, müssen wir in den Gemeinden damit beginnen, bevor wir Höheres anstreben!« hatte UDO VOIGT in seinem Rechenschaftsbericht zum letzten Bundesparteitag (siehe AIB Nr. 47) vorgegeben. Für den stärksten NPD-Landesverband endeten die Kommunalwahlen im Juni mit nur mäßigem Erfolg. Zwar konnten die Nazis erstmals in einige Kommunalparlamente einziehen, blieben aber weit hinter ihren eigenen Erwartungen und antifaschistischen Befürchtungen zurück. Dennoch gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Die Entwicklungen und Erfahrungen des sächsischen Landesverbandes werden für andere Bundesländer durchaus bedeutend sein.

In den meisten Ortschaften, in denen die NPD angetreten war, konnte sie zum Teil beachtliche Ergebnisse erzielen. So schaffte es die NPD, in mindestens sieben Kommunalparlamente und einen Kreistag einzuziehen. Hohe Stimmenanteile konnte sie in den Gebieten erlangen, in denen sie auch schon zur Bundestagswahl im letzten September ihre höchsten Ergebnisse verbuchte. So gewann sie jetzt im Muldentalkreis, sowohl in Wurzen als auch in Trebsen, je-





Uwe Leichsenring (Bild oben) erringt kommunalpolitische Erfolge für die NPD, Sachsens NPD-Chef Jürgen Schön (Bild Mitte) graut es vor der radikalen NPD-Basis (Bild unten). NPD-Anhänger mit Hakenkreuz-Tätowierung auf der 1. Mai-Demo 1998 in Leipzig.



weils einen Sitz im Stadtparlament. Auch in der NPD-Hochburg »Sächsische Schweiz« zog sie in zwei Ortschaften in die Kommunalvertretung ein, wobei ihr zu einer dritten nur zwölf Stimmen fehlten. Herausragend ist hierbei der »idyllische« Touristenort Königstein, wo die NPD 11,8 Prozent erhielt. Das stellt in Sachsen das absolute Spitzenergebnis dar. Dies ist weniger der Partei selber zuzuschreiben, als vielmehr ihrem dortigen Spitzenkandidaten, Uwe Leichsenring, der auch schon zur Bundestagswahl das höchste Ergebnis für die NPD erringen konnte. Er ist damit das Paradebeispiel für ein *»künftiges Fundament«* ganz nach dem Geschmack von Udo Voigt. *»Das nationale politische Fundament muß in den Kommunen aufgebaut werden. In der Gemeinde muß man die Vertreter deutscher Bürgerinteressen persönlich kennen, nur dann werden wir uns dauerhaft in den deutschen Parlamenten verankern können.«*

Streit im Vorfeld der Wahlen

Auch mit den anderen Ergebnissen der NPD kann Udo Voigt durchaus zufrieden sein. Mit 2% bis 4% konnte die NPD ihr Wahlergebnis vom September '98 halten. Probleme hatte die Partei im Vorfeld der Wahlen. Sie war nicht in der Lage, flächendeckend die 30 pro Wahlkreis erforderlichen Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Dies mag sowohl am Unvermögen der Mitglieder gelegen haben, als auch daran, daß es der Parteiführung nicht gelungen war, die Basis in großem Maße für den Wahlkampf zu gewinnen. Hier tritt genau jener Konflikt zutage, den die NPD-Führung schon im letzten Jahr erkannt hat. Einerseits ist ihnen bewußt, daß Jugendliche ihr größtes Potential sind. Andererseits wissen sie auch, daß sie mit einem von Skinheads dominierten Image und Auftreten keine neuen Wählerstimmen im bürgerlichen bis rechtskonservativen Lager gewinnen können. Der sächsische Landesverband hat in Bezug auf dieses Problem seine Entscheidung getroffen. Die Partei soll nach Meinung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Jürgen Schön weg von ihrem »Schmuddel-Glatzen-Image«. So weigerte er sich, in Konfrontation zum Bundesvorstand, am 1. Mai diesen Jahres wieder eine Demonstration und Kundgebung in Leipzig anzumelden. Die vor allem auch im Wahlkampf von Mecklenburg-Vorpommern immer wieder zelebrierten Aufmärsche von Jungnazis stoßen bei der sächsischen Führung auf starke Ablehnung. Die sächsische NPD-Spitze glaubt erkannt zu haben, daß, wenn sie ihre Einflußmöglichkeiten weiter steigern will, die junge Stiefelnaziriege nicht ausreichend für relevante Wahlergebnisse sein wird. Dies spiegelte sich auch in der Aufstellung der Kandidaten zur Kommunalwahl wider: Obwohl siebzig Prozent aller NPD-Mitglieder in Sachsen unter dreißig Jahre alt sind, tauchten überproportional viele ältere und »bewährte« Kameraden auf. Mit diesem Kurswechsel verprellte die sächsischen NPD vor allem ihre jugendliche Basis und setzte den innerparteilichen Spaltungsprozeß in Gang. Daher war in Sachsen auch keine einheitliche Wahlstrategie erkennbar. Während manche Kreisverbände einen aktiven Wahlkampf führten, lehnten sich andere, ansonsten starke NPD-Verbände, scheinbar völlig zurück. Ganz auf Linie des Landesvorstandes ist der Dresdener Kreisverband: Dort setzten sich die Neonazis ganz bürgernah für *»saubere Spielplätze«* im Stadtgebiet ein. Einen beispielhaften Wahlkampf führte auch der Kreisverband Sächsische Schweiz, insbesondere in Königstein. Die Kleinstadt wurde mit Plakaten geradezu überschwemmt. Die von anderen Parteien wurden immer wieder entfernt. Es gab eine Vielzahl von Infoständen und sogar eine eigene kleine Zeitung Klartext, die größtenteils aus kommunalpolitischer Jammerei bestand.

Stimmenfang bei PDS-WählerInnen?

Aber nicht allein um das Auftreten in der Öffentlichkeit gibt es Konflikte innerhalb der sächsischen NPD. Ausgebrochen war der Streit durch einige Veröffentlichungen des Landesverbands Sachsen. So wurden Flugblätter herausgegeben, die verkündeten, daß *»die DDR der zeitweilig von vielen getragene Versuch (war), Lehren aus der deutschen Geschichte zu ziehen und eine Gesellschaft des Wohlstandes für alle aufzubauen. (...) Nach dem heutigen Vergleich BRD/DDR herrscht die Meinung bei den Mitteldeutschen vor, daß die DDR das kleinere Übel gewesen sei«*, so die Leipzigerin Ursula Mann. Diese Position führte letztendlich zum Streit mit dem Bundesvorstand. So schoß Udo Voigt im November 1998 zurück: *»Es ist natürlich politischer Unsinn, zu behaupten, die DDR sei der bessere deutsche Staat gewesen.«* Verbunden mit diesem Ostalgie-Trip ist eine Öffnung des Landesverbandes für ehemalige SED-Funktionäre. Beispielsweise war der Chemnitzer Prof. Dr. Michael Nier, zu DDR-Zeiten Professor für historischen und dialektischen Materialismus, maßgeblich beteiligt an der Entwicklung des gegenwärtigen NPD-Wirtschaftsprogrammes. Offensiv wird um das WählerInnenklientel der PDS geworben. Da es der PDS aber gelungen ist, dieses Klientel *»an sich zu binden«*, wie Gregor Gysi stolz in der Berliner Zeitung verkündete, wurden die Kommunalwahlen nicht zu dem erhofften Sprungbrett für die Landtagswahlen im September. Es wird einer enormen Kraftanstrengung bedürfen, um dieses Ziel dennoch zu erreichen. Bei dem derzeitig desolaten Zustand des Landesverbandes ist es aber fraglich, ob die NPD dazu fähig ist. ■

1. Mai 1999: Tag der Arbeit für die Polizei

Zum zweiten Mal, seitdem 1996 die NPD/JN die Koordination der Naziaufmärsche am 1. Mai übernahm, endete dieser Tag für die Naziszene als Fiasko. Breite Antifamobilisierungen, gerichtliche Verbote, interne Querelen und polizeiliche Nadelstiche – die ca. 1.500 Nazis, die am 1. Mai auf den Autobahnen unterwegs waren, bewegten sich zwischen Baum und Borke.

Die Hoffnung der NPD-Führungsspitze, an den Mobilisierungserfolg vom 1. Mai 1998 anknüpfen zu können, als ca. 4.000 Neonazis am Leipziger Völkerschlachtsdenkmal aufmarschierten, zerschlugen sich frühzeitig. Der Konflikt zwischen dem NPD-Bundesvorstand und dem Landesverband Sachsen machte den Nazis einen ersten Strich durch die Rechnung. Sachsens NPD-Chef Jürgen Schön wollte sich seinen momentanen Kurs, die Schlägertrupps kurz vor den Landtagswahlen auf volksnahe Biedermänner zu trimmen, nicht durch imageschädigende Bilder von gröhlenden Jungglatzen und Randaleszenen vermasseln. So wich die NPD-Führung vom geplanten Aufmarschort Leipzig nach Bremen aus und verkaufte diese Entscheidung dem Fußvolk als sinnvolle Wahlkampfhilfe für den personell und strukturell schwachen Bremer Landesverband. Der Bremer NPD nützte dies nichts, sie erhielt bei den Wahlen am 6. Juni gerade einmal 0,3 Prozent der Stimmen.

Antifaschistische Bündnisse und Verbote

In Bremen reagierten AntifaschistInnen schon frühzeitig auf die Ankündigung des u.a. vor den Werkstoren von DaimlerChrysler geplanten Aufmarsches. Im Bündnis »Kein Naziaufmarsch in Bremen« engagierten sich rund 40 Gruppen und Initiativen, darunter auch die IG Metall Betriebsgruppen von DaimlerChrysler und den Bremer Stahlwerken, die mit dem »weicheren« Kurs des DGB nicht einverstanden waren. Die Aktivitäten des Bündnisses und eine gute Öffentlichkeitsarbeit sorgten dafür, daß auch die etablierten Parteien in Zugzwang gerieten und sich einstimmig für ein Verbot des Aufmarsches aussprachen. Damit war das Fundament für das polizeiliche Verbot gelegt. In der Nacht zum 1.Mai bestätigte das Bundesverfassungsgericht das Verbot des vom langjährigen Nazikader und zweiten Vorsitzenden der Bremer NPD, Jörg Wrieden, mit 5.000 Teilnehmern angemeldeten Aufmarsches. Das Bundesverfassungsgericht war in seiner Begründung den Einschätzungen des Bremer Innensenats von einem »Polizeinotstand« gefolgt. Informationen aus Kreisen der Sicherheitsbehörden, daß Mitglieder der Freien Kameradschaften am Rande des Aufmarsches offenbar »Greiftrupps« zusammenstellen wollten, um AntifaschistInnen, mißliebige JournalistInnen und Polizisten anzugreifen, lieferten einen weiteren Grund für die Gerichtsentscheidung. Ersatzveranstaltungen in Bremerhaven, Hannover und Oldenburg wurden von den Gerichten ebenfalls verboten.

Kopflose Nazihorden

Die Bestätigung des Verbots durch das Bundesverfassungsgericht hatte die NPD-Führungsspitze offenbar überrascht. Und so scheiterte der Versuch, Spontandemonstrationen durchzuführen, sowohl an Kompetenzgerangel zwischen den Kadern – insbesondere den Freien Kameradschaften und der NPD-Führungsriege – als auch an der, ähnlich wie bei den Rudolf-Heß-Gedenkmarschversuchen der letzten Jahre, bundesweit einheitlich agierenden Polizei.

So ließen Polizeikräfte rund 200 Berliner Neonazis, die sich nachts auf den Weg nach Bremen machen wollten, erst gar nicht in ihre Busse steigen und schickten sie nach Hause. Vollends zum Fiasko geriet der großartig angekündigte Aufmarsch, als am frühen Morgen des 1. Mai von SEK-Beamten eine zur NPD-Zentrale umfunktionierte Wohnung gestürmt wurde. Die dort anwesenden zehn Nazikader, darunter JN-Pressesprecher Klaus Beier und der Nazikader Jens Pühse, wurden mehrere Stunden lang in Sicherheitsgewahrsam genommen und durften zugucken, wie die gesamte Büroeinrichtung demoliert wurde. Damit war die Infrastruktur der NPD endgültig lahmgelegt und auf den Autobahnen irrten Nazibusse und Pkws vollends ohne Führung herum.

Vom Bus auf die Straße ins Polizeigewahrsam ....

Kurze Aufenthalte auf öffentlichen Straßen gelangen den Neonazis am 1. Mai nur in wenigen Städten: Das größte Kontingent stellte hierbei das Norddeutsche Aktionsbündnis um die beiden Hamburger GdNF-Kader Christian Worch und Thomas Wulff. Zwar waren die beiden an diesem Tag selbst zuhause geblieben, aber die zweite Führungsriege, darunter u.a. der Hamburger Kader Sascha Bothe, organisierte einen gerade einmal zehnminütigen Aufmarsch von rund 350 Neonazis in Ahrensburg bei Hamburg. Dann griff auch hier die Polizei ein und zwang die Nazis zurück in ihre Busse. In Henstedt-Ulzburg im schleswig-holsteinischen Kreis Bad Segeberg gelang es einer Gruppe von rund 50 Naziskins u.a. aus Quickborn und Kaltenkirchen, mittags das 1. Mai-Fest der JungsozialistInnen zu sprengen. Aus Angst vor einer Eskalation und mangelndem Polizeischutz brachen die Jusos das Fest kurzzeitig ab. Die Karlsruher Kameradschaft schaffte es immerhin bis zur Wewelsburg, der alten SS-Ordensburg bei Paderborn. Eine knappe Stunde trieben sich im Dorfzentrum unterhalb der Burg knapp 50 Neonazis herum, darunter auch Christian Hehl aus Ludwigshafen. Dann beendete eine Bochumer Polizeieinheit unter lautstarkem Gejammer der Nazis das Saufgelage und brachte den Bus nach Paderborn zur Personalienfeststellung. Im thüringischen Gera gelang es genau 48 Nazis, frühmorgens um 8 Uhr mit Reichskriegsflaggen und Trommeln vom Hauptbahnhof bis zum Stadtzentrum zu marschieren. Dann wurde der Marschtrupp in Polizeigewahrsam genommen. Ebenfalls in Gera hatte die Polizei schon nachts um 2 Uhr einen Bus mit Kasseler Neonazis angehalten und wieder nach Hause geschickt. Kurzauftritte von jeweils rund 100 Nazis gab es an diesem Tag auch noch in Leipzig-Grünau und am Herrmannsdenkmal bei Detmold.

AntifaschistInnen freuten sich am 1. Mai vor allem über eine gelungene Spontandemonstration von rund 3.500 Menschen in Bremen, bei der sich die Polizei trotz ebenfalls verbotener Bündnisdemos zurückhielt. (zur Repression gegen Antifas am 1. Mai s. S. 53). Der Ausfall des neonazistischen Großevents hat den ohnehin schon schwelenden internen Konflikten innerhalb der NPD neue Nahrung gegeben und das Fußvolk frustriert. Doch Anlaß zu überschwenglichem Jubel gibt es nicht. Immerhin ist es allemal politisch sinnvoller, wenn Nazis von AntifaschistInnen gestoppt werden, als wenn Gerichte und Polizei je nach Belieben den »starken Staat« durchsetzen oder auf Laissez-faire setzen. Und der nächste Nazigroßaufmarsch kommt bestimmt.... ■

Antifa heißt ... auch mal gewinnen!

***»Hallo, hier spricht die Antifa Köln. War nett mit Euch, kommt mal wieder vorbei«*. Bitterer Spott, den sich die Betreiber des NIT Rheinland am Abend des 22. Mai 1999 auf ihrem Anrufbeantworter anhören mußten. Irgendwie schien es eine Erfolgsstory zu sein. Seit dem 1. März 1997 marschierten fast überall, wo die Wehrmachtsausstellung gastierte, mal mehr, mal weniger alte und neue Nazis. In Köln marschierten sie am 22. Mai 1999 gerade einmal einhundert Meter.**

Vorausgegangen war auch hier das übliche juristische Hin und Her. Nach einem Verbot durch die Polizei und dessen Bestätigung durch das Verwaltungsgericht Köln wurde die Demonstration erst am Abend des 21. Mai durch das Oberverwaltungsgericht Munster genehmigt. Schon Monate vor Anmeldung der NPD-Demo durch den Kölner Paul Breuer formierte sich ein Bündnis »Köln stellt sich quer«, bei dem sich neben Antifagruppen u.a. auch der DGB, die Jusos, die BezirksschülerInnenvertretung und die ASten der Kölner Hochschulen beteiligten. Das Ziel, den Naziaufmarsch zu verhindern, erschien nach den Mißerfolgen der vergangenen Jahre, in denen die Faschisten mehr oder weniger unbehelligt ihr Weltbild zur Schau stellen konnten, unrealistisch. So dachten auch die Nazis. Vollmundig versprachen die Internetseiten des »Nationalen Widerstands«: *»Ab heute gehören die Straßen in Köln wieder uns!«*

Als nach zwei Stunden endlich die Gitter vor den Lautsprecherboxen montiert waren, und die letzten Teilnehmer diszipliniert ihr Bier ausgetrunken hatten, formierten sich die Nazis und marschierten los. Geplant war ein ca. sechs Kilometer langer Marsch durch die Innenstadt. Neben den üblichen unsäglichen Sprechchören wie *»Ruhm und Ehre der Waffen SS«* versuchten sie diesmal auch etwas Neues. Sie skandierten Parolen gegen den Krieg im ehemaligen Jugoslawien. In diesem Sinne war auch das Fronttransparent mit der Aufschrift *»Atomtod droht«* gehalten. In dem Augenblick, in dem sich der Naziaufmarsch in Bewegung setzte, zerstreute sich innerhalb von Sekunden, nicht allzu weit entfernt, die Gegendemonstration. Seit dem Morgen hatten sich an die zweitausend GegendemonstrantInnen, mehrere Kilometer vom Treffpunkt der Nazis entfernt, in der Kölner Südstadt gesammelt. Nach einem kurzen Kulturprogramm bewegte sich der bunt gemischte Demozug in Richtung Norden.

In kleineren Gruppen und durch schnelles Agieren schafften es die GegnerInnen des Aufmarsches, die Polizeisperren, die lediglich den direkten Zugang zur geplanten Demoroute der Nazis versperrten, zu umgehen. So gelang es einem Großteil der GegendemonstrantInnen, sich den Nazis bis auf ca. 200 Meter zu nähern. Sie scheiterten an der letzten Polizeikette vor der Nazidemo. Als klar war, daß es nicht mehr weiterging, setzten sich viele DemonstrantInnen einfach auf den Boden und blockierten so den geplanten Weg des Naziaufmarsches. Von diesem Augenblick ging es für die Nazis keinen Meter mehr vorwärts. Sie hatten es schon auf den ersten Metern nicht leicht.

Einerseits schafften es die »Kameraden« nicht so richtig, in Reih und Glied zu gehen, andererseits gab es von Beginn an direkten Kontakt mit den GegnerInnen des Aufmarsches, die bis auf wenige Meter an die Nazis herangekommen waren. Doch jetzt begannen die am Rande stehenden Menschen, die »deutschen Recken« mit allem einzudecken, was der Gemischtwarenladen an der Ecke so hergab. Viele Ladeninhaber verschenkten ihre Auslagen an DemonstrantInnen, auf viel Kundschaft konnten sie wegen der Vollsperrung der nördlichen Innenstadt ohnehin nicht mehr hoffen. Als die Eier in den Geschäften zur Neige gingen, holten LadeninhaberInnen Nachschub aus ihren darüberliegenden Wohnungen. Nachdem im Viertel kein einziges Ei mehr aufzutreiben war, stieg mensch auf Joghurt, Apfelsinen, Quark, Mehl und zum Schluß sogar Broccoli um. Bei den Menschen am Rande handelte es sich zum großen Teil nicht um Antifas sondern um Kölner BürgerInnen allgemein, Vorstadtkids und MigrantInnen der dritten Generation.


Deutsche Recken in der Gemüse-Abwehrschlacht an der Geschichtsleugner-Front.

Dementsprechend tat sich die Polizei auch schwer, gegen diese Menschen vorzugehen. Wenn sie konnte, nahm sie einen mutmaßlichen EierwerferInnen fest und räumte Bereiche nur, wenn Flaschen oder Steine flogen. Die folgenden Stunden waren die Neonazis dazu verdammt, einfach nur herumzustehen, bespuckt, beschimpft und beworfen zu werden. Von Zeit zu Zeit sah es danach aus, als ob sie im nächsten Augenblick allesamt verdroschen würden. Diese Aussicht in Verbindung mit den permanenten Demütigungen gefiel am wenigsten dem Nachwuchs, dem es offenkundig ungemütlich wurde. Doch auf die Bitte von Aufmarschteilnehmern, doch nach Hause gehen zu dürfen, reagierte die Demonstrationsleitung nicht. Sie wollte das »Recht« auf Durchführung des Aufmarsches durchsetzen und die Proteste aussitzen. So begann eineinhalb Stunden nach Beginn der Nazidemonstration, während der hintere Teil des Aufzuges noch immer am Sammelpunkt stand, eine Art Abschlußkundgebung. Natürlich mit den üblichen, wenig innovativen Reden von SS-Veteranen, Liedern des Nazibarden Frank Rennicke und Beiträgen von Kadern, wie dem inzwischen in der Bedeutungslosigkeit versunkenen Achim Ezer. Aufrufe an die GegendemonstrantInnen, man sei ja auch gegen den NATO-Krieg, zeigten keine Wirkung, wurden mit höhnischem Gelächter und Fan-Sprechchoren der örtlichen Fußballvereine bedacht. Ein Aufruf, GegendemonstrantInnen an Ort und Stelle anzuzeigen, scheiterte an der inzwischen arg genervten Polizei. »Aktivisten« wie Christian Worch mußten sich mit dem Hinweis, daß sie heute wohl niemanden mehr anzeigen würden, zufriedengeben. Nach zwei nie enden wollenden

Stunden wurde der inzwischen schon übel nach Hausmüll riechende »Nationale Widerstand« zu seinen Bussen zurückgeführt. Nach der erlittenen Schlappe wollten die Nazis hier noch einmal Stärke zeigen. Entgegen den Anweisungen der Polizei weigerten sie sich, in ihre Busse zu steigen und endlich abzuhauen. Natürlich waren die Aussichten für den Individualreisenden, der nicht mit dem Bus gekommen war und nun zu seinem Auto in der näheren Umgebung mußte, nicht so verlockend. Seit dem Abruch der Demo hatten sich einige Gruppen mit türkischen Kids an die Fersen der Nazis geheftet.

Nach zwei weiteren Stunden des Wartens reichte es dann der Einsatzleitung der Polizei. Sie stellte die Nazis vor die Wahl, sich entweder in die Busse zu begeben oder die folgenden 24 Stunden in Polizeigewahrsam zu verbringen. Und so fuhren sie dann....

In Köln zeigte sich, daß auch eine gerichtlich erlaubte Nazidemonstration noch zu stoppen ist. Das Konzept, das durch das Bündnis im Vorfeld gefahren wurde, ging auf. Über Monate hinweg gab es eine kontinuierliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. In den Lokalnachrichten des WDR-Fernsehens waren ab dem 18. Mai der bevorstehende Naziaufmarsch und die Aufrufe des Bündnisses zu seiner Verhinderung die Top-Nachricht. Die Aufrufe, Plakate, Aufkleber und sonstigen Mobilisierungsmittel nutzten den rheinischen Lokalpatriotismus, was beim »Kölner an sich« sehr gut ankam. Dadurch, daß hier kein militantes Verhinderungskonzept in den Vordergrund gestellt wurde, erreichte das Bündnis gleich mehrere Ziele. Zum einen fühlten sich viele »normale« Bürger dazu ermutigt, an den Protesten teilzunehmen. Andererseits wäre ein hartes Durchgreifen der Polizei im Nachhinein wohl nicht mehr vermittelbar gewesen. Köln ist eine Metropole mit einem hohen MigrantInnenanteil. Viele von ihnen wurden aktiv. Die einen verschenkten Gemüse, die anderen warfen es. Die Tatsache, daß die Nazis an diesem Wochenende vier Aufmärsche angemeldet hatten, schlug sich zwar negativ auf das Mobilisierungspotential für Köln nieder, hatte auf das Ergebnis aber keinen Einfluß. Die Polizei stand kurz vor Beginn des »Kölner-Gipfel-Maratons« unter Druck. Bei schlechter Presse hatte es Ärger von oben gegeben. Und wäre das populistische Konzept der Kölner GenossInnen nicht aufgegangen, hätten diese wohl Kritik vom Rest der Republik bekommen. Aber am 22. Mai hat sich gezeigt, daß ein Verhinderungskonzept an sich schon in Ordnung ist, es aber nicht wie bisher nach dem Motto »Wir verhindern und damit fertig« gehandhabt werden kann, sondern im Vorfeld und in der Umsetzung viel Phantasie erfordert. ■

Die Allianz marschiert weiter

Über 820.000 Menschen haben die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht. 1941 bis 1944« des Hamburger Instituts für Sozialforschung seit ihrer Eröffnung im März 1995 in Hamburg besucht. In 32 Städten in Deutschland und Österreich wurden die Fotos und Dokumente, die den Mythos der »sauberen Wehrmacht« endgültig zerstörten, bisher gezeigt. Im Juni sind die Exponate an ihren Ausgangsort Hamburg zurückgekehrt und sollen danach durch einen Trägerverein weiter ausgeliehen werden. Einerseits hat die Ausstellung eine breite gesellschaftliche und mediale Diskussion über die Rolle der Wehrmacht ausgelöst. Andererseits hat die Gegenkampagne von Neonazis, Teilen der CDU und CSU sowie führender deutscher »Nachrichtenmagazine« zu einem neuen Schulterschluß der extremen Rechten mit wesentlichen Trägern der »gesellschaftlichen Mitte« geführt. Das AIB hat die Kampagne gegen die Ausstellung mit der Serie »Allianz der Geschichtsleugner« begleitet. Die Rückkehr der Ausstellung nach Hamburg ist für uns Anlaß, ein vorläufiges Resümee zu ziehen.

Den Auftakt für den Einstieg des militanten Neonazisspektrums in die bis dato nur von einem kleinen Häuflein rechter »Publizisten« geführte Hetzkampagne gegen die Ausstellung machte der verurteilte Naziterrorist Manfred Roeder. Im Juni 1996 besprühte er in Erfurt mehrere Exponate mit dem Schriftzug »Lüge« und erzielte damit bundesweite Medienaufmerksamkeit. An den nachfolgenden Ausstellungsorten (Regensburg, Klagenfurt, Nürnberg, Linz und Karlsruhe) kam es zu den ersten kleinen Kundgebungen von orstansässigen NPD/JN-Strukturen. Zusätzlich gab es in Regensburg und Linz Bombendrohungen. Diese Aktivitäten fanden jedoch nur auf regionaler Ebene Presseresonanz.

Dies änderte sich am 1. März 1997, als es im Vorfeld der Ausstellung in München eine beispiellose Hetze von Seiten der CSU gegen die Ausstellung und deren MacherInnen gab. Besonders der CSU-Hardliner Peter Gauweiler nahm dabei eine führende Rolle ein. »Nachrichtenmagazine« wie der Spiegel und Focus übernahmen die Argumentation von Gauweiler und Co. Sie bezeichneten die Ausstellung fortan nur noch als »umstritten« und versuchten, deren Seriösität in Zweifel zu ziehen. Im Nacken saßen ihnen dabei weite Teile ihrer LeserInnenschaft, ex-Generäle wie der rechtsextreme Ullrich Uhle-Wettler, ex-Journalisten wie der Panorama-Gründer Rüdiger Proske, Teile der Bundeswehrführung sowie der Soldaten- und Vertriebenenverbände. So war der gesellschaftliche Boden für den größten Naziaufmarsch nach 1970 bereitet. 5.000 Nazis, mobilisiert von NPD/JN und den Strukturen der verbotenen militanten Neonaziorganisationen marschierten unter Parolen wie *»Unsere Väter waren keine Verbrecher«* am 1. März 1997 durch die bayerische Landeshauptstadt. Im Rückblick muß dieser Aufmarsch als der Startschuß für die Re-Etablierung der NPD als stärkste legale neonazistische Organisation in Deutschland gewertet werden. Mit der Kampagne gegen die Ausstellung wurden die üblichen ideologischen Grabenkämpfe im rechten und rechtsextremen Lager umgangen; Geschichtsleugnung wurde unter dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt zum einheitsstiftenden Thema gewählt. Mit dem Münchener Aufmarsch hatte die NPD zudem deutlich gezeigt, daß sie – in Abkehr ihrer bis dahin geltenden Strategie – fortan auch die Straße als ihr »Kampfterrain« wählen würde. Ohne die Demonstration in München wäre die NPD möglicherweise noch immer die verstaubte rechtsextreme Hinterzimmerpartei der frühen neunziger Jahre.

Die Mitte und der Rand

Die Kampagne gegen die Ausstellung wäre ohne die Rückendeckung der CSU und führender CDU-Vertreter wie des ex-Verteidigungsministers Gerhard Stoltenberg sowie des bis Dezember 1998 amtierenden Verteidigungsministers Volker Rühe nicht möglich gewesen. Aber auch die SPD hat sich keineswegs eindeutig für die Aufklärung über die Verbrechen der Wehrmacht ausgesprochen. So erklärte Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem Interview mit dem

französischen Publizisten BERNARD-HENRI LÉVY für Le Monde auf die Frage, ob er die Ausstellung gesehen habe: *»Ich habe sie ebenfalls nicht gesehen. Aber ich kann es nicht zulassen, daß man sagt, eine Armee habe in ihrer Mehrheit derartige Verbrechen begehen können.«*[1] Und Rühes Nachfolger RUDOLF SCHARPING hält weiterhin an dem Erlaß fest, daß Bundeswehrangehörige die Ausstellung allenfalls als Privatpersonen und nur in Zivil besuchen dürfen.

In der Straßenmobilisierung blieb die NPD lange Zeit konkurrenzlos, bis sie Anfang letzten Jahres diese an die Strukturen der FREIEN NATIONALISTEN um CHRISTIAN WORCH und THOMAS WULFF aus Hamburg abgab. Auch wenn eine mit München vergleichbare Mobilisierung nicht mehr gelang: Die NPD und die FREIEN KAMERADSCHAFTEN, die in München erstmals als eigener Block auftraten, ließen von da ab keinen Ausstellungsort mehr aus. In Frankfurt, Marburg (wo Manfred Roeder selbst als Anmelder auftrat), Konstanz und Graz gab es kleinere Aufmärsche mit bis zu 80 Teilnehmern. Ein neuerlicher Höhepunkt für die NPD stellte der Aufmarsch von 1.200 Neonazis am 24. Januar 1998 in Dresden dar. Es folgte ein Aufmarsch von ca. 500 Neonazis am 6. Juni 1998 in Kassel, bei dem die Freien Kameradschaften eng mit den REPs kooperierten. Drei Monate später demonstrierten 300 Neonazis in Münster, und am 24. Oktober 1998 folgte ein Aufmarsch von rund 1.000 Neonazis in Bonn. Im November und Dezember demonstrierten jeweils 80 bzw. 180 Neonazis in Hannover. Am 30. Januar diesen Jahres gelang es dann erstmals AntifaschistInnen, den Aufmarsch von 800 Neonazis in Kiel vorzeitig zu stoppen. Einen Monat später demonstrierten 400 Neonazis in Saarbrücken. Hier gipfelten die Aufrufe der Naziterroristen Roeder und PETER NAUMANN in dem Sprengstoffanschlag am 9. März 1999 gegen die Ausstellung. Auch hier hatte die örtliche CDU zuvor massiv gegen die Ausstellung agitiert. Zuletzt konnten AntifaschistInnen am 21. Mai einen Aufmarsch von 200 Neonazis in Köln vorzeitig beenden (siehe S. 30).

Ludwigslust/Hamburg – 5. Juni

Die Rückkehr der Ausstellung nach Hamburg rief dann auch prompt NPD und Freie Kameradschaften wieder auf den Plan. Angesichts sinkender Teilnehmerzahlen bei den letzten Aufmärschen und des laufenden Europawahlkampfes wollte man *»mindestens 1.000«* Teilnehmer nach Hamburg mobilisieren. Nachdem der vom Vorsitzenden des NATIONALDEMOKRATISCHEN HOCHSCHULBUNDES (NHB), ALEXANDER VON WEBENAU, angemeldete Aufmarsch gegen die Ausstellung jedoch in letzter Instanz verboten worden war – das Bundesverfassungsgericht hatte die Begründung der Hamburger Innenbehörde, es gäbe einen »Polizeinotstand« ähnlich wie auch in Bremen am 1. Mai bestätigt – gelang es den Freien Kameradschaften trotzdem, zu marschieren. Versuche, nach Schwerin auszuweichen, wurden zwar verboten und durch einen Polizeisperrenkordon auch verhindert. Doch offenbar ging es nur darum, das Image der »Landeshauptstadt« nicht zu beschädigen. Mit seit dem Pogrom von Rostock bekannter Sympathie für alles, was rechts ist, begleiteten Schweriner SEK-Einheiten die Nazibusse bis an den Ortsrand der nahegelegenen Kleinstadt Ludwigslust. Dann zogen sich die Schweriner Einheiten dezent zurück und überließen es allein den vier Beamten eines zivilen Fahrzeugs der Berliner Spezialeinheit POLITISCH MOTIVIERTE STRASSENGEWALT (PMS), sich an die Spitze der formierenden Nazidemonstration zu setzen und den Verkehr zu regeln. Die anwesenden Führungskader der Freien Kameradschaften wie THORSTEN HEISE, CHRISTIAN WORCH, THOMAS WULFF, Kroatiensöldner MICHAEL HOMEISTER, STEFFEN HUPKA, OLIVER SCHWEIGERT und BERND STEHMANN ergriffen die Gelegenheit beim Schopf: Fast zwei Stunden lang zogen 500 Neonazis Parolen brüllend unbehelligt durch die Straßen. Polizeieinheiten aus Brandenburg und Bayern, die eine Stunde nach Beginn des Aufmarsches eintrafen, wurden provoziert und umgangen. Beendet wurde der Auftritt erst, als die Nazis ihre Busse schon fast wieder erreicht hatten. Die Aufforderung der Polizei, sich doch jetzt aufzulösen, wurde nach kurzen Verhandlungen abgewandelt. In geschlossener Marschformation durften die Nazis zu ihren Bussen gehen und dann die Stadt – von einigen spontanen antifaschistischen Aktivitäten abgesehen – unbehelligt verlassen.

Währenddessen gelang es in Hamburg rund 1.500 AntifaschistInnen trotz des auch die Demonstration des »Hamburger Bündnisses gegen Rassismus und Faschismus« betreffenden Verbots und trotz vieler Festnahmen im Laufe des Vormittags, eine Spontandemonstration gegen die Neonazikampagne auf der Straße durchzusetzen. Schon im Vorfeld des 5. Juni hatte die Arbeit des Bündnisses und Anschläge militanter AntifaschistInnen gegen das Schenefelder Reisebusunternehmen SCHÖNHERR, das in der Vergangenheit mehrfach Neonazis zu NPD-Aufmärschen transportiert hatte, sowie gegen das Auto des revisionistischen Journalisten Rüdiger Proske und auf Kriegsdenkmäler für Wirbel gesorgt.

Das Motto der AntifaschistInnen *»Den Naziaufmarsch zum Fiasko machen«* ging jedoch nur teilweise auf. Mittlerweile sind die Freien Kameradschaften um Christian Worch und Thomas Wulff – wie in Ludwigslust gezeigt – bei entsprechender polizeilicher Unterstützung mühelos in der Lage, den bundesweiten harten Kern der militanten Neonaziszene unabhängig von den Strukturen der NPD zu koordinieren und zum Marschieren zu bringen. In Ludwigslust beispielsweise ließ sich von der NPD-Spitze, mit Ausnahme von Hupka, nur deren Anwalt und Bundesvorstandsmitglied GÜNTHER EISENECKER als Zaungast blicken. Die sich seit Anfang letzten Jahres abzeichnende Entwicklung, daß die Freien Kameradschaften die eigentlichen Träger der Straßenmobilisierung nicht nur gegen die Wehrmachtsausstellung sind und die NPD nur noch den legalen Rahmen zur Verfügung stellt, hat sich auch in Ludwigslust bestätigt.

Dabei wird mit der NPD ganz pragmatisch kooperiert: Hat eine Aufmarschanmeldung durch die NPD Erfolg, bedient man sich deren Status als Wahlpartei. Scheitert die NPD, gehen die Freien Kameradschaften eben auf eigene Faust vor – flexibel, aktionsorientiert und immer um ihre Ausstrahlungskraft auf jugendliche Sympathisanten besorgt.

Die Allianz marschiert weiter

Für den 11. Juli 1999 haben NPD und NHB erneut einen Aufmarsch in Hamburg angemeldet. Doch gefährlicher als die noch kommenden Naziaufmärsche sind die gesellschaftlichen Folgen der Mitte-Rechts-Mobilisierung. Möglich ist diese Mobilisierung nur aufgrund des spezifischen Umgangs mit Geschichte, der hierzulande immer noch von Verdrängung, Mythenbildung und »Nestbeschmutzer«-Beschimpfungen gegen diejenigen, die die Mauern des Schweigens um die Verbrechen während des Nationalsozialismus, durchbrechen wollen, bestimmt ist. Dies zu ändern, hat sich das Hamburger Institut vorgenommen. ■

1 FAZ, »Ein paar Versuche, in Deutschland spazierenzugehen«, 17. Februar 1999, S. 50

Teile des Artikels wurden der sehr lesenswerten Broschüre »Im Nebel deutscher Verdrängung marschieren die Neonazis« entnommen. Sie ist für DM 5,- für 5 Exemplare zu bestellen bei: Reihe antifaschistischer texte, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg,

»Wir machen die totale Fußballrandale«

Hooligans im neuem Aufschwung, Nazis mischen mit.

Fußball-WM in Frankreich 1998. Nach dem Spiel BR Deutschland – BR Jugoslawien am 21. Juni 1998 in Lens verprügelten deutsche Hooligans den Polizisten David Nivel. Zur Zeit läuft der Prozeß gegen die Täter von Lens vor einem Gericht in Essen. Ein Jahr nach dem Angriff ist das Thema »Hooligans« wieder auf der Tagesordnung der Innenpolitiker und der Medien. Zeit also, um auf neue Entwicklungen und Tendenzen in der deutschen Hooliganszene einzugehen.

Randale in Offenbach

»*Offenbach ist schockiert und ratlos*«, titelte die Frankfurter Rundschau am 15. Mai, zwei Tage nach den Krawallen rund um die Fußball-Regionalliga-Partie Offenbacher Kickers gegen Waldhof Mannheim. Bereits seit Wochen wurde dem Datum in der bundesweiten Hool- und Faschoszene entgegengefiebert. Auf den Rängen des Bieberer Bergs und in den umliegenden Straßenzügen lieferten sich Hooligans aus mehreren Bundesländern, aus Österreich und der Schweiz eine Straßenschlacht mit der Polizei. Um das Ergebnis vorweg zu nehmen: Das Hooliganmatch ging unentschieden aus, deutliche Verlierer waren der Fanclub Grün-Weiß und die Offenbacher Straßenreinigung. Sowohl auf Offenbacher wie auch auf Mannheimer Seite mischten Neonazis tatkräftig mit. Allein in der für ihre neonazistischen Tendenzen bekannten Mannheimer Truppe waren ca. 100 klar erkennbare Naziskins auszumachen. Unter den Offenbachern befand sich neben einer Reihe Naziskins aus dem Umland auch die Clique um Lars Schultz, dem Betreiber des Bieberer Naziladens CD-Room, mittlerweile umbenannt in Wayjard.

Hierbei konnte die interessante Beobachtung gemacht werden, daß der (Ex-) CD-Room offensichtlich als offizieller Ausstatter der »Rechten« unter den hiesigen Hools und Skins fungiert – auffallend viele Schläger des Offenbacher »Mobs« trugen Klamotten der Naziskin-Kultgruppe Screwdriver, für die Lars Schultz die Verkaufsrechte besitzt. Auf Mannheimer Seite scheinen eher die »modischen« Kreationen aus dem Sortiment des Ludwigshafener Sturm-Versandes gefragt zu sein, der vom ebenfalls anwesenden Naziskinhead und Mannheim-Hooligan Christian Hehl betrieben wird. Dies läßt zum einen darauf schließen, wie eng die Anbindung von Neonazis an einen Teil der Hooliganszene ist und zum anderen darauf, wie Schultz und Hehl ihre Geschäftsaktivitäten finanzieren.

Die Betroffenheit in Offenbach, vor allem in der Vereinsführung, ob dieser Krawalle kann jedoch nur kopfschüttelnd registriert werden – wurde doch unlängst der rechte Oberschläger Frank Förster, Sohn des Republikaner-Funktionärs Bert-Rüdiger Förster, zum Stadion-Ordner am Bieberer Berg befördert. Die SPD hat unterdessen angekündigt, die Geschehnisse vor dem Innenausschuß zur Sprache zu bringen, jedoch – wie sollte es anders sein – ausschließlich unter dem Aspekt der »Inneren Sicherheit«. Das ungenierte Auftreten der Neonazis innerhalb der Hooliganszene wird weiterhin kein Thema sein.[1]

Die Berliner NPD'ler Lars Hellmich (l) und Uwe Brumke (r) werben vor einem Spiel von Hertha BSC.

Nazis mischen mit

Dabei bieten Stadien und die Hooligan-Szene den Neonazis in Zeiten staatlicher Repression einen Freiraum und Erlebniswelt zugleich. Letzteres gilt insbesondere für die westlichen Bundesländer. Hier kann man sich ungestört überregional und regelmäßig treffen. Eine Isolierung der Neonazis ist äußerst schwierig, da sich ihnen ein unübersehbarer Teil der Hooligans sowohl optisch als auch ideologisch genähert hat. Die Übergänge sind fließend geworden. Den Freiraum, den Neonazis in den Stadien genießen und der ihnen einen ungehinderten Zugriff auf (zunächst) erlebnisorientierte Jugendliche gibt, kann man ihnen nur schwer nehmen.

Die neue Entwicklung innerhalb der Hooligan-Szene beschreibt die AG »*Hooligans als der radikale Ausdruck einer gesellschaftlichen Entwicklung*« beim 3. Bundesweiten Fan-Kongreß/Bündnis Aktiver Fußballfans (BAFF): »*In den verschiedenen Städten gibt es unterschiedlich starke Hooliganszenen. Diese sind nur in Einzelfällen identisch mit dem 'harten Kern' rechtsextremer Fans. Tendenziell ist das auf den ersten Blick 'Unpolitische' der meisten Hooligans häufig aber eher nationalistisch und rechts. (...) Von der sozialen Herkunft des größten Teils der Hooligans kann von einem Mittelschichtsübergewicht gesprochen werden. Dies gilt aber insbesondere für die Älteren, über 25jährigen. Bei den Jüngeren ist mittlerweile eine Tendenz der Herkunft aus sozial schwächeren Schichten und Leuten in prekären Arbeitsverhältnissen konstatierbar. Gerade die Jüngeren sind es häufig, die sich noch weniger an den (vorgeblichen) Ehrenkodex halten als ihre älteren 'Vorbilder'.*« [1]

Nicht wenige Hooligangruppen stellen in »ihren« Stadien Machtfaktoren dar, was ihnen eine hohe Integrationskraft und neue Möglichkeiten verschafft. So werden sie beispielsweise auch von seriösen Veranstaltern als Ordnerdienst für Open-Air-Festivals oder Diskos angeheuert und teilweise – im Rahmen sozialpädagogischer Programme – als Stadionordner eingesetzt. Die Neonazis, die dort mitmachen, werden über dieses Trittbrett zu Respekts- und Integrationspersonen.

Die Schauplätze der Aufeinandertreffen von Hooligans waren meist die Bundesligastadien der 1. und 2. Liga oder Treffpunkte in deren unmittelbarer Umgebung. Durch die Zunahme repressiver Maßnahmen seitens der Vereine (Stadionverbote) und der Polizei (Meldeauflagen, Ingewahrsamnahmen) wurde es für die Hools immer schwieriger, geeignete Terrains für ihre »Matches« zu finden. Des weiteren wird durch die fortschreitende Kommerzialisierung des Profifußballs das Bundesligastadion als Treff- und Sozialisationspunkt von Jugendlichen und Jungerwachsenen immer unattraktiver. Die Folge davon ist, daß sich starke Hooligangruppierungen in den Stadien der Amateurligen bilden. Bei den Spielen der Amateurklassen kommt es daher in den letzten Jahren vermehrt zu Ausschreitungen und Übergriffen. Dabei ist zu beobachten, daß sich in den jeweiligen Hooliganszenen sowohl rechtsextre-

me Tendenzen als auch organisierte Rechte breit machen.

Die vom »klassischen Hooligan« vertretene Position, daß Politisches nur als Provokation eingesetzt wird, ist bei den derzeitigen Entwicklungen nicht mehr zu halten. Gerade bei Hooligans aus dem Osten ist eine starke Tendenz zu rechtsextremen Positionen zu verzeichnen. Diese beschränkt sich nicht mehr nur darauf, dumpfe rechte Parolen einfach nur nachzubrüllen, sondern äußert sich in einem verankerten nationalistisch- autoritären Weltbild der jugendlichen Besucher. Dies versuchen sich rechte Parteien und Organisationen zunutze zu machen, um neue Mitglieder zu rekrutieren und Propagandamaterial zu verteilen. So kam es beim Berliner Pokalfinale zwischen dem BFC Dynamo und Türk Spor zu rassistischen Sprechchören und nach dem Schlußpfiff zu Jagdszenen auf die türkischen Spieler.

Doch auch in westdeutschen Städten ist ein Anwachsen der rechten Gruppierungen zu registrieren. So sind traditionell bei Hertha BSC viele Boneheads und NPD-Parteigänger anzutreffen. Im Berliner Olympiastadion wurde vor der letzten Bundestagswahl verstärkt durch NPD und REPs Werbung betrieben. Im Laufe dieser Kampagne solidarisierte sich die NPD mit dem zurückgetretenen Bundestrainer Vogts, da dieser auf die »deutschen Tugenden« im Sport Wert gelegt hätte. Auch der HSV hat mit einer größeren Gruppe Nazi-Skinheads zu kämpfen, die sich auf den Rängen trifft und agitiert. Und natürlich existieren weiterhin klassische Hooligan-Gruppierungen, die bei attraktiven Spielen versuchen, die »dritte Halbzeit« zu bestreiten. Auch wenn es übertrieben wäre, von festen Neonazistrukturen in den Stadien zu sprechen, so ist die jüngste Entwicklung alles andere als beruhigend. Ob jedoch sozialarbeiterische und repressive Maßnahmen alleine ausreichen, um dem Trend entgegen zu wirken, ist mehr als fraglich. Der Fanladen St.Pauli fordert vom DFB und den Bundesligavereinen, ihre Fanstrukturen so zu stärken, daß die Fans selbst in die Lage versetzt werden, sich der Tendenz, das Fußballstadion als rechte Agitationsfläche zu gebrauchen, zu erwehren. Die weitere Entwicklung von Hooliganstrukturen in den Stadien wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es derartige Ansätze geben wird. Ein Beispiel hierfür, das von BAFF bundesweit zur Nachahmung empfohlen wird, ist die von der Schalker Faninitiative vorgeschlagene und im Dezember 1994 verabschiedete Satzungsänderung bei Schalke 04. Dort heißt es in §2 (Zweck und Aufgabe des Vereins): »*Die soziale Integration ausländischer Mitbürger soll gefördert werden.*« Und in §4 Absatz 4 (Ende der Mitgliedschaft): »*Der Ausschluß aus dem Verein kann erfolgen (...) bei unehrenhaftem Verhalten innerhalb oder außerhalb des Vereins, insbesondere durch Kundgabe ausländerfeindlicher oder rassistischer Gesinnung.*«



Für den Kameraden (Bildmitte) war das Match vorzeitig zu Ende. Links im Bild: Ronnie Reimer aus Schifferstadt, 16jähriger Herausgeber des Naziskinzines Pfalzfront, des JN-nahen Blättchens Süd-West-Wind und des Anti-Antifa-Heftes Staatsfeind.

Lens und die EM 2000

Daß mit sicherheitspolitischen Maßnahmen allein nicht verhindert werden kann, daß Hooligans aufeinandertreffen, zeigt nicht zuletzt der Vorfall in Lens. Hier gab es offenbar eine Planung von Seiten bundesdeutscher Nazihools. So hatte der Siegener Bärensturm, dessen führende Köpfe der NRW-Verfassungsschutz der Sauerländer Aktionsfront (SAF) zurechnet, per Internet zum »*Frankreichüberfall*« eingeladen und Mitfahrgelegenheiten zum Spiel nach Lens angeboten, da dort «*Gerüchten zufolge serbische und englische Hooligans kroatischen und deutschen Froinden der 3ten Halbzeit Paroli bieten und sie zerschlagen wollen.*« [3] Schon ab nachmittags waren in Lens am 21. Juni '98 Sprüche wie »*Wir sind wieder einmarschiert*« und »*Deutschland den Deutschen*« unter den deutschen Hoolgruppen zu hören. Als die Auseinandersetzungen mit der französischen Polizei begannen, skandierte eine Gruppe von ca. 70 - 80 Nazihools »*Hier marschiert der nationale Widerstand*«.[4] Trotz klarer Hinweise auf Naziskinkoordinierung in Lens, ist es im Prozeß bisher nicht gelungen, dies zum Thema zu machen. Auch bei der EM 2000 in Belgien und Holland ist mit verstärkten Hooligan-Aktivitäten zu rechnen. Sicherlich ganz vorne mit dabei: Die deutschen Hooligans, die schon vor Lens beispielsweise bei den deutschen Länderspielen in Rotterdam im April '97 und in Zarbze in Polen im September '98 mit massiven rechtsextremistischen und antisemitischen Parolen auftraten. Ob sich der Trend auf regionaler Ebene, daß Rechtsradikale und Hooligans zusammen agieren, bei diesem internationalen Turnier weiter fortsetzt, bleibt abzuwarten.

St.Pauli als Feindbild

Gerade Spielpaarungen gegen den FC St. Pauli waren und bleiben für Hools und Nazis willkommene Anlässe, um sich zu treffen und die Auseinandersetzung zu suchen. Die Fans des FC St. Pauli sind bei Heim- und Auswärtsspielen Ziel von rechten Provokationen und Übergriffen. Sie werden als »*Zecken*« beschimpft und mit dem Lied »*Wir bauen eine U-Bahn, von St. Pauli bis nach Auschwitz*« begrüßt. Sobald der FC St. Pauli ein Spiel bestreitet, mobilisiert die örtliche rechte Szene zu diesem Spiel und ist im Stadion anzutreffen. Höhepunkt dieser Entwicklung war das Spiel FC St. Pauli – VFB Leipzig am 1. Mai 1998. Unter den Leipziger Fans befanden sich ca. 300 Nazis, die mit Hitlergruß und Reichskriegsflagge aufmarschierten. Die NPD hatte zu diesem Spiel Freikarten verteilt. Auch bei einer Demo von Fans des FC St. Pauli und des HSV gegen »*Hooliganismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in allen Stadien*« nach dem Benefizspiel FC St. Pauli – HSV im Juli 1998, kam es zu einem Aufmarsch von Hooligans und Nazi-Skins, die versuchten, gemeinsam die Demonstration anzugreifen. In Cottbus wurde das Spiel von Hools und Nazis dazu benutzt, um anschließend eine multikulturelle Begegnungsstätte anzugreifen und die Scheiben eines Hamburger und Berliner St. Pauli-Fan-Bus zu zerstören. Das übliche Maß an Beschimpfungen wird immer mehr durch praktische Angriffe abgelöst. Durch den Aufstieg der Amateure des FC St. Pauli in die Regionalliga und den Verbleib der Profis in der 2. Bundesliga ist mit dem Auftreten massiver Hool- und Naziskingruppen bei den Spielen zu rechnen. Da die Überschneidungen und Kooperationen zwischen den beiden Gruppierungen in letzter Zeit immer mehr zunehmen, ist die Ausgangslage für die Saison 99 – nicht nur bei Spielen des FC St. Pauli – alles andere als beruhigend. ■

Teile des Artikels verdanken wir dem Fan Laden St. Pauli. Vielen Dank.
Kontakt: Fan Laden des FC St. Pauli
Thadenstraße 94, 22767 Hamburg.
Tel. 040/4396961
Fax: 040/4305119

1) entnommen aus »Swing«, autonomes Rhein-Main-Info
2) Reader vom dritten Bundesweiten Fan-Kongreß/Oer-Erkenschwick/31. Juli-2. August 1998, Bündnis Aktiver Fußballfans (BAFF e.V.), S. 14 u. 15
3) Westfälische Rundschau, 25.6.1998
4) AlleZmagne, Die WM-Zeitung, Nr. 3/98

Antifa-Nachrichten-Doku

Nr. 28

Juli/August '99



Impressum:
Was Geht Ab? Nr. 28
Juli/August '99
Herausgeber und V.i.S.d.P.:
H. Müller
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin
Die »Was geht ab?« erscheint seit der Nr. 19 als ständige Beilage im Antifaschistischen Info-Blatt. Für Abo, Nachdruck und alles weitere gelten dessen Bedingungen.

Bundesweit

Neue Nazigruppe 1

Im hessischen Langen ist am 14. Februar die programmatische Grundlage zur Gründung eines **Kampfbund deutscher Sozialisten (KDS)** beschlossen worden. Unterzeichnet wurde die *»Langener Erklärung«* vom Kopf der **Partei der Arbeit Deutschlands (PdAD), Michael Koth** aus Berlin, dem einstigen *»Stellvertreter«* **Michael Kühnens (ANS/NA) Thomas Brehl** aus Fulda, dem Chef der 1992 verbotenen **Deutschen Alternative (DA) Frank Hübner** aus Cottbus und dem Duisburger **Michael Thiel**. Thiel, der wie Hübner Aktivist der DA war, gründete nach deren Verbot in NRW die Gruppierung **Der Deutsche Weg**. In der Gründungserklärung wird der KDS auf völlig neue, bahnbrechende Art und Weise als *»partei- und organisationsunabhängiger Zusammenschluß auf der Basis des Bekenntnisses zu Volk und Heimat«* charakterisiert, der eine *»für alle Gutwilligen offene Plattform«* sei und der *»One-World-Gesellschaft«* und der *»weltweiten Verschwörung von Politik und Kapital«* einen *»auf die nationalen Erfordernisse zugeschnittenen deutschen Sozialismus«* entgegensetzt. Nicht viel Neues also an dieser weiteren Neonazi-«Sammlungsbewegung«, außer, daß die Gründungsriege sich fast komplett aus Führungskadern der alten **GdNF**-Riege zusammensetzt. Es dürfte also interessant sein, die weitere Entwicklung des KDS zu beobachten.

Neue Nazigruppe 2

www.fpdeutschlands.de - So lautet die neue Internetadresse der **Freiheitlichen Partei Deutschlands** aus Thiendorf/Großenhain. Auf den Seiten findet man das Programm und die aktuellen Kandidaten für die Europawahl dieser Kleinstpartei. Zum Spitzenkandidat wurde der 29jährige Landesvorsitzende von Baden-Würtemberg, **Andreas Stauffer** gewählt.

»Bundesvorsitzender« ist der 62jährige **Johannes Hertrampf**. Er hat eine lange Karriere im rechtsextremen Lager hinter sich. 1991 als Beisitzer im Landesvorstand der sächsischen **DVU**, sorgte er nach dem Verbot der **Nationalen Offensive** für die indirekte Fortsetzung ihrer sächsischen Zeitschrift. 1994 gründete er die **Freiheitlich Nationale Partei**, welche sich aber nach kurzer Zeit wieder auflöste. Just im Anschluß verkündete Hertrampf, daß er nun Bundesvorsitzender der Freiheitlichen Partei Deutschlands sei. Zu seinen damaligen Mitstreitern gehörte u.a. der heutige Chemnitzer **NPD**-Vordenker **Michael Nier**. Die bundesweite Einbindung Hertrampfs in das rechtsextreme Netz tritt mit seiner regelmäßigen Autorenschaft im Naziblatt **Recht und Wahrheit** zu Tage. 1995 sprach er beim RuW-Lesertreffen in Vilshofen über *»Unsere Verantwortung für Deutschland«*. Anfang der 90er Jahre druckte das Naziblatt **Nation&Europa** seine Texte ebenfalls ab. 1996 war der Name Hertrampfs unter den Unterzeichnern des revisionistischen *»Appells der 100«* zu finden.

Neue JN-Führung

Auf dem **JN**-Bundeskongreß am 10./11. Januar in Klingenberg wurde der 25jährige **Sascha Roßmüller** zum neuen JN-Bundesvorsitzenden gewählt und tritt damit die Nachfolge von **Holger Apfel** an, welcher seinen Arbeitsschwerpunkt auf die **NPD** verlagert. Stellvertretende JN-Chefs wurden **Alexander von Webenau (NHB)** aus Bayern und **Alexander Delle** aus Ba-Wü. Der Nazi-Bombenleger **Peter Naumann** und der NPD-Chef **Udo Voigt** hielten ein Referat.

Sascha Roßmüller und Alexander von Webenau





Chronologie

14. Februar

★ **Hamburg** – Wegen der rassistischer Innenstadtpolitik des Innensenators Hartmuth Wrocklage (SPD) zündete eine autonome Gruppe seinen Dienstwagen an.

★ **Leipzig** – Antifas entglasten die Räume der CDU-Geschäftsstelle und entfernten das CDU-Logo.

17. Februar

★ **Schwarzenberg** – Beim Verlassen des Kinos »Komet« wurden zwei Jugendliche von acht Nazi-Hools zuerst angepöbelt und dann tätlich angegriffen, dabei wurde einem Opfer der Arm gebrochen. Die Polizei unterhielt sich lediglich mit den Angreifern.

20. Februar

★ **Wittstock** – Auf einen türkischen Imbiss wurde ein Brandanschlag verübt. Das zweistöckige Gebäude brannte bis auf seine Grundmauern ab.

★ **Neustrelitz** – Ca. hundert Nazis führten einen Fackelmarsch durch die örtliche Plattenbausiedlung durch. Organisatoren waren Freie Kameradschaften und die NPD.

★ **Spantekow** – Ein als Geburtstagsfeier getarntes Treffen von etwa 120 Nazis wurde aufgelöst. Dabei kam es zu Rangeleien mit der Polizei, wobei neben Flaschen auch Gehwegplatten in Richtung Polizei flogen. Desweitern wurde eine Strassenblockade gebaut und angezündet.

22. Februar

★ **Kronskamp** – Ein Dönerstand wurde bei einem Brand völlig zerstört.

25. Februar

★ **Leipzig** – In Grünau schlugen zwanzig Nazis einen Jugendlichen zusammen. Anschließend versuchten sie den Verletzten von einer Brücke zu werfen.

26. Februar

★ **Wittstock** – 1.000 Menschen nahmen an einem Schweigemarsch teil, um an den Brandanschlag vom 20.Februar zu erinnern.

★ **Velten** – Ein Angolaner wurde in der Nacht von einer 7 - 8 köpfigen Nazi-Gruppe angegriffen und schwer verletzt.

★ **Schwedt** – Da Nazis zu laut feierten, kam die Polizei und stellte Musikkassetten und eine Reichskriegsflagge sicher.



★ **Leipzig** – Nazis setzen ein Auto in Brand.

27. Februar

★ **Wurzen** – Unter dem Motto » Weg mit dem Nazi-Spuk« demonstrierten ca. 300 Antifas für ein »alternatives Jugendzentrum«. Dabei wurden sie von Nazis mit Farb- und Fäkalienbeuteln attackiert.

★ **Hennigsdorf** – Eine Lichterkette von 200 Menschen wollte auf den Überfall auf Mohammad Azam aufmerksam machen, dieser war einige Tage zuvor von Nazis krankenhausreif geschlagen worden.

★ **Angermünde** – Etwa 400 Nazis demonstrierten »gegen Drogen und linke Gewalt«. An der linksbürgerlichen Bündnisdemo und der Antifademo beteiligten sich insgesamt 750 Menschen.

★ **Ronneburg** – Ein DVU-Treffen wurde nach Antifa-Protesten abgesagt. 50 Antifas demonstrierten. Nazis versuchten zu stören.

★ **Magdeburg** – NPD-Demo. Aus Halle mit dabei Sven Liebich (Blood & Honour, Ultima TV-Inhaber, The New Dawn-Herausgeber) und Falko Pick (FVB).

29.Februar

★ **Saalfeld** – Eine Gruppe von 15 Nazis schlug am Bahnhof zwei Jugendliche zusammen. Später wurde in der Innenstadt ein Mann von ihnen verletzt. Am Abend wurden in Gorndorf erneut zwei Jugendliche verletzt.

★ **Velten** – In der Nacht wurde ein Angolaner von sechs Nazis aus einem Imbiß gezerrt und zusammengeschlagen. Drei Nazis wurden verhaftet u.a. Rene H. (32) und Henry Sch. (30). Der Wirt, der den verletzten Angolaner wegtrug, wurde später mit Baseballschlägern bedroht. Ihm wurde ein Brandanschlag angedroht. Auch seine Frau wurde angegriffen.

30.Februar

★ **Saalfeld** – Vier Nazis verprügelten am Bahnhof drei Menschen und werden festgenommen.

31.Februar

★ **Werder** – Ein Inder wurde von zwei Nazis mit CS-Gas besprüht.

★ **Frankfurt/O** – Eine Gruppe Nazis mißhandelte einen Flüchtling im Bahnhof. Ein 14jähriger wurde deshalb verhaftet.

3. März

★ **Göttingen** – Auf eine Flüchtlingsunterkunft in Göttingen wurde ein Brandanschlag verübt. Ein Flüchtling erlitt Rauchverletzungen.

4. März

★ **Weddendorf** – Autonome Antifas statteten dem CDU-Ortsverbandsvorsitzenden Horst Adolf einen Besuch ab. Sie bewarfen sein Haus mit Eiern und sprühten den Spruch »Ausländerhetze stoppen« an sein neues Haus. Bei ihm lagen die CDU-Unterschriftenlisten zur doppelten Staatsbürgerschaft aus.

★ **Berlin** – Drei Nazis, die in ihrem Kleintransporter in Berlin-Friedrichshain parkten und laut Nazimusik hörten, wurden von zehn vermummten Antifas angegriffen. Das Auto ging

→

Neues NPD-Büro

Die NPD-Zentrale in der Münchener Holzstr. 49 gibt es seit Ende Februar nicht mehr. Hier hatte die NPD vierzig Jahre lang gehaust, bevor ihr gekündigt wurde. Grund für die Kündigung waren ständige Antifa-Parolen an den Wänden des Hauses und der randalierende NPD-Nachwuchs um den Münchener JN-Chef **Carsten Beck**. Nun ist die NPD nach Sinning bei Schrobenhausen gezogen.

Nazi-Briefbombe

Ein unpolitischer Münchner erhielt Ende März eine Briefbombe von Nazi-Terroristen. Sein Pech war, ähnlich zu heißen wie einer der Initiatoren der sog. Wehrmachtsausstellung. Zuvor bekam er eine deutschsprachige Nazizeitung aus Holland und einen Drohbrief aus Östereich zugeschickt. In diesem stand u.a. *»Herr, du gottverdammte Drecksau! Saarbrücken war erst der Anfang. Wir kriegen dich!«*. Als er ein Paket aus Österreich ohne Absender bekam brachte er es zur Polizei. Wegen eines technischen Defekts war die beinhaltete Bombe nicht hochgegangen.

WJ-Verbot bleibt

Die 1994 verbotene **Wiking Jugend** bleibt verboten. Sie war eine der ältesten neofaschistischen Jugendorganisationen in der BRD. Sie ging 1952 aus verschiedenen Nazijugendgruppen hervor und war für die Schulung von Kindern und Jugendlichen auf Fahrten, Wanderungen und Zeltlagern verantwortlich. An dem Verbot konnte auch der **NPD**-Anwalt **Hans-Günther Eisenecker** nicht rütteln.

30 Jahre JN

Am 13. März fand in der Nähe von Eggenfelden in Bayern (ursprünglich war Fürstenwalde/Brandenburg geplant) der **JN**-Jubiläumskongreß statt. Ehemalige (**Winfried Krauß, Peter Naumann, Stefan Lux**) und jetzige JNler erzählten sich, wie toll sie sind. Anschließend durften »nationale Liedermacher« diverser Generationen ihre Liedchen trällern. Außerdem wurden 20 neue Mitglieder aufgenommen.

Brunner steigt um

Manfred Brunner kehrte zu seiner Ursprungspartei der **FDP** zurück. Allerdings nicht in seinen lokalen Verband in München, sondern in die FDP-Vogtland. Dieser sächsische FDP-Verband ist rechts genug für Brunner. Führer der dortigen FDP ist der ehemalige Bildungsminister **Rainer Ortleb**. Der Vorsitzende des Kreisverbandes ist **Joachim Günther**. Bei ihm durfte sich Brunner auch polizeilich melden, bevor er wieder der FDP beitrat. Einige FDP-Funktionäre versuchen nun, gegen Brunners Wiedereintritt vorzugehen. Einige Gefolgsleute Brunners folgten mittlerweile seinem Beispiel, so z.B. Sachsens **BFB**-Chef **Dieter Tanneberger**. Andere BFB'ler wie **Rolf-Dieter Gmeiner** (Wiesbaden) und **Markus Roscher** (Berlin) verließen den hoch verschuldeten BFB. Der BFB-Hauptsponsor **Dieter Gratzer** aus Kassel will nun auch seine Geldspenden (eine Million Mark) zurück. Der BFB-Schatzmeister **Wolfram Grünkern** forderte allerdings noch einmal 26.000 Mark, bevor es eine Spendenquittung gäbe. Mittlerweile hat auch er das sinkende Schiff verlassen. Die verbliebenen BFB'ler um **Heiner Kappel** (Hessen) und **Torsten Witt** (Berlin) führen unbeirrt ihre Öffnung nach rechts außen weiter. So demonstrierte der Berliner BFB kürzlich zusammen mit dem Berliner **NPD**-Chef **Andreas Storr** gegen das Holocaust-Denkmal.

Nazi-Konzert in Lich

Am 22. April fand in Lich-Langsdorf ein Konzert mit den Bands **Oidoxie** (Dortmund) und **Spreegeschwader** (Berlin) statt, das von 600 Naziskins besucht wurde. Bereits zehn Tage vor dem Konzert wurde die Polizei im benachbarten Wetteraukreis vom LKA über das bevorstehende Ereignis informiert. Sie untersagten das Konzert in Nidda, versäumten es aber, den Kollegen in den umliegenden Kreisen Bescheid zu geben. So erfuhren die Gießener Kollegen erst am Mittag des 22. Aprils von dem bevorstehenden Ereignis und kamen – da sich bereits am Nachmittag 300 Nazi-Skins an einem Schleusungspunkt gesammelt hatten – zu der Einschätzung, es könne bei einem weiteren Verbot bzw. bei einer Auflösung außer Kontrolle geraten. Um dies nicht öffentlich zugeben zu müssen, schwafelte die Pressestelle von einer *»privaten Geburtstagsfeier«*, zu deren Auflösung keine rechtliche Grundlage bestünde, solange keine Straftaten begangen würden. Tatsächlich gab es an diesem Abend auch zwei Geburtstage zu feiern – den des Anmelders am 22. April und den Hitlers am 20. April. Beim Anmelder handelte es sich um einen Strohmann des seit Jahren bekannten Neonazis **Steffen Neumann** (Nidda) aus den Reihen der **JN**.

In eigener Sache

In der WGA # 27 auf S.IV wird unter der Überschrift »Nazi-Terror in Jena« über Aktivitäten der Brüder **André** und **Christian Kapke** berichtet. Dabei sind einige Sachverhalte nicht ganz klar. Wir sind dabei, die Vorgänge um Ausweiserpressungen genauer zu recherchieren und werden gegebenenfalls genaueres veröffentlichen.

Redaktion WGA

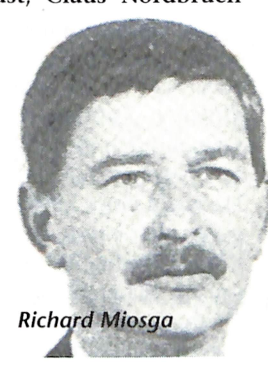
Thüringen, Bayern, Sachsen, Ba-Wü

Nazitreffen und Aktionen

Am 20./21 Februar '99 fand in Erlangen das 3. Winterkolleg *»Kunst und Kultur«* der radikal-völkischen **Burschenschaft Akademischen Ferialverbindung Rugia zu Karlsbad** statt. Referenten waren die Nazis **Manfred Rouhs** (Ex-DL, **Signal**-Herausgeber), **Richard W. Eichler (Sudendeutsche Landsmannschaft**, Autor) und **Hans-Dietrich Sander** (**Staatsbriefe**-Herausgeber). Der Kontakt lief über die AFV-Rugia, **Winfried Knörzer**, Findelwiesenstr. 27, Nürnberg. Am 9. April '99 traf sich in der TSV-Halle im Göppinger Ortsteil Hohenstaufen Angehörige der **9. SS-Panzerdivision**. Vom 14. bis zum 16. Mai '99 fanden in Bayreuth die *»Paneuropa-Tage«* der rechtskonservativen und antikommunistischen **Paneuropa-Union Deutschland e.V.** statt. Schirmherr war der bayerische Ministerpräsident **Edmund Stoiber** von der **CSU**. Zeitgleich fand im Raum Würzburg die diesjährige Hauptversammlung der Nazi-Kader-Organisation **Freundeskreis Ulrich von Hutten** statt. Am 22. Mai '99 lud die *»Leitstelle Thüringen«* der **Wanderjugend Gibor** (*»flink, zäh und hart«*) zur Pfingstwanderung durch die *»geschichtsträchtige Landschaft«* im *»herrlichen Gau Thüringen«* ohne *»amerikanische Nietenhosen, grelle T-Hemden und Modeschnickschnack«* ein. Etwa zehn Giboraner wanderten von Wickerode Richtung Kyffhäuser. Abends wurde sich von Antifas entsprechend um die Fortbewegungsmöglichkeiten gekümmert. Dies war nun schon die dritte Pfingstfahrt der Wanderjugend Gibor. Seit 1997 werden immer wieder *»deutsche Wälder«* durch die Nazi-Wandergruppen belästigt. Leitstellen der Wanderjugend Gibor gibt es in Brandenburg (Cottbus), Berlin, Sachsen (Dresden) und Thüringen (Arnstadt). Sie geben die Blätter **Echt Knorke, Märkische Jugendwarte** und **Freie Zukunft** heraus. Am 23. Mai '99 lud die revanchistische **Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands (IWG)** um den Pleinfelder **Georg Paletta** zu einer Kundgebung in Nürnberg ein. Unter dem Motto *»Lauft nicht den Rattenfängern nach, die uns verraten und jahrelang als Stimmvieh mißbraucht haben«*, wollte er vor dem *»Sudetendeutschen Tag«* auf sich und seinen Verein aufmerksam machen. Am 30. Mai '99 fand die *»78. Annaberg-Gedenkfeier«* von der **Kameradschaft Freikorps Bund Oberland** im Örtchen Schliersee statt. Hier kam es zu einer Feldmesse, einer Kranzniederlegung und einer Nazilieder-Singerunde. Veranstaltungsort war das Hotel Terofal. Diese Kameradschaft geht auf die faschistische **Thule-Gesellschaft** (1919) zurück. Der Bund Oberland war maßgeblich am Hitler-Putsch 1923 in München beteiligt. Am selben Wochenende führte das rechtsextreme **Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk (HvFB)** aus Berlin-Adlershof ein Seminar im Raum Leipzig durch. Redner waren u.a. **Frank Schwerdt (NPD), Peter Dehoust, Claus Nordbruch** und **Jürgen Schwab**. Kontaktperson war u.a. **Richard Miosga** (0177-2782440) aus Berlin. Jeden Donnerstag trifft sich ein *»nationaler Stammtisch Coburg«* ab 20.00 Uhr in der Gaststätte »Zum kühlen Trunk« in Weidach.

Giboraner ohne Modeschnicknack (Foto: Horst)





Richard Miosga

NPD/JN-News

Am ersten Februarwochenende '99 führte der **NPD**-Kreisverband Weilhaum-Schongau eine Unterschriftensammlung gegen die doppelte Staatsbürgerschaft durch. Antifas protestierten gegen den NPD-Stand in Penzberg, und der Kreisvorsitzende **Eduard Hornsteiner** klagte über mangelnden Polizeischutz. Ende März wählten 50 Thüringer NPD-Deligierte in der Nähe von Triptis einen neuen Landesvorstand. **Grit Ortlepp** (Gotha) wurde zur neuen Landesvorsitzenden. Zu ihren Stellvertretern wurden **Gorden Richter** (Gera), **Lutz Diener** (Wartburgkreis, Ex-REP) sowie **Michael Jablonski** (Saale-Holzland-Kreis) gewählt. Der NPD-Chef **Udo Voigt** und sein Stellvertreter **Günther Eisenecker** hielten Reden. Auch in Oberfranken wurde ein neuer Bezirksvorstand gewählt. Bezirksvorsitzender blieb **Axel Michaelis** aus Forcheim. Seine Stellvertreter wurden **Kai Limmer** (Kulmbach) und **Gerhard Pietrzyk** (Wunsiedel). In Passau wurde erstmals ein **JN**-Stützpunkt gegründet. Stützpunktleiter wurde **Manuel Hermann**. Auf einer Veranstaltung erklärte er vor angeblich 80 Jugendlichen die JN zur einzigen Systemalternative in Passau und

---

kaputt, und die Nazis wurden verletzt.

5. März

★ **Leipzig** – Nazis zündeten zwei Autos in der Wolfgang-Heinze-Strasse an.

★ **Berlin** – Autonome Antifas störten eine Lesung des geistigen Brandstifters Martin Walser an der Akademie der Künste. Sie entrollten u.a. ein Transparent mit der Aufschrift »Kein Freispruch für Deutschland«.

6. März

★ **Bad Doberan** – Die Polizei verhinderte ein Nazikonzert. Sie kontrollierte 175 PKWs und erteilte 50 Nazis einen Platzverweis.

★ **Bienenbüttel** – 20 Antifas blockiertem mit einem Transparent »CDU-Verbot jetzt ! Stoppt die rassistische Hetzte !« einen Unterschriftenstand der CDU/JU und verteilten Flugblätter.

7. März

★ **Gohrisch** – In der Nacht überfielen über 20 Nazis der Skinheads Sächsische Schweiz fünf Jugendliche und verletzten diese schwer.

★ **Eisenhüttenstadt** – Fünf rechte Jugendliche griffen einen Kenianer an und verletzten ihn.

★ **Hennigsdorf** – Drei rechte Jugendliche beschimpften einen chinesischen Restaurantbesitzer mit rassistischen Parolen und zertraten seine Werbetafeln.

★ **Berlin** – Ein jüdisches Mahnmal in Tiergarten und mehrere Autos wurden mit Naziparolen besprüht.

9. März

★ **Leipzig** – Nazis griffen drei Migranten an. Antifas konnten gerade noch rechtzeitig dazwischen gehen.

10. März

★ **Berlin** – Das Marx-Engels-Forum in Mitte wurde mit einem Hakenkreuz beschmiert.

13. März

★ **bei Würzburg** – Jahreshauptversammlung der HNG. Angeblich 250 Nazis anwesend. Redner u.a. Ralf Tegethoff und Ursel Müller.

★ **Stuttgart-Feuerbach** – Fünf vermummte Antifas verwüsten einen REP-Infotisch. Zwei REPs, u.a. der Stadtrat Lieberwirth, werden mit CS-Gas besprüht. Der Stand wird mit übelriechenden Flüssigkeiten überschüttet.

15jähriger wird von zwei Nazis geschlagen und beraubt.

★ **Grevesmühlen** – Auf die Pizzeria eines Nepalesen wurde ein Brandanschlag verübt. Später wurden deshalb 7 Mitglieder der NPD-Abspaltung SVP verhaftet.

14. März

★ **Potsdam** – Ein 18jähriger Nazi rannte mit Hitlergruß durch die Innenstadt. Als ihn ein 17jähriges Mädchen darauf ansprach, wurde sie von ihm zusammengeschlagen.Der Nazi wurde verhaftet.

★ **Wurzen** – Zum wiederholten mal werden bei der PDS die Scheiben eingeworfen.

★ **Stadt** – Text

17.März

★ **Bernau** – Ein 17jähriger aus Afghanistan wurde von zwei Nazis überfallen und zusammengeschlagen. Beide waren bereits mehrfach an Überfällen beteiligt. Einer sogar an einem versuchten Mord bei einem rassistischem Brandanschlag.

★ **Velten** – In der Nacht wurde ein griechischer Wirt in seinem Restaurant von zwei Männern angegriffen

19. März

★ **Spremberg** – Die Polizei fasste drei Jugendliche, die einen jugendlichen Behinderten geschlagen und beraubt hatten. Sie hatten ihn mit Knüppeln geschlagen und mit einer Pistole bedroht.

★ **Horb** – Die Nazikneipe Comico (WGA #26) von Roberto Kammel machte wegen Schulden und Vertragsauslauf dicht.

★ **Crussow** – Eine afghanische Familie wurde in ihrem Auto bedroht.

★ **Glauchau** – Ca. 30 bis 40 Nazis überfielen das Glauchauer Cafe Taktlos. Sie versuchten, sich mit Baseballschlägern, Eisenstangen, Äxten und mit einem Morgenstern Zutritt zu verschaffen. Dennoch gelang es den Gästen, die Nazis rauszuwerfen und einige zu verletzen. Die Nazis beschädigten das Haus und einige Autos. Als Reaktion demonstrierten etwas später 100 Antifas durch den Ort.

20.März

★ **Stuttgart** – Ein REP-Infotisch wurde von Antifas mit CS-Gas besprüht und umgeworfen.

★ **Potsdam** – 250 Antifas und Antiras demonstrierten gegen die CDU-Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft.

★ **Eiche/Bernau** – Ein Vietnamese wurde von drei Männern vom Fahrrad gezerrt und zusammengeschlagen. Anschließend hetzten sie ihren Hund auf ihn.

★ **Angermünde** – 15 Nazis bedrohten ausländischen Marktverkäufer. Ein 17jähriger Nazi schlug einen Aussiedler.

★ **Magdeburg** – 20 Kinder und Jugendliche mißhandelten eine 13jährige unter Naziparolen

★ **Erkner** – Ein bundesweites Nazi-Skin-Konzert mit 250 Leuten im Kulturhaus wurde von der Polizei beendet.

★ **Berlin** – Nazikonzert mit Legion of Thor, Spreegeschwader und Kraft durch Freude (KdF). Das KdF-Revival-Konzert wurde beendet, bevor die Polizei dies tun konnte.

21.März

★ **Neubrandenburg** – Drei Männer griffen einen Libanesen mit Fäusten und einem Messer an. Er lag zeitweilig im Koma.

★ **Berlin** – 4.000 Antiras und Antifas demonstrierten gegen Rassismus

22.März

★ **Nürnberg** – 85 Grabsteine des jüdischen Friedhofs wurden geschändet.

★ **Greifswald** – Vier rechte Jugendliche überfielen zwei Inder in einem Park und verletzten einen von ihnen.

→

Umgebung. Auch der NPD-Pressesprecher von Bayern, **Michael Praxenthaler**, kündigte eine feste kommunalpolitische Verankerung der NPD in Passau an. Auch im Ilmkreis (Thüringen) ist die Gründung eines JN-Stützpunktes in Arbeit. In Zittau protestierten NPDler vor dem Rathaus gegen den Krieg. Am 20. März '99 fand in Herbertlingen eine Saalveranstaltung der JN statt. Redner waren der Amtsleiter für Öffentlichkeitsarbeit des JN-Bundesvorstandes **Lars Käppler** (Heilbronn) und der JN-Landesvorsitzende von Ba-Wü **Mike Layer**. Anschließend gab der sog. nationale Liedermacher **Achim Schmidt** ein paar Balladen von sich. Auch die **Kameradschaft Karlsruhe** führte an diesem Tag eine Veranstaltung mit **Horst Mahler** und **Peter Naumann** durch. Am selbem Tag sollte eigentlich auch noch eine NPD-Demo in Bruchsal stattfinden, die aber nach einer antifaschistischen Gegenmobilisierung verboten wurde. So landeten vereinzelte Nazis in Polizeigewahrsam oder wurden von Antifas nach Hause geschickt. Etwa 150 Antifas demonstrierten durch Bruchsal. Am 24. Mai führte die NPD einen erneuten Aufmarsch in Bruchsal mit 270 Leuten durch. Am 26. März '99 demonstrierten vor dem Würzburger Rathaus etwa 200 Nazis auf einer Kundgebung der JN-Franken gegen den Krieg. Der Straubinger JN-Funktionär **Sascha Roßmüller** hielt eine Rede. Am 27. März '99 fand eine Kundgebung der JN in Mannheim mit etwa 50 Nazis (u.a. **Rene-Rodriguez Teufer** und **Benkeser**) statt. Redner waren Mike Layer und Lars Käppler. Etwa 300 Antifas drängten die Nazis zurück und bewarfen sie mit Alt-Obst und Eiern. Vereinzelt kam es zu direkten Auseinandersetzungen. Die Nazis wurden schließlich von der Polizei in Bussen aus der Stadt gebracht. In München kündigte der JN-Stützpunktleiter **Carsten Beck** an, sich um Versammlungsräume in den Freizeitheimen der Stadt zu bemühen. In Hirschberg sind offenbar gefälschte, volksverhetzende Naziplakate aufgetaucht. Verantwortlicher soll der Nazibürgermeisterkandidat **Stefan Wollenschläger** aus Weinheim sein. Dieser traute sich daraufhin nicht auf eine öffentliche Wahlveranstaltung. Nachdem in der Presse bekannt wurde, daß der 20jährige JN-Funktionär **Wolfgang B.** aus Ludwigshafen in der Bundeswehr dient, wurde er entlassen. Letztes Jahr leitete er einen Angriff auf ein ausländisches Cafe. Er wurde vermummt und mit Stock in der Hand festgenommen.

Naziläden

Am 20. März '99 eröffnete in der Schreiberstr. 3 in Fürth der Naziladen **Utgard** mit einer Nazi-Skin-Feier. In Neunkirchen existiert seit Ende 1998 ein Naziladen mit dem bezeichnendem Namen **Studio 88**. Betrieben wird der Laden von den Nazikadern **Peter Strumpler (Kameradschaft Horst Wessel Saarlautern)** und **Matthias Lindner**. Lindner gibt zusammen mit seiner Freundin **Anja Busch** das Nazi-Skin-Fanzine **Der gestiefelte Kater** heraus. Auch der Naziaktivist **Frank Mailänder** taucht hier öfters auf. Gegen den Laden gab es mindestens viermal Glasbruchaktionen. Nun versucht ein antifaschistisches Bündnis öffentliche Aktionen gegen den Laden zu koordinieren. Gegen den Naziladen **Paddy's Military Shop** in Heidenheim demonstri[…]ten am 10. April '99 unter dem Motto »*[…] mit dem Naziladen*« 400 Antifas. »Paddys [M]ilitary Shop« wird von dem Nazi **Jürgen B[…]** betrieben. Dieser ist beim **Freiheitlich[…] Volksblock (FVB)** aktiv. Als Pächter fungi[ert] der Nazi **Dirk Plankenhorn**. Dieser [w…] Funktionär der verbotenen **FAP** und der v[er]botenen **Heimattreuen Vereinigu[ng] Deutschland (HVD)** und ist nun auch be[im] **FVB** aktiv. Plankenhorn besitzt außerd[em] den **In-und Outdoor Pladi-Versand** in P[…]lingen und den Militaryladen **Rüsthaus** [in] Balingen. Außerdem mischt er beim **Tit[…] Sicherheitsdienst** mit. Auch bei Paddys [Mi]litary Shop kam es später noch zu G[las]bruch. Der **American Store** (Leonhartsp[l.] 18) in Stuttgart von der Familie **Keupp** [v…]kauft weiterhin unter dem Ladentisch N[azi]krempel. Die Zweigfiliale **Nevada** in Reutl[in]gen (Mettmannstr. 1) verkauft seine Na[zi]propaganda offen. Für den Naziladen **M[…]gard** (u.a. von **Sven Liebich**) in der Bau[…]mannstr. 11 in Leipzig findet sich auf [der] Rückseite des aktuellen **Blood & Hon[our]** **Magazins** eine ganzseitige Anzeige.



Boer auf einer NPD-Demo in Bonn.

Nazi-Konzerte

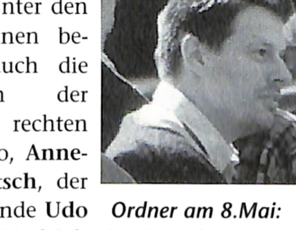
Am 6. März 1999 spielten **Pr[…]senheads, Oi! the opa, Pluton Svea, Sta[…]strom** und **Razors Edge** bei Dresden in ei[ner] Dorfgaststätte.

Am 27. März 1999 fand bei Dresden [auf] einem Fabrikgelände ein Konzert mit **No[…]wind, Big Bös** und **Kampfzone** für etwa [6…] Nazi-Skins statt. Am 3. April 1999 spiel[ten] **Fortress, Celtic Warrior, Deutsche Pat[…]ten, HKL & Sturmtrupp** vor etwa 1[0…] Nazi-Skins in Sachsen.

Berlin

NPD...

Thomas Salomon wurde beim Parteitag der Berliner **NPD** am 20. Februar von **Andreas Storr** als Vorsitzender abgelöst. Außer dem alten Schatzmeister wurde der Bezirksvorstand neu zusammengestellt. Es wurden außerdem in den vergangenen Monaten die Kreisverbände Treptow/Köpenick, Mitte/ Prenzlauer Berg und Südwest gegründet. Im Zuge der Ermittlungen zur Sprengung der Grabplatte von Heinz Galinski wurden Berliner NPD-Amtsträger als evtl. Täter polizeilich vorgeladen. Nichtsdestotrotz durften zwei Mitglieder des örtlichen NPD Kreisverbandes beim »*Runden Tisch Jugendgewalt*« in Hellersdorf teilnehmen. Am 10.4.'99 mobilisierte der NPD-Kreisverband Pankow/ Weißensee mit Unterstützung von **Blood&Honour** zu einer Demonstration gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Gegen den Aufmarsch demonstrierten rund 400 Antifas. Der NPD-Anmelder **Eckhardt Bräuniger** hatte es angesichts dieser Tatsachen vorgezogen, seinen Aufzug heimlich nach Marzahn zu verlegen, wo sich 150 Nazis auf einem brachliegenden Baugrundstück im Industriegelände versammelten. Da einige Nazis vom Ortswechsel nichts wußten kam es vereinzelt zu Auseinandersetzungen mit Antifas. 15 AntifaschistInnen und verirrte Neonazis wurden festgenommen. Neun Tage später beteiligten sich einige NPD'ler mit entsprechenden Plakaten an einer Bauarbeiterdemonstration gegen »Dumpinglöhne«. Am 8. Mai versammelte sich ein Bündnis diverser Rechtsparteien (**BfB**,**DVU**, NPD) mit rund 50 Nazis vor dem großräumig abgeschirmten Brandenburger Tor. Unter den TeilnehmerInnen befand sich auch die Veranstalterin der Frankfurter rechten Montagsdemo, **Annemarie Paulitsch**, der NPD Vorsitzende **Udo Voigt** und **Friedrich Baunack** von der **Deutschland Bewegung**. Als Hauptredner fungierte **Horst Mahler**, nachdem dem Rechtsterroristen **Peter Naumann** wegen zu erwartenden Gesetzesverstöße Redeverbot erteilt worden war. Trotz 300 protestierender Antifas blieben die Nazis bei ihrem wahnwitzigen Versuch, sich am Tag der Niederschlagung des NS-Regimes als Opfer zu präsentieren und damit die eigentlichen Opfer zu verhöhnen, ungestört. Am 24. Mai demonstrierten dann ca. 200 NPD'ler aus Berlin/Brandenburg durch die City. Als Kandidaten für die Abgeordnetenhauswahlen stellte die NPD **Andreas Storr, Jürgen Bolte, Andre Markau, Mirco Jäppelt, Kai Schuster, Albrecht Reither, Georg Magnus, Bernd Barthel, Björn Skor, Karola Nachtigall, Horst Sinning, Meik Meißner, Heiko Lappat** und **Kim Kurlbaum** auf.



Ordner am 8.Mai: Ex-NF-Kader Andrew Stelter vom NPD-Ortsbereich Bln.-Süd.

...und andere Spinner

Zur Berliner Landtagswahl im Oktober werden diverse Bürgerinitiativen mit dem rechten **Bund freier Bürger (BfB)** auf einer offenen Liste antreten. Mit dabei auch politisierte Laubenpieber der **Wählerinitiative Bürger und Kleingärtner**. Spitzenkandidat dieser Allianz wird **Heinz Troschitz** (BürgerIni Transrapid/Bürgerbund), danach kommt **Rainhard Bonin** (Ex-CDU) und auf Platz drei **Torsten Witt** (BFB). Nachdem der Bundesvorstand des BFB am 13. Februar '99 den Berliner stellv. Vorsitzenden **Markus Roscher** mit der Führung der Bundespartei beauftragt hatte, wurde er einen Tag später beim Landesparteitag zum Vorsitzenden in Berlin gewählt. Keine 96 Stunden später entschloß er sich, alle Ämter niederzulegen, woraufhin Witt ihn ersetzte. Anscheinend sind die Landesmitgliedertreffen, welche jeden ersten Mittwoch Abend im Monat im Schöneberger Adriatik-Grill stattfinden, für Überraschungen gut. Am 28. März traffen sich rund 400 **DVU**'ler unter der Führung ihres Chefs **Gerhard Frey** in der Spandauer Gaststätte **Schützenhof**, um ihren Landesverband neu zu gründen, da der Ex- Vorsitzende **Olaf Herrmann** seine eigene **Freiheitliche Volkspartei** gründete und dann ausgeschlossen wurde. Ein DVU'ler wurde festgenommen, als er den Hitlergruß zeigte. Zudem wurden die Kandidaten für Brandenburg aufgestellt. Während die **REPs** nur in Berlin kandidieren und die DVU verzichtet , läuft es in Brandenburg umgekehrt. Die REPs sind unterdessen in die Garbaty Villa (siehe WGA # 27) eingezogen und führten dort z.B. am 17. April ein Mitgliedertreffen der **REP Jugend** durch. Gewählt wurde auch beim **Friedenskomitee 2000**, Sprecher bleibt **Alfred Mechtersheimer**, Stellvertreter wurden die Berliner **Gerd Schneider** und **Imke Barmstedt**. Eine Treffen für den Berliner Verband der **Deutschlandbewegung** am 26.Februar an dem Gerd Schneider und der NPD Chef **Storr** teilnehmen wollten, wurde von Antifas allerdings in den Sand gesetzt.



Gert Schneider

24.März

★ **Halle** – Der Nazi Nico Aubel griff mit zwei Kameraden eine Person an und verletzte diese.

★ **Zwickau** – Peter Klose und seine NPD-Jungs führten einen Infotisch gegen eine geplante Moschee durch.

26.März

★ **Krefeld** – Sechs Nazis griffen am Bahnhof zwei Linke an, schlugen sie zusammen, stachen einem ein Messer in die Brust und beraubten sie.

27.März

★ **Mügeln** – Nazikonzert in einer Gartenkneipe.

★ **Anklam** – 300 Nazis demonstrierten mit der NPD und dem Kameradschaftsbund Anklam. 300 Leute waren auf einer Gegendemo.

★ **Fürstenwalde** – Jörg Hähnel, Mary Ehrenberg und Konsorten bauten einen NPD-Tisch auf. Lokale Antifas und die Plattform gegen Rechts belagerten den NPD-Tisch mit Transparenten.

★ **Schwedt** – Ein Nazi sah von seinem Balkon aus zwei Libanesen, kündigte seinen Kumpels Morde an, griff sich ein Küchenmesser, lief den beiden Libanesen hinterher und rammte es einem der beiden von hinten in den Rücken, so daß es abbrach. Das Opfer überlebte. Stolz auf seine Tat, protzte der Nazi noch bei der Polizei, er hätte auch auf den zweiten Libanesen eingestochen, hätte er ein zweites Messer gehabt.

★ **Ludwigsfelde** – Eine Familie mit einem nicht-deutschem Vater, die mit ihren Kindern in ein Mietshaus einziehen wollte, wurde dort von einem Mann mit einem Knüppel bedroht, rassistisch beschimpft und zum Verschwinden aufgefordert.

★ **Dresden** – Zittauer NPD'ler verteilen vor dem Ami-Konsulat Anti-USA-Flugblätter.

29.März

★ **Altenburg** – 81 Nazis demonstrierten auf einer REP-Demo gegen die Agenda 2000. Anschließend wurden zwölf Linke angegriffen. Bei der Schlägerei wurde ein Polizist verletzt. Ein linker Jugendlicher wurde verhaftet.

30.März

★ **Fürstenwalde** – Ein Jugendlicher wurde in seiner Wohnung von sieben Leuten überfallen. Einer der Täter rief später bei der Polizei »Sieg Heil«.

★ **Böhlen** – Nazis warfen einem Inder die Wohnungsscheiben ein.

1. April

★ **Berlin** – Die rechte Schauspielerin Imke Barmstedt verlas im Berliner Schauspielhaus Bismarck-Gedichte. Sie war Funktionärin des HFB, des BFB und ist nun bei der Deutschland-Bewegung.

3. April

★ **Kleinpelsen** – Nazikonzert mit ca. 800 Nazis in der Disco Halli Galli (Besitzer Voigtländer). Aufgetreten sind Störkraft, Endstufe, Landser u.a. Hier und in der benachbarten Disco Crazy in Hainichen (auch Voigtländer) fanden schon mehrmals Nazi-Konzerte statt. Anschließend versuchten einige Nazis den Jugendclub Mügeln zu überfallen.

★ **Oranienburg** – 47 Nazis aus Meck.Pomm. drangen in die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen ein.

4. April

★ **Brüssel** – Nazis aus Norddeutschland und Nordrhein-Westfalen wurden von der Polizei an ihrem Vorhaben gehindert, vor dem NATO-Hauptquartier zu demonstrieren.

6. April

★ **Potsdam** – Ein Jugendlicher schubste ein dunkelhäutiges Mädchen in den fahrenden Verkehr. Die Autos bremsten zum Glück.

★ **Dresden** – 400 Antifas demonstrierten zum Gedenken des 8. Todestages von Jorge Gomondai, der von Nazis ermordet wurde. In der Nacht zuvor wurde der jüdische Friedhof geschändet.

★ **Waldenburg** – Nazis zündeten einen Döner-Imbiß an.

7. April

★ **Sachsen** – Im Regionalzug griffen Nazis einen jungen Mann an und beraubten ihn.

9. April

★ **Spremberg** – 50 Nazis,wurden von der Mobilen Einsatzgruppe Ausländerfeindlichkeit der Polizei gestoppt. Zuvor wollten einige Nazis im benachbarten Neupetershain eine Party überfallen. Allerdings wurden sie von den Party-Gästen erfolgreich zurückgeschlagen.

★ **Dessau** –Nach einem Fußballspiel griffen 150 Nazis Antifas und das AJZ-Dessau an. Die Nazis konnten vertrieben werden.

★ **Hamburg** – 30 Freie Nationalisten marschierten zusammen mit 100 Serben vor dem US-Konsulat auf. Nachdem hier einige Antifas auftauchten, zog Thomas Wulff zusammen mit seinen Jungs zu einem Soldatenehrenmal.

★ **Leipzig** – Ein Nazi, der pöbelnd durch Connewitz zog, wurde von Antifas zurechtgewiesen.

10. April

★ **Sachsen/Anhalt** – Nazi-Konzert mit Deutschtum aus Eisleben, Solution aus Leipzig, Mad Cops, Sperrfeuer und Götterschwur. Das Geld ging an die HNG.

11. April

★ **Bergfelde** – Ein Nazi-Zeltlager am Hubertussee wurde von der Polizei aufgelöst. 19 Nazis wurden kontrolliert.

★ **Erfurt** – Fünf Nazis überfielen einen Mann auf dem Anger und verletzten ihn. Es kam zu Festnahmen.

12. April

★ **Radeberg** – Nachdem ein Jugoslawe aus einem Auto heraus von Nazis mit einem Luftgewehr beschossen und verletzt wurde, schnappte er sich zusammen mit einigen Freunden die Täter und warf ihr Auto um. Die Polizei verhinderte weitere Auseinandersetzungen.

13. April

★ **Heidenheim** – Der Naziladen von Jürgen Boer wurde von Antifas entglast und die Umgebung mit Antifa-Parolen versehen.

→

Brandenburg

NPD-Demos & Treffen

Am 3. April wollte der **NPD**-Kreisverband Prignitz/Ruppin unter Führung ihres Vorsitzenden **Mario Schulz** (Tel.: 0172/3959667) in Neuruppin demonstrieren. Der Aufmarsch wurde jedoch verboten, was von allen Gerichtsinstanzen bestätigt wurde. Statt dessen demonstrierten 300 Menschen mit dem **Aktionsbündnis gegen rechts**. Vor dem Nazi-Club **Bunker** versammelten sich zwar etwa 50 Nazis, doch in der Innenstadt konnten sie an diesem Tag nachdrücklich vertrieben werden. Im Vorfeld des 3. April waren in der Stadt Parolen gegen den Naziaufmarsch gesprüht worden. Eine Woche später, am 10. April, entglasten ca. 50 Nazis das linke Jugendkulturprojekt »Mitten-Drin« in Neuruppin. Die alarmierte Polizei ließ die Angreifer weitgehend unbehelligt abziehen, nur zwei wurden wegen Zeigens des Hitlergrußes vorläufig festgenommen. Beim »Mittendrin« wurden in diesem Jahr schon zum dritten Mal die Fenster eingeworfen, letztmalig zwei Tage vor dem verbotenen Nazi-Aufmarsch. Am 17. April fand in Frankfurt/O ein vom NPD-Kreisverband Oderland (Tel.: 0172/3824814) organisierter Aufmarsch mit ca. 200 Teilnehmern statt. Ca. 100 Leute nahmen an der Gegendemo teil, immerhin konnte die NPD-Demo durch eine Sitzblockade kurzzeitig gestoppt werden. Hinter dem NPD-Aufmarsch folgte eine IG-Metall-Demo mit 200 Menschen unter dem Motto *»Fegt Weg den braunen Dreck – unsere Stadt soll sauber bleiben!«* auf fast identischer Strecke. Drei Nazis wurden wegen Baseballschlägern festgenommen. Am 24. April konnte die NPD dann doch durch Neuruppin marschieren, von den 100 Nazis wurden einer wegen des Verwendens von NS-Symbolen festgenommen. Auf der Gegendemo waren 150 Leute und 29 »potentielle Störer« erhielten Platzverweise. Am 27. April marschierte die NPD mit ca. 400 Nazis durch Angermünde, zu einer Antifa-Gegendemo kamen etwa 150 Leute. Einige Antifas zogen zur Abschlußkundgebung der NPD, wurden allerdings von der Polizei abgedrängt. Am Marktplatz des Ortes waren rund 600 Menschen zur Kundgebung des *Bürgerbündniss gegen Rechtsextremismus und Intoleranz* gekommen. Transportiert wurden die Nazis von den Bussen **Schröder Reisen** aus Segeletz (033978/50226) und **Thönes Reisen** aus Krieschow (035604/6180).



NPD-Ordner: Danny Dahlig



NPD-Sänger Lars Hellmich



NPD-Kandidat Matthias Obst

Anfang Mai gründete sich der NPD-Kreisverband Oberhavel. Mitglied wurde auch gleich der NPD-Chef **Udo Voigt**, welcher nach Brandenburg gezogen ist. Vorsitzender des KV wurde **Reimar Leibner**. Der Bezirksvorsitzende **Thilo Kabus** hielt ein Referat.

Wahlen

Auch die NPD will an der Landtagswahl im September teilnehmen. Im Februar wählte sie auf einem Bezirksparteitag im Landkreis Dahme-Spreewald ihre Landesliste für diese Wahlen. Als Kandidaten wurden **Udo Voigt, Frank Schwerdt, Jörg Hähnel, Evelyn Schrimpf, Mario Schulz, Matthias Obst, Rocco Fetting, Maik Hampel, Markus Schillert, Roger Schulze, Oliver Kucher** und **Waltraud Drechsler** aufgestellt. Am 7. Mai eröffnete die Brandenburger NPD ihren Wahlkampf mit einer Saalveranstaltung in Teltow-Fläming. Die Nazi-Sänger Hähnel und **Lars Hellmich** (Berlin) quälten hier ihre Klampfen.

NPD zu soft ?

Im Mai löste die Polizei an einem See bei Biegen ein Zeltlager von sieben **Ku-Klux-Klan** Anhänger auf. Die Nazis beklagten sich bei den Polizisten, sie hätten sich von Jörg Hähnel losgesagt, weil er ein *»Softie«* und *»Bolschewist«* sei.

Bereits bei der Durchsuchung der Wohnung des Frankfurter/O Neonazis **Andreas B.** im März war von der Polizei ein Papier gefunden worden, das die Bildung kleiner Zellen propagierte. Statt sich in Parteien einzubinden sollen *»Aktionen aus dem Bauch heraus«* begangen werden. Außerdem soll sich am 1. Mai in Brandenburg, der schon in »McPom« aktive **Kampfbund Deutscher Sozialisten** gegründet haben. Ehemalige NPD'ler u.a. wollen sich in diesem zusammenschließen um *»rechte und linke Sozialisten«* zusammenzuführen. Beteiligt bei diesem Kampfbund sind u.a. **Thomas Brehl** (Ex-*ANS/NA*), **Michael Koth** (*PdAD*), **Frank Hübner** (Ex-*DA*) und **Michael Thiel** (Ex-*DA*).

Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Meck-Pom, Hamburg, Schleswig-Holstein

Antifas aktiv

Am 1. Mai hat ein *»autonomes Kommando - revolutionärer 1. Mai«* die Wohnung des Neonazis und NPD-Kaders **Stephan Pfingsten** in der Langen Geißmarstraße 68 in Göttingen besucht. Sie beschlagnahmten diverse Materialien und zerstörten einiges Möbiliar. Zu der Tat nutzten sie *»seine Anwesenheit auf einem der kläglichen faschistischen Aufmärsche«* an diesem Tag. Bereits in der Nacht zum 22. April hatten AntifaschistInnen in Hannover bei der **Burschenschaft Germania** – am Taubenfelde 32 – und der **Landsmannschaft Niedersachsen** – am Weddigufer 20 – die Türschlösser verklebt und je ein *»Burschi-Auto tiefergelegt«* und bei den *»Germanen«* die Eingangstür mit Anti-Kriegsplakaten beklebt. Dies geschah als Reaktion auf einen geschichtsrevisionistischen und kriegsverherrlichenden Vortrag von General a.D. **Franz Uhle-Wetter**. Dieser Verehrer der **Waffen SS** ist durch Kontakte zu etlichen faschistischen Gruppen und Publikationen hinlänglich bekannt.



Material von Stephan Pfingsten...

Nazi-Überfall

Autonome Antifa Merseburg - In der Nacht zum 20. März kam es zu einem Überfall durch 20 Nazis der **Weißen Bruderschaft** auf eine Feier in Merseburg. Die mit Baseballschläger ausgerüsteten Nazis (Haupttäter **T.Marx**, **Th. Heyroth**, **K. Stahl**) griffen die ca. zehn Feiernden an und zerstörten die gesamte Musikanlage, mehrere Personen wurden schwer verletzt. Die Neonazigruppe, die seit September/Oktober 1998 vor allem in Merseburg, Bad Lauchstädt und Leuna aktiv ist, aber auch Kontakte nach Leipzig hat, besteht nach Angaben von örtlichen Antifas aus ca. 20 – 30 Leuten und ebensovielen Sympathisanten. Als Anlaß der Aktion wird vermutet, daß Antifas den rechten Jugendclub **KIZ-Rosental** mit Fäkalien und Farbe verzierten. Die Polizei kam vom zwei Kilometer entfernten Revier nach 20 Minuten (trotz sofortiger Verständigung), erklärte die Party wäre illegal gewesen und kümmerte sich nicht weiter um die Täter. Kontakt: ANTIFA Mer/Qu, PF 1536, 06217 Merseburg

NPD, DVU und VR.

Gamma, VR - Mehr als die Hälfte der NPD-Landesverbandsmitglieder aus Mecklenburg Vorpommern verließen im Januar die NPD, weil sie ihnen »zu soft« war. Aus diesem Kreis entstand dort die faschistische **Soziale Volkspartei**.

Als erster Ortsverband in Meck.-Pomm gründete sich am 6. Februar der NPD-Ortsverband Boizenburg als kleinste Gliederung des Kreisverbandes Ludwigslust. Vorsitzender wurde **Sven Uterhard**, Stellvertreter **Torsten Poope**. Zur Wahl schicken sie **Dirk Schmidt**, **Michael Raddatz** und **Norman Komossa** ins Rennen.

Auch im niedersächsischen Harburg-Land wurde ein Kreisverband aus dem Boden gestampft. Vorsitzender wurde **Stephan Niese** aus Lübberstadt und Stellvertreter **Sven Brenn** aus Salzhausen.

In der bestehenden NPD-Unterbezirkstruppe in Elbe-Heide wurde **Manfred Börm** aus Handorf zum Chef und zum Stellvertreter **Mark Lohse** aus Wehningen.

Am 27. März demonstrierten rund 300 NPD-Anhänger genauso viele Antifas durch Anklam und am 15. Mai demonstrierten etwa 150 NPD Anhänger durch Stralsund und 300 Menschen protestierten dagegen.

Knapp zehn Monate nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zerfällt die Landtagsfraktion der **DVU**. Von den 16 Abgeordneten traten die Abgeordneten **Torsten Miksch**, **Jörg Büchner**, **Werner Kolde** und **Horst Montag** aus der Fraktion aus, wollen aber ihre Mandate unabhängig weiter wahrnehmen. Miksch und Büchner sollten allerdings wegen krimineller Delikte bzw. Stasitätigkeit ausgeschlossen werden. Miksch trat daraufhin in die **Vereinigte Rechte** ein und will in Sachsen-Anhalt einen Landesverband aufbauen.

Lübeck

Die »Ermittlungen« gegen tatverdächtige Nazis im Zusammenhang mit dem Brandanschlag vom 18. Januar 1999 auf das Flüchtlingsheim in der Hafenstrasse werden eingestellt. Das öffentliche Geständniss des Täters **Maik Wotenow** hatte die Staatsanwaltschaft vor einem Jahr gezwungen, zumindest formal die Ermittlungen gegen die vier Jungnazis aus Grevesmühlen in Mecklenburg wieder aufzunehmen. Damals kamen zehn Flüchtlinge ums Leben, 38 weitere waren verletzt worden. Generalstaatsanwalt **Rex** erklärte: das Verfahren habe *»nicht die Brisanz, die ihm beigemessen worden ist«.*

17. April

★ **Magdeburg** – Mehrere Nazi-Skins aus Niedersachsen wurden im Zug von Antifas angegriffen und zum Aussteigen gezwungen.

★ **Magdeburg** – Die Hallenser Nazis Falko Pick, Sebastian Hassel, Gregor Staudte, Ingo Radtke, Ronny Wätzel und Raik Trümmer nehmen an der NPD-Demo teil.

19. April

★ **Wandlitz** – Ein vietnamesischer Schüler wurde von vier Nazis angegriffen.

★ **Berlin** – Drei Vermummte beschossen die Reichstagseröffnung mit Pyros und hinterließen ein Transparent »«Deutschland denken heißt Auschwitz denken«.

20. April

★ **Freiberg** – Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. Vier Menschen wurden leicht verletzt.

★ **Wismar, Stralsund, Bocum, Essen** – Nazis machten Randale und gröhlten rum.

21. April

★ **Buch** – Nach einem Brandanschlag auf einen türkischen Imbiß führten mehr als hundert SchülerInnen eine Mahnwache durch.

★ **Kaiserslautern** – Der jüdische Friedhof wurde geschändet.

★ **Roßwein** – 20 Nazis, die ein Jugendhaus überfallen wollten, wurden von Antifas verjagt, bevor sie Schaden anrichten konnten.

★ **Leipzig** – Zwei bewaffnete Nazis wurden von Antifas zurechtgewiesen.

23. April

★ **Köthen** – Zwei afrikanische Studenten wurden von Nazis verletzt. Einer wurde in den Oberschenkel gestochen, der andere erlitt ein Schädel-Hirn-Trauma.

★ **Danneberg** – Zwei Antifas wurden von zwei Nazis angegriffen. Einer der Antifas wurde verletzt, bevor die Nazis mit CS-Gas abgewehrt werden konnten. Einen Tag zuvor hatte der Nazi Christian Hegert linke Jugendliche fotografiert.

24. April

★ **Rügen** – Eine Schriftstellerin aus Ghana wurde von 10 Nazis angepöbelt und mit einer Flasche beworfen.

★ **Lich-Langsdorf** – 400 Naziskins trafen sich in der Volkshalle zum Konzert.

★ **Leipzig** – Nazis verprügelten einen Jugendlichen. Anschließend griffen Antifas Nazis an.

25. April

★ **Fulda** – Ein Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft schlug fehl.

★ **Wurzen** – Eine Zeltlager in Machern wurde von Nazi-Kids durchgeführt. Sie randalierten rum und beschädigten Musterhäuser.

27. April

★ **Oebisfelde** – Antifas legten den PKW des Nazi-Skins Thomas Renner aus Velpke lahm. Dieser war an Angriffen auf Linke am 20. Juni beteiligt und wohnt nun in Oebisfelde.

★ **Grimma** – Nazis jagten Linke durch die Stadt. Als sich diese verbarrikadierten zündeten die Nazis ein Moped an.

28. April
★ **Greifswald** – Ein ausländischer Student wurde in einem Restaurant von Rassisten geschlagen.

29. April
★ **Zerbst** – Auf eine Flüchtlingsunterkunft wurden Mollis geworfen, die nicht zündeten.
★ **Halle** – 50 Nazis der Weißen Bruderschaft und der Weissen Offensive Halle/Saale jagen in der Nähe der Kneipe Heideklause einen Jugendlichen.

30. April
★ **Momart** – Ein Jugendlicher mit Dreadlocks wurde von vier Personen schwer verletzt.
★ **Halle** – 50 Nazis u.a. der Weißen Offensive Halle/Saale und der Gimritzer Jungs Halle/Saale prügelten sich auf einer Abi-Fete. Es gab mehrere Verletzte.

Termine

10. Juli
Bundesweite Demo gegen die NATO-Kriegspolitik in Heidelberg. Treff: 13.00 Uni-Platz. Infotelefon: 06221-1891444

16. bis 18. Juli
»Danzig«-Fahrt der JLO.

24. Juli
Antifa-Demo in Villingen-Schwenningen. 15.00 Hbf Infotelefon: 07657-930538

1. bis 10. August
Lettlandreise der Deutschen Konserativen.

11. bis 18. September
23. Gästewoche des Freundeskreis Ulrich von Hutten.

12. bis 22. September
Rumänienreise der Deutschen Konserativen.

19. September
Der Bund für Gesamtdeutschland von Horst Zaborwski will seine Mitgliederversammlung im Raum Kassel durchführen. Parallel trifft sich die Vereinigung der durch den Grenzvertrag vom 14. November 1990 Geschädigten.

8. bis 10. Oktober
Herbst-Lesertreffen des Naziblattes Recht und Wahrheit im Raum Kassel.

22. bis 24. Oktober
Kongreß der Grünau-AG des Leipziger Bündnis gegen Rechts zum Thema »Kulturelle Hegemonie-Rechte Alltagskultur« in Leipzig. Infos bei: Grünau-AG im BgR c/o VL, PF 54, 04251 Leipzig.

5. bis 8. November
Mini-Kongreß der Deutschen Konserativen in Edertal.

NRW, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland

NHB & NPD-Betrug

Nachdem in Gießen bereits ein neuer *NPD* Kreisverband gegründet worden war, versucht man jetzt auch an der örtlichen Justus-Liebig-Universität mit dem **Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB)** Fuß zu fassen. Ganze vier Studenten, unter Führung des 22jährigen NPD-Kreisvorsitzenden **Lars Wendel**, haben die nach Heidelberg und Passau dritte Neugründung bewerkstelligt. Am 24. April hatte der NHB **Pierre Krebs**, den 1. Vorsitzendes des rassistischen **Thule Seminars** in den Feiersaal in der Wetterauhalle in Wölfersheim/Hessen geladen, dazu gab der Liedermacher **Dies Irae** ein Ständchen.

Die Kommunalwahl von 1997 im hessischen Höchst muss doch nicht wiederholt werden, der örtliche NPD Vorsitzende **Wilhelm Schmuck** hatte seine Klage beim Kasseler Verwaltungsgericht gegen die Gemeindevertretung zurückgezogen. Nachdem die Berufung der Höchster gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Darmstadt zugelassen worden war, wurde angekündigt einen Teil des Personenkreises zu vernehmen, von dem die NPD-Werber Unterstützungsunterschriften erschlichen hatten, was einen Erfolg in Höchst vorgaukelte. Anscheinend entzog sich die NPD der Peinlichkeit, ihre kriminellen Machenschaften vor dem Verwaltungsgericht einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Der Wahlvorschlag war damals in Höchst nicht zugelassen worden, gegen zwei NPD Funktionäre hat die Staatsanwaltschaft wegen Wählertäuschung in 24 Fällen Klage beim Amtsgericht Michelstadt erhoben.

Zur Bürgermeisterwahl am 13. Juni im hessischen Wölfersheim hat sich die 39jährige **Petra Suchsland** für die NPD aufstellen lassen, in Wetterau wurde **Volker Sachs** zum Kreisvorsitzenden gewählt, als Stellvertreter fungieren **Marco Reeb**, **Armin Carove** und **Manuel Hachenburger**.

In Wesel läd die NPD jeden ersten Samstag im Monat zum Stammtisch (NPD Wesel, Pf. 10125, 46472 Wesel).

In Leinswalder/Pfalz findet jeden ersten Mittwoch ein **Nationalpatriotischer Stammtisch** um 20 Uhr in der Gaststätte **Zum Trifels** – beim Rathaus an der Deutschen Weinstraße statt.

Nazis morden

Presse & Antifa - Am 18. März wurde in einem Park in Duisburg-Walsum der 58jährige Familienvater Egon Efferz von vier Nazi-Skins brutal ermordet. Nachdem sie ihn zu Boden gerissen und auf ihn eingetreten hatten, ließen sie ihn schwerverletzt liegen. Auf ihrem weiteren Weg durch den Park griffen sie fünf andere Personen an und gingen dann zurück um noch einmal auf Egon Effertz einzutreten. Die Täter gehören der Nazi-Skin Szene Duisburgs an, der Mord war der Höhepunkt einer Reihe von Überfällen auf Nichtdeutsche bzw. Linke in Walsum. Um gegen die Entpolitisierung des Mordes durch Polizei und Presse, sowie die faschistischen Strukturen in Walsum zu protestieren, zog am 27. März eine Demonstration mit ca. 200 AntifaschistInnen durch den Stadtbezirk. Gegen die drei 16 bis 21jährigen geständigen Täter wurde Haftbefehl erlassen. Eine 17jährige Schülerin wurde nicht in Haft genommen. Eine Antifa-Demonstration bei Verhandlungbeginn ist geplant – Achtet auf Ankündigungen!

Neonazis verurteilt

Zu Geldstrafen von insgesamt 17.000 DM verurteilte am 14. Juni das Landgericht Frankfurt/Main die Neonazis **Patrick Prokasky** (»Patter«) und **Markus Beuth** (»Boith«) sowie den Plattenhändler **Rudolf Vitocco**. Hauptgegenstand des Verfahrens war die 1998 erschienene Ausgabe 4 des Naziskinzines **Bembelsturm**, in dem das Gericht verfassungsfeindliche Symbols, u.a. den Gruß »88«, erkannte. Prokasky wurde zur Last gelegt, die inkriminierten Artikel verfaßt und das Heft erstellt zu haben, Beuth hatte den Bembelsturm zum Verkauf angeboten.

Bei der Hausdurchsuchung bei Prokasky stieß die Polizei auf illegale CDs, die dieser von Vitocco bezogen hatte. Bei Prokasky und Beuth handelt es sich um zwei seit vielen Jahren aktive Naziskins. Patrick Prokasky zählte schon um 1990 zum engeren Kreis der **Taunusfront** und der **FAP**, Markus Beuth ist ehemaliger Sänger der Naziskinband **Volkszorn** und gröhlt heute bei der Gruppe **Chaoskrieger**. Er betrieb bis 1998 den **Clockwork-Versand** und das Ladengeschäft **Clockwork & Outdoor** in Kirchhain (bei Marburg), beides eng verbandelt mit dem **Blood & Honour** Netzwerk.

Im Gegensatz zu Prokasky und Beuth verfügt der dritte Angeklagte Rudolf Vitocco über keine einschlägige Vita. Wohl mehr aus Geldgründen hatte sich der 23-jährige Supermarktangestellte aus Frenkfurt im Nebenjob als CD-Händler betätigt, seinen Umsatz, den er v.a. über einen Handy-Bestelldienst und Flohmärkte machte, gab er selbst mit knapp 120.000 DM jährlich an. Zu seinen Kunden zählte auch **Jens Hessler** aus Lingen, z.Zt. inhaftierter Betreiber des deutschen **Blood & Honour**-Hauptvertriebes, dem **Niebelungenversand**.

Naziladen unter Druck

Seit August 1998 existiert in Ehringshausen (Lahn-Dill-Kreis) der Neonazi-Gemischtwarenladen ZUTT'S PATRIOTENTREFF, betrieben vom NPD-Funktionärsehepaar ALFRED und DORIS ZUTT. Verbunden mit der ungestörten Etablierung des Patriotentreffs als zentraler Anlaufpunkt und Umschlagplatz der Neonaziszene der gesamten Region war die beinahe zwangsläufige Zunahme neonazistischer Aktivitäten. Seitdem auch örtliche PolitikerInnen die Schließung des Ladens fordern, lassen die Neonazis ihre Muskeln spielen. Die Situation in der Gemeinde spitzt sich zu.

Mit der *»nationalen Geschäftseröffnung«* (DEUTSCHE STIMME) am 1. August 1998 sah die NPD die Möglichkeit, die *»regelrechte Marktlücke«* zu füllen, die im Lahn-Dill-Kreis – vor allem in Anbetracht der dortigen großen Neonaziszene – existiert. Das Geschäft mit CDs, Literatur, Videos, Aufnähern, Klamotten, Bierkrügen u. a. läuft seit Anfang an prima, die Szene hat einen festen Anlaufpunkt und die Zutts ernannten sich selbst zum »Nationalen Duo«, was sie mit flotten Werbesprüchen unter Beweis zu stellen vermochten. Eine Kostprobe: *»Wollt ihr das Zeitgeschehen richtig erfassen / Euch wahrheitsgetreu informieren lassen / Dazu noch gut und billig kaufen / Dann müßt ihr zu Zutts Patriotentreff laufen....«*.

Die prompte Zunahme neonazistischer Aktivitäten in Ehringshausen und die beinahe täglichen Neonazi-Ansammlungen im und vor dem in der Ortsmitte gelegenen Geschäft brachten jedoch bald die leidige »Image«-Frage auf die Tagesordnung, worauf sich die Stimmen mehrten, die die Schließung des Ladens forderten. Nach zunächst verbalen Aggressionen von Seiten der Zutts, kam es in der Neujahrsnacht zur ersten Eskalation, als aus dem Patriotentreff heraus vermeintliche Angreifer von Alfred Zutt und einem seiner Bodyguards mit einem Baseballschläger angegriffen wurden. Die Attacke endete kläglich, da sich die beiden flugs entwaffnet sahen und vor ihrer eigenen Schlagwaffe Reißaus nehmen mußten. Der Patriotentreff, wohin sich Alfred Zutt flüchtete, wurde entglast. In der Folgezeit entwickelten die Zutts krude Verschwörungstheorien, sie fabulierten von Schlägerbanden, die die FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT (FWG) angeheuert hätte und sie verbreiteten über das hiesige NPD-Blatt KLARTEXT einen Hetzartikel nach dem anderen. Die Neonaziszene nahm die Stichworte dankbar auf und begann ihre GegnerInnen zu terrorisieren. Häuserwände wurden mit Drohungen beschmiert *(»Du Pfaffensau, wir kriegen dich«)*, das Auto des Bürgermeisters mit Aufklebern der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN verunstaltet. Damit brachten sie das Faß zum Überlaufen. In einem *»offenen Brief der demokratischen Kräfte der Gemeinde Ehringshausen«*, verteilt an alle Haushalte, warfen SPD, CDU und FWG der NPD vor *»die persönlichen und wirtschaftlichen Probleme von Teilen der Bevölkerung in Neid, Haß und Gewalt gegen Andersdenkende und Minderheiten«* verwandeln zu wollen und sandten die klare Aussage an die Adresse der Zutts: *»Das Maß ist voll!«*



Doris Zutt

Ausgerechnet der WETZLAR KURIER, gegen den in der Vergangenheit u. a. wegen Volksverhetzung ermittelt wurde (nachdem er beispielsweise vor *»zahllosem Parasitenbefall«* unter Flüchtlingen gewarnt hatte), stimmt nun in den antiextremistischen Konsens ein und schafft seinem Herausgeber, dem wegen rechtsextremer Äußerungen und Kontakte selbst in den eigenen Reihen umstrittenen CDU-Landtagsmitglied HANS-JÜRGEN IRMER, die Möglichkeit, sich nach Rechts abzugrenzen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende WERNER NEU übt sich in der Märzausgabe in Selbstkritik: *»Denn wir, die demokratischen Kräfte in Ehringshausen, haben viel zu lange geschwiegen. Wenn wir früher unsere Stimme erhoben hätten, wäre uns vieles erspart geblieben.«* Späte Einsicht eines nachdenklich gewordenen Konservativen? Wohl kaum. Neu schreibt selbst, worum es eigentlich geht. Die Drohungen gegen *»führende Repräsentanten«* der Gemeinde beweisen, so Neu, daß *»die Ehringshäuser NPDler ihr Umfeld scheinbar nicht mehr im Griff«* haben. Lange Zeit jedenfalls hatten die Zutts ihr Umfeld insofern im Griff, daß lediglich vermeintlich Fremde oder Linke Opfer der neonazistischen Gewalt waren. Und genauso lange haben die selbsternannten *»demokratischen Kräfte«* geschwiegen und sich mit den Zutts arrangiert. Seit jeher wurden im gesamten Kreis Nazitreffen geduldet und ihnen öffentliche Räume zur Verfügung gestellt, die Zutts und andere NPD-Funktionäre waren ins politische und gesellschaftliche Geschehen eingebunden, die Nazijugendkultur konnte sich ungestört entwickeln und organisieren. Dieses Arrangement wurde nun von den immer selbstbewußter auftretenden Neonazis faktisch aufgekündigt.

Die Konsequenz der »demokratischen Kräfte«: *»Künftig bleibt keine Tat der NPD mehr ohne angemessene Reaktion.«* Mensch darf also gespannt sein. So ließ es sich auch Bürgermeister EBERHARD NIEBCH (FWG) nicht nehmen, sein persönliches Hühnchen mit der NPD zu rupfen. In einer Rede am 25. Februar vor der Ehringshäuser Gemeindevertretung gewährte er einen Blick hinter die Kulissen der Saubermann-Partei. So habe die NPD-Gemeindevertreterin und Zutt-Tochter HÄUßNER ein Arbeitsangebot der Gemeinde abgelehnt und beziehe stattdessen weiterhin Sozialhilfe. Die Zutt-Tochter LAND lasse sich vom Sozialamt die Miete bezahlen, welche dann Doris Zutt als Vermieterin kassieren würde. Der NPD-Gemeindevertreter IMMEL durfte sich anhören, welche sozialen Leistungen er vom Staat angenommen habe *(»Krankenhausaufenthalte, Reha und fortwährende ärztliche Betreuung«)*, ansonsten – so Niebch – habe *»er sich leider dem Niveau der Zutts angepaßt«* und werde *»immer mehr zum Dummschwätzer«*. Besonders arg erwischte es den NPD-Gemeindevertreter FLAMMER, der sich nicht nur als Empfänger von staatlicher Unterstützung geoutet sah, sondern zudem als Schwarzarbeiter.



Die NPD hat sich klassisch verzockt, so scheint es. Doch auch wenn das Nationale Duo erste Zermürbungserscheinungen zeigt und sich mit dem Gedanken trägt, nach Mecklenburg-Vorpommern überzusiedeln, wäre ein Teil des Problems allenfalls verlagert. Die Neonazi-Jugendkultur, die sich in den Jahren gefestigt hat, würde auch ohne die Zutts auskommen und weiter ein Problem bleiben. Auch der andere – wesentliche – Teil des Problems, Hans-Jürgen Irmer und Konsorten, wird AntifaschistInnen wohl noch lange Zeit beschäftigen. ■

Magdeburg: Blumen und Naziterror

Fünf Jahre nach den sogenannten »Herrentagskrawallen« zu Himmelfahrt 1994 hat sich in Sachsen-Anhalts Landeshauptstadt kaum etwas verändert: So marschierten am 17. April rund 800 Neonazis bei einer NPD Demonstration durch die Innenstadt, wenig später schritten deren Anhänger zur Tat: Nur sechs Tage nach dem Aufmarsch der NPD wurde ein Punk von zwei Jungnazis lebensgefährlich verletzt.

Der Imageerfolg, den die Stadt mit erheblichem finanziellen und publizistischem Aufwand bei der Ausrichtung der »Bundesgartenschau« (BUGA) hatte erzielen wollen, stand am Abend der Eröffnung der Schau mit einem Schlag in Frage. Gegen 21.40 Uhr überfielen zwei bekannte rechte Schläger die Wohnung von Jugendlichen aus der alternativen Szene. Dabei wurde einer der Jugendlichen lebensgefährlich verletzt. Ein Überfallopfer erinnert sich in einem Gedächtnisprotokoll: *»Kurz nach halb zehn wollte ich meine Wohnung verlassen, wurde aber schon im Hausflur von den zwei Nazis überfallen. Mit einem kurzen Baseballschläger aus Metall schlugen sie immer wieder auf mich ein. Dabei sagten sie unter anderem: 'Du warst bei der Zecken Demo, wir haben Dich auf einem Foto erkannt'.«* Damit war offensichtlich die Demonstration des Magdeburger Bündnis gegen Rechts gegen den NPD-Aufmarsch gemeint. Der Überfallene MARIO L. berichtet weiter: *»Nach Schlägen auf Kopf und Rücken zerrten sie mich die Treppe zu meiner Wohnung hoch, wo sie die Tür aufstießen. Meine beiden anwesenden Freunde schlugen sie ebenfalls zusammen und wechselten sich dabei ab. Die ganze Wohnung ist voller Blut* [...].« Indes liegt der schwerverletzte RONALD K. nach mehreren Schädeloperationen noch immer im Krankenhaus. Bleibende Folgeschäden des Angriffs können die Ärzte nicht ausschließen.



NPD-Demo am 17. April in Magdeburg, rechts Blood & Honour Brandenburg

Die Polizei hat inzwischen alle drei mutmaßlichen Täter des bisher letzten Überfalls gefaßt. Gegen sie wird wegen »versuchten Totschlags« ermittelt. Nach Recherchen von AntifaschistInnen nahmen zumindest zwei der Täter an dem ein Wochenende zuvor stattgefundenen NPD-Aufmarsch teil. Ihre ersten Aussagen bei der Polizei bestätigten die Vermutung von FreundInnen der Opfer, daß es sich um einen gezielten Überfall handelte. Nach Angaben der Polizei hätten sich die neonazistischen Skinheads zum Tatort fahren lassen, um dort Punks »aufzumischen«. Am 25. April demonstrierten rund 200 Punks und AntifaschistInnen unter dem Motto: *»NPD-Aufmärsche und Naziterror – Wir schweigen nicht«* durch die Innenstadt.

Ungebrochene Kontinuitäten

Der jüngste Überfall setzt die nie wirklich gebrochene Kontinuität rechter Gewalt in Magdeburg fort. Seit Anfang der neunziger Jahre kamen in der Stadt zwei Menschen bei rechten Überfällen ums Leben (Torsten Lamprecht 1992, Frank Böttcher 1997), andere wurden folgenschwer verletzt. Bis heute geht zu »Himmelfahrt« bei MigrantInnen in der Stadt die Angst um, das Haus zu verlassen. An diesem Tag im Jahr 1994 jagten rechte Hooligans und Skinheads stundenlang MigrantInnen durch die belebte Innenstadt. Die Polizei schaute damals untätig zu. Eine knappe Woche vor dem fünften Jahrestag der rassistischen Hatz überfielen rechte Jugendliche einen Mann aus Mosambik. Er und seine Begleiterin wurden geschlagen, getreten und bespuckt. In ihren Reaktionen auf solche rechten Überfälle beschwören StadtpolitikerInnen vorzugsweise immer wieder die angeblich gegen Magdeburg gerichtete Medienhetze, statt sich das massive Problem einer erstarkenden rechten Szene vor Augen zu führen. Nach jedem rechten Angriff, der als Schlagzeile in die überregionalen Medien aufrückt, kultivieren politische VerantwortungsträgerInnen öffentlich ihre Betroffenheit und verweisen auf kostspielige Jugendarbeitsprojekte für die rechte Klientel. In dieser Situation zeugt es nicht nur von Ignoranz, das einzige alternative Jugendprojekt, welches wenigstens einem Teil der potentiellen Opfer Schutz bietet, aus fadenscheinigen Gründen räumen zu wollen. Geht es nach dem Willen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, kommt im Sommer das Aus für das Projekt »U8«.

Die NPD marschiert

Das Straßenbild der BUGA-beflaggten Innenstadt bestimmte Mitte April dann die NPD-Veranstaltung. Nach der »Schlappe« vom 27. Februar, als die Partei vor den Verwaltungsgerichten lediglich die Genehmigung für eine Kundgebung auf dem Domplatz durchsetzte, wollte NPD-Landeschef STEFFEN HUPKA im Vorfeld des wenig später verbotenen NPD-Aufmarsches am 1. Mai in Bremen seinen Anhängern einen Erfolg mit Mobilisierungseffekt präsentieren. Diese Rechnung ging, zumindest für Magdeburg, voll auf. Nach einigem Hin und Her genehmigte ein Gericht die Demonstration. Ungehindert und durch rund 3.000 Polizisten von Protesten abgeschirmt zogen ca. 800 Neonazis durch die Stadt. Unter dem Motto *»Kein deutsches Blut für fremde Interessen«* sagten Redner wie PETER NAUMANN und THOMAS WULFF der *»imperialistischen One-World-Ideologie«* den Kampf an. Sie forderten die Teilnehmer auf, sich dem *»Machtstreben«* des *»US-Imperialismus«* zu verweigern. Wie fast immer bei derartigen Aufmärschen in Ostdeutschland stellten die FREIEN KAMERADSCHAFTEN und deren subkulturelles Umfeld die Mehrzahl der TeilnehmerInnen. Diese kamen nicht nur aus der Region, sondern auch aus Niedersachsen, Brandenburg, NRW, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Daß derartige Machtdemonstrationen auf der Straße die rechte Szene weiter politisieren, ist schon daran ablesbar, daß bisher eher unorganisierte regionale Strukturen nun auch öffentlich auftreten. Eine Gruppe von ca. 15 Magdeburger Neonazis firmiert seit Anfang des Jahres unter dem Namen NATIONALER WIDERSTAND MAGDEBURG, andere nennen sich SACHSEN-ANHALT FRONT.

An der zum gleichen Zeitpunkt stattfindenden Gegendemonstration nahmen mit 700 TeilnehmerInnen weniger Menschen teil als noch Ende Februar. Vor allem die Beteiligung von Antifagruppen fiel dünn aus. Daher konstatierten AntifaschistInnen eine schleichende Gewöhnung an Nazi-Aufmärsche im Osten. Die Antifabewegung überließ an diesem Tag ohne Not die Stadt den Nazis. Dies blieb, wie ersichtlich, nicht ohne Folgen. ■

Neues & Altes aus Göttingen

Der Aufwind, den die neofaschistische Szene in den letzten zwei Jahren verspüren konnte, ist auch am südniedersächsischen Northeim bei Göttingen nicht vorübergegangen. Der ex-FAP-Aktivist und ehemalige Nazi-Skin Thorsten Heise organisiert und rekrutiert nach wie vor die Nazi-Szene in der Region, jetzt im Lager der Freien Kameradschaften.

Seine Position innerhalb der bundesweiten Naziszene hat Heise vor allem als Organisator von Naziskinkonzerten gefestigt sowie durch seine Auftritte als Redner bzw. Organisator bei fast allen faschistischen Aufmärschen der letzten zwei Jahre. Im Schlepptau hatte Heise dabei zumeist die Kameradschaft Northeim. Darüber hinaus verfügt er nach Informationen der internationalen Antifa-Zeitschrift Searchlight über enge Kontakte zu Combat 18 und deren Anführer Will Browning, der militantesten Neonazigruppierung in England. Heise beschränkt sich keineswegs auf Koordinierungsaktivitäten in Deutschland. So berichtet Searchlight von einem internationalen Nazitreffen in der Slowakei im März diesen Jahres, an dem neben Neonazis aus England, Schweden und Kroatien auch Heise teilnehmen wollte. Das Treffen fiel allerdings ins Wasser, weil der britische Geheimdienst MI5 die Combat18-Teilnehmer in Wien an der Weiterreise hinderte.

Profilierungssüchtig und gut vernetzt

Heise gelingt es, in Northeim und Umgebung sowohl, eine Jungnazi-Szene mit aufzubauen als auch »altgediente Kameraden« wieder aus den Löchern zu holen. Bundesweite Aufmärsche waren bisher der »Arbeitsschwerpunkt« der Kameradschaft Northeim. Auch zum NPD-Kongreß 1998 in Passau fuhr ein Bus mit 70 Personen, der in mehreren Dörfern zwischen Northeim und Göttingen hielt. Und die Anzeichen für weitere Aktivitäten vor Ort mehren sich. Am 22. April wurde in Duderstadt (Eichsfeld) eine Veranstaltung der Stadtjugendpflege zum Thema *»Rechtsrock und Skinheadsubkultur«* von 60 Neonazis »besucht«. Die örtlichen Neonazis konnten sich hierbei über Unterstützung der Kameradschaft Northeim freuen. Auch Markus Privenau (ex-NF Bremen), mittlerweile wohnhaft in Algermissen bei Hildesheim, war anwesend.

Den Kern der Kameradschaft Northeim bilden Personen, die schon viele Jahre zusammen mit Heise aktiv sind, wie z.B. die Northeimer ex-FAPler Dirk Niebur, Rainer Becker und Manfred Polzin. Desweiteren basieren Heises Aktivitäten auf überregionalen Kontakten in der Nazi-Szene. So arbeitet er mit dem Ehepaar Tanja Bayen und Markus Privenau sowie Dieter Riefling (Hildesheim) zusammen. Riefling und Heise organisierten im Mai 1998 gemeinsam in Hildesheim unter dem Motto *»Todesstrafe für Kinderschänder«* einen Aufmarsch mit siebzig *»unabhängigen Kameraden«*. Dieser Personenkreis kann als engere »Kameraden-Connection« bezeichnet werden, die nahezu ohne offene Mobilisierung öffentlich agieren kann. Sie stellen, zusammen mit den Neonazis um die politischen Köpfe der Freien Nationalisten, Christian Worch und Thomas Wulff aus Hamburg, das Spektrum der Freien Kameradschaften in Norddeutschland dar.

Heise kommt darin die Funktion zu, Bindeglied zwischen politischen Neofaschisten und unorganisierten Skinheads zu sein. Seit 1992 organisiert er Nazi-Skinhead-Konzerte mit mehreren hundert Teilnehmern. 1997 produzierte er die CD *»Northeim Vol.1«*, die kurz darauf wegen *»Aufstachelung zum Rassenhaß und Volksverhetzung«* auf den Index gesetzt wurde. Zwei weitere Produktionen folgten. Der mittlerweile inhaftierte Jens Hessler aus Lingen (Emsland) stand Heise beim Vertrieb von Nazi-Musik zur Seite.

Heises Haus im Northeimer Industriegebiet ist Treffpunkt der überregionalen Kameradschaften und Nazi-Zentrum zugleich. So lud Heise zu seiner Hochzeit am 14. Mai 1999 bundesweit über das Netzwerk der Freien Kameradschaften ein. Unter den rund 200 Teilnehmern der Feier, die von der Polizei aufgelöst wurde, waren u.a. der Anführer des Thüringer Heimatschutzes Tino Brandt aus Rudolstadt, Marcel Eberlein aus Saalfeld, Andre Görtz aus Hamburg und Betreiber des dortigen NITs, Bernd Stehmann aus Bielefeld, Unsere Welt-Fanzinemacher Michael Homeister aus Celle und Dieter Riefling.

Die Polizei beschlagnahmte nicht nur 1000 Liter Bier, sondern auch scharfe Schußwaffen und allerlei Schlagwerkzeuge.

Gute Kontakte zur NPD

Mit der Gründung der Kameradschaft Northeim hat Heise, der seit dem Verbot der FAP Ende 1994 »organisationslos« war, einen neuen organisatorischen Rahmen geschaffen – gemäß der »Grundsätze« der Freien Kameradschaften jetzt ohne straffen Parteiapparat. Doch findet auch eine Zusammenarbeit mit NPD/JN-Strukturen statt. In der Person von Stephan Pfingsten aus Göttingen gibt es sogar personelle Überschneidungen. Am 29. Mai 1999 meldete der NPD-Kader Daniel Hubert einen Infostand in Göttingen an. Mit dabei waren auch Mitglieder der Kameradschaft Northeim, u.a. Stephan Pfingsten und Martin Gotthard. Nach Protesten von ca. 50 Antifas mußten sie nach kurzer Zeit abziehen. Die Polizei nahm dabei willkürlich Antifas fest. Die Nazis wurden danach im Polizeibus sicher aus der Stadt gebracht. Offenbar als Reaktion wurde in der darauffolgenden Nacht ein Anschlag auf das linke Juzi in Göttingen verübt.



NPD-Stand in Göttingen, Stephan Pfingsten (Bildmitte) auf dem Rückzug

Antifas machen mobil

Heises über zehnjährige »Nazikarriere« wurde immer wieder mit antifaschistischem Widerstand beantwortet. 1992 beförderten AntifaschistInnen ihn ins Krankenhaus. 1993 wurde seine damalige Wohnung entglast, und 1994 fand der Widerstand gegen Heises Aktivitäten in einer von der Autonomen Antifa [M] initiierten Bündnisdemonstration mit ca. 3500 Menschen öffentlichen Ausdruck. Die Strafverfolgungsbehörden, die Heise bis dato alle Freiheiten ließen, sahen sich zum Handeln gezwungen, er war von Mitte 1996 bis Mitte 1997 in Haft. Seither sind die Proteste gegen ihn in der breiteren Öffentlichkeit weitestgehend abgeklungen. Das soll sich jetzt wieder ändern, nachdem am 26. Juni über 500 Menschen in Northeim gegen Heises Aktivitäten demonstrierten. ■

Mahlers Nazi-Aktivitäten

Den meisten LeserInnen wird Horst Mahler noch immer als RAF-Anwalt bzw. RAF-Mitbegründer bekannt sein. Den meisten AntifaschistInnen ist er mittlerweile auch als »Überläufer« zur Nazi-Szene bekannt. Doch Horst Mahler ist keineswegs »übergelaufen«, er ist vielmehr zu seinen Wurzeln zurückgekehrt.

Bevor Horst Mahler im SDS und der RAF aktiv wurde, war er bereits in rechten Kreisen und schlagenden Burschenschaften politisch sozialisiert worden. Nach einem zehnjährigen Knastaufenthalt ist er seit 1988 wieder als Anwalt in Berlin tätig. Er war schon fast in Vergessenheit geraten, als er sich immer tiefer in rechte und neonazistische Kreise hineinbegab. Aber schon zuvor hatte Mahler politische Flexibilität bewiesen. Als die »Bewegung 2. Juni« ihn im Zuge der Entführung des CDU-Politikers Lorenz freipressen wollte, blieb er stur im Knast sitzen: Ihn hatte der Glaube an den bevorstehenden Endsieg des Proletariats durch die KPD befallen.

Von der FDP zur »Bürgerbewegung«

Als Mahler dann 1980 aus dem Gefängnis freikam, hatte er den Liberalismus für sich entdeckt und trat der FDP bei, wo er Schulungskurse durchführte. 1998 begann er, mit Veröffentlichungen im rechten Wochenblatt Junge Freiheit (JF) erneut auf sich aufmerksam zu machen. Hier forderte Mahler u.a. einen *»Volkskongreß für ein neues Deutschland«* und erklärte inhaftierte Neonazis und Holocaust-Leugner zu *»Märtyrern der nationalen Wiedergeburt Deutschlands«*. Doch damit nicht genug: Mahler wollte nun wieder selbst im Mittelpunkt einer politischen Bewegung stehen. Deshalb gründete er seine eigene neue Bewegung: Die Bürgerbewegung »Für unser Land«, von ihm auch als *»völkisches Embryo«* bezeichnet. Deren Arbeitstreffen fanden bezeichnenderweise in der bekannten Berliner Nazi-Kneipe »Schwabenstuben« statt.

Montagsdemo I

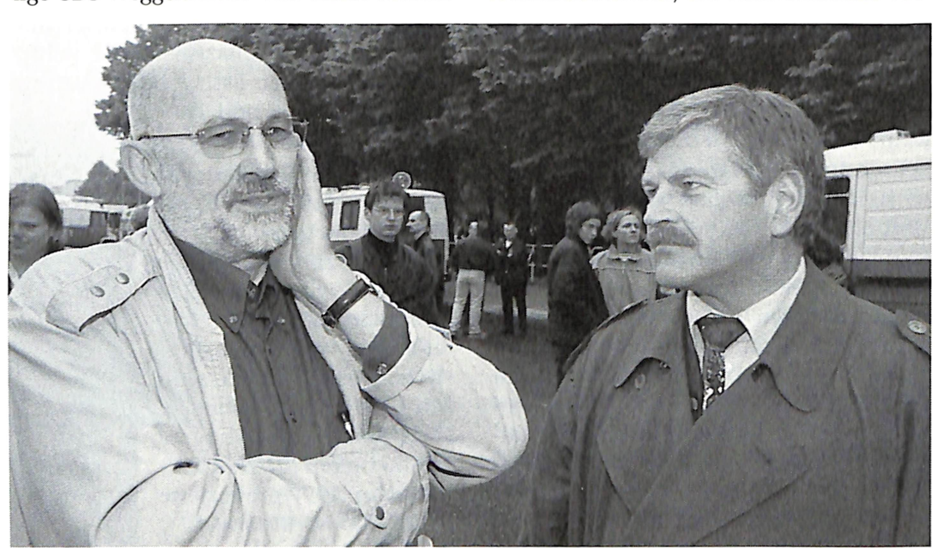
Zwei Tage nach der tödlichen Hetzjagd gegen den Flüchtling Omar Ben Noui in Guben, hatte Mahler mit dieser Bewegung sein erstes öffentliches und medienwirksames Coming Out als rechtsextremer Organisator in Berlin. Zusammen mit 30 anderen rechten und rechtsextremen Aktivisten versammelte er sich am 15. Februar 1999 in Berlin-Kreuzberg zur ersten Montagsdemonstration *»Unser Land – Deutsche Revolution 2. Teil«*, um gegen die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft zu protestieren. Mit von der Partie waren der Berliner Landesvorsitzende des Bund Freier Bürger, Torsten Witt und der Berliner REP-Aktivist Olaf Hempelmann. Die Mini-Rassisten-Demo lief auf dem Bürgersteig bis zur SPD-Bundeszentrale, wo sechs Demonstranten um den BFBler Torsten Witt eindrangen, um Schilder wie *»Das deutsche Volk wehrt sich«* zu zeigen. Auf der Abschlußkundgebung ermutigte Mahler seine Truppe mit dem Hinweis, daß auch die frühen Montagsdemonstrationen klein angefangen hätten, bevor sie zum *»mächtigen Volksstrom«* wurden. Der antifaschistische Widerstand gegen Mahlers erste Montagsdemo hielt sich in Grenzen. Zwanzig ehemalige SDS-Weggefährten von Horst Mahler um den ehemaligen Aktivisten der »Bewegung 2. Juni«, Michael »Bommi« Baumann protestierten mit Flugblättern und Parolen gegen Mahler und seine neuen Kameraden. Eine Woche zuvor hatte der SDS-Veteranenclub Mahler bereits exkommuniziert und aus seiner Kneipe herausgeworfen.

Auf Besuch in Hamburg

Mahler kündigte bereits während seiner ersten Montagsdemo eine zweite Demonstration am Hamburger Bahnhof Sternschanze an. Diese fand allerdings nicht statt, so daß die versammelten 60 Hamburger AntifaschistInnen nicht viel zu tun hatten. Stattdessen fand am 26. Februar eine geschlossene Veranstaltung des Aufbruch 99 (eine Gruppe um den ehemaligen REP-Funktionär Thomas Nissen) im Sportlerheim im Norden Hamburgs statt. Hier waren neben Dieter Schütt (Herausgeber von Der Funke und Shanghaier Kreis) und dem Regionalbeauftragten der Deutschland-Bewegung auch einige Nazi-Skins anwesend. Mahler erklärte hier seinen Zuhörern, daß bei der Liquidierung der russischen Kulaken mehr Menschen getötet wurden als durch Hitler.

Montagsdemo II und III

Von Mahlers zweiten Montagsdemo am 1. März 1999 an der Berliner Friedrichstraße nahm kaum jemand Notiz. Dabei wollte Mahler doch auf den Fall von Bernd Rabehl verweisen (siehe S. 40), der von der Antifa verfolgt würde. Am dritten Montagsmarsch vierzehn Tage später am 15. März beteiligten sich dann neben Thorsten Witt und Co. auch der Berliner NPD-Chef Andreas Storr mit einer Gruppe jugendlicher Nazis aus der Dark Wave-Szene und der Berliner Vorsitzende der Deutschland-Bewegung, Gert Schneider. Diesmal gelang es aber auch einer großen Gruppe Berliner AntifaschistInnen, zur Friedrichstraße vorzudringen und massiv zu stören. Drei Tage später hatte Mahler bereits seinen nächsten Auftritt am Brandenburger Tor. Hier beteiligte er sich zusammen mit dem Shanghaier Kreis (*»sozialistisch-patriotisch«*) aus Hamburg an einer Demonstration für die Umbennenung des Platzes vor dem Brandenburger Tor in *»Platz des 18. März 1848«*. Mit von der Partie waren hier der Hamburger Post-Maoist und Nazi-Freund Dieter Schütt vom Shanghaier Kreis, der Sprecher der Deutschlandbewegung Friedrich Baunack und Gert Schneider.



Horst Mahler (links) und NPD-Chef Udo Voigt vor einer NPD-Kundgebung am 8. Mai 1999 in Berlin

Neonazis unter sich

Zwei Tage später trieb Horst Mahler seine Aktivitäten im rechtsextremen Bereich dann auf die Spitze. Unter dem Motto *»Von Terrorist zu Terrorist«* führte er auf Einladung der Kameradschaft Karlsruhe am 20. März 1999 in der KSC-Gaststätte in Karlsruhe eine Veranstaltung vor 200 Neonazis durch. Sein Co-Referent war der Nazi-Terrorist und Bombenleger Peter Naumann. Anschließend gab der *»Schlesier aus natio-*

nalsozialistischem Elternhaus« dem Neonazi-Blatt ZENTRALORGAN ein mehrseitiges Interview. Mahler erklärte hier u.a., daß die Darstellung der Zeit des Nationalsozialismus ins Negative gezerrt würde und die sog. *»Auschwitzkeule«* als *»Hauptwaffe des Systems«* stumpf gemacht werden müsse.

Am 29. März 1999 fand dann die vierte Montagsdemonstration in Berlin statt. Diemal sorgte die Berliner Polizei mit zahlreichen Platzverweisen gegen Antifas dafür, daß der wirre Nazihaufen in Begleitung des NPD-Bundestagswahlkandidaten MANFRED ROEDER ungestört unter sich blieb. Am 11. April hielt Mahler u.a. zusammen mit HEINRICH LUMMER, ALFRED MECHTERSHEIMER, JOACHIM SIEGERIST und GABRIELE YONAN von der FU Berlin ein Referat auf dem Sonderkongreß der DEUTSCHEN KONSERVATIVEN in Oberorke. Deshalb mußte auch Torsten Witt die fünfte Berliner Montagsdemonstration am 12. April alleine anführen. Die Polizei schützte ihn und seine Kameraden weiträumig. Mahler mußte allerdings zeitgleich in Kassel eine ganz gegenteilige Erfahrung machen. Seine dortige Montagsdemonstration *»Für unser Land! Für eine Nationalversammlung! Gegen Überfremdung!«*, die er zusammen mit dem BÜNDNIS FÜR VOLKSABSTIMMUNG durchführen wollte, wurde von AntifaschistInnen verhindert. Den zwanzig Montagsdemonstranten, unter ihnen der ehemalige Berliner CDU-Innensenator HEINRICH LUMMER (Die Konservativen) und Naziterrorist Manfred Roeder, standen rund 100 GegendemonstrantInnen gegenüber. Als dann auch noch der Lautsprecherwagen ausfiel, zogen sich die Nazis zurück. Mahlers Kasseler Bündnispartner, das Bündnis für Volksabstimmung, war 1997 in Berlin gegründet worden und wollte die Einführung des Euro verhindern. Die Initiative ging damals von der ASSOCIATION LIBERAL SOZIALE ORDNUNG (ALSO) um den ehemaligen REPUBLIKANER BERNHARD HELDT (seit 1990 bei den GRÜNEN) aus. Dieser war zusammen mit KLAUS WEICHHAUS und KLAUS GENTHER für die verunglückte Kasseler Montagsdemonstration verantwortlich. Am 15. April initiierten Bernhard Heldt und Klaus Weichhaus einen »politischen Stammtisch« des Bündnis für Volksabstimmung in Berlin. An diesem nahmen Horst Mahler, der Berliner NPD-Geschäftsführer ANDREAS BÖHME und ERNST STEPPAN vom BERLINER VEREIN FÜR DEUTSCHE RECHTSCHREIBUNG UND SPRACHPFLEGE (BVR) E.V. teil. Auch GERNOT HOLSTEIN, Sprecher des BVR, saß mit am Tisch. Seine politischen Erfahrungen sammelte Holstein als stellvertretender Vorsitzender der neonazistischen DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT BERLIN (DKG, heute BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUßEN, BKP) und als Mitglied der ARTGEMEINSCHAFT. Der BVR betreibt momentan in Berlin ein Volksbegehren gegen die Rechtschreibreform. Klaus Weichhaus und Klaus Genther waren außerdem noch im letzten Jahr als führende Funktionäre der INITIATIVE PRO D-MARK in Brandenburg und Hessen aktiv. Klaus Weichhaus gibt sich weiterhin als Mitbegründer der Berliner Montagsdemos aus. Er ist außerdem Berliner Mitarbeiter des rechtsextremen PHI (POLITISCHE HINTERGRUND INFORMATIONEN) STUDIO BERLIN. Für das PHI interviewte er den Nazi-Publizisten ROLF JOSEF EIBICHT, den Berliner Rechtsanwalt KARL-HORST ULMER und seinen Freund Bernhard Heldt.

Mahler im virtuellen Netz

Der PHI-PRESSEDIENST hat zusammen mit der Deutschland Bewegung und dem NATIONALEN INFOTELEFON (NIT) eine eigene Seite auf Mahlers Internetseite. In Mahlers Internet-Gästebuch rätseln FRITZ W. STADELMAYER, THOMAS PAULWITZ (Uni Erlangen und Koordinator des ARBEITSKREIS UNSERE SPRACHE (ARKUS), der DEUTSCHLANDBEWEGUNG), WINFRIED KRAUß und der NIT-Bereichsleiter über deutsche Bezeichnungen für englische Internet-Ausdrücke. In Mahlers E-Mail-Verteiler findet sich eine wilde Mischung aus (ex) Linken und Nazis, u.a. HENNING EICHBERG (NHB, WIR SELBST), MICHAEL GRIMMINGER, EDGAR WEILER, GERD CONRADT, GERT SCHNEIDER, GISELA RICHTER, GÜNTER LANGER, HANNA GRÖGER, HERBERT AMMON (JF, WIR SELBST-Autor), JOCHEN STAADT (SED-FORSCHUNGSVERBUND), JOHANNES VON RAUCH, MANFRED SCHARRER, PETER STROTMANN, RAINER LANGHANS, THEOL TOM KLEFMANN, THORSTEN THALER (REP, JF) und WIEBKE MAHLER-HORVATH.

Auf Reisen und immer noch in Berlin

Eine Woche nach der gescheiterten Montagsdemo in Kassel versuchten sich Horst Mahler und Klaus Weichhaus erneut mit einer Montagsdemonstration in Frankfurt/Main. Hier standen den 50 gut beschützten Montagsdemonstranten 200 Antifas gegenüber. Vor der Demo wurde auch hier eine BÜRGERBEWEGUNG FÜR UNSER LAND gegründet. Vorsitzende wurde ANNELIESE PAULITSCH, Stellvertreter Horst Mahler. Am 25. April verschlug es ihn dann nach Heilbronn, wo er eine *»Grundsatzrede«* auf dem NPD-Parteitag von Baden-Württemberg hielt. Etwa zeitgleich gab er dem NPD-Organ DEUTSCHE STIMME ein Interview. Hier hielt er sich nicht zurück. So erklärte er: *»Der Feind des deutschen Volks – sowie aller Völker der Welt – ist die Krake, das anonyme Geflecht des globalen Spekulationskapitals, das seine Stützpunkte an der US-amerikanischen Ostküste hat und von dort aus die Welt kontrolliert.«*

Am 26. April trottete in Berlin die sechste Montagsdemo durch Berlin-Mitte. Trotz Beteiligung von Andreas Storr und seinen NPD-Kameraden wurden es nicht mehr als dreißig Demonstranten. AntifaschistInnen gelang es diemal, die Montagsdemonstranten mit Eiern, Mehl und Altobst zu bewerfen. Auch die Abschlußkundgebung wurde mit Transparenten, Flugblättern und Parolen gestört. Die Berliner Polizei reagierte mit Festnahmen.

Einige Tage später zog es den reiselustigen Mahler nach Marburg, wo er Mitgliedern der BURSCHENSCHAFT RHEINFRANKEN seine antisemitischen Theorien erklärte, z.B. mit Sätzen wie: *»Wenn Hitler von raffendem Kapital spricht, hat er etwas richtiges gesagt.«*

Für den 8. Mai plante Mahler eine Großdemo durch das Brandenburger Tor. An dem rechtsextremen BÜNDNIS 8. MAI waren Anhänger der NPD, DVU, REPs, JUNGEN LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN, des BFB und der Bürgerbewegung beteiligt. Als Redner waren NPD-Chef UDO VOIGT und Peter Naumann angekündigt. Trotz der bundesweiten Nazi-Prominenz kamen höchstens 50 Nazis zusammen, die unbeachtet im Regen standen. Unter ihnen befanden sich neben Horst Mahler fast nur noch bekennende Neonazis, die meisten aus der NPD. Bei der siebten Berliner Montagsdemo zwei Tage später konnten Mahler und Storr dann nur noch siebzehn Anhänger auf die Straße bringen. Etwa 25 Antifas hielten eine kleine Gegenkundgebung ab.

Am 17. Mai wurde Mahler selbst Ziel einer Montagsdemonstration. AntifaschistInnen machten mit einer Kundgebung vor seiner Kanzlei in der Paulsborner Straße auf seine Aktivitäten aufmerksam. Mahlers Versuch, sich mit einer roten Nelke bei der Anmelderin anzubiedern, scheiterte. Zu seiner Unterstützung waren nicht einmal zehn Nazis (u.a. Storr und Schneider) gekommen. Danach verliefen die Berliner Montagsdemos erstmal im Sand. Selbst das erneuerte Motto *»Immer wieder montags für UNSER LAND (...) ohne Überfremdung, ohne jüdisches Mahnmal auf dem Todesstreifen, ohne Bürgerkrieg ausländischer Gruppen«* zog nicht mehr richtig. Also ging es erstmal wieder nach Frankfurt am Main, wo Mahler am 31. Mai mit kaum mehr als dreißig Nazis vor der Börse rumstand. Auch für Berlin setzte er für den 21. Juni erneut eine Montagsdemo an.

Unabhängig davon, wieviel Resonanz Mahler für seine Montagsdemos bekommt, der Profilneurotiker hat neben hoher Medienaufmerksamkeit vor allem zwei Dinge erreicht. Er hat viele unterschiedliche rechte und neonazistische Zusammenhänge in seinem Projekt zusammengeführt. Und er hat in Berlin eine Gewöhnung an Nazi-Aufmärsche durchgesetzt. Im Schatten dieser Gewöhnung gelang es der NPD, ungestört eine eigene Demonstration in Berlin-Mitte durchzuführen. Die REPs und der BFB folgten mit weiteren Aufmärschen durch Berlins »Neue Mitte«. ■

Wer (wie) die Geschichte umschreiben will ...

68er vor Nazi-Burschenschaft »Danubia«

Einige Ex-Linke scheinen sehr darunter zu leiden, daß ihre »große Zeit« längst vorbei ist und weder die Medien noch die heutige Linke ihnen als Strategen oder Theoretikern Gehör schenken wollen. Vielleicht sind sie aber auch ihrem Wunsch treu geblieben, auf der Seite der tatsächlichen oder vermeintlichen Sieger der Geschichte stehen zu wollen?

Am 5. und 6. Dezember 1998 lud die Münchener Burschenschaft Danubia zu den »Bogenhausener Gesprächen« ein, die unter dem Motto *»30 Jahre nach 68«* standen. Die Danubia gehört zum äußersten rechten Rand im Dachverband Deutsche Burschenschaft (wo sie mehrfach den Vorsitz hatte) bzw. der Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG), deren Mitbegründerin sie ist. Sie begreift sich als rechtsextreme Kaderschmiede. Die Bogenhausener Gespräche finden seit den achtziger Jahren statt. Dazu werden gerne vermeintliche politische Gegenspieler eingeladen.

Das Jahr 1968 scheint für Burschenschaften und andere konservative/rechte Vereinigungen immer noch ein Trauma zu sein, wurde doch mit der Studentenbewegung der Einfluß der Verbindungen in den Hochschulen nachhaltig gebrochen. Bereits im Februar 1998 hatten die Bogenhausener Gespräche schon einmal unter ähnlicher Themenstellung – *»Die APO: Revolution und Happening«* – stattgefunden. Als Referenten stellten sich der ehemalige Kommunarde und SDSler Rainer Langhans, Reinhold Oberlercher und Manfred Lauermann (ex-DKP, VVN) zur Verfügung. Während Langhans jetzt in rechten wie esoterischen Kreisen wandelt, lehrt Lauermann als Soziologe in der Technischen Universität in Dresden und betätigt sich als Autor im »Neuen Deutschland« sowie der rechten Zeitschrift Criticon.

Rechter »Sozi«, Tillmann Fichter – Leiter der SPD-Parteischule



Am 19. März 1998 stellte Lauermann im Berliner Kulturhaus einen Aufsatz mit dem bezeichnenden Titel *»Das Soziale im Nationalsozialismus«* vor, in dem er zum Schluß kommt: *»Im Nationalsozialismus wurde in Deutschland Politik für die Arbeiter gemacht, bisher zum einzigen Mal.«* Der Aufsatz erschien im PDS-nahen Blatt »Berliner Debatte«. Zudem war Lauermann als Referent bei einer Geopolitik-Tagung im rechtsextremen Collegium Humanum in Vlotho geladen.



»Veteranen der Studentenrevolte« und »junge Frauen und Männer der Antifa-Sekten« verhindern ein Seminar von Rabehl

Bogenhausener Gespräche im Dezember 1998

Für die Danubia-Veranstaltung im Dezember 1998 wurden drei Protagonisten aus dem Umfeld der 68er geladen: Horst Mahler, Prof. Dr. Bernd Rabehl und Prof. Dr. Peter Furth. Komplettiert wurde das Trio von Dr. Hannes Kaschkat als bekanntem rechtem Autor. Den Kontakt zur Danubia stellten offenbar Mitglieder des Hofgeismarer Kreis her, einer Vereinigung rechter Jungsozialisten aus Leipzig, deren Mentoren wie Tilman Fichter (Ex-SDSler und Leiter der SPD-Parteischule) seit über zehn Jahren für die »nationale Identität« in der Linken streiten.

An dem Bogenhausener Gespräch beteiligten sich nach Teilnehmer - Angaben 120 Personen, die u.a. proklamierten: *»Notwendig sei (...) die Herausbildung einer 'neuen Elite', die dem heute von alten 68ern geprägten Establishment zum kulturellen Kampf um die Hegemonie entgegentreten könne. Ereignisse wie die Walser-Rede zeigten, daß eine zunehmende Auflösung geistiger Verkrustungen zu erwarten sei.«*

Danubia-Referent Horst Mahler

Horst Mahler ist 1998 gewissermaßen zu seinen »Wurzeln« zurückgekehrt: Seine politischen Aktivitäten begann er in einer schlagenden Verbindung, bevor er vom SDS über die RAF zur FDP kam und schließlich zum Initiator der Nazi-Bewegung Unser Land und gefragten Redner der NPD wurde. Dank seines damaligen Anwaltes und jetzigen Bundeskanzlers Gerhard Schröder wurde sein Berufsverbot, bereits Jahre zuvor, wieder aufgehoben. 1997 trat er als Laudator zum 70. Geburtstag von Günther Rohrmoser, dem rechtsextremen Autor und Vizepräsident des Studienzentrums Weikersheim, unangenehm in Erscheinung. Er entwickelte ein so gutes Verhältnis zur rechten Jungen Freiheit, daß er für sie bei der Frankfurter Buchmesse 1997 eine Veranstaltung durchführte. Am 1. Mai 1998 organisierte er mit dem Rechtsaußen-Publizisten und langjährigem Funktionär der Landsmannschaft Ostpreußen Ansgar Graw dessen Buchpräsentation. Die geplante Reform des Staatsbürgerschaftsrechts führte zu seinem endgültigen Coming Out als Neonazi. In einer *»Flugschrift an die Deutschen, die es noch sein wollen«* übernahm Mahler das Vokabular seiner neuen Freunde: So äußerte er sein Verständnis für rassistische Angriffe mit den Worten: *»Diese Gefühle sind ein Frühwarnsystem. (...) Daß diese Gefühle immer häufiger sich in haßvoller Gewalt äußern, ist nur Ausdruck von Hilflosigkeit der Täter und eine Folge des Versagens der politischen Klasse.«* Zum Jahresende 1998 erhielt Mahler im Focus das Forum, um seine »Sammlungsbewegung« anzukündigen, in der vom CSU-Chef Edmund Stoiber bis zu Günther Deckert – dem inhaftierten ehemaligen NPD-Chef – alle gegen »Überfremdung« kämpfen dürften. Mahlers Antisemitismus, der sich heute in Statements wie

»Über die Staatsbürgerschaftsrechte muß allein das Volk entscheiden, nicht die staatstragenden Parteien oder der Zentralrat der Juden« ausdrückt, zieht sich als roter Faden durch seine Biografie. Als RAF-Mitglied attestierte er dem Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft in München *»Sensibilität für historische und politische Zusammenhänge«* und sah im damaligen israelischen Verteidigungsminister Moshe Dajan den *»Himmler Israels«*. Daher verwundert es auch nicht, daß sich bei den von ihm inzenierten Montagsdemonstrationen Naziterroristen wie Manfred Roeder sichtlich wohl fühlen. Schließlich findet Mahler die Strafbarkeit der Holocaust-Leugnung *»unerträglich«* (Focus).

Danubia-Referent Bernd Rabehl

Bernd Rabehl, heute Professor an der FU-Berlin, war früher Theoretiker des Berliner SDS und ein Freund von Rudi Dutschke, wobei er als Vertreter der sog. »nationalen Fraktion« im Studentenverband galt (obwohl er 1963 noch Flugblätter, die die Burschenherrlichkeit verspotteten, unterzeichnete). Rabehl bot sich 1998 der rechtsextremen Freien Deutschen Sommeruniversität (vorher Junge Freiheit Sommeruniversität) als Referent zum Thema *»Die Nationalrevolutionäre von 1968«* an, berichtete die Zeitschrift Blick nach Rechts im Dezember 1998.

Vor seinem Publikum bei den Bogenhausener Gesprächen präsentierte sich Rabehl deshalb im ersten Satz als Opfer der »linksradikalen Zeitung«, in der u.a. auch Oskar Lafontaine und Michel Friedman schrieben. Rabehls Bogenhausener Rede erschien später – dank Mahler – in der Jungen Freiheit.

Rabehl sieht sich in seinem Vortrag – wie die meisten Rechten – von *»bestimmten Kreisen«* und *»bestimmten Medien«* verfolgt und mutiert zum Verschwörungstheoretiker. Nach 1945 sei das deutsche Volk durch *»russischen Terror«* und *»amerikanische Umerziehung«* seiner *»nationalen Identität«* beraubt worden und Opfer *»fremdbestimmter Eliten«* geworden. Das deutsche Volk werde zudem durch *»Überfremdung«* an den Abgrund geführt. Mit den Ausländern hätten sich – so Rabehl – die Deutschen den Krieg ins unschuldige (deutsche) Haus geholt. Deshalb ließe sich der Untergang nur durch Rückbesinnung auf eine »nationale Identität« und auf entsprechende deutsche Tugenden abwenden. Das alles ist in rechten Kreisen nichts Neues, neu ist jedoch Rabehls Behauptung, dieses Denken sei u.a. auf 1968 zurückzuführen und habe zwei geistige Väter: Rabehl und Rudi Dutschke.

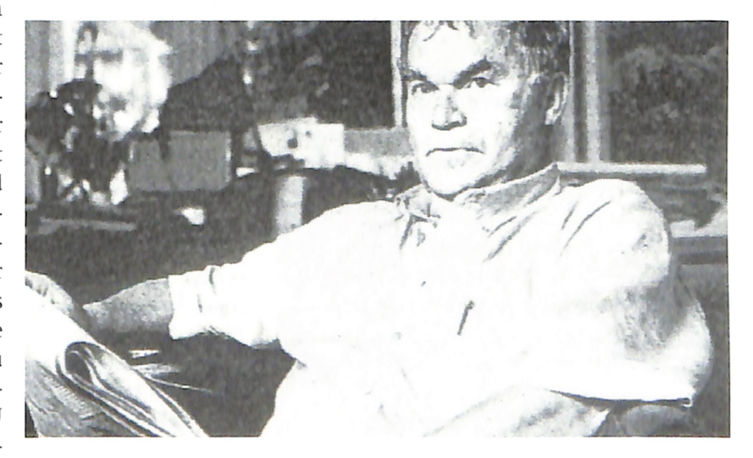
Rabehl stellt fest, er und Dutschke hätten nationalrevolutionäre Ideen des Vietkong auf die deutsche Situation übertragen, was damals breiten Widerhall gefunden hätte. Dasselbe behauptet übrigens auch der Ex-SDSler und jetzige Naziideologe Reinhold Oberlercher von sich. Lediglich die Schüsse auf Dutschke hätten laut Rabehl das Ende dieser nationalen Radikalisierung der Studentenbewegung bedeutet. Rabehl verschweigt allerdings, daß das Klima für Dutschkes Mord durch rechte Kreise und die Hetze der Boulevardmedien geschaffen wurde, als deren Vollstrecker sich der Attentäter wähnen konnte. Bommi Baumann von der Bewegung 2. Juni erklärte in einem Interview, daß, wenn sich im Zuge des gesellschaftlichen Rechtstrends ex-68er wie Mahler oder Rabehl als Avantgarde der neuen Rechten ins Scheinwerferlicht rückten, dies eher eine persönliche Komponente habe. Auch Gretchen Dutschke wehrte sich vehement gegen die Vereinnahmung ihres toten Ehemannes für Rabehls nationalistische Geschichtsverfälschung. Insgesamt ist die Auseinandersetzung innerhalb der Ex-68er darüber eher unbefriedigend.

Danubia-Referent Peter Furth

Relativ neu in diesen Kreisen ist Peter Furth, der sich in den Anfangstagen in der linken Zeitschrift Argument und dem dazugehörigen Club engagierte. Furth, der 1953 Mitglied des SDS wurde, lehrte von 1973 bis zu seiner Emeritierung an der FU Berlin Sozialphilosophie. Er beklagte in seinem Vortrag *»Verweigerte Bürgerlichkeit - Motive, Mythen und Folgen der 68er Kulturrevolution«* eine *»Schuldgemeinschaft«*, deren Wortführer eine *»ritualisierte Wiederholung von kollektiver Schande«* betrieben. Auch wenn Furth's Vortrag bei den Burschen der Danubia nicht so gut ankam wie der von Rabehl (immerhin setzte er ein wissenschaftliches Abstraktionsvermögen voraus), begeisterte er den Herausgeber der rechtsextremen Staatsbriefe, Hans Dietrich Sander, derart, daß dieser einen längeren Beitrag von Furth veröffentlichte.

Zoff am Otto-Suhr-Institut

Bernd Rabehl veranstaltete zusammen mit dem in linken Kreisen als Autor bekannten Jochen Staadt im Wintersemester 98/99 am Otto-Suhr-Institut (OSI) der FU Berlin ein Seminar mit dem Titel *»Krise und Existenz - Rechter und Linker Dezisionismus im Nachkriegsdeutschland«*. In diesem Seminar wurden, so berichteten teilnehmende StudentInnen, *»rechtsextreme Inhalte unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Unvoreingenommenheit an der FU etabliert«*. In seinen Studienmaterialien (Zeitung Anschlag) bemitleidet Rabehl sich als Opfer einer *»Mischpoke* aus *Veteranen der Studentenrevolte«* und *»jungen Frauen und Männern der Antifa-Sekten«*, die sich eine *»jüdische Identität angedichtet«* hätten, um ihn mit der *»Faschismuskeule«* zu erschlagen. Trotz mittlerweile eskalierter Auseinandersetzungen um seine Lehrinhalte und Aussagen, fungiert Rabehl weiterhin als Vertrauensdozent in der Promotionsförderung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Mißliebige SeminarteinehmerInnen wurden von ihm persönlich so unter Druck gesetzt, daß schließlich fast nur noch rechte Studenten, vor allem des sogenannten FU-Bündnisses, daran teilnahmen. Horst Mahler bemühte sich ebenfalls um eine Mitwirkung an dem Seminar – unterstützt von Rabehl und Staadt,



Rabehl fühlt sich nach seinem Burschi-Vortrag von der »Faschismuskeule« bedroht

die mehrmals versuchten, ihn an die Uni zu holen. Auf Mahlers Montagsdemonstrationen beteiligten dafür auch Mitglieder des FU-Bündnisses.

Staadt und Rabehl kennen sich schon länger. Als nach 1968 nationalrevolutionäre Schlagworte und Ideologiegehalte in die Linke getragen wurden oder diskutiert werden sollten, geschah dies auch über die Zeitung für eine neue Linke; der

LANGE MARSCH, an der neben SIEGWARD LÖNNENDONKER und TILMAN FICHTER auch RABEHL und STAADT mitwirkten. Gemeinsam engagieren sich die beiden heute im seit 1992 existierenden FORSCHUNGSVERBUND SED-STAAT, der in Zeiten allgemeinen Geldmangels an den Universitäten vom Bund und Land und einigen großen Unternehmen (u.a. VW) mit Drittmitteln versorgt wird. Der Verbund versucht, Antikommunismus auch nach dem Ende des kalten Krieges aktuell zu halten und die Totalitarismustheorie (d.h. vor allem den Vergleich und die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus) an der Universität zu etablieren.



BURSCHENSCHAFT DANUBIA

Die 1848 gegründete und 1949 wiedergegründete Burschenschaft hat ihren Sitz in München, wo sie in Bogenhausen über ein Verbindungshaus verfügt. Die Danubia ist Mitglied der Deutschen Burschenschaft (DB) und gehört dort zum rechtsextremen Flügel, der 1961 gegründeten Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG). Sie beteiligte sich an verschiedenen Versuchen, rechts neben den Unionsparteien studentische oder parteiförmige Strukturen aufzubauen.

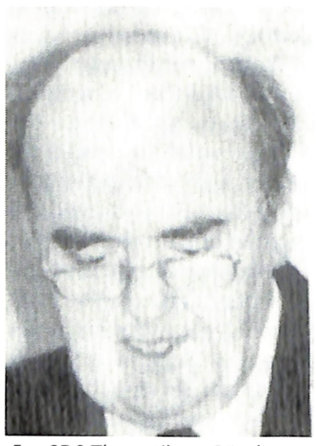
In den siebziger Jahren verfolgte die Danubia einen stark national-revolutionären Kurs und orientierte sich an historischen Vorbildern wie Ernst Niekisch. Danube Uwe Sauermann, der über Niekisch dissertierte, wurde 1975 zum Bundesvorsitzenden des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) gewählt. Auch Henning Eichberg wird als Mitglied der Danubia bekannt.

Die Danubia arbeitete eng mit der NPD zusammen und wandte sich u.a. gegen einen Unvereinbarkeitsbeschluß zwischen NPD und DB. In München schützten NPD-Schläger Stände der Danubia an der Universität. In den späten 80er Jahren beteiligt sich die Danubia am früh gescheiterten Republikanischen Hochschulverband (RHV), der 1989 im Haus der Danuben gegründet wird.

1992 beschließt die DB auf Antrag der Danubia, die Bundesregierung solle »die bereits laufende Zuwanderung Rußlanddeutscher nach Nordostpreußen« fördern und sich »für die Errichtung eines deutsch-russischen Freistaats Preußen« einsetzen. Die Danubia war zeitweise an den Junge- Freiheit-Sommeruniversitäten beteiligt. Gemeinsam mit dem Gesamtdeutschen Studentenverband (GDS) werden die Bogenhauser Gespräche durchgeführt. Weiteres führendes Mitglied der Danubia ist der Witikone Hans-Uwe Kopp.

Danubia-Referent Hannes Kaschkat

HANNES KASCHKAT ist sicherlich kein »Frontenwechsler«. 1968 war er Mitbegründer der BURSCHENSCHAFTLICHEN AKTIONSGEMEINSCHAFT FÜR PUBLIZISTIK – später STUDENTISCHEN AKTIONSGEMEINSCHAFT – und saß bis in die 80er in deren Vorstand. Ihr erklärtes Ziel war es u.a., mit der Zeitschrift STUDENT angesichts einer vermeintlich »linken Presselandschaft« als Gegengewicht aufzutreten. Der frühere Vizepräsident der Universität Würzburg und heutige Anwalt (u.a. vertrat er die REPs gegen den Freistaat Bayern) ist heute Landesvorsitzender der UNION DER VERTRIEBENEN in der CSU und zugleich im Umfeld von ALFRED MECHTERSHEIMER als stellvertretender Vorsitzender von UNSER LAND - WISSENSCHAFTLICHE STIFTUNG FÜR DEUTSCHLAND aktiv.



Ex »SDS Theoretiker« Günther Maschke - Mitverfasser der Kanonischen Erklärung

68er als völkische Befreiungsfront?

HORST MAHLER, GÜNTHER MASCHKE und REINHOLD OBERLERCHER verfassten am Jahresende 1998 eine dreiseitige »Kanonische Erklärung« zur Bewegung von 1968, in der sie den Versuch der Uminterpretation der 68er in eine Art völkische, rechte Befreiungsfront unternehmen und u.a. beklagen: *»In der tragischen Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hans Martin Schleyer traf die Waffen-SDS* (gemeint ist die RAF, AIB) *einen SS-Mann, der die Position der nationalrevolutionären Volksgemeinschaft zugunsten derjenigen des Anführers eines Klassenkampfverbandes verraten hatte.«* Desweiteren spielen sich die Ex SDS-Denker als drei tapfere Ritter gegen Überfremdung auf und biedern sich als geistige Führer einer Gegenbewegung an. GÜNTHER MASCHKE ist schon seit den 80ern ein bekennender Rechtsnationaler und Schreiberling in den Rechtspostillen CRITICON und JUNGE FREIHEIT, aber auch der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG (FAZ). Sich selbst bezeichnet er als *»Rudi Dutschke von Wien«*. Maschke war einst Mitkämpfer einiger Theoretiker des SDS FRANKFURT MAIN. Ende der sechziger Jahre »floh« er aus der BRD nach Cuba – wo er nach zwei Jahren wieder ausgewiesen wurde. Auch Oberlercher erklärte in dem Naziblatt Staatsbriefe von sich und seiner Bedeutung vollkommen überzeugt: *»Ich selbst, mit fünfzehn Jahren DDR-Häftling wegen Republikflucht (...) war der Theoretiker des Hamburger SDS und Auslöser des Hamburger Universitätsaufstandes, der die gesamte Systemkritik der 68er theoretisch vollendet.«* Und unverkennbar antisemitisch schreibt Oberlercher weiter: *»Die Hauptkampflinie aber verlief in Frankfurt am Main, weil dort ein jugendlich unerfahrener deutscher Idealismus, geführt von Hans Jürgen Krahl, auf die Speerspitze des jüdischen Geistes in Deutschland traf* (gemeint ist Theodor W. Adorno, AIB) - *(...) Habermas wie die Frankfurter (Juden) Schule waren Feinde, nicht aber Ideengeber der 68er Theorie. »* (sic!) Als die rechtsradikale studentische Vereinigung GRUPPE 146, in der Oberlercher noch als Dozent der Uni-Hamburg maßgebend aktiv war, u.a. bei der Bundeswehr auftreten durfte, führte das zu keiner öffentlichen Resonanz. Zuletzt machte Oberlercher durch sein für die NPD geschriebenes »Volkswirtschaftsprogramm« von sich reden. Auch wenn Mahler, Rabehl und Co. zunächst einmal als profilneurotische Einzelkämpfer daherkommen, gehören sie doch zu einem weiteren Netzwerk ehemaliger und neuer Weggefährten. Und ihre Ideen stoßen in rechtsextremistischen Kreisen auf erhebliche Resonanz. Die Bildung gemeinsamer Gesprächskreise von intellektuellen Vertretern rechtsextremistischer und »nationalrevolutionärer« Gruppen und Einzelpersonen scheint geplant. In einem in Hamburg bekanntgewordenen Flugblatt heißt es, es sei an der Zeit einen »antiimperialistischen Volkskongreß« mit Gesprächspartnern aus anderen Städten wie Berlin abzuhalten. ■

Quellen u.a.:
- Blick nach Rechts, 24, 25/26 1998
- SDS Website 26.12.98/ 8.1.1999, Detlef Michel
- taz, Weihnachten 98, Severin Weiland
- Staatsbriefe 4/1994, Reinhold Oberlercher
- Renationalisierung gegen westliche Demokratie, Martin Jander, Rainer Maischain
- Flugblatt: Die gefährliche Küche, OSI, April 1999
- »Der Forschungsverbund SED-Staat und die Renaissance der Totalitarismustheorie », Asta der FU Berlin/ Hochschulgruppe der AAB.
- Handbuch deutscher Rechtsextremismus , Hrsg. Jens Mecklenburg
- Anschlag Nr. 4, OSI, Mai 1999
- Antifaschistische Nachrichten, Nr. 4/99
- VS Bericht Hamburg, 1998
- Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968
- «Wir waren nützliche Idioten«, Baal Müller



Kulturkampf und Kommerz

Rechte Tendenzen in der schwarzen Szene

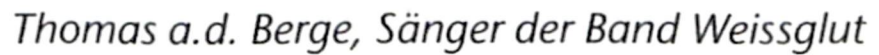
Seit einigen Jahren wird über rechte Tendenzen in und Einflußnahme von rechts auf die »schwarze Szene« geschrieben und diskutiert. Dabei ist inzwischen klar, daß es sich nicht nur um eine Unterwanderung handelt, sondern es inhaltliche Gründe gibt, warum die sog. NEUE RECHTE gerade diese Szene agitiert. Neben den thematischen Überschneidungen der »allgemeinen« Dark-Wave Szene mit rechten Inhalten gibt es aber auch einen rechten Teil in dieser Szene mit Bands, Fanzines und Vertrieben. Die Anfänge davon liegen schon in den 80er Jahren. Der nachfolgende Artikel beschäftigt sich jedoch in erster Linie damit, daß sich mit rechten Dark-Wave Bands nicht nur Geld verdienen, sondern auch Ideologie an Jugendliche heranbringen läßt und wie dies von der Neuen Rechten praktiziert wird, sowie mit deren Strategie und Praxis der Einflußnahme. Der Text wurde von den GRUFTIS GEGEN RECHTS – MUSIC FOR A NEW SOCIETY geschrieben, einer Gruppe von DJs und Gruftis, die sich gegen rechte Tendenzen in ihrer Szene wehren.

I. Von der Jungen Freiheit in die Szene:

Der rechte Kulturkampf

»Nur die Spitze eines Eisberges ist sichtbar. Die Masse liegt im Verborgenen und lauert.« (Inschrift auf der CD »*Die Brut*« (1992) der Dark-Wave-Band GOETHES ERBEN) Die Neue Rechte begann Anfang der 90er Jahre über ein Thema nachzudenken, was den Neonazis scheinbar per se diametral entgegenstand: Popmusik. Während klassische Rechte diese irgendwo zwischen »*Negermusik*«, »*amerikanischer Massenkultur*«, »*Dekadenz*« und »*Heimatlosigkeit*« verorteten, begannen andere zu begreifen, daß sie mit ihrer starren Ablehnung keinen Pfifferling mehr ernten würden. »*Pardon, ich höre Popmusik*« überschrieb der Österreicher JÜRGEN HATZENBICHLER (Mitglied der FPÖ) einen Artikel im Naziblatt NATION & EUROPA (3-4/91), in welchem er sich von »*afrikanischen Strömungen*«, »*schnelle(n) Rythmen und auf Gestammel reduzierte(n) Texte(n)*« distanziert, um gleichzeitig zur Herausbildung einer rechten »*Gegenkultur und Alternativkultur*« aufzurufen. Was bei ihm noch mit »*Provokation*« untertitelt war, präsentierte ROLAND BUBIK, Stipendiant der KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, im Herbst 1993 in der Jungen Freiheit unter dem Schlagwort: »*Die Kultur als Machtfrage*«. Angelehnt an den italienischen Kulturphilosophen und Klassiker der Anti-Moderne JULIUS EVOLA (1898 – 1974), den UMBERTO ECO als »*faschistischen Guru*« beschrieb, sieht er in Teilen der Popmusik Anknüpfungspunkte für die von Evola postulierte »*Revolte gegen die moderne Welt*« und kommt zu dem Ergebnis: »*...die Jugendkultur von heute bietet erfolgversprechende Ansätze hierfür. (...) Ein merkwürdiges Bewußtsein, in einer Phase des Niedergangs zu leben, ist virulent, vom »age of destruction« ist die Rede, die Parties der Techno-Szene gleichen makabren Totenfeiern einer Epoche. Man (...) mißtraut der Erklärbarkeit der Welt, wendet sich sogar rückwärts, etwa in Form der verschiedenen Independent-Szenen.*« (JF 10/93) Nachdem Bubik's Träume von der Techno-Szene (»*Stahlgewitter als Freizeitspaß*«) sich bald als Schäume entpuppten (»*seelische Vergewaltigung durch Beat-Computer und Masse*«), meinte er in der Neo-Folk- und Gothic-Szene Anknüpfungspunkte zu finden. Er nennt Bands wie DEAD CAN DANCE oder QNTAL, deren »*mittelalterliche*« Musik »*eine andere Sprache als die der Moderne (sprechen)*« würde. In Wahrheit haben beide Bands nichts mit rechtem Gedankengut zu tun. Qntal gehören in den Kreis der deutschen Dark-Wave-Bands (DEINE LAKAIEN, ESTAMPIE, DAS ICH), die sich wiederholt und vehement gegen den rechten Kulturkampf zu Wort gemeldet haben. Und sein Redaktionskollege BOßDORF (s.u.) mußte feststellen, daß Dead Can Dance längst nicht auf eine Rezeption mittelalterlicher Musik zu reduzieren sind und keine (musikalischen) Grenzen kennen. Anläßlich ihrer CD »Spiritchaser« (4 AD/Rough Trade 1996) stellt er enttäuscht fest: »*Man parodiert in gezierter Pose den Orient, (...) begleitet von nicht mehr an Langeweile zu übertrumpfenden Percussion-Einlagen der Marke Dschungel. (...) Wenn dies Weltmusik sein soll, ist die Welt nicht zu beneiden.*« (JF 29/96). Doch es gab durchaus reale Anknüpfungspunkte in der Szene: Bubiks Lebensgefährtin SIMONE SATZGER (alias FELICIA), Sängerin der Gruft-Band IMPRESSIONS OF WINTER, propagierte 1995 eine rechte Kulturinstrumentalisierung und empfahl, »*sich aktuellen kulturellen und politischen Phänomenen zu öffnen, um sie für die eigenen Zwecke zu nutzen.*« Darüber hinaus existierten schon damals eine Reihe von Bands mit tatsächlich rechten Inhalten.

Die »Operation Dark Wave« nahm in der Jungen Freiheit ihren Lauf. Über einen Nachwuchswettbewerb konnte eine mit Dark Wave vertraute Schreiberin gefunden werden, die freilich bald das Handtuch schmiß und schließlich



Thomas a.d. Berge, Sänger der Band Weissglut



vor dem rechten Kulturkampf warnte. Mit Peter Boßdorf, der auf eine lange Vergangenheit u.a. im THULE-SEMINAR und bei den REPUBLIKANERN zurückblicken kann, konnte Mitte der 90er Jahre ein Junge Freiheit-Redakteur in der auflagenstärksten Zeitschrift der »Independent Szene« plaziert werden. Die ZILLO unter ihrem damaligen Herausgeber RAINER »EASY« ETTLER war sich zudem nicht zu schade, wiederholt rechte Anzeigen abzudrucken, darunter auch der Jungen Freiheit. Die Liason Zillo/Junge Freiheit war aufgrund von Protesten aus der Szene selbst bekannt geworden: Das Hamburger Wave-Label STRANGE WAYS (Vertrieb u.a. von Goethes Erben) und der Vertrieb INDIGO machten den Skandal öffentlich. Nach


Weissglut

dem Tod von Zillo-Herausgeber Rainer Ettler wurde Peter Boßdorf im Frühjahr 1997 endlich bei Zillo vor die Tür gesetzt.

II. Der VAWS: Propaganda, Musik & Kommerz

»Es beherrscht unser Leben/es bringt kein Heil, ich schreibe ein paar Zeilen/das Wetter hier ist fein, doch dröhnt es Tag und Nacht/durch Lautsprecher.«

(SIOUXSIE & THE BANSHEES 1979, Mittageisen (Metal Postcard), dem kommunistischen Montagekünstler JOHN HEARTFIELD gewidmet)

Im Zentrum antifaschistisch-gruftigen Interesses steht der VERLAG & AGENTUR WERNER SYMANEK (kurz: VAWS). Der vom Alt-Rechten WERNER SYMANEK gegründete Vertrieb verbreitet eine dem DVU-Angebot durchaus ebenbürtige Palette rechtsextremer Videos: Darunter sind Machwerke wie »Auf den Spuren Ostpreußens« (*»Durch den Zerfall der UdSSR rückt Ostpreußen wieder in das Blickfeld deutscher Interessen. Ist eine Rückkehr Ostpreußens zu Deutschland möglich?«*), »Die Waffen-SS: Hitlers Elitetruppe«, »Erwin Rommel: Der Wüstenfuchs« (*»Seine legendären Siege...machten Rommel zu einem der bekanntesten Kriegshelden.«*) und LENI RIEFENSTAHLS Olympia-Filme (Video-Aktuell 2/94) zu finden. »Literatur Aktuell« (März 1994) verbreitet u.a. Bücher über den »Hitler-Putsch« und den darauffolgenden Prozeß (*»alle (!) stenographisch erfaßten Aussagen Hitlers unkommentiert...«*), Rechtstips vom rechtsextremen DEUTSCHEN RECHTSBÜRO für *»Mäxchen Treuherz, (den) wackere(n) Streiter für die 'Nationale Sache'«*, damit *»es ihm gelingt, innerhalb der bestehenden Rechtsordnung trotzdem für seine Ideale wirken zu können«* (»Mäxchen Treuherz und die juristischen Fußangeln«), und antisemitische Hetze. So schreibt VAWS über die biblische Königin ESTHER: *»Es gibt kein anderes Volk auf der Welt, das den Mord an 75.000 Menschen zum Anlaß eines seiner höchsten Feiertage erwählt hat.«* Im VAWS-Report (Juli 1996) werden antisemitische, verschwörungstheoretische Bücher gegen »das Finanzkapital« verbreitet (Rubrik: »Insiderwissen«), aber auch Bücher über Nazi-Architekten (ALBERT SPEER) und *»Aktfotographie in den 30er und 40er Jahren«*. Manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier nicht nur Nazis, sondern auch Psychopathen am Werke sind: *»Deutschland muß vernichtet werden«* lautet der Titel eines Buches, welches *»die weltweit angelegten Pläne zur endgültigen und totalen Vernichtung Deutschlands«* enthüllen soll. *»Eine in ihrer Quellenvielfalt bestechende Dokumentation über die real existierenden Strategien«*.

Auch die seit 1969 erscheinenden UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN (UN) der neonazistischen UNABHÄNGIGEN FREUNDESKREISE (UFK) werden vom VAWS verbreitet. Der UN-Redakteur JOHANN BRANDT ist ehemaliger SS-Offizier. Auch der vor zwei Monaten gestorbene UN-Redakteur FRIEDHELM KATHAGEN war SS-Offizier und Herausgeber des SS-Traditionsblattes LEITHEFT. Über Artikel mit Titeln wie *»Alliierter Massenmord am Deutschen Volk«* (UN 3/95) etwa zum 8. Mai '45 braucht man sich also nicht zu wundern.

Doch der VAWS will nicht nur Alt-Nazis, Antisemiten und Esoteriker bedienen. Er übt sich auch im Kulturkampf: Neben Techno-CDs (»Kicking' House Tunes«, »Ravermeister« usw.) vertreibt er die gesammelten Werke der rechten Wave-Band FORTHCOMING FIRE inklusive der Gedichtbände ihres Sängers JOSEF W. KLUMB (alias JAY KAY). 1996 erschien ein von Klumb zusammengestellter Doppel-CD-Sampler zu Ehren der rechten Kultfigur Leni Riefenstahl, der angeblich zum »Verkaufsschlager« wurde und – oftmals sehr unkritische – Besprechungen in einer Vielzahl von Medien erfuhr. Nachdem u.a. die Wave-Zeitung NEW LIFE die VAWS-Anzeige abgelehnt hatte, erfand Symanek den Tarnnamen HELIOCENTRIC DISTRIBUTION für den Vertrieb. 1998 erschien das dem Nazi-Bildhauer JOSEF THORAK gewidmete Nachfolgeprojekt, zu dem selbst die Junge Freiheit anmerkt: *»Für soviel Rehabilitierung reicht tatsächlich eine biographische Skizze aus, die als eine Art Begleitbroschüre erhältlich ist.«* (JF 2/99). Die CDs sind ein »Who is who« des rechten Bereichs der Gothic-Szene: Neben den schon erwähnten Forthcoming Fire mit ihren Nebenprojekten VON THRONSTAHL und PREUSSAK sind dies u.a. TURBUND STURMWERK (Sachsen), die sich wie WALDTEUFEL, MJÖLNIR TONKUNST (Dresden) und FEINDFLUG (Chemnitz) direkt vom VAWS vertreiben lassen. Ebenfalls zählen die SA-Verehrer DEATH IN JUNE (England/Australien), ANDROMEDA COMPLEX (Italien) und THE PROTAGONIST (Schweden) dazu, die alle auf beiden Samplern vertreten sind.

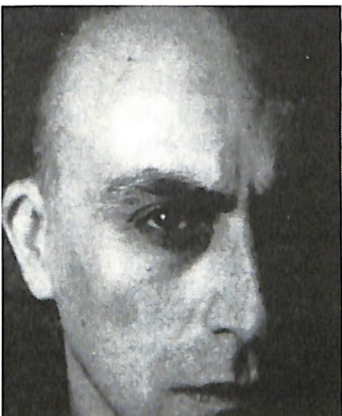
Die »Riefenstahl-CD« enthält außerdem Beiträge von STRENGTH THROUGH JOY (»Kraft durch Freude«, Irland), VOXUS IMP. (Dresden), ALLERSEELEN (Wien), SWIRLING SWASTIKAS (»Wirbelnde Hakenkreuze«, Italien) u.a.

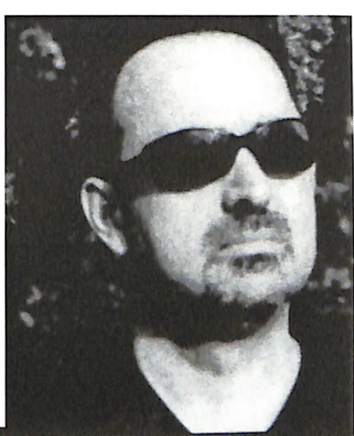
Für den »Thorak-Sampler« konnten zusätzlich STALINGRAD (produziert von ANGELO BERGAMINI / KIRLIAN CAMERA, Italien), EGOAEDES (ein Projekt von MARCO E. THIEL, dem Herausgeber des rechtsextremen »Fanzines« EUROPAKREUZ mit Sitz in Berlin) sowie weitere Bands aus Italien, Spanien, Frankreich, Tschechien und Litauen gewonnen werden.

Immer wieder versucht der VAWS auch mit nicht-rechten Bands Geschäfte und Propaganda zu machen. Die Electro-Band PP? war beispielsweise auf dem Riefenstahl-Sampler mit dem unpassenden Titel »Vive La France«(!) vertreten und distanzierte sich öffentlich, nachdem sie bemerkt hatten, in wessen Gesellschaft sie gelandet waren. Das japanische Duo JACK OR JIVE ist in großer Ahnungslosigkeit auf der Thorak-Compilation gelandet und zeigte sich über das politisch-musikalische Umfeld entsetzt (peinlicherweise gefiel dem JF-Rezensenten deren Beitrag am besten).

Derlei Methoden sind beim VAWS altbewährt: Bereits 1994 schaltete der Vertrieb Anzeigen in Musikmagazinen und vertrieb auch Platten populärer

Bands wie Deine Lakaien. Neben der bestellten Ware erhielten Grufties dann Propagandamaterial der UFK. Das Lakaien-Label GYMNASTIC RECORDS stoppte damals die Belieferung, nachdem Fans Alarm geschlagen hatten und legte sich mit dem VAWS an. Umso erschreckender, daß derlei Tricks immer wieder funktionieren. Im Sommer 1998 erschien bei VAWS der »Profile Bizarre-Wandkalender 1999«, der Fotos von dreizehn nicht-rechten, aber umso prominenteren Independent-Bands enthält. Die INITIATIVE GRUFTIS GEGEN RECHTS hat die Bands inzwischen über den VAWS aufgeklärt: Das Ergebnis war immer das gleiche. Eine unscheinbare Promo-Anfrage, wie sie täglich dutzendfach bei den Plattenfirmen eingehen. Über den VAWS wußte man nichts, und hinterher ist man entsetzt. Umso notwendiger ist hier Aufklärung und dagegen vorzugehen, um dem VAWS möglichst gründlich das Handwerk zu legen. Die Postfach-Adresse des VAWS ist in Duisburg.



Die Band Kirlian Camera in Pose

Da ein Großteil der bisher erwähnten rechten Bands vergleichsweise bedeutungslos ist, soll im Folgenden nur auf die »Großen« näher eingegangen werden.

III. Josef W. Klumb und seine Projekte Forthcoming Fire, Von Thronstahl, Preussak und Weissglut:

»*Only buy British!*« – «*Nazi-Bastard!!!*« (Schuß)

(Sample zu Beginn von: Velvet Acid Christ – Futile (Nazi-Bastard-Mix) 1996).

Seit Jahren verbreitet Josef W. Klumb in Interviews Verschwörungstheorien und deutschtümelndes Gefasel. Daß er in der Zeit, in der er für den VAWS arbeitete, Pakete für 12 D-Mark die Stunde packte, weil er gerade arbeitslos war und einen Job brauchte – wie er im »ROCK HARD«-Interview 1/99 selbstmitleidig weismachen will – ist eine Lüge. So schrieb er das Vorwort zum ersten Band von »Deutschland muß vernichtet werden« und verteilte auf der Frankfurter Buchmesse 1997 eine gegen die Wehrmachts-Ausstellung gerichtete Sonderausgabe der Unabhängigen Nachrichten. Noch im Sommer 1998 wurde er hinter dem Verkaufsstand des VAWS beim »Zillo-Festival« gesehen.

Daß er die von ihm verpackten Bücher offensichtlich mit Interesse gelesen hat, läßt sich auch an seinen Äußerungen erkennen. In einem Interview mit der Zeitschrift GOTHIC (Nr. 23, Sommer 95) erklärte er auf die Frage, wer denn die »Illuminaten« seien, von denen er auf dem zweiten Album singt: »*Es ist die Hochfinanz, es sind die Kräfte, welche hinter ihren Marionetten die Welt bewegen... Das Gesicht dieses kommenden Regimes drückt sich aus durch die UNO, NATO, Weltbank, Zionismus...*«. Immer wieder bezieht er sich auf den befreundeten Verschwörungstheoretiker JAN UDO HOLEY, der unter dem Pseudonym JAN VAN HELSING die antisemitischen Bände »Geheimgesellschaften I & II« veröffentlichte. Der zweite Band wurde im Februar 1996 in der Schweiz wegen Verstoßes gegen das Anti-Rassismus-Gesetz beschlagnahmt. Als hätte er »Mäxchen Treuherz und die juristischen Fußangeln« gründlichst studiert, folgt auf jede eindeutig rechte Aussage eine scheinbar relativierende: »*Ich wirke in Hinsicht auf eine Elite, und wenn ich in diesen Zeiten die Erhebung einer Elite fordere und heraufbeschwöre, dann meine ich eine Elite des Herzens, eine Gefühls-, Gedanken- und Seelenelite, deren freies Selbstbewußtsein und Liebesfähigkeit jeglichen Rassismus einfach nur entbehrt.*« Derlei wirres Zeug mag verstehen wer will. Jay Kay ist das egal, denn »*...wer uns im Reich der Lüfte aufgrund seiner Beschränktheiten nicht folgen kann, soll sich erst gar nicht die Mühe machen, uns zu verstehen.*« Um wenige Sätze später noch deutlicher zu werden: »*Man muß ein für alle mal erkennen, daß, wenn ich für Deutschland rede, ich nicht für circa 50 Millionen geistige Totgeburten spreche, (...), sondern daß die ,Volksseele', die bis ins Heute hinein so brutal vergewaltigt wurde, daß ich für dieses Heiligtum (...) den Kern und das Zentrum des Begriffes Deutschland eben verteidigen werde..*«" Klumb fügte immerhin drei Jahre vor MARTIN WALSER hinzu: »*Ich gestatte mir einfach die Freiheit, mich hin und wieder einfach mal deutsch zu geben, weil ich einfür allemal die Rolle des Sündenbocks nicht länger mitzutragen gewillt bin.*« Für ihn ist es weder rechts, die rechte Propaganda der »*Liquidierung von Rudolf Heß*« nachzubeten, noch in Hinblick auf die Feiern anläßlich der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus zu bemerken, daß der 8. Mai 1945 »*...trotz allem eine Eroberung, eine Unterwerfung und eine Unterdrückung des Geistes (war), die bis heute anhält und mir sogar mein Bewußtsein noch streitig machen möchte*«. Seiner Definition nach ist Faschimus »*(...), Nonstop-Fernsehen, MTV, und alles, was auf Massen hin ausgerichtet ist.*« (Alle Zitate in diesem Abschnitt aus dem Gothic-Interview)

Mittlerweile ist Klumb auf dem besten Wege, selbst Teil des »MTV-Faschismus« zu werden. Die Nachfolgeband von Forthcoming Fire mit dem bezeichnenden Namen WEISSGLUT ist seit 1998 bei dem Sublabel EPIC, Teil des »renommierten« SONY-Konzerns, unter Vertrag, die sich nicht scheuten, einen handfesten Neonazi unter Vertrag zu nehmen. So wird es eventuell nicht mehr lange dauern, bis im Zuge der »Neuen Deutschen Härte« auch Weissglut über die Bildschirme flimmert.

Im Jahr 1996 begann sich nach dem Interview im Gothic auch die Junge Freiheit für Klumb zu interessieren und veröffentlichte ein ausführliches Interview von Roland Bubik. Wer da wen rechts überholt hat, sei im Nachhinein dahingestellt, bemerkt Jay Kay doch in

einem aktuellen Interview in der Heavy-Zeitschrift Rock Hard (1/99), daß es eines Redakteurs der Jungen Freiheit bedurfte, um ihn von einem weiteren wirren Plan abzubringen: *»Nachdem ich drei Jahre die Repressalien (der Antifa) ertragen mußte, war ich so genervt, daß ich auf das Cover der letzten Forthcoming Fire-CD ‚Verurteilt – gerichtet – lebendig verbrannt' ursprünglich ein Foto von den Nürnberger Prozessen packen wollte, in das die Köpfe der vier Bandmitglieder hineinmontiert werden sollten.«*

Seinem damaligen Label Hyperium & Hypnobeats platzte jedenfalls nach dem JF-Interview der Kragen: In einer öffentlichen Erklärung sagte man sich von der Band los und verweigerte eine Vertragsverlängerung.

Klumbs Vorliebe für Ausreden, die sein rechtes Weltbild vertuschen sollen, wird auch deutlich in einem Zillo-Interview (2/97): *»Wie rechtsextrem kann ich sein, wenn mich aufgrund meines Interviews, das ich der ‚Jungen Freiheit' gab, ehemalige NS-Widerstandskämpfer in ihren Briefen an mich bestätigen?«* fragt er und fügt an: *»Ich habe mich mit einem Überlebenden der ‚Weißen Rose' (demokratische Widerstandsgruppe im Nationalsozialmus, Anm. d. A.) getroffen...«*. Daß es sich bei dem Überlebenden der Weißen Rose um den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Republikaner, Hans Hirzel handelte, verschweigt er. Inzwischen darf man Josef W. Klumb wohl auch juristisch abgesegnet einen »Nazi« nennen: Nachdem ihn das Landgericht Hamburg mit entsprechenden Dokumenten konfrontierte, nahm Klumb am 17. Dezember '98 seinen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung wegen Verleumdung gegen den SPIEGEL zurück, der ihn in einem Artikel (44/98) als Neonazi präsentierte. Nach Informationen des AIB hat Josef W. Klumb inzwischen das Lied »Sonnenritter« mit den Mördern der Black-Metal-Band Absurd aufgenommen.

Das macht es auch für das Epic-Label schwer, die Band zu halten und so darf man gespannt sein, wie lange diese Liason noch währt. Bisher versuchte Epic, die rechtsextremen Verstrickungen von Josef W. Klumb zu verschleiern, und auch große Teile der Musikpresse taten sich durch unkritisch-solidarische Berichterstattung hervor.

Aber es tut sich etwas: Die Veranstalter eines für den 15. Dezember '98 geplanten Auftrittes von Weissglut in Nürnberg sagten das Konzert ab, nachdem sie über die Hintergründe informiert wurden.

IV. NO MORE BLOOD AND SOIL! (Songtitel der britischen Gothic-Band Positive Noise)

Letztlich ist Aufklärung also der einzige Weg, den neurechten Strategen das Handwerk zu legen, und zwar solange und so nachdrücklich, bis sie die »Operation Dark Wave« aufgeben.

Bis dahin ist es freilich noch ein weiter Weg, den wir auch weiterhin mit unseren FreundInnen aus der »schwarzen Szene« gehen werden. Die positiven Reaktionen, die die Grufties gegen rechts seit der Veröffentlichung der Broschüre »Die Geister, die ich rief...« (im Mai 1998) von Gothics aus dem gesamten Bundesgebiet bekommen haben, stimmen jedenfalls optimistisch. Inzwischen gibt es Grufties gegen rechts-Gruppen in Bremen, Berlin und Rostock. Neben den unermüdlich in unserem Sinne engagierten Deine Lakaien, Das Ich, Estampie, Goethes Erben und ihren Labels haben inzwischen auch die vom VAWS getäuschten Einstürzenden Neubauten unseren Aufruf unterschrieben. Auch sie waren versehentlich auf dem »Profile Bizarre«-Kalender gelandet. In diesem Zusammenhang liegen uns Distanzierungen u.a. von Lacrimosa, Subway To Sally und dem Fan-Club der Krupps vor. Die Bands Lichtmaschine, Steril, Endzeit, Korbak und Exedra spielten Soli-Konzerte für uns.

Und auch die Zillo unter ihrem neuen Chefredakteur Joe Asmodo will vom rechten Image weg. Anläßlich einer in Bremen stattfindenden Soli-Party schickte uns Joe Asmodo am 29. Januar '99 ein Fax mit folgendem Text: *»Liebe Leute von ‚Grufties gegen Rechts' (...) Wir begrüßen es sehr, daß sich in der Wave- und Gothicszene ein Bewußtsein und Handlungspotential gegen Unterwanderungstendenzen von Rechts zu entwickeln beginnen. Eure Veranstaltung (...) betrachten wir als Teil dieses Prozesses, den es zu unterstützen gilt. Wir werden Eure Veranstaltung (...) entsprechend ankündigen. Darüber hinaus bieten wir Euch an, diese Veranstaltung kostenlos mit einer 1/4 Seite Anzeige (...) zu bewerben. Betrachtet diese Geste bitte als eindeutige Stellungnahme der Firma Zillo MusicMedia GmbH gegen Rassenhaß, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus aller Art.«*

Sollte es doch noch gelingen, den braunen Vormarsch in der schwarzen Szene zu stoppen? Vorsichtiger Optimismus ist angebracht, auch wenn die hier genannten Bands nur die Spitze des braunen Eisbergs sind. ■

Kontakt:
Grufties gegen rechts /
Music For A New Society
St. Pauli-Str. 10-12
28203 Bremen
e-mail: feb@uni-bremen.de
internet: t-online.de/home/F.Bernhard

Ausgewählte Lesetips:

Zum rechten Kulturkampf:
Alfred Schobert: »Geheimnis und Gemeinschaft – Die Dark-Wave-Szene als Operationsgebiet »neurechter« Kulturstrategie« (DISS Internet Bibliothek, hier auch weitere lesenswerte Texte von A. Schobert zum Thema)
Zum VAWS, W. Symanek und J. Klumb:
Alfred Schobert: »Rechter ‚Kulturkampf': VAWS in Mühlheim« (in: Antifaschistische NRW-Zeitung 17, Sommer 1998)
In die diffuse Gedankenwelt des Josef Klumb:
Gothic Nr. 23 (Sommer 1995): »Forthcoming Fire – Flammen und Irrlichter« (Aufgrund der »radikalen und totalitären Züge« Klumbs hatte die Redaktion damals Zweifel, »ob der Beitrag veröffentlicht werden sollte«, wie im Vorwort zu lesen ist.)
Jungle World Nr.3 (Jan.) 1999: »Rechtsrock läßt denRubel rollen« (über Weissglut)

Rechtes Wahlbündnis in Thüringen



Programm Parteitag des Bündnis 99 am 27. März in Erfurt. 6. von rechts Wilhelm Tell (siehe Kasten), 1. Von links Dr. Heinz Joachim Schneider (siehe Kasten) 6. v. links F.J. Reischmann, BFB 7. v. links Gerhard Otto, Pro DM

Am 17. Februar verkündeten Vertreter der REPUBLIKANER, des BUND FREIER BÜRGER (BFB) und der INITIATIVE PRO D-MARK bei einer Pressekonferenz im Hotel »Esplanade« in Jena, daß sie bei der Landtagswahl am 12. September unter dem Namen Bündnis 99 gemeinsam antreten würden.

Das BÜNDNIS 99 sei *»national – nicht nationalistisch, freiheitlich – nicht liberalistisch, sozial – nicht sozialistisch«*, es stehe *»für die Pflege überkommener Normen und Werte, die sich für die Fortentwicklung unserer Gesellschaft als nützlich, vorteilhaft und erhaltend erwiesen haben; (...) für Gleichklang mit dem kosmischen Grundgesetz, nach dem alles fortschreitet, nichts auf der Stelle steht und sich schon gar nicht rückwärts entwickelt«*[1].

Nach dieser Ankündigung und dem Bekanntwerden des rechten Bündnisses distanzierte sich PRO D-MARK Vorsitzender und Millionär BOLKO HOFFMANN von GERHARD OTTO und erklärte ihn für aus der Partei ausgeschlossen.

Der Versuch, im Hotel »Esplanade« am 27. Februar den Listenparteitag abzuhalten, mißlang, weil die Hotelleitung wegen befürchteter Angriffe durch eine antifaschistische Demonstration die Räume absagte. Die Veranstalter, vertreten durch WILHELM TELL, Vorsitzender des REP-Kreisverbandes Jena und bekannt durch seine freundschaftlichen Kontakte zum THÜRINGER HEIMATSCHUTZ (ANTI-ANTIFA), hatten jedoch vorgesorgt. Sie hatten ein Hotel in Altenburg angemietet und für die ca. 80 Teilnehmer einen Bustransfer aus Jena organisiert. Dort demonstrierten nur noch 30 AntifaschistInnen gegen den Parteitag, der von der Polizei geschützt wurde. Aus rechtlichen Gründen – offene Listenverbindungen erlaubt das Thüringer Wahlgesetz nicht – treten die Vertreter von BFB und Pro D-Mark nun auf der Liste der Republikaner an.

Auf Platz 1 kandidiert der Landesvorsitzende der Republikaner, DR. HANS-JOACHIM SCHNEIDER, auf Platz 2 der Landesgeschäftsführer des BFB, FRANZ-JOSEF REISCHMANN. Von den ersten zehn Plätzen gehören fünf den Kandidaten der Republikaner, vier dem BFB und einer der Partei Pro DM.

Der von ca. 25 Personen besuchte Programmparteitag am 27.3.1999 in Erfurt wurde von ca. 40 AntifaschistInnen behindert. Die Polizei sorgte dafür, daß die Parteitagsbesucher die Gaststätte durch einen Hintereingang betreten konnten. An dem Parteitag nahmen auch einige Thüringer Bundestagswahlkandidaten der DVU teil.

Der Parteitag verabschiedete eine Resolution *»Keine deutschen Soldaten auf dem Balkan!«*. Am Tag zuvor hatten in Altenburg etwa 70 Anhänger der Republikaner und des BUNDES DEUTSCHER PATRIOTEN (BDP)[2] gegen den NATO-Einsatz in Jugoslawien demonstriert.

Das offene Bündnis von Parteien, die sich bisher öffentlich voneinander abgegrenzt haben, überrascht auf den ersten Blick. Gleichzeitig muß erkannt werden, daß die im Westen ausgetragenen ideologischen Grabenkämpfe im Osten wenig Hintergrund haben. Bei der Bundestagswahl 1998 kamen die drei Parteien zusammengezählt auf 4,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Vermutung liegt nahe, daß es weniger um das Herausbilden einer neuen und überzeugenden parteiübergreifenden Ideologie geht, sondern vielmehr um den angestrebten Einzug in den Landtag auf einem nationalistischen Nenner. ■

Who is Who

Dr. Heinz Joachim Schneider
geb: 06.02.1939 in Breslau
wohnhaft in Jena
Beruf: Diplomphysiker bei Jenoptik
11/1993 Fraktionschef der DSU im Jenaer Stadtparlament/ Wechsel zu den Republikanern
1995 stellvertretender Landesvorsitzender der REP
1997 Pressesprecher des Landesverbandes

Wilhelm Tell
geb: 13.09.1965 in Jena
wohnhaft in Jena
Beruf: Diplomingenieur, Planungsbüro für Architektur und Bauwesen in Jena
seit 1995 Mitglied der Republikaner
seit 1997 Beisitzer im Landesvorstand
seit 1997 zuständig für die Werbung der REP im Landesverband, zur Zeit Kreisvorsitzender von Jena

1) aus der Selbstdarstellung des Bündnis 99, verteilt bei der Pressekonferenz
2) Am 23. Januar '99 wurde in Altenburg unter der Führung des ehemaligen Thüringer NPD-Vorsitzenden Frank Golkowski der BDP gegründet. Golkowski war wegen Kassenunregelmäßigkeiten und der mißlungenen Unterschriftenaktion für die Bundestagswahl gestürzt worden. Am 6. März gründete sich unter Michael Kraatz in Altenburg der erste Kreisverband. Am »Bundesparteitag« am 13. März in Arnstadt nahmen ca. 40 Personen teil.

Weikersheim goes Berlin

Als WOLFGANG FREIHERR VON STETTEN vor zwei Jahren die Nachfolge des »furchtbaren Juristen« HANS FILBINGER als Präsident des erzkonservativen »STUDIENZENTRUM WEIKERSHEIM E.V.« übernahm (wir berichteten im AIB Nr. 42), kündigte er vollmundig die Kursänderung zum *»liberal-konservativen«* Polit-Spektrum an. Ob ihm dieses Vorhaben gelungen ist, soll hier anläßlich der Abhaltung des Jahreskongreßes in Weikersheim und der angekündigten Verlegung der Geschäftsstelle nach Berlin näher beleuchtet werden.

Unter dem Motto *»Deutschland morgen an der Schwelle zum 3. Jahrtausend«* wurde vom 14.-16. Mai der 21. Jahreskongreß des Studienzentrums abgehalten. Ein Blick auf die Rednerliste läßt vermuten, daß die Veranstalter sich diesmal tatsächlich bemüht hatten, einschlägig bekannte Referenten außen vor zu lassen. Entscheidend für eine solche Veranstaltung sind jedoch deren Inhalte. Wie so oft schon stellt man sich die bange Frage, ob das Abendland nun endgültig untergeht oder doch noch durch eine *»europäische Rennaissance«* gerettet werden kann.

Schlagworte wie Tradition, Glaube, Werte herrschen vor. Und nach wie vor trum könne er seine politischen Ziele viel besser verfolgen, da dieses *»Einfluß auf die Parteien der Mitte«* nehme.

Anläßlich der Verlegung der Geschäftsstelle des Studienzentrums nach Berlin nutzte Freiherr von Stetten wie so oft schon die Gelegenheit zur Verteidigung seines *»väterlichen Freundes«*. Am 10. Mai wurde offiziell die neue Geschäftsstelle des STUDIENZENTRUM WEIKERSHEIM E.V. – DEUTSCHLAND MORGEN am Pariser Platz 6a, direkt am Brandenburger Tor, eröffnet. In den neuen Räumen, die sich im Gebäude der DRESDNER BANK befinden, sprach Stetten von einer Verleumdung Filbingers, nicht zuletzt mit Hilfe gefälschter Dokumente der Stasi.



Hans Filbinger im Gespräch mit dem Verleger Heinrich Seewald. Beide sind Gründungsmitglieder des Studienzentrums.

befinden sich im Präsidium der »Ideenschmiede« Namen wie LOTHAR BOSSLE, KLAUS HORNUNG sowie der des Gründers und Ehrenpräsidenten Hans Filbinger. Unter dessen Führung erhielt das Studienzentrum eine Scharnierfunktion zwischen Konservativen und Rechtsradikalen. Nicht zuletzt hatte er sich dafür eingesetzt, das Kuratoriumsmitglied ROLF SCHLIERER (REP) nicht aus dem Weikersheimer »think-tank« auszuschließen. Dieser sollte vielmehr überredet werden, die Reps zu verlassen. Im Studienzen-

Filbinger selbst lüftete dann noch sein wohlgehütetes Geheimnis, wonach er selbst auch zum Widerstand in der NS-Zeit gehörte. Die Todesurteile während der NS-Zeit, wegen derer er als CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg zurücktreten mußte, entschuldigte er als *»Verwaltungsakte«*. Womit er sicherlich die Zustimmung des einen oder anderen Gastes erhielt. Der Vorsitzende des rechten KURT-SCHUMACHER-KREISES der SPD, HERMANN KREUTZER, war ebenso anwesend wie Ex-Verteidigungsminister RUPERT SCHOLZ und Ex-DDR-Bürgerrechtler GÜNTER NOOKE (jetzt CDU). CDU-Rechtsausleger HEINRICH LUMMER bemerkte, daß die Todesurteile von damals aus ihrer Zeit erklärt werden müßten. Damit brachte er das im Studienzentrum vorherrschende Geschichtsbild auf den Punkt. So verortete Stetten selbst in seiner Rede vor der etwa 50 fast-nur-Mann starken Gesellschaft die künftige Kursrichtung des Studienzentrums: man fordere Gerechtigkeit.

Diese besteht nach Stetten darin, die Verbrechen der Gestapo und der Stasi in einem Atemzug zu nennen. Exemplarisch benennt er hierzu die Geschehnisse im Konzentrationslager Buchenwald vor und nach 1945. Nahtlos fügt sich in dieses Geschichtsverständnis der kürzlich durch Stetten in einer Lokalzeitung veröffentlichte Satz zum Kosovo-Krieg: *»Wenn wir die Elendsbilder von Hunderttausenden sehen, sollten wir nicht vergessen, daß die größte und grausamste ethnische Säuberung und Vertreibung der Weltgeschichte nach (sic) dem Zweiten Weltkrieg begann. Damals wurden mit Billigung der westlichen Demokratien 14 Millionen Deutsche aus dem Sudetenland, Schlesien, Pommern, Ostpreußen und so weiter vertrieben.«*

Ein weiteres Indiz dafür, daß Stetten im rechten Netz die Fäden knüpft, findet sich im Internet. Auf der Web-Site des Studienzentrums treffen wir auf den Karlsruher WOLFGANG HANAGARTH, der für das Studienzentrum den Web-Auftritt gestaltet. Der entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Vorstand der KARLSRUHER FREITAGSGESPRÄCHE – STUDENTISCHE BILDUNGSINITIATIVE sowie seineszeichens mehrmaliger Sprecher und Senior der Studentenverbindung DHG WESTMARK ZU KARLSRUHE. Hanagarth gestaltet auch den Internetauftritt dieser beiden »Institutionen«.

Auf den Web-Seiten des Studienzentrums, der Freitagsgespräche und der DHG finden sich unter Rubriken wie »interessante Querverweise« oder »Interessante und konservative Verweise« Links zu erzkonservativen, rechtsextremen und neofaschistischen Organisationen und Medien wie OSTPREUSSENBLATT, JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUSSEN, JUNGE FREIHEIT, FRIEDENSKOMITEE 2000, NATION UND EUROPA. Die angekündigte Wandlung der Weikersheimer »Ideenschmiede« durch Freiherr von Stetten entpuppt sich also als pure Kosmetik.

Aber was erwartet man schon von einem, der sich vehement gegen die doppelte Staatsbürgerschaft einsetzt und gleichzeitig den zweiten Schweizer Paß der Ehefrau verschweigt? ■

Proteste gegen die Aktionärsversammlung der IG Farben



Bereits seit vielen Jahren organisieren ehemalige ZwangsarbeiterInnen in Zusammenarbeit mit dem Auschwitz Komitee, der VVN und kritischen AktionärInnen Proteste vor der jährlich in Frankfurt am Main stattfindenden Hauptversammlung der IG Farben in Auflösung (i.A.). Erstmalig beteiligten sich in diesem Jahr auch die Frankfurter Antifa G, Teile der Antifaschistischen Aktion/B0 und andere antifaschistische Gruppen an der Organisierung der Proteste.

Die Aktiengesellschaft besteht seit nunmehr 53 Jahren. Sie ist offizieller Nachfolger des vom Nürnberger Tribunal als »wahrscheinlich größtes Sklavenunternehmen der Geschichte« bezeichneten IG Farben Konzerns.

Der 1946 ausgesprochene Auftrag, sich aufzulösen, wird beständig ignoriert, und die Aussicht auf Liquidation bleibt ein Lippenbekenntnis. Statt dessen wird Firmenpolitik gemacht, so wurde z.B. die Rückgabe ehemaligen Ostvermögens angestrengt. Inzwischen versucht die IG Farben i.A., die Schweizer Bankgesellschaft UBS zur Rückzahlung von umgerechnet 4,4 Milliarden DM zu bewegen. Realistische Chancen mit dieser letzteren Forderung erfolgreich zu sein, hat das Unternehmen zwar nicht, dennoch wird die Erfüllung der Entschädigungsforderungen ehemaliger ZwangsarbeiterInnen von diesen Rückzahlungen aus der Schweiz abhängig gemacht. So wird die diesjährige Ankündigung einer Entschädigungsstiftung zynischerweise an den Erfolg der aussichtslosen Transaktion geknüpft.

Nachdem die Jahreshauptversammlung im letzten Jahr mehrmals verschoben wurde, fand nun am 25. März 1999 die Versammlung vom Vorjahr statt. Während die Gesellschaft in den vergangenen Jahren immer erhebliche Schwierigkeiten hatte, geeignete Räumlichkeiten zu finden, löste dieses Jahr die Stadt Frankfurt dieses Problem, und sorgte für eine schnelle Durchführung, indem sie eine Stadthalle im Vorort Bergen-Enkheim zur Verfügung stellte. VertreterInnen des bundesweiten Bündnisses gegen IG Farben führen dieses Zugeständnis sowie auch das massive Polizeiaufgebot maßgeblich auf die Ankündigung der Stiftungsgründung zurück.

Bereits im Vorfeld hatte die Polizei den angemeldeten Demonstrationsplatz genau vor der Stadthalle abgeriegelt. Man wolle die *»gewaltbereiten«* von den *»friedlichen«* DemonstrantInnen *»Selektieren«* sagte der Einsatzleiter. Ca. 250 Menschen demonstrierten auf der Straße vor dem Haupteingang. Außerdem stellten sich Gruppen von je 20 bis 40 Menschen den vereinzelt auf die vier Nebeneingänge ausweichenden AktionärInnen in den Weg. Ziel war es, den Beginn der Versammlung so lange wie möglich zu verhindern. Mehrmals prügelten die auf Eskalation bedachten Einsatzkräfte auf die DemonstrantInnen ein, unter denen sich auch eigens aus Frankreich, England und Polen angereiste Überlebende befanden. Nur durch das gewaltsame Eingreifen der Polizei war es den Aktionären möglich, in die Halle zu gelangen. Einzelne Aktionäre ließen es sich dabei nicht nehmen, den Auschwitz- Überlebenden Hans Frankenthal als *»dreckige Judensau«* zu bezeichnen.

In der Stadthalle befanden sich letztendlich ca. 150 Aktionäre, aber auch dort bekamen sie den Protest der IG Farben GegnerInnen zu spüren. Hans Frankenthal forderte die Aktionäre auf, das Unternehmen sofort aufzulösen und das gesamte Vermögen für die Entschädigungszahlungen zur Verfügung zu stellen. Transparente wurden entrollt, Stinkbomben flogen. Außerdem wiesen kritische Aktionäre auf den just in der Nacht vorher beginnenden Kriegseinsatz in Jugoslawien hin und forderten die sofortige Auflösung der IG Farben.

Voraussichtlich wird die nächste Aktionärsversammlung bereits dieses Jahr im August wieder in Frankfurt/Bergen-Enkheim stattfinden. Welche Protestform dann gewählt wird, ist angesichts der derzeitigen Instrumentalisierung

Funktionäre v.r.n.l.: Bernhard, Volker Pollehn (»Liquidator«), Krienke, Notar und Wallraf.

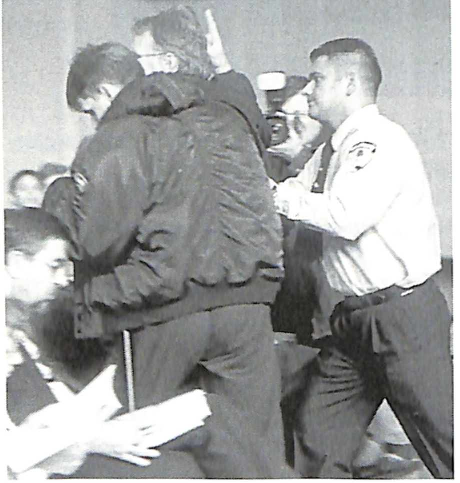




In der Halle versuchte eine hauseigenen Security einen reibungslosen Ablauf ohne kritische Aktionäre, potentielle StörerInnen und AntifaschistInnen, die mit u.a. Transparenten die Forderungen der ZwangsarbeiterInnen unterstützten (links), für die Aktionäre durchzusetzen (unten).

von Auschwitz zur Kriegslegitimierung noch unklar.

Ende April haben sich vierzehn Holocaust Überlebende in einem in der Frankfurter Rundschau veröffentlichten offenen Brief an FISCHER und SCHARPING *»gegen die neue Art der Auschwitz- Lüge«* gewandt. Darin verurteilen sie den Mißbrauch, der mit den Opfern von Auschwitz zur Legitimation des deutschen Angriffskrieges betrieben wird. Die Überlebenden der Shoah wenden sich entschieden gegen *»eine aus Argumentationsnot für ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens«*. Sie fordern die sofortige Beendigung des Krieges gegen Jugoslawien.



Auschwitz-Überlebende protestieren vor den Tagungsräumen der IG Farben in Frankfurt a. M.



Das Bundesweite Bündnis gegen IG Farben hat sich mit den Überlebenden und ihren Forderungen solidarisch erklärt und hat aus diesem Grunde gemeinsam mit der Monatszeitschrift KONKRET am 2. und 3. Juli 1999 eine Konferenz durchgeführt. Dort haben die UnterzeichnerInnen des offenen Briefes ihre Einschätzung der politischen Entwicklungen seit 1989/1990 und der aktuellen Situation dargelegt und in Form von Referaten und Podiumsdiskussionen die Stationen und Folgen der Deutschen Vergangenheit untersucht. ■

Kontakt:
Bundesweites Bündnis gegen IG Farben
Anja Mattern, Engeldamm 68, 10179 Berlin,
Fon & Fax: 030 - 695 063 68,
Email: konferenz@ gmx.net
Spendenkonto: Berliner Volksbank, Kontonr.: 260 166 30, BLZ: 100 900 00,

Literatur:
Köhler, Otto: ...und heute die ganze Welt. Die Geschichte der IG Farben Bayer, BASF und Hoechst, Köln 1990.
Borkin, Joseph: Die unheilige Allianz der IG Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich, Ff/M, New York 1990.
Coordination gg. Bayer Gefahren e.V. (Hrsg.): Von Anilin bis Zwangsarbeit, Stuttgart 1995.

Die Sicht der Opfer in den Mittelpunkt stellen



mit dem Projekt »Opferperspektive«

Die Initiative »Opferperspektive - Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg« ist ein relativ neues Projekt, daß sich zur Aufgabe gemacht hat, die Opfer rechtsextremistischer Gewalt zu unterstützen, beziehungsweise Unterstützungs- und Solidarisierungsprozesse vor Ort anzuregen und zu begleiten. Der Tätigkeitsbereich ist auf Brandenburg beschränkt. In einigen Städten Brandenburgs sind regional bereits ähnliche Initiativen entstanden. Ob die Einrichtung von Opferberatungsstellen in Leipzig und Sachsen-Anhalt, mit den in Brandenburg bestehenden, vergleichbar sein wird, ist noch offen.

Das Projekt »Opferperspektive« in Brandenburg wurde aus LOTTO-Mitteln durch das Justizministerium bis Februar diesen Jahres gefördert. Ein Antrag auf eine weitere Förderung im Rahmen des Programmes »Tolerantes Brandenburg« ist bis Ende Juni 1999 nicht beschieden worden.

Wir finden den Ansatz der Initiative interessant, und haben deshalb einen Vertreter zu einem Gespräch eingeladen.

Wer seid Ihr und was beinhaltet das Projekt »Opferperspektive«?

In unserem Projekt sind zur Zeit vier Leute nahezu ganztägig beschäftigt. Wir kommen aus verschiedenen Bereichen des Antifa-/Antira-Spektrums mit unterschiedlichen regionalen Erfahrungen. Das Projekt »Opferperspektive« wurde im März 1998 gegründet. Der Name klingt vielleicht etwas merkwürdig, es geht aber darum, Menschen, die aus rechtsextremen oder rassistischen Motiven angegriffen worden sind, bei der Bewältigung der damit verbundenen Folgen zu helfen. Dazu gehört einerseits die Sicht der Angegriffenen in einer möglichst großen Öffentlichkeit zu vermitteln und andererseits zusammen mit Initiativen und Einzelpersonen vor Ort Perspektiven für sie zu entwickeln. Unsere Unterstützungsarbeit beinhaltet für die Angegriffenen das Angebot selbst aktiv zu werden, anstatt sich in der Rolle eines Opfers einzurichten. Die Zielrichtung unserer Arbeit steht insofern im Gegensatz zu den in der Gesellschaft überwiegenden Diskursen und den daraus entwickelten Handlungskonzepten, die sich überwiegend mit den Tätern auseinandersetzen.

Ihr kümmert Euch also um die Opfer, wollt deren Situation nach einem Überfall anderen verdeutlichen. Das klingt ein bißchen wie Opferhilfe nach dem Konzept »Weißer Ring«, aber auch so als ob die Rechten weniger gefährlich wären, wenn ihnen die Folgen ihres Handelns vor Augen geführt werden würde.

Wir leben in Brandenburg – und wir denken, das gilt genauso für andere Gebiete im Osten – in einem gesellschaftlichen Klima, das stark von Rassismus und völkischem Nationalismus geprägt ist. Gerade unter Jugendlichen ist ein sogenannter »rechter Lifestyle« weit verbreitet. Jugendliche, die sich dem nicht anpassen wollen, werden verdrängt oder kaum unterstützt. »No-Go-Areas« für Ausländer durchziehen das ganze Land. Gewalt spielt bei der Aufrechterhaltung und Durchsetzung dieser Zustände eine zentrale Rolle.

Im Unterschied zu gewöhnlichen Straftaten, beinhaltet ein rechtsextremistisch motivierter Angriff neben der konkreten individuellen Verletzung zusätzlich eine ausgrenzende Botschaft. Den für »undeutsch« befundenen Angegriffenen soll vermittelt werden, sie gehören nicht hierher, haben weniger Rechte oder seien als Mensch weniger wert. Eine einzelne rechte Gewalttat wirkt dabei nicht nur auf die direkt Betroffenen, sondern auf ein ganzes Kollektiv, das pauschal als »Ausländer« oder »Zecken« bezeichnet wird. Alle sollen eingeschüchtert werden. Sie trifft damit diejenigen, die ohnehin einen gesellschaftlich schlechten Stand haben oder als Nichtdeutsche rassistische Diskriminisierung im Alltag erfahren. Aufenthaltsbeschränkunkungen,Arbeitsverbote und die Verweigerung demokratischer Teilhaberechte bewirken, daß die Möglichkeiten, sich als Betroffene gegen Angrife zu wehren, beschränkt sind. Rechte Gewalt befördert somit in der Gesellschaft bestehende Ausgrenzungsprozesse. Unabhängig davon, ob sich der einzelne »rechte Schläger« dessen bewußt ist, trägt er dazu bei, das von Neonazis als »völkischer Nationalismus« bezeichnete Ziel der »Säuberung des deutschen Volkskörpers« umzusetzen. Insofern greifen Ansätze, die Gewalt lediglich als das falsche Mittel einer Konfliktbewältigung betrachten, viel zu kurz. Die zu Gewaltausübung führenden rechtsextremistischen Motive werden so verschleiert und geschützt.

Mit einer vordergründigen Problematisierung von Gewalt wird Rechtsextremismus in seinen politischen und sozialen Zusammenhängen verschleiert. Ein rechter Angriff ist daher für uns lediglich der Anlaß für ein konkretes Eingreifen. Ziel ist dabei, eine gesellschaftliche Solidarisierung mit den Opfern rechtsextremer Gewalt zu mobilisieren. Die Folgen eines Angriffes sind für den Einzelnen erträglicher, wenn es Leute gibt, die konkrete Hilfe anbieten und die Betroffenen nicht alleine lassen. Einschüchterung kann so unterlaufen werden.

> *»Unsere Unterstützungsarbeit beinhaltet für die Angegriffenen das Angebot selbst aktiv zu werden...«*

Darüberhinaus kann über die Unterstützung ein sozialer Zusammenhang entstehen, der die Opfer vor weiteren Angriffen und sich gegenseitig schützt. Mit der Vermittlung der Sicht der Opfer auf die Angriffe besteht für die Unterstützer die Möglichkeit, die Gewalt gerade in ihrem gesellschaftlichem Kontext zu verstehen.

Und was macht Ihr konkret, wenn Ihr von einem Angriff erfahrt?

Wir suchen die Betroffenen vor Ort auf, lassen uns von dem Geschehenen berichten, besprechen, wie sie sich im Nachhinein gegen die Täter wehren können, welche konkreten Schäden durch den Angriff entstanden sind und wie damit umgegangen werden kann. Weiter erörtern wir mögliche Schritte, die notwendig sind, um sich vor weiteren Angriffen zu schützen. Wie dann eine Unterstützung konkret aussieht, hängt davon ab, was die Angegriffenen selbst wollen. Wir sprechen Personen oder Initiativen aus dem Ort oder der Region an, welche Unterstützung sie leisten können, wer noch miteinbezogen werden könnte und welche weiteren Hand-

lungsmöglichkeiten für sie bestehen könnten.

Hauptsächlich haben wir es mit Leuten zu tun, die aufgrund ihres unveränderbaren Äußeren angegriffen wurden, aber auch viel mit Jugendlichen, die sich dem rechten mainstream nicht unterordnen wollen oder verweigern, sogenannte alternative Jugendliche. Die wenigsten hatten zuvor eigene Erfahrungen mit dem Rechtssystem, so daß wir ihnen Aufbau und Funktion erklären. Wir erörtern mögliche juristische Schritte, suchen gegebenenfalls Zeugen der Tat und helfen ihnen, einen Anwalt zu finden, der sie bei einer eventuellen Nebenklage gegen den Täter vertritt. Wenn notwendig, organisieren wir auch einen Dolmetscher. Mit dem Einreichen einer Nebenklage nehmen die Opfer eine aktive Rolle im Strafverfahren ein und können somit der Gefahr begegnen, in der Verhandlung als Zeuge »auseinandergenommen« zu werden. Ist ein Prozeßtermin festgesetzt, besprechen wir mit ihnen den Ablauf. Eine Begleitung zu einem Prozeßtermin - gerade von nichtdeutschen Opfern - gewährt ihnen Schutz auf dem Weg zum Gericht und im Gebäude und führt häufig dazu, daß sie sich überhaupt trauen, in Anwesenheit der Täter vollständig auszusagen. Angegriffene Flüchtlinge unterstützen wir bei ihrer Umverteilung in ein anderes Heim, wenn sie im Ort bedroht werden und helfen ihnen beim Ausfüllen von Anträgen, die mit dem Angriff in Zusammenhang stehen. Oft sind Flüchtlinge als Folge eines Angriffes psychisch traumatisiert, und wir helfen ihnen, eine therapeutische Behandlungsmöglichkeit zu finden.

Wir vermitteln Kontakte zu Journalisten damit Art und Ausmaße rechtsextremistischer Übergriffe in der Öffentlichkeit realistisch dargestellt werden.

Das hört sich alles nach einer Art Symptomhilfe an.

Klar. Doch wir können die allermeisten Angriffe nicht verhindern und wir können sie auch nicht mehr rückgängig machen. Und die Frage ist, was kann dann getan werden. Wir verstehen unsere Tätigkeit als Teil einer antifaschistischen Strategie, die die Betroffenen eines rechtsmotivierten Verdrängungsprozesses in den Mittelpunkt stellt. Wenn zum Beispiel rechte Angriffe als Anknüpfungspunkte für eine Unterstützungsarbeit der Betroffenen genommen werden, hat das mehrere Effekte. Es bietet sich eine praktische Möglichkeit für interessierte Gruppen aktiv zu werden, und die Opfer bleiben nicht länger weitestgehend isoliert.

Damit verbunden sind Lernprozesse, die die Unterstützer und die Betroffenen selbst verändern, deren Position vor Ort wird gestärkt. Über die Einbeziehung anderer lokaler Initiativen und Institutionen können Solidarisierungsprozesse mit den Betroffenen rechter Gewalt ausgelöst werden, die die Stimmung im Ort verändern und Ausgangspunkt für eine weitergehende Auseinandersetzung mit Rassismus und Nationalismus sind. Gleichzeitig verlieren die Nazis an Zustimmung und Respekt und damit an ihrer Stärke.

Du sprichst von Solidarisierungsprozessen mit den Betroffenen rechter Gewalt. Welche Rolle spielen dabei die sich vielerorts gründenden Bündnisse gegen Rechts?

Anlaß für die Gründung derartiger Bündnisse ist in der Regel die Besorgnis über die Zunahme rechtsextremer Organisierung und Gewalt. Inwieweit sie tatsächlich etwas bewirken werden, hängt stark von ihrer regional doch sehr unterschiedlichen Ausrichtung und Zusammensetzung ab. Manche Bündnisse dienen den Stadtverwaltungen und Parteien als Alibiveranstaltungen und zur Imagepflege. Die eigentlich Betroffenen finden kaum Gehör. Oder über jugendspezifische Ausdrucksformen wird bevormundend und abwertend hinweggegangen.

Dabei sind es in der Regel die Jugendlichen der örtlichen alternativen Szene, die die direktesten Erfahrungen im Umgang mit den Nazis haben und über die meisten Kenntnisse der rechten Szene verfügen. Das sind oft die Probleme. Andererseits wirkt oft allein schon die Gründung eines Bündnisses gegen Rechts positiv auf die Stimmung in der Stadt. Es besteht die Möglichkeit, diejenigen kennenzulernen, die noch am ehesten gewillt sind, den Nazis etwas entgegenzusetzen und Kooperation praktisch auszuprobieren. Es besteht die Chance der Auseinandersetzung mit anderen Argumenten und Strategien und dabei voneinander zu lernen. Grundsätzlich finden wir daher eine aktive Bündnisarbeit notwendig und lohnenswert.

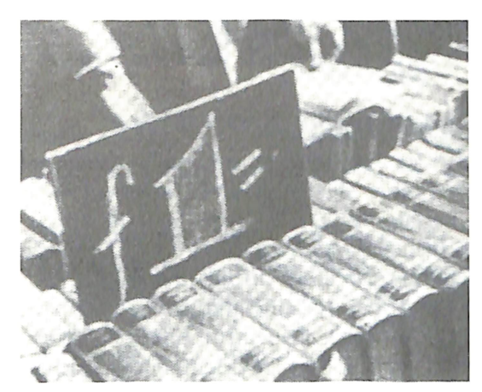
»Mit einer vordergründigen Problematisierung von Gewalt wird Rechtsextremismus in seinen politischen und sozialen Zusammenhängen verschleiert«

Bündnisse können bei der Entwicklung und Stabilisierung von Solidarisierungsprozessen eine bedeutende Rolle einnehmen.

Ist es nicht eher so, daß die tragenden politischen Kräfte Teil des Problems sind und an einer Stabilisierung zivilgesellschaftlicher Elemente kein Interesse haben?

Sie können zumindest gedrängt werden, das Problem Rechtsextremismus nicht weiter zu negieren oder zu verharmlosen. Dazu ist es nötig, die relativierenden und negierenden Diskurse über Rechtsextremismus auseinanderzunehmen. Diese Diskurse – um nur einige zu nennen: rechter wie linker Extremismus, Jugendgewalt, Randgruppen, Einzeltäter, Täter als Modernisierungsverlierer – sind ein Teil des Problems und behindern ein inhaltliches Begreifen. Eingebracht werden kann diese Kritik auf der Grundlage gesammelter Erfahrungen bei der Unterstützung der Opfer, aufgrund des Begreifens von Zusammenhängen zwischen Gewalt und gesellschaftlichen Verhältnissen. Bei der Vermittlung von Kritik an den gesellschaftlichen tragenden Kreisen können die Bündnisse behilflich sein.

Danke für das Gespräch. ■



Bücher, Broschüren, Zeitungen, Filme

Braune Gefahr, DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft
Mecklenburg, Jens (Hg.), Elefanten Press Verlag GmbH, Berlin 1999, 300 S.

Der organisierte Rechtsextremismus in Form von Parteien mit einem ideologisch festen Programm ist in den letzten Jahren immer wieder sporadisch untersucht worden, nach dem Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt, die mit 12,9% das beste Ergebnis einer rechtsextremen Partei nach 1945 verzeichnen konnte oder nach dem »Straßenerfolg« der NPD, die am 1. Mai 1998 mit ihrer Losung »Arbeit zuerst für Deutsche« immerhin fünftausend Neonazis mobilisieren konnte. Eine umfassende und aktuelle Analyse des parteilich organisierten Neofaschismus läßt sich aber nur selten auffinden, vielmehr werden in den letzten Jahren die Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien mit dem Entstehen einer neofaschistischen Jugendkultur und mit »National befreiten Zonen«, vornehmlich im Osten, erklärt. Eine panikartige Situationsbeschreibung ersetzt eine präzise Analyse von neofaschistischem WählerInnenpotential und reduziert das Phänomen Neofaschismus zumeist auf ein Jugend- und Ostproblem. So ist die Idee des Buches von Jens Mecklenburg, im »Superwahljahr 1999«, wo neben der Europawahl sieben Landtage und in zehn Bundesländern Kommunalwahlen stattfinden, ein aktuelles Werk zu den drei bedeutendsten neofaschistischen Parteien zu veröffentlichen, löblich. Schließlich soll erklärt werden, warum diese Parteien so attraktiv sind und in bestimmten Regionen sich politisch durchsetzen. Das Kriterium diese Buches ist es, nicht jede kleinste neofaschistische Splitterpartei zu benennen und ihren historischen Werdegang aufzuzeigen, sondern in Hinblick auf die Wahlen zu gucken, welche rechtsextremen Parteien sich durchsetzen könnten.

Leider ist Mecklenburg dieser ehrenwerte Vorsatz nicht gelungen, da sich dieses Buch aus einer recht unstrukturierten Aufsatzsammlung zusammensetzt, die sich zunächst in einigen Aufsätzen mit der Enstehung und Entwicklung der DVU, ihren Agitationsmaterialien in Gestalt der Deutschen Wochen Zeitung und der Deutschen National Zeitung und der narzistischen Persönlichkeit des Dr. Frey auseinandersetzt, insgesamt nehmen die Analysen zur DVU den meisten Platz in diesem Buch ein, lassen aber den Blick auf das eher passive und alternde WählerInnenspektrum nur selten zu. Die Frage, warum gerade die DVU als rechtsextreme Partei mit einem kleinen Anhang aktiver Parteimitglieder sich 1998 in Sachsen-Anhalt durchsetzen konnte, bleibt unbeantwortet. Zur NPD, die in Deutschland im Moment die rechtsextreme Partei mit dem größten Mitgliederzuwachs ist, wird nur ein Aufsatz veröffentlicht, der die Abstiegs- und Aufstiegsphasen der Partei beschreibt, ihre weniger bedeutende Rolle bei den Wahlen 1998, aber auch ihre Rekonsolidierungsphase in den neunziger Jahren. Was außen vor bleibt, sind die »Erfolge« der NPD in den Kommunen, ihre engen Verbindungen zu den »freien Kameradschaften«, sowie ihre Kontakte zum militant-rechtsextremen Spektrum. Die Ideologie der NPD, die sich stark auf wirtschaftliche und soziale Probleme konzentriert, und versucht, diese zu ethnisieren wird zwar angesprochen, keineswegs aber wird eine ausführliche Analyse zum »Programm der raumorientierten Volkswirtschaft« der NPD gegeben oder auf die Debatte des nationalen Sozialismus, die immerhin im Moment einen Richtungsstreit bei der NPD ausgelöst hat, eingegangen. Die Analyse bleibt oberflächlich und beschränkt sich auf die längst schon bekannten Facts. Dieses Phänomen durchzieht das ganze Buch, die interessierten LeserInnen haben das Gefühl, nichts wesentlich Neues, was nicht auch in der Tagespresse angesprochen wird, zu erfahren.

Hat man noch am Anfang den Eindruck einer strukturierten Gliederung, die sich erst mit Entstehung, Entwicklung und Ideologie der drei großen rechtsextremen Parteien, dann mit den Wahlen und Wahlanalysen 1998 beschäftigt, werden dann der Beliebigkeit alle Tore geöffnet. So taucht unvermittelt ein Aufsatz ohne weitere Analyse zum Thema Gewerkschaft und Rechtsextremismus auf, ein Text zum Thema »rassistische Alltagserfahrungen im Osten«, die »falschen Perspektiven des Verfassungsschutzes« werden kritisiert und was bei einem engagierten Buch, welches weniger der wissenschaftlichen Analyse denn dem populistischen Argument entspricht, »ein Buch zur richtigen Zeit – mit aktuellem Inhalt« noch fehlt, die demokratischen Gegenstrategien.

So würden wir für das nächste Buchprojekt doch raten, sich vorher mit allen vorgesehenen AufsatzautorInnen zusammenzusetzen, die Konzeption abzusprechen und vielleicht auch den Nutzen, den ein solches Buch erfüllen soll.

Jenseits des Nationalismus – Ideologische Grenzgänger der »Neuen Rechten« – Ein Zwischenbericht
Jean Cremet/Felix Krebs/Andreas Speit, Reihe antifaschistischer texte/UNRAST-Verlag, Hamburg/Münster 1999, DM 19,80

Ein nicht nur für »Experten« im Bereich der Neuen Rechten lesenswerter Sammelband, der sich sowohl mit den Ideologien der Neuen Rechten als auch mit den momentan sicherlich spannenden Richtungsstreits innerhalb der Jungen Freiheit beschäftigt. Ein eigenständiges Kapitel ist dem Versuch der westeuropäischen Neuen Rechten, in Osteuropa Fuß zu fassen und Allianzen mit rechtsextremen und nationalistischen Gruppierungen in Polen, Litauen und Rußland zu schließen, gewidmet. Dabei greifen die Intellektuellen der Neuen Rechten auf einen völkischen Nationalismus zurück, der durch die Hinwendung zur sozialen Frage seine völkisch integrative und formierende Funktion entfaltet. In dem Kapitel »Schicksal und Tiefe – Sehnsüchte der Neuen Rechten« werden die ideologischen Konzepte und historischen Bezüge zur Konservativen Revolution und zum italienischen Faschismus und dessen Ideologen dargestellt. In dem Kapitel »Mit der Konservativen Revolution die kulturelle Hegemonie erobern – das Zeitungsprojekt Junge Freiheit« wird die aktuelle Situation dieser Wochenzeitung, die immer noch nicht eingehen will, beleuchtet. Man kann sich über die momentane Bedeutung der JF sicherlich streiten. Das Kapitel gibt aber wichtige Hintergrundinformationen über die ideologischen Streits in und um die JF und deren Versuch, sich als Meinungsführerin innerhalb der Neuen Rechten zu etablieren. Das Buch ist ausdrücklich mit dem Untertitel »ein Zwischenbericht« versehen, da auch innerhalb der Neuen Rechten aufgrund von persönlichen Streitereien und politisch wechselnden Bündnissen immer wieder neue Konstellationen entstehen. Was sich in den nächsten Jahren sicherlich nicht ändern wird, ist der wachsende Einfluß neurechter Ideologen auf die Diskurse der gesellschaftlichen Mitte. Und genau deshalb ist dieses Buch wichtig, weil es AntifaschistInnen mit den notwendigen Argumenten für dringend anstehende Debatten versorgt.

Manchmal fehlt noch was im Leben, BRD 1997, Regie Helmuth Bauer, 43 Minuten, im Verleih der Medienwerkstatt Freiburg

Mit unsicheren Videobildern versucht der Autor des Filmes ein Stück der Geschichte von jüdischen Frauen nachzuzeichnen, die im Herbst 1944 aus Budapest nach Ravensbrück deportiert wurden. Deportiert, um für Daimler-Benz im brandenburgischen Genshagen bei Ludwigsfelde Flugzeugmotoren für den Endsieg zu bauen. Fünfzig Jahre später lädt der Rüstungskonzern zu einer Zusammenkunft der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen. Einige Überlebende nehmen die Einladung an und kommen aus Ungarn und England und fahren wieder nach Brandenburg. Ein paar von ihnen treffen sich abseits der offiziellen Veranstaltung mit anderen Überlebenden, um Erfahrungen und Geschichte auszutauschen, »Es fehlt manchmal noch was im Leben«. Aus dem Leben der Frauen erfährt man aber leider nur sehr vage etwas, wie sie das Erlebte verarbeitet haben gar nichts. Dafür werden Anekdoten über die Umstände der Zwangsarbeit erzählt und ausgetauscht. Für die Erklärung ihrer Geschichte ist die genaue Lage der Produktionshalle zwar für die Frauen in ihrer Erinnerung wichtig, auch die Montage einer Wasserpumpe links oder rechts herum an den Motor hat für sie die entsprechende Bedeutung, nur der Betrachter erfährt dadurch nichts.

Der Film ist eine verschenkte Möglichkeit, aus dem Leben der Frauen wirklich Wichtiges zu erfahren. Völlig unkritisch geschildert wird der Umgang des Rüstungskonzerns mit den ehemaligen Zwangsarbeiterinnen. Kein Wort zu den in der Öffentlichkeit diskutierten Forderungen nach Entschädigung für die (noch) Überlebenden. Da fehlt noch so einiges, um einen guten Film über einige der letzten noch lebenden Zwangsarbeiterinnen zu machen.

Solidarität mit den verfolgten KurdInnen und Kurden !!

Nach der Entführung und Festnahme von Abdullah Öcalan durch Geheimdienste fanden in den Tagen nach dem 16. Februar 1999 weltweit Protestaktionen von KurdInnen und Kurden statt. Die Besetzungen und Demonstrationen richteten sich gegen diplomatische Vertretungen der USA, Israels und Griechenlands, sowie gegen Einrichtungen der Regierungspartei SPD. Der Protest zielte gegen Institutionen der Staaten, die mit Waffen, Worten und Geld den türkischen Staat in seinem Krieg gegen die KurdInnen unterstützen.In Berlin fanden diese Aktionen, deren zentrale Forderung »Freiheit für Abdullah Öcalan« war, ihren traurigen Höhepunkt, als vier KurdInnen von israelischen Sicherheitsbeamten auf dem Gelände des Generalkonsulats erschossen wurden. Sie und zwölf weitere DemonstrantInnen wurden mehrheitlich in Rücken und Hinterkopf getroffen, was nicht auf eine klassische Notwehrsituation schließen läßt.

229 KurdInnen und Kurden wurden an diesem 17. Februar in Berlin festgenommen, eine beispiellose Medienhetze wurde losgetreten, mit dem Ziel, hier lebende Menschen als Terroristen zu brandmarken und eine Gleichung Kurden=PKK= Kriminelle aufzumachen. Bisher gibt es laut Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren gegen 140 Berliner KurdInnen und Kurden, zwölf sitzen noch in Untersuchungshaft, je nach Schwere des Vorwurfs sollen Ausweisungsverfahren eingeleitet werden. Die Ausländerbehörde ist schon fleißig dabei, entsprechend Formulare auszufüllen. In Hamburg gab es in diesen Tagen 91 Festnahmen, vier Leute sitzen noch in U-Haft, in Leipzig waren es 167 festgenommene KurdInnen, wovon 68 nach wie vor sitzen, zwei wurden bereits abgeschoben. (Stand Juni 1999)

Quelle und Kontakt:
Solikomitee für die kurdischen politischen Gefangenen in Berlin
Yorckstr. 59
10965 Berlin
Tel. 030/788 999 01 Fax 788 999 02
Es wird dringend Geld für AnwältInnen, Unterstützungs- und Öffentlichkeitsarbeit gebraucht !!
Spendenkonto: AZADI, Ökobank FfM,
Kto. Nr. : 54 00 279, BLZ : 500 901 00

Berlin

1.Mai – Hausbesuche vom LKA

In den frühen Morgenstunden des 1. Mai wurden ca. 20 Personen vom LKA aufgesucht. Die meisten wurden zwar nicht angetroffen, dort wurden dann aber Zettel hinterlassen, mit der Information, daß er/sie an diesem Tage besonderer Beobachtung unterliege, und es wurde darin aufgerufen, auf Demonstrationen Straftaten zu unterlassen. Außerdem wurde den Betroffenen gesagt, daß, falls sie auf einer Demo gesehen würden, sie mit einer Festnahme zu rechnen hätten. Diese Art der vorbeugenden Einschüchterung ist in Berlin zum ersten Mal vorgekommen, gibt aber anscheinend einen Vorgeschmack auf kommende Zeiten als Bundeshauptstadt und Regierungssitz.

Nach wie vor sitzen Leute in Berlin in Untersuchungshaft, die am 1. Mai hier festgenommen wurden. Besonders hervorzuheben ist der Fall einer türkischen Frau, die wegen Vorfällen auf der 1. Mai-Demo 1994 (!) verhaftet wurde. Damals hatte sie, so die Anklage, das Lied »Deutschland muß sterben« von Slime abgespielt. Sie sitzt in Untersuchungshaft wegen Vorfällen von vor fünf Jahren, welche eine Anzeige wegen »Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole«, sowie wegen »Volksverhetzung« nach sich ziehen.

Stuttgart/Nürtingen

Repression gegen Antifas

Am 9.2.99 fand der Prozeß gegen einen Stuttgarter Antifa statt, der im Zusammenhang mit einem von Antifas verhinderten Nazi-Aufmarsch im September '98 festgenommen wurde. Er wurde ohne Anwalt wegen Nötigung, schwerer Körperverletzung und Landfriedensbruch zu 500 Arbeitsstunden(!), 3 Jahren Führerscheinentzug und zehn Monaten Haft auf drei Jahre Bewährung verurteilt. Ein Antrag auf Terminverschiebung, weil der Anwalt verhindert war, wurde vom Gericht mit der Begründung abgelehnt, daß ein Anwalt nicht nötig sei. Gegen das überzogene Urteil wurde Berufung eingelegt.

In Nürtingen kam es am 18. März zu Durchsuchungen einer Privatwohnung und des Infoladens. Zuvor wurde ein als aktiver Antifa bekannter Mann von Zivis mit gezogenen Schußwaffen festgenommen. Grundlage für diese Aktionen sind Ermittlungen nach § 129. Schon seit Monaten wurde der Betroffene observiert. Nach Akteneinsicht durch einen Anwalt stellte sich heraus, daß die Vorwürfe an den Haaren herbeizogen sind, und unbewiesene Vermutungen zum Anlass genommen wurden, mit dem Ermittlungsparagraphen 129 linke Strukturen zu durchleuchten und Antifas zu kriminalisieren.

Berlin II

Reclaim the Streets kriminalisiert

Am 30. April 1999 fand in Berlin zum wiederholten Male eine Aktion mit dem Titel »Reclaim the Streets« statt. Ziel dieser Aktionen ist es, sich für eine gewisse Zeit den öffentlichen Raum anzueignen und zu zeigen, wem die Stadt eigentlich gehört bzw. gehören sollte. Es wird immer mehr oder weniger verdeckt zu einem gemeinsamen Treffpunkt mobilisiert, und von dort aus gehen alle gemeinsam zum eigentlichen Partyort. Am besagten 30. April schritten die Ordnungshüter ein, nachdem eine Kreuzung nach dreimaligem Auffordern durch die Polizei nicht schnell genug geräumt wurde. So die offizielle Begründung. Fakt ist, daß über 300 Personen mehrere Stunden eingekesselt wurden. Nach stundenlangem Warten mußten sich alle in einem Sportstadion einer Personalienüberprüfung unterziehen, und sie wurden dann einzeln oder in kleinen Gruppen nachts am Stadtrand abgesetzt. Zur Zeit flattern den Betroffenen Bußgeldbescheide wegen angeblich begangener Ordnungswidrigkeiten ins Haus.

Düsseldorf

Beugehaft für Zeugen im AIZ-Prozeß

Seit Mitte April sitzt der Berliner Frank Ament in Düsseldorf in Beugehaft. Er hat sich geweigert, im AIZ-Prozeß als Zeuge auszusagen. Bei seiner ersten Vorführung am 12.4.99 stellte Frank sich mit dem Rücken zum Richter und reagierte nicht auf ihm gestellte Fragen. Er dokumentierte damit seine grundsätzlich ablehnende Haltung zu Justiz und Ermittlungsbehörden. Das wurde vom Strafsenat als »ungebührliches Verhalten« ausgelegt und mit einer Woche Ordnungshaft sanktioniert. Die nächste Vorführung wurde dann für den 20. April angesetzt.

Da der vorsitzende Richter aufgrund von Franks Verhalten befürchtete, daß er sich bei seiner Freilassung aus der Ordnungshaft am 19.4. absetzen würde, wurde gleich die Beugehaft angeordnet. Frank hätte natürlich jederzeit die Möglichkeit durch bereitwilliges Aussagen die Beugehaft zu verlassen, er will sich aber auf keinen Deal mit den Verfolgungsbehörden einlassen.

Er braucht dringend unsere Solidarität!!
Schreibt ihm in den Knast:
Frank Ament, JVA Düsseldorf,
Ulmenstrasse 95, 40476 Düsseldorf
Oder spendet auf das Konto:
Rote Hilfe (Beugehaft) Nr. 775 280 107
BLZ 100 100 10 Postbank Berlin

»...und alle haben's gesehen«

Das Projekt »Aktion Noteingang« sucht die Mitte der Gesellschaft

Seit Herbst 1998 läuft im Land Brandenburg die »Aktion Noteingang«. Sie wurde zunächst als lokales Projekt in Bernau, einer Stadt nordöstlich von Berlin, initiiert. In Anlehnung an die »Aktion Noteingang«, die vor etlichen Jahren in Berlin lief, wurde ein Konzept entwickelt, das von verschiedenen Gruppen Brandenburgs getragen wird. Anlaß des Projekts waren rassistisch motivierte Übergriffe und die Analyse, daß sich die Situation in Brandenburg gerade in der Zeit zwischen zwei Wahlen weiter verschärfen wird.
Was tun? Wie kommt es zu diesem rechten Mainstream? Ein Grund neben vielen anderen liegt in den fehlenden Gegenstimmen. Gerade aus bürgerlichen Kreisen wird oft ein »demokratisches« Selbstverständnis vertreten, das sich nicht klar genug gegenüber rechten Orientierungen und Ideologien abgrenzt. Im Gegenteil – genau hier ist die Grundlage für den alltäglichen rassistischen Konsens zu finden. Also: Wenn etwas passieren soll, dann muß hier angesetzt werden – in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Das Klima, aus dem heraus immer mehr rassistische Übergriffe und Morde geschehen, kann nur verändert werden, wenn das Wegschauen und Applaudieren aufhört. Deshalb will das Projekt die bürgerliche Öffentlichkeit unter Druck setzen und in die Verantwortung nehmen, die Übergriffe als rassistische und faschistische Gewalt thematisieren und gleichzeitig Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.
Nachfolgend dokumentieren wir einen Diskussionsbeitrag des Projektes.

Bislang fehlte uns ein Konzept, das unsere Inhalte auch in die Öffentlichkeit transportiert, eine breite Diskussion entstehen läßt, um deutlich zu machen, daß die rassistische und rechtsextreme Gewalt ihren Rückhalt aus genau dieser Mitte der Gesellschaft schöpft und daß ein jeder/eine jede BürgerIn Verantwortung für diese Entwicklung mitträgt, aber auch Möglichkeiten finden kann, etwas dagegen zu tun.

Vorerst dient die Aktion Noteingang als Versuch einer indirekten Kommunikation innerhalb der Gesellschaft, um so die Stimmung in den Städten positiv zu beeinflussen, sich gegen die Übergriffe und solidarisch mit den Betroffenen zu positionieren, zu Zivilcourage zu ermutigen und sich öffentlich mit Themen wie Rassismus und Faschismus auseinanderzusetzen. D.h. Tabus aufbrechen und Probleme auch als solche benennen, bevor noch mehr Morden zugesehen wird.

Das öffentliche Interesse an der Aktion begründet sich in den traurigen Vorfällen in Brandenburg. Die Notwendigkeit des Handelns wurde von parlamentarischer Seite teilweise erkannt (schließlich gibt's ja bald Wahlen und auch den Standortfaktor Tourismus). Das äußert sich jedoch zunächst in ohnmächtigen und halbherzigen Papieren und Aufrufen zu Toleranz, die die gesamte Bevölkerung als Zielgruppe haben. Sie sind letztendlich so allgemein gefaßt, daß sich so niemand angegriffen fühlen muß. Auch »Aktion Noteingang« benennt weniger die Täter als viel mehr Unterdrückungsstrukturen und Tatmotive. Aus unserer Sicht ist das der erste Schritt in der öffentlichen Diskussion. Es geht bei der Situation in Brandenburg nicht um »Fremdenfeindlichkeit«, nicht um sogenannte »Ausländerfeindlichkeit«. Sondern es geht um Ausgrenzung von stigmatisierten Gruppen, die mit »fremd« oder »Ausländer« nicht adäquat beschrieben werden. Vielmehr werden zur Stigmatisierung Kriterien wie Hautfarbe, soziale Schicht, Gesundheit/Krankheit u.v.m. herangezogen. Deshalb beziehen wir uns in der Rassismusdiskussion auf die Sozialrassismusdebatte[1]. Denn wir sehen für die Situation auf Brandenburgs Straßen Sozialrassismus als die Unterdrückungsstruktur, die ihre Zuspitzung in den »No-go-areas« findet. »No-go-areas« – also Gebiete, die Menschen aus stigmatisierten Gruppen nicht mehr zugänglich sind, da sie dort ständig von rassistischer oder rechter Gewalt bedroht oder betroffen sind – gibt es aus unserer Sicht in den meisten Städten Brandenburgs.

Die Aktion

Im Rahmen des Projektes werden LadenbesitzerInnen, FilialleiterInnen, GaststättenbetreiberInnen und Verantwortliche in öffentlichen Einrichtungen und Institutionen angesprochen. Sie werden gebeten, den Aufkleber an ihrem Geschäft/ihrer Einrichtung zu befestigen und einen Fragebogen zum Thema auszufüllen. Die Entscheidung über das Anbringen bzw. Nicht-Anbringen der Aufkleber obliegt in letzter Instanz den InhaberInnen bzw. den jeweiligen Verantwortlichen, soll jedoch mit allen Angestellten etc. diskutiert werden.

Die Aufkleber tragen die Aufschrift: *»Wir bieten Schutz und Information bei rassistischen und faschistischen Übergriffen«* in drei verschiedenen Sprachen. Die Funktionen der Aufkleber sind Stadtbildprägung, Druck auf die (potentiellen) Täter zu erzeugen, Schutzräume für und Solidarität mit Betroffenen zu signalisieren und die NutzerInnen der betreffenden öffentlichen Räume zu erreichen, die dadurch in die öffentliche Diskussion mit einbezogen werden (wie bisherige Erfahrungen bestätigen). Die Aufgabe, akut von Übergriffen Bedrohten Schutz zu bieten, erfüllt der Aufkleber nur bedingt. Denn lediglich Menschen, die sich häufiger in der betref-



fenden Gegend bewegen, können diese Schutzräume kennen. Anderen bleibt keine Zeit, nach eventuellen Aufklebern zu suchen. Dennoch besteht die Möglichkeit, über die Einrichtungen, die ihre Hilfe anbieten, weiterführende Hilfe (Anwalt, psychologische Betreuung,...) zu erhalten. Dabei ist die »Opferperspektive« Anlaufpunkt Nummer eins.

Bisherige Erfahrungen zeigen, daß nur in wenigen Läden Aufkleber angebracht werden. Über die Ursachen dieser geringen Beteiligung soll ein Fragebogen Auskunft geben. Erfaßt werden darin Motive und Gründe, warum Menschen, die von rassistischer oder faschistischer Gewalt betroffen sind, geholfen oder nicht geholfen wird. Ebenso, warum die Aufkleber aufgehangen oder nicht aufgehangen werden und welche Stigmata, in welcher Region, wie stark zum Tragen kommen. Die Fragebogenaktion läuft in Zusammenarbeit mit der Humboldt- Universität (FB Psychologie). Der Fragebogen wird mit Professionalität und Wissenschaftlichkeit durchgeführt, da wir eine aussagekräftige Situations- bzw. Stimmungsanalyse erhalten wollen, die Grundlage für weitere Diskussionen und eventuelle Projekte sein kann.

Der Fragebogen findet bei den BürgerInnen im allgemeinen mehr Zuspruch, da ein öffentliches Bekenntnis wozu auch immer nicht erforderlich ist.

Parallel zur Aktion werden in den betreffenden Städten Plakate im Layout der Aufkleber aufgehangen, um die Aktion möglichst öffentlichkeitswirksam zu verbreiten. Zudem haben wir uns für eine breite Pressearbeit entschieden. Dies birgt ebenso wie auch die Zusammenarbeit in Bündnissen mit VertreterInnen von Parteien die Gefahr eines Inhaltsverlusts. Dem steht gegenüber, daß unser Interesse an breiter öffentlicher Diskussion Priorität besitzt und die Vermittlung linker Inhalte in die Öffentlichkeit zumindest teilweise gelingen kann. Dennoch sehen wir die Gefahr der Vereinnahmung. Wir denken aber, daß ihr durch ständige Reflexion und Hinterfragung selbstbestimmt entgegengetreten werden kann. Ganz besonderen Wert legen wir auf die Organisationsform der Aktion. Die Durchführung ist nicht an Parteien, Organisationen oder sonstige Vereinigungen gebunden. Durch den mittlerweile hohen Bekanntheitsgrad der Aktion treten Menschen unterschiedlichster politischer Zugehörigkeitsempfindungen an uns heran. Wir stellen die Aktion vor und stellen das Material zur Verfügung. Die vor-Ort-Organisation obliegt dann den Menschen, die ein Höchstmaß an Engagement zu entwickeln bereit sind. Dies ist insofern erforderlich, da ein hoher personeller und zeitlicher Aufwand betrieben werden muß, um einerseits ein Bündnis aufzubauen und andererseits die Durchführung der Aktion zu gewährleisten.

Es geht schließlich nicht darum, eine Postwurfsendung zu verteilen, sondern teilweise sehr anstrengende Diskussionen zu führen und mit seinem eigenen Engagement andere zu motivieren und zu sensibilisieren. »Aktion Noteingang« bietet jeder/m eine Chance, Hilflosigkeit und Resignation durch erstes Handeln zu ersetzen. Dieses Handeln versteht sich in Solidarität mit von rechtsextremer und rassistischer Gewalt Betroffenen, sowie im Setzen eines Zeichens gegen einen erstarkenden Rechtsextremismus und Rassismus.

Dieser Text soll skizzieren, woran wir zur Zeit arbeiten und Interessierte ermutigen, mit uns in die Diskussion zu treten. ■

1) Obwohl die Diskussion schon etwas älter ist, finden wir sie immer noch aktuell. Grundlage unserer Diskussionen waren verschiedene Texte u.a.:
D.Hauer & P.Peddinghaus: Der Sozialstaat zeigt die Zähne
U. Sierck: Ausgesondert und niemand hat es gemerkt
beide zu finden in: Städte &Linke Stadtrat (Hg). Umkämpfte Räume Verlag Libertäre Assoziation und Verlag der Buchläden Schwarze Risse - Rote Strasse. Hamburg, Berlin, Göttingen. (1998).

Kontakt: Aktion Noteingang, c/o Dosto, Breitscheidstr. 43 a, 16321 Bernau
Pressestelle: c/o Horte, Peter Göring Ring 25, 16341 Strausberg.

Sommercamp an der Grenze vom 7. bis 15. August 1999 in Lückendorf bei Zittau am deutsch-polnisch-tschechischen Dreiländereck

Zum zweiten Mal findet in diesem Sommer das Camp der Kampagne »Kein Mensch ist illegal« statt. Im Sommer letzten Jahres belagerten einige Hundert AktivistInnen zehn Tage lang die deutsch-polnische Grenze bei Görlitz. Der 48stündige Rave, die spektakuläre Eröffnung neuer Grenzübergänge, ein Taxikonvoi, eine Demonstration anläßlich des Todes von sieben Kosovo-Flüchtlingen, ein »Knastbeben« am örtlichen Gefängnis und schließlich die komplette Besetzung des Grenzflusses Neiße mit Booten, SchwimmerInnen und Schaulustigen waren Höhepunkte der Aktionswoche. Das Camp 1998 war aber nur der Auftakt. Vom 7. bis 15. August werden die Zelte bei Zittau aufgeschlagen. Geplant ist ein Camp, das vor allem wesentlich vielfältiger werden soll: Neben den antirassistischen und antifaschistischen Gruppen beteiligen sich Polit- und MedienaktivistInnen, Radio- und Videopiraten, MusikerInnen, DJ's, KünstlerInnen und Menschen aus allen Teilen Europas an der Vorbereitung und Durchführung des Camps. Grenzen sind überkodierte Orte, und so haben auch praktische Interventionen im Grenzgebiet notwendigerweise einen stark symbolischen Charakter. Doch eröffnet sich dort zugleich ein weites Feld an Interventionsmöglichkeiten - vom Aktionen der Kommunikationsguerilla über klassische Aufklärung bis hin zur effektiven Störung. Wenn die Grenzsicherung der Behördenpropaganda zufolge vor allem in der gezielt geschürten Denunziationsbereitschaft breiter Teile der Bevölkerung besteht, heißt Sabotage am Grenzregime, eben diese Denunziationsbereitschaft zu verstören. Die anstehenden Landtagswahlen in Sachsen bieten einen weiteren Anlaß, rassistische und kriegstreiberische Parteien mit Gegenstandpunkten zu konfrontieren.

Für Anmeldungen und Infos: Kein Mensch ist illegal, »Grenzcamp«, c/o Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Fax: 06131/184892, Telefon: 0172/8910825, e-mail: grenze@ibu.de, Internet: http://www.contrast.org/borders/kein

Graue Wölfe in der Regierung angekommen

Die Türkei nach dem Wahlerfolg und der Regierungsbeteiligung der faschistischen MHP

»*Danke Türkei*« heißt es in Istanbul auf über den Straßen gespannten Transparenten. Darunter drei Halbmonde, das Zeichen der faschistischen MHP, das dieser Tage überall in den Straßen präsent ist. Die Partei der Nationalistischen Bewegung bedankte sich für den überraschend großen Wahlerfolg bei den Parlamentswahlen vom 18. April. 18,1 Prozent der WählerInnen stimmten an diesem Tag für die extrem nationalistische, antisemitische und rassistische MHP und machten sie damit zur zweitstärksten Partei nach der DSP von Regierungschef Bülent Ecevit, die auf 22,6 Prozent der Stimmen kam.
Die Folge: Seit dem 28. Mai sind die türkischen Faschisten an der Regierung beteiligt. An diesem Tag unterzeichneten der amtierende Ministerpräsident Ecevit für die DSP und die Parteivorsitzenden von MHP und Mutterlandspartei (Anap) das Koalitionsprotokoll der 57. türkischen Regierung.

Mit einem Wahlerfolg der in Deutschland vor allem als Graue Wölfe[1] bekannten MHP und ihres Traums vom großtürkischen Reich war zwar gerechnet worden. Daß die Faschisten ihr Ergebnis von vor vier Jahren mehr als verdoppeln würden, hatte niemand wirklich erwartet. Auch die weiteren Ergebnisse der Wahl scheinen richtungsweisend: Die nationalistische DSP wurde in ihrem Kurs bestätigt, die traditionelle kemalistische Partei kam zum ersten Mal seit ihrem Bestehen nicht ins Parlament, die konservativen, aber proeuropäisch eingestellten Parteien der ex-Premiers Tansu Çiller und Mesut Yilmaz verloren stark. Die linke, pro-kurdische Demokratie-Partei des Volkes (HADEP) erhielt zwar in Kurdistan viele Stimmen und gewann dort einige Bürgermeister-Posten, schaffte es türkeiweit aber nicht über die 10-Prozent-Hürde.

Die MHP: Der Wolf im Schafspelz

Bei ihrem Erfolg dürften die Faschisten vor allem von der derzeitigen Stimmung in der Türkei profitiert haben: Einhergehend mit der starken Forcierung einer militärischen »Lösung« des Krieges in Kurdistan hat sich die innenpolitische Situation in der Türkei seit 1997 verschärft. Nationalismus, Rassismus und der Druck auf die Linke durch Staat und Faschisten haben stark zugenommmen. Nach der Entführung von PKK-Chef Abdullah Öcalan durch den türkischen Geheimdienst Anfang des Jahres ging eine Welle des Nationalismus durch das Land. Der MHP fiel es nicht schwer, diese Stimmung aufzufangen und in Wählerstimmen umzumünzen. Besonders stark wurde die MHP in den ländlichen Regionen Zentral-Anatoliens, wo durch die Nähe zu Kurdistan die Stimmung bezüglich des Krieges besonders polarisiert ist. Gerade hier haben die Faschisten auch von den starken Verlusten der islamistischen Fazilet-Partei profitiert. Grund für die Einbußen der Islamisten bei dem Urnengang ist dabei vor allem der Druck der Armee, die bemüht ist, den im Aufwind befindlichen Fundamentalismus zurückzudrängen und die kemalistischen Prinzipien der Säkularisierung und Zuwendung nach Europa hochzuhalten.

Ein weiterer Grund für den MHP-Erfolg dürfte bei den Faschisten selbst zu suchen sein. Seit dem Tod des berühmt-berüchtigten Parteigründers und -führers Alparslan Türkes vor zwei Jahren, versucht die Partei, in der Öffentlichkeit ein anderes Bild von sich zu installieren: Die Grauen Wölfe wollen den Terror und die unzähligen Morde insbesondere der siebziger Jahre vergessen machen und sich als seriöse, wählbare Partei präsentieren. Das Image als Terrortruppe und die Kaderpartei MHP sollen – zumindest in der Öffentlichkeit – der Vergangenheit angehören, wenn es nach der Linie des Türkes-Nachfolgers Devlet Bahceli geht. Dies mag den Faschisten noch nicht so ganz gelingen – die Taten der Grauen Wölfe sind bei vielen unvergessen –, an der Praxis insbesondere des jungen Parteivolks hat sich kaum etwas geändert: Überfälle auf Linke und Kurden gehören nach wie vor zum Alltag. Dem Erfolg der neuen Parteilinie scheint dies aber ebensowenig zu schaden wie die Tatsache, daß Parteichef Bahceli ungeniert zugibt: »*Wir haben uns nicht geändert, nur wie man uns betrachtet hat sich geändert.*«

Unterstützung bekommt die MHP bei ihrem Imagewandel nun auch verstärkt durch die türkischen Medien und den Staat. Dort ist man bemüht, die zweitstärkste Partei zu integrieren, um die politische Stabilität nicht zu gefährden, und wird nicht müde zu bestätigen, daß sich die MHP geändert habe.

Aussichten

Die öffentliche Reinwaschung der türkischen Faschisten hat ihr Ziel offensichtlich erreicht: Aufschreie über die Regierungsbeteiligung der Grauen Wölfe seit dem 28. Mai blieben jedenfalls aus. Die Nationalisten sind nun für das Verteidigungs-, Industrie- und Handels-, Öffentliche Arbeiten, Gesundheits-, Verkehrs- und Landwirtschaftsministerium zuständig. Daß ihre Koalitionpartner sich rühmen, ihnen die »Schlüsselministerien« vorenthalten zu haben, mag wohl nur ein schwacher Trost sein. Ein Rechtsruck in den entscheidenderen Feldern der türkischen Politik wird sich auch ohne die direkte Führung der MHP vollziehen, denn an einem Koalitionspartner, der 18,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, läßt sich schwerlich vorbeiregieren. In der Türkei macht man sich deshalb auf eine nochmalige Verschärfung des innenpolitischen Klimas und der Stimmung in der Bevölkerung gefaßt. Nationalismus, Chauvinismus und die Angriffe auf die Linke, Gewerkschaften und Menschenrechtsgruppen werden stärker werden. Eine friedliche Lösung in Kurdistan rückt in weite Ferne. Außenpolitsch werden das Wahlergebnis und die neue Regierung voraussichtlich eine stärkere Abwendung von Europa und eine härtere Gangart gegen Länder wie Griechenland bedeuten. Noch nachhaltiger als der politische Stimmungsumschwung könnte sich die anstehende Verwebung zwischen staatlichen und faschistischen Strukturen auswirken. Diese existiert zwar vor allem auf der Ebene von Polizei, Gendarmerie und Miltär bereits, wird sich nun aber auf andere Ebenen ausweiten und muß nicht mehr so sehr kaschiert werden wie bislang.

Abzuwarten bleibt indes, wie sich die letztendlich am längsten Hebel sitzende türkische Armee zur neuen Rolle der MHP verhalten wird. Zwar sind die Generäle auf eine stabile politische Situation bedacht. Aber ein politischer Kurs, der eine Abwendung von Europa bedeutet, und auch die von der MHP postulierte Synthese von Staat und Islam dürften den Militärs kaum schmecken. ■

1 In den siebziger Jahren benannten sich insbesondere junge MHP-Anhänger nach dem grauen Wolf im MHP-Parteiabzeichen. In diesem Sinne galt der Begriff vor allem für die Bewegung und nicht für die MHP selbst. Heute wird er oft für türkische Rechtsextremisten allgemein und dort insbesondere für die MHP verwandt.

Bombenterror in London

Zwischen dem 17. und 30. April explodierten drei Nagelbomben in London. Es waren die brutalsten Anschläge von Nazi-Terroristen in der britischen Geschichte. Drei Menschen wurden getötet und mehr als hundert verletzt. Angeklagt wegen Mordes und Durchführung von Sprengstoffanschlägen ist der aktive Neonazi und Mitglied der BRITISH NATIONAL PARTY (BNP) DAVID COPELAND (22).

Die erste Bombe detonierte inmitten des Südlondoner Stadtteils Brixton vor einem Supermarkt. In Brixton wohnen mehrheitlich schwarze MigrantInnen aus der Karibik. Die zweite Bombe explodierte eine Woche später in Brick Lane, einem Stadtteil im Osten Londons, bekannt als Herz der Community aus Bangladesch. Beide Anschläge fanden an Samstagabenden zur Hauptverkehrszeit statt. Am Freitag darauf detonierte die Bombe mit der verheerendsten Auswirkung inmitten von Soho, dem Zentrum der britischen Schwulen und Lesben. Der mit Nägeln gefüllte Sprengkörper wurde in einem sehr belebten Schwulencafé abgestellt und war in einer Tasche versteckt.

Die Auswirkungen wären insgesamt weit schlimmer gewesen, hätten nicht Passanten in den ersten zwei Fällen die Bomben entdeckt und aus dem Hauptverkehrsstrom entfernt. Ein Anwohner von Brixton sah die Tasche mit der Bombe vor einem Supermarkt und brachte sie hinter eine Mauer, um die Kraft der Explosion zu mindern. In Brick Lane war zum Glück ein anderer Anwohner wachsam und plazierte die explosive Tasche in den Kofferraum seines PKWs. In beiden Fällen wurden durch dieses couragierte Handeln Leben gerettet.

Ein »Einzeltäter« wird verhaftet

Der mutmaßliche Attentäter David Copeland wurde in seinem Haus in Cove, Hampshire, fünfzig Kilometer von London entfernt verhaftet. Beschlagnahmt wurden Materialien zum Bombenbau und Neonazi-Schriften. Auf seine Spur gekommen waren die Behörden durch die Auswertung von Filmmaterial, das bei der ersten Bombenexplosion in Brixton aufgenommen wurde.

Die Polizei beeilte sich, den Verhafteten als verrückten Einzeltäter darzustellen: *»Es steht fest, daß er alleine handelte, aufgrund seiner eigenen Motivation,«* teilte DAVID VANESS, stellvertretender Polizeipräsident der Metropolitan Police der Presse am Tag nach der Verhaftung Copelands mit. Er habe, so Vaness, keine Verbindungen zu einer rechtsextremen Gruppe. Auch wenn der Polizei Copeland vor den Attentaten nicht bekannt gewesen sein mag, so hatte sie doch Neonazi-Material bei ihm gefunden, und es war sicherlich viel zu früh, um solch eine Behauptung aufzustellen. Das britische antifaschistische Magazin Searchlight enthüllte, daß die Vorgaben für diese Erklärung den Ermittlungsbeamten von den Rechtsanwälten der Polizei vorgegeben wurde. Zu behaupten, es sei die Tat eines Einzelnen, vereinfacht einerseits die Gerichtsverhandlung, andererseits beruhigt es die Öffentlichkeit und verschleiert Mängel in der Ermittlungsarbeit der Polizei.



Links im Bild der mutmaßliche Bombenleger und BNP-Mitglied David Copeland zusammen mit BNP-Chef John Tyndall, nach einer Auseinandersetzung mit Gegendemonstranten anläßlich einer Demonstration zum 15. BNP-Geburtstag

AntifaschistInnen in Deutschland wird diese Art von Erklärung sehr bekannt vorkommen. In diesem Fall wurden die Behauptungen der Polizei erschüttert, als Searchlight und die zweitgrößte britische Tageszeitung, der Daily Mirror, Fotos von Copeland zusammen mit dem Anführer der British National Party (BNP) JOHN TYNDALL veröffentlichten. In dem Zeitraum, aus dem das Foto stammt (1997), war Copeland ein aktives Mitglied der BNP. Sein Gebietsvorsitzender war TONY LECOMBER, der den diesjährigen BNP-Europawahlkampf anführte. Lecomber wurde 1985 wegen eines versuchten Sprengstoffanschlages auf den Sitz einer linken Organisation in London verurteilt. Obwohl der ehemalige Soldat auf frischer Tat ertappt und bei einer Hausdurchsuchung Handgranaten und Sprengstoff beschlagnahmt wurden, erhielt er nur eine Gefängnisstrafe von drei Jahren.

Die Propaganda des Neonazi-Terrors

Copeland scheint von Ideen der US-amerikanischen Naziterrorszene beeinflußt zu sein, die sich mit dem Auftreten der britischen Terrorgruppe COMBAT 18 im Jahr 1992 auch in England verbreiteten. Zu den wesentlichen Merkmalen gehört der sogenannte »führerlose Widerstand« (»leaderless resistance«) und die Bildung von terroristischen Zellen.

Als Vorlage diente das Buch von WILLIAM PIERCE, »The Turner Diaries« (Die Turner Tagebücher), das weltweit vertrieben wird. In diesem Mitte der achtziger Jahre veröffentlichten Fiction-Roman beschreibt der Anführer der NATIONAL ALLIANCE den »Rassen-Krieg« einer Untergrundarmee gegen eine *»jüdisch kontrollierte US-amerikanische Regierung«* im Jahr 1999. Bereits unmittelbar nach dem Erscheinen inspirierte dieses Buch die Nazi-Terrorgruppe THE ORDER in den USA. Auch der Bombenattentäter von Oklahoma City TIMOTHY MC VEIGH wurde von dieser Hetzschrift beeinflußt.

Nach dem Zusammenbruch von The Order mußten die amerikanischen Nazis ihre Strategie umstellen und entwickelten aus einem Konzept, das organisierten Terror mit Befehlsstrukturen vorsah, den »führerlosen Widerstand«. Der Hauptvertreter dieser Richtung ist LOUIS BEAM, der frühere »Grand Dragon« des KU KLUX KLANS von Texas. Dieser übernahm eine Idee von dem Offizier ULIUS LOUIS AMOSS, der dieses Konzept 1962 als das ideale Mittel gegen eine kommunistische Invasion pries. Obwohl es sich bei diesen beiden Theorien um sich einander widersprechende handelt, wurden sie von einer Reihe von Neonazigruppen in England in ihr Repertoire übernommen.

1994 zirkulierte in England ein anonymes Dokument, das eine terroristische Strategie propagierte. Die Gruppe nannte sich WEIßE WÖLFE und erklärte: *»Unser Hauptangriffsziel müssen die Communities der Immigranten sein, die schwarzen und asiatischen Ghettos. Wenn dieses regelmäßig, effektiv und brutal geschieht, werden die Aliens mit wahllosen Angriffen auf Weiße reagieren, sie gegen sich aufbringen und zur Selbstverteidigung zwingen. Damit wird eine Gewaltspirale beginnen, die das Establishment zwingt, in der Rassenfrage zu handeln.«*

Hinzugefügt wurde: »*Das britische Volk wird kämpfen, wenn wir ihm nicht nur den weichen Weg der Wahlen anbieten. WIR müssen ihnen den richtigen Weg weisen, indem wir die notwendigen Aktionen durchführen, um die Gewaltspirale zu starten, die dann auch die Unwilligen erfassen und sie zum Kampf zwingen wird. (...) Es ist wahr, daß die Immigranten an sich nicht kriminell sind, aber in ihrer Gesamtheit sind sie wie eine Invasionsarmee, die das Geburtsrecht der Kinder und das der Ungeborenen unseres Volkes bedrohen. Ihre Anwesenheit bedeutet den Tod unseres Volkes, wenn sie mit extremer Gewalt hinausgeworfen werden müssen, dann soll es so sein. (...) Wir glauben nicht, daß wir alleine den Rassenkrieg gewinnen können, aber wir können ihn beginnen.*« Es scheint, daß diese Propaganda den Bombenattentäter inspiriert hat.



London nach einer der Explosionen

Die Ignoranz der Polizei

Der Umstand, daß Copeland der Polizei unbekannt war und sie von den Anschlägen überrascht wurde, ist kein Wunder. Schon seit sieben Jahren häufen sich Anzeichen auf die Vorbereitung derartiger Attentate, doch sie wurden von der Polizei ignoriert. 1993 und 1997 verschickte Searchlight Briefe an Parlamentsabgeordnete mit dem Hinweis, daß Neonazis Vorbereitungen für terroristische Aktivitäten treffen. Sie wurden nicht ernst genommen. Bei der Polizei herrschte Selbstgefälligkeit. Selbst als Mitglieder von Combat 18 im Januar 1997 versuchten, Briefbomben zu verschicken, reagierte die Polizei nicht.

Als die Bomben dieses Jahr explodierten, wurden die Ermittlungen der Polizei von internen Spaltungen und Streit behindert. Die Untersuchungen übernahm die Anti-Terror-Abteilung, die über keine Erfahrungen im Umgang mit Neonazis verfügte, während andere Einheiten, wie die SPECIAL BRANCH (Spezialabteilung), die Abteilung gegen Gewalt und rassistisch motivierte Verbrechen und der Geheimdienst MI5 ausgeschlossen wurden. Groll, interne Kämpfe und das Zurückhalten von Informationen behinderten die Ermittlungen.

Die Versuche, den mutmaßlichen Attentäter Copeland als verrückten Einzeltäter darzustellen, weisen darauf hin, daß die Polizei nichts aus ihren bisherigen Fehlern gelernt hat. Ohne die Infragestellung der bisherigen Herangehenweise seitens der Polizei gegenüber den britischen Neonazis, wird sie auch in Zukunft von Bomben und anderen Gewalttaten überrascht sein, während die Verbreiter des Nazi-Terrormaterials ungeschoren davon kommen. Die Konsequenzen für die britische Neonaziszene nach den Bomben sind ungewiß, auch wenn absehbar war, daß die Veröffentlichung des Fotos von Copeland mit dem Anführer der BNP John Tyndall der Partei bei den Europawahlen schaden würde. Während die Londoner Bevölkerung fast geschlossen die Attentate verurteilt, ergehen sich die Nazis in klammheimlicher Freude. Die BNP reagierte hektisch auf die Veröffentlichungen und beeilte sich zu behaupten, daß Copeland zu keiner Zeit ihr Mitglied gewesen sei. Statt dessen versuchten sie zu behaupten, daß die Bomben ein Versuch des Staates seien, um ihren Erfolg bei den Europawahlen zu verhindern. »*Wer profitiert von dieser Affäre?*« fragt die BNP auf ihrer Internetseite über die Bombenanschläge. »*Einige Neonazi-Einzeltäter oder Grüppchen, die uns wegen unserer demokratischen Legitimation in der britischen Gesellschaft nicht mögen. (...) Die Linke, die es gerne sähe, die Bombenanschläge in der Art und Weise zu benutzen wie es Hitler tat, um die linken Gruppen zu zerschlagen, als ein verrückter kommunistischer Einzeltäter den Reichstag angezündet hat. Drittens die Regierung, die sich als Gegner des Terrorismus darstellen kann, als Hüter von Recht und Ordnung und Zivilisation.*« Eine andere neofaschistische Gruppe, die NATIONAL FRONT, ging weiter und bezeichnete die Anschläge als Ergebnis einer multikulturellen Gesellschaft. »*Wir sind nicht völlig überrascht von diesem Szenario*«, schrieben sie in einer Presseerklärung, »*seit vielen Jahren sind die lange leidenden weißen Communities in London und in anderen Großstädten ignoriert, unterdrückt und zu Opfern von aufeinanderfolgenden britischen Regierungen gemacht worden und die kontrollierte Presse (...) stempelte sie bestenfalls zu Idioten und in schlechteren Fällen zu gewalttätigen Tätern. Es ist kein Wunder, daß einige Einzelpersonen die Notwendigkeit zu Gewalttaten sehen, um ihrer Botschaft Gehör zu verschaffen.*«

Widerstand der Communities

In den angegriffenen Communities wächst verständlicherweise die Furcht und Besorgnis nach den drei Bombenanschlägen. Doch sie hielten zusammen, um dieser Bedrohung zu begegnen. Demonstrationen und Mahnwachen brachten die schwarze und die homosexuelle Community näher zusammen, während jüdische Gruppen mehreren asiatischen Gemeinden beim Aufbau von Selbstschutz zur Seite standen. In ganz London liefen AntirassistInnen Patroullie. Ihre Anwesenheit und Suche nach möglichen Sprengkörpern trug zur Beruhigung der AnwohnerInnen bei.

Diese ermutigenden Zeichen eines Widerstandes der Communities und ihre Zusammenarbeit müssen weitergeführt und ermutigt werden. Schon viel zu lange wurden wir entlang von Herkunft, Religion und Regionen gespalten. Doch die Neonazi-Anschläge bewiesen die unterschiedslose, alle betreffende Diskriminierung durch diese Ideologie. Trotz der bleibenden Probleme der Gruppen verschiedener Hautfarbe und Herkunft bleibt London die multikulturellste europäische Stadt – ein Umstand, der Anlaß zu Selbstbewußtsein ist.

Die Vorzeichen für diese Bombenanschläge häuften sich seit sieben Jahren, und es waren wahrscheinlich nicht die letzten Bomben. In einem Land mit bisher wenig entwickeltem Nazi-Terrorismus erkennen die Neonazis nun welche enorme Wirkung einige grausame Bomben haben können – gerade, wenn die Behörden diese Gefahren ignorieren. ■

Dieser Artikel wurde uns von Searchlight zur Verfügung gestellt.

Nazi-Kongreß im April 2000 in Chile geplant

Verschiedene rechtsradikale Strömungen und die rassistischen Vorbilder aus Zeiten der südamerikanischen Diktaturen ergänzen sich zu einer verworrenen Ideologie.

Im Süden Lateinamerikas machen Neonazis von sich reden. Kleine, bislang isoliert agierende Gruppen, nutzen Kommunikationsmittel wie das Internet zur Propaganda und versuchen, länderübergreifend zusammenzuarbeiten. Höhepunkt der Mobilisierung soll im April kommenden Jahres ein internationales Nazi-Treffen in der chilenischen Hauptstadt Santiago sein. Initiator dieses »Kameraden-Treffens« soll die Gruppe PENDRAGON unter dem bekannten rechtsradikalen Aktivisten ALEXIS GOMEZ TAPIA sein.

Als erstes reagierte das Simon-Wiesenthal-Zentrum in Buenos Aires auf die neue Entwicklung. *»Die Zahl dieser Gruppen wächst, und ihre Aktivitäten sind in den letzten Jahren immer professioneller geworden,«* erklärte Sergio Widder, Leiter des Wiesenthal-Büros in Argentinien. Die Einrichtung, die weltweit Jagd auf Nazitäter macht, kritisiert das geplante Treffen als *»nationalsozialistischen Kongreß«*. Die Staaten Lateinamerikas müßten eine *»schnelle und sehr eindeutige Antwort auf diese Bestrebungen geben«*.

Die Reaktionen auf die Wiesenthal-Initiative sind unterschiedlich. Während die Regierungen in Uruguay, Argentinien und Brasilien zumindest zusagten, die Entwicklung im Auge behalten zu wollen, kam von chilenischer Seite bislang keine Antwort. *»Auf unsere Vorschläge und Warnungen wegen des Treffens im April 2000 hat die Regierung unter Präsident Eduardo Frei nicht reagiert,«* beklagt Sergio Widder.

Fruchtbarer Boden für neue Nazis

Aktivitäten von Neonazis sind in diesen Ländern bislang eine Randerscheinung. Rassistische Übergriffe werden jedoch zunehmend aus Brasilien gemeldet, wo in den südlichen Metropolen Sao Paolo und Rio de Janeiro weiße Skinheads gegen Minderheiten wie Juden, schwarze MigrantInnen aus dem ärmeren Norden und vor allem Homosexuelle vorgehen. Laut Presseberichten gab es in den letzten Jahren über 15 Todesopfer. Schlagzeilen machte im Januar diesen Jahres das kleine südliche Nachbarland Uruguay: Drei Bombenattentate auf eine Polizeikaserne und auf Slumbewohner verursachten erheblichen Sachschaden. Die Polizei nahm daraufhin mehrere Mitglieder der Gruppe SKINHEAD-STOLZ fest. In ihren Wohnungen fand sie NS-verherrlichende Schriften und selbstgebastelte Bomben. Die Bekennerschreiben waren mit NATIONALES KOMMANDO 1889 unterschrieben, dem Geburtsdatum Hitlers.

An ideologischen Vorbildern in der Region mangelt es nicht. Viele Nazi-Größen fanden hier nach dem Zweiten Weltkrieg Zuflucht und konnten recht freizügig agieren. Unter ihnen der ehemalige SS-Mann ERICH PRIEBKE, der erst Mitte der neunziger Jahre von Argentinien nach Italien ausgeliefert wurde und dort wegen Erschießung Hunderter Zivilisten verurteilt wurde. Traurige Berühmtheit erlangte auch die COLONIA DIGNIDAD, eine von Deutschen Auswanderern einige Hundert Kilometer südlich der chilenischen Hauptstadt Santiago gegründete Siedlung, in der sich Deutschtum, autoritäres Sektentum und Kollaboration mit dem Pinochet-Regime zu einem rechtsfreien Raum ergänzten. In den siebziger Jahren leisteten zudem die Militärdiktaturen einem autoritären Denken Vorschub. Aber auch der Peronismus in Argentinien – ein populistisches Regime, dessen Ikone Juan Peron nie seine Bewunderung für Mussolini und Hitler verhehlte – war ein Nährboden für antisemitische Tendenzen.

Gerade in Argentinien, wo mit 500.000 Mitgliedern die weltweit fünftgrößte jüdische Gemeinde lebt, ist das Thema brisant. Anfang der neunziger Jahre starben bei zwei Attentaten auf jüdische Einrichtungen weit über hundert Menschen, immer wieder werden Friedhöfe geschändet. Da die Verbrechen bislang nicht aufgeklärt wurden, vermuten Beobachter bestimmte Teile des Polizeiapparates und korrupte Politiker als Urheber. Es gebe einen ausgeprägten, aber eindeutig minoritären Antisemitismus im Land, so der Konsens, doch die kleinen Neonazi-Gruppen kämen für solche Aktionen kaum in Frage.

Antisemitismus ist eine Konstante in der südamerikanischen Rechten

Im Rahmen der internationalen Ermittlungen, die vor allem in Spanien wegen Verbrechen unter der argentinischen und der chilenischen Militärdiktatur geführt werden, gerät jetzt auch die antisemitische Ausrichtung dieser Regime ins Blickfeld. Die chilenische Diktatur (1973-1990) unter AUGUSTO PINOCHET bot nicht nur vielen Naziverbrechern Unterschlupf, sie weigerte sich auch, gegen den SS-Offizier WALTER RAUFF juristisch vorzugehen, nachdem er dort vom Wiesenthal-Zentrum ausfindig gemacht wurde. Als Konsequenz wurde 1998 eine Reise Pinochets nach Israel storniert.

Weniger bekannte Auswüchse von nazistischem Gedankengut während der argentinischen Diktatur (1976-1983) machte vor kurzem eine Studie der KOMMISSION DER FAMILIENANGEHÖRIGER VON VERSCHWUNDENEN (COSOFAM) bekannt. Sie wirft den Militärs vor, in den siebziger Jahren *»einen antijüdischen Genozid«* betrieben zu haben und mit besonderer Brutalität gegen jüdische Gefangene vorgegangen zu sein. Über 1.900 Ermordete oder sogeannte Verschwundene waren dem Bericht zufolge jüdischer Herkunft, das entspricht zwölf Prozent der gesamten Opferzahl bei einem jüdischen Anteil von nur einem Prozent an der Gesamtbevölkerung.

Die dokumentierten Aussagen jüdischer Argentinier, die die Folterlager überlebten, belegen eine antisemitische Orientierung der Peiniger. *»Zuerst töten wir alle Subversiven und dann alle Juden«*, habe der berüchtigte Polizist JULIO SIMON ihr ins Gesicht gesagt, erinnert sich die Schriftstellerin NORA STREJILEVICH. *»Überall an den Wänden hingen Naziplakate und -symbole. Juden mußten nach Nazimusik marschieren, den Hitlergruß zeigen, vielen wurden Hakenkreuze auf die Haut gemalt,«* so die Aussage mehrerer Überlebender des Gefangenenlagers MOTORES ORLETTI. Patricia Isasa erinnerte sich an den Polizeikaplan CARMELO GUADAGNOLI, der an den Verhören teilnahm. *»Er sagte jungen jüdischen Frauen widerliche Dinge und meinte, die Juden finanzierten den Kommunismus. Sie folterten mich unter der Anschuldigung, Jüdin zu sein. Ich konnte das »Vater unser« nicht auswendig, ich war erst sechzehn. Es war schrecklich.«*

Die Autoren der 200 Seiten starken Dokumentation sind der Meinung, daß Juden unter der Diktatur systematisch verfolgt wurden. Wie schon ein Bericht der NATIONALEN VERSCHWUNDENENKOMMISSION (CONADEP) vor 15 Jahren belegen sie die *»spezielle Brutalität«* gegen jüdische Menschen und daß viele Wächter und Folterer eine *»besondere Bewunderung für Hitler und den Nationalsozialismus«* zur

Schau trugen. Das Zeigen von Hakenkreuzen war in den Gefangenenlagern Gang und Gäbe, viele der Folterer trugen sie an Halsketten neben dem katholischen Kreuz, erklärten Zeugen übereinstimmend. Die Studie berichtet zudem von bestialischen Foltermethoden, die viele der Opfer nicht überlebten.

Der damalige Innenminister JORGE HARGUINDEGUY bestreitet antisemitische Tendenzen unter der Militärdiktatur, räumt aber ein, daß es *»unmöglich war, alle zu kontrollieren«*. Ihm widerspricht ein Untergebener, der aussagte, daß zwei hohe Offiziere, ALBERTO VILLAR und JORGE MARIO VEYRA, auch ideologische Aufgaben gehabt hätten: Sie empfahlen Literatur und kommentierten Werke von Hitler und anderen Naziautoren. Villar brachte es später bis zum Chef der Bundespolizei.

Neonazi-Strukturen entwickeln sich

Mit Blick auf das Nazi-Treffen im April 2000 befürchtet das Simon-Wiesenthal-Zentrum, daß sich die alten nazistischen Tendenzen in der Region mit den neueren rechtsradikalen Gruppen und rassistischen Bewegungen zu einer neuen Strömung ergänzen könnten, die sich angesichts der langanhaltenden wirtschaftlichen Notlage breiter Bevölkerungsschichten als Alternative anbieten möchte. Bestimmt nicht zufällig fällt der für den 17. bis 22. April geplante Kongreß auf den Geburtstag Hitlers. Allerdings sind die heutigen Strukturen der Rechtsradikalen noch recht unausgegoren und äußerst heterogen. Und die alten, autoritären Hierarchien werden sich nur zu kleinen Teilen für eine solche Bewegung mobilisieren lassen, da viele von ihnen unter den Diktaturen reich geworden sind und angesichts möglicher juristischer Verfolgung eher das Licht der Öffentlichkeit scheuen.

In Argentinien machen in jüngster Zeit vor allem rechte Splitterparteien von sich reden. Die PATRIOTISCHE PARTEI DER NEUEN GESELLSCHAFTSORDNUNG (PNOSP) und die NATIONALISTISCHE ARBEITERPARTEI orientieren ihre ideologische Ausrichtung an dem europäischen Antikommunismus der 30er Jahre, unumwunden bezeichnen sie sich als *»faschistisch«*. Was mit einem »Dritten Weg« gemeint sein kann, formuliert der Führer der Nationalistische Arbeiterpartei, ALEJANDRO BIONDINI: Ihr *»nationalistischer Kampf gegen Marxismus und Neoliberale«* werde Erfolg haben, wenn sich die Wirtschaftskrise weiter verschärfe. Auf seiner Internet-Seite ruft Biondini zur Teilnahme an dem Nazi-Treffen in Chile auf: *»Wir müssen anfangen, uns zu organisieren und kennenzulernen, um die Arbeit für die Zukunft zu planen.«*

Mitte April fanden in Santiago de Chile und gleichzeitig in Argentinien, Uruguay, Peru, Venezuela, Brasilien und den USA geheime Nazi-Treffen mit dem Ziel statt, den Internationalen Kongreß im kommenden Jahr vorzubereiten. Daraufhin formulierten jüdische, christliche und politische Organisationen einen Aufruf an den chilenischen Innenminister, in dem ein Verbot des Kongresses und besserer Schutz für Minderheiten gefordert wird. *»Es ist nicht hinnehmbar, daß hier Menschen mit einem rassistischen und diskriminierenden Diskurs gestattet wird, eine politische Bewegung in die Öffentlichkeit zu tragen,«* erklärte YORAM ROVNER, Herausgeber der jüdischen Zeitung DER RUF in der chilenischen Hauptstadt. Das Antidiskriminierungsgesetz, das seit zwei Jahren dem Parlament in Chile vorliegt, müsse unverzüglich verabschiedet werden. Dabei gehe es nicht um die Einschränkung der Meinungsfreiheit, sondern um die Sanktionierung von Aktivitäten, die Rassenhaß und Völkermord gutheißen, ergänzte Rovner.

Braune Drahtzieher in Chile

Recherchen aus dem Umfeld der kommunistischen Partei Chiles zeigen, daß die Protagonisten einer rechtsradikalen Organisierung in Chile auf mehrere Strömungen zurückgreifen können, die mehr oder minder eindeutige rassistische oder nationalsozialistische Positionen vertreten. Um den Schriftsteller und ehemaligen Botschafter in Indien, MIGUEL SERRANO, sammelt sich ein esoterischer Flügel. Bereits zu Zeiten des Zweiten Weltkriegs gab Serrano die Zeitschrift NEUE ZEIT heraus, die Partei für Nazideutschland ergriff. Heute vertritt er diese Ideologie in Form einer Religion, die zum Ziel hat, den Menschen mit nazistischen und esoterischen Werten zu verändern und zu erneuern. Serrano, der sich stets in Schwarz und mit einem SS-Mantel kleidet, erklärte mehrfach, daß es derzeit in Chile zwar keine ETHNISCHEN KONFLIKTE gebe, doch wenn die *»Einwanderung von Koreanern, Juden, Bolivianern und Peruanern«* nicht gestoppt werde, könne es bald zu Gewaltausbrüchen kommen.

Ähnlich argumentiert die sogenannte intellektuell-historische Strömung. Sie geht davon aus, daß das Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Ländern, von Mestizen (Nachfahren der spanischen Eroberer) und Indígenas generell Gewalt und Konflikte provoziert. Dementsprechend sei die Gewalt unter Jugendlichen heute ganz normal. Ihr Kopf ist ERWIN ROBERTSON, Rechtsanwalt und Herausgeber der Zeitschrift LA CIUDAD DE LOS CESARES (Stadt der Kaiser), die ähnlich wie die JUNGE FREIHEIT in Deutschland das Image eines Intellektuellen-Organs anstrebt. Auch Robertson hat einen wenig ruhmreichen Werdegang. Er war Funktionär in der ultrarechten Gruppierung FRONT FÜR HEIMAT UND FREIHEIT CHILES und stand wegen Bombenattentaten und Sabotageakten während der Regierung des Sozialisten SALVADOR ALLENDE vor Gericht.

Weit mehr Beachtung in der Presse findet die Gruppe der militanten rechtsradikalen Skinheads. Zum harten Kern sollen rund 400 vor allem Jugendliche gehören, die in den Vorstädten von Santiago immer mehr Präsenz zeigen. Ihre Wortführer schwärmen vom Nationalsozialismus, tragen entsprechende Tätowierungen auf Armen und der entblößten Brust und lassen sich mit Springerstiefeln und Bomberjacke fotografieren. Auch Interviews geben sie gern: Gewalt sei ein legitimes und notwendiges Mittel gegen Andersdenkende und vor allem gegen die Feinde: die Juden. *»Wir werden die Armee der Bewegung im Endkampf gegen Homosexuelle, Kommunisten und Juden sein«*.

Gemäßigter geben sich die Anhänger der sogenannten »Dritten Position«. Es sind vornehmlich Studenten und junge Akademiker, die versuchen, ihre Sichtweise in der Öffentlichkeit als echte und realistische Alternative darzustellen. Es soll sich dabei um eine unabhängige Neonazi-Gruppe handeln, die über eine gute organisatorische Struktur verfügt und in der Lage ist, immer mehr Mitglieder zu rekrutieren. Einige der Kader sollen zudem Führungspositionen in der Wirtschaft innehaben.

Bislang treten die unterschiedlichen rechtsradikalen Gruppen nur sporadisch in Erscheinung, die Presse berichtet zumeist nur von gelegentlichen Übergriffen der militanten Skinheads. Es sind die energischen Vorbereitungen zu dem Kongreß im kommenden April, die Menschenrechtsgruppen und MigrantInnenverbände alarmieren. Langsam aber sicher, so deren Wahrnehmung, nehmen rassistische Äußerungen und auch Gewaltanwendung zu. Mitschuld daran habe nicht zuletzt die Ausländerfeindlichkeit in Europa, die im fernen Chile auf fruchtbaren Boden falle. ■

Der Artikel wurde uns freundlicherweise von der Agentur »Nachrichtenpool Lateinamerika« (npl) zur Verfügung gestellt.

Der »Fall Krasnodar«

Die kleine linksradikale Szene in Russland wird kriminalisiert

Seit November 1998 werden die linksradikalen anarchistischen, antifaschistischen und ökologischen Gruppen in Russland mit einer Repressionswelle überzogen. Offizielle Begründung für das Vorgehen des russischen Geheimdienstes FSB (ehemals KGB) ist der sogenannte »Fall Krasnodar«.
Am 28. November 1998 wurde der 18jährige Gennadij Nepschikujew in der südrussischen Provinzhauptstadt Krasnodar verhaftet. Angeblich wurde bei ihm Sprengstoff beschlagnahmt.

Das angebliche Geständnis Nepschikujews, er hätte einen Anschlag auf den Gebietsgouverneur Nikolai Kondratenko geplant, führte zur Verhaftung von Maria Randina aus Krasnodar und im Februar von Larisa Schiptsowa aus Moskau. Nach mehrmonatiger Haft wurden die Beschuldigten im Mai bzw. Juni vorläufig freigelassen. Ihnen wird der Besitz und Transport von Sprengstoff vorgeworfen. Zusätzlich versucht der FSB, Beweise und Aussagen für ein Verfahren nach § 205 (Terrorismus) zu sammeln. Unter Verwendung angeblicher Aussagen Nepschikujews starteten die Ermittlungsbehörden eine Kampagne gegen anarchistische, antifaschistische und ökologische Organisationen, zu denen die Beschuldigten in irgendeiner Beziehung stehen. Der FSB versucht inzwischen, Aussagen über Moskauer, St. Petersburger und Gruppen aus anderen Städten zu erhalten. Im Verlauf einer Reihe von Hausdurchsuchungen in Moskau und Krasnodar wurden Computer und umfangreiche Archive mehrerer AktivistInnen beschlagnahmt.

Antisemitischer KPRF-Funktionär verantwortlich für Repression

Auffällig ist, daß die Ermittlungen trotz der Ausweitung auf Moskau und andere westrussische Städte zunächst in der Zuständigkeit der Krasnodarer Regionalabteilung des FSB lagen. Die Moskauer Solidaritätsgruppe für die vom »Fall Krasnodar« Betroffenen vertritt die Einschätzung, daß der Krasnodarer Gouverneur Kondratenko persönlich für das Vorgehen gegen die dortige Szene verantwortlich ist. Kondratenko ist ein Paradebeispiel für die antisemitischen Tendenzen in der Kommunistischen Partei der Russischen Förderation (KPRF) (s.AIB Nr. 47). Er ist ein paranoider Antisemit, der häufig öffentliche Stellungnahmen zu angeblichen jüdischen Verschwörungen abgibt. Die wichtigste faschistische Organisation Russlands, die Russische Nationale Einheit (RNE) hat im Krasnodarer Gebiet eine ihrer Hochburgen und wird von Kondratenko direkt gefördert. Die aktuelle Repressionswelle wird deshalb als Versuch Kondratenkos angesehen, die aktive Antifa-Arbeit der antistalinistischen linksradikalen Szene in Krasnodar zu zerschlagen. Dazu wird eine terroristische Vereinigung konstruiert, die bis nach Moskau reicht, die eine Bombe mit einer Sprengkraft von 1,7 kg TNT zur Verfügung gehabt haben soll und die zu einer jüdischen Verschwörung gegen den Gouverneur gemacht wird.

Schwierige Anti-Repressionsarbeit

Seit dem Entstehen der unabhängigen anarchistischen, antifaschistischen und ökologischen Gruppen in Russland in den achtziger Jahren hat es ein solch massives Vorgehen der staatlichen Sicherheitsstrukturen noch nicht gegeben. Gleichzeitig gibt es bisher auch kaum Erfahrungen mit Antirepressionsarbeit. Die aktuelle Situation hat jetzt erstmalig zur Gründung mehrerer »Gruppen gegen staatliche Repression« geführt, die eine Solidaritätskampagne aufzubauen versuchen. Die Unterstützung der Beschuldigten ist auch bitter nötig. Während der Zeit in Untersuchungshaft wurde erfolgreich verhindert, daß die Beschuldigten Kontakt zu RechtsanwältInnen ihres Vertrauens aufnehmen konnten. So hatte nur zu Larisa Schiptsowa ein mit politischen Verfahren vertrauter Anwalt Zugang, dessen Arbeit aber von den Ermittlungsbehörden stark behindert wurde. Die Isolation der anderen beiden Verhafteten führte dazu, daß beide schließlich Aussagen machten, mit deren Hilfe Larisa Schiptsowa inzwischen zur Hauptbeschuldigten gemacht worden ist. Larisa hatte gleichzeitig die extremsten Haftbedingungen, da sie zum Zeitpunkt ihrer vorläufigen Haftentlassung bereits im sechsten Monat schwanger war, ihr Gesundheitszustand sich dramatisch verschlimmert und sie trotz Schwangerschaft mehrere Kilogramm abgenommen hatte. Ihre Freilassung erfolgte unter der Auflage, in Krasnodar zu bleiben und die Eröffnung des Gerichtsprozesses Mitte Juli abzuwarten. Maria Randina und Gennadij Nepschikujew wurden zu ZeugInnen erklärt, womit sie zu Aussagen vor Gericht verpflichtet werden können. Zu erwarten ist eine Verurteilung von Larisa zu einer Haftstrafe.

Freilassungen als erste Erfolge oder als Auftakt für einen »Fall Moskau«?

Die »Gruppen gegen staatliche Repression« sehen die Freilassungen der Beschuldigten als ersten Erfolg ihrer Solidaritätskampagne an. Die Ermittlungsbehörden in Krasnodar würden sehr genau registrieren, daß der »Fall Krasnodar« öffentliche Aufmerksamkeit erregt hätte. Angesichts der generell sehr schwierigen Bedingungen, unter denen die anarchistischen, antifaschistischen und ökologischen Gruppen politisch arbeiten, ist es tatsächlich ein Erfolg, daß diese Solidaritätskampagne überhaupt begonnen hat. Bisher fanden bereits mehrere Solidaritätskundgebungen sowie am 30. März ein Aktionstag statt, an dem parallel in mehreren russischen Städten und vor der russischen Botschaft in Berlin Kundgebungen abgehalten wurden. Außerdem gab es in Moskau ein open-air-Konzert und eine größere Aktion vor dem zentralen FSB-Gebäude, es konnten einige Presseartikel veröffentlicht werden und es wird ständig dazu aufgerufen, Protestfaxe nach Krasnodar zu schicken. Gleichzeitig wird allerdings massiv weiterermittelt, und es werden weitere AktivistInnen aus Moskau vom FSB vernommen. In Moskau wird die Eröffnung eines »Falls Moskau« gegen einige AktivistInnen bereits in der nächsten Zeit erwartet, genauere Informationen darüber liegen aber bisher nicht vor.

Internationale Aufmerksamkeit

Die internationale Aufmerksamkeit ist für den Schutz der vom »Fall Krasnodar« Betroffenen von großer Bedeutung. Auch mit geringem Aufwand kann von Deutschland aus relativ viel Wirkung erzielt werden. Sehr sinnvoll ist das Schicken von Protestfaxen an verschiedene Stellen in Krasnodar. Außerdem wird Geld für die Anwaltskosten gebraucht, wofür auch in Deutschland ein Spendenkonto eingerichtet wurde. ■

Protestfaxe oder e-mails sollten in Russisch, Englisch oder Deutsch geschickt werden an:
Gebietsstaatsanwalt von Krasnodar: A.N. Schkrebets 007/8612/68 30 95
Gouverneur des Krasnodarer Gebiets: Nikolai Ignatjewitsch Kondratenko 007/8612/68 35 82 oder 68 45 38
Verwaltung des Krasnodarer Gebiets admkuban@m400.krasnodar.ru
Wer die Moskauer Antirepressionsgruppe kontaktieren möchte, kann dieses auf folgenden Wegen tun:
e-mail: koalabear@glasnet.ru Mischa
Internet: http://www.ecoline.ru/actions/bomba
(Informationen auf russisch, englisch und deutsch)
In Deutschland gibt es folgende Kontaktadresse: Osteuropa-AG, Yorckstr. 59, 10965 Berlin
Spenden können auf folgendes Konto eingezahlt werden:
Postbank Berlin, Bankleitzahl 100 100 10, Sonderkonto K.Schmidt, Ktonr. 20610-106, Stichwort Russland

Norwegische Waffen-SS-Mitglieder mit Problemen

Seit einigen Jahren reisen ehemalige Mitglieder der Waffen-SS aus Norwegen nach Krasnoje Selo bei St. Petersburg, um ihre Toten zu ehren. Unter der falschen Flagge des Friedens und der Aussöhnung, gelang es ihnen, ein Denkmal für die Norwegische Legion der Waffen-SS zu errichten. Dank einer gemeinsamen Aktion von norwegischen und russischen AntifaschistInnen wurde aus der diesjährigen Gedenkfeier ein Alptraum für die ehemaligen Schlächter Hitlers.



Der Ex-Waffen-SSler Eivind Saxlund und seine Frau im Juni 1999 auf dem Friedhof in Krasnoje Selo

Die ehemaligen SS-Mitglieder, von denen die meisten mit dem sogenannten Institut für Norwegische Besetzungsgeschichte in Verbindung stehen, wurden von ihrem Abflug in Oslo bis zu ihrer Ankunft im Hotel Moskau in St. Petersburg beobachtet. Russischen Antifas gelang es, das Programm der Reise herauszubekommen und so waren sie in der Lage, eine Demonstration in Krasnoje Selo zu organisieren.

Nachdem sie den ganzen Morgen über Flugblätter in Krasnoje Selo verteilten, versteckten sie sich hinter Sträuchern, die den Friedhof um die Alexander Newskij Kirche umgeben und warteten. Als die kleine Gruppe der Norweger unter Leitung des bekannten SS-Veteranen Eivind Saxlunds unter Begleitung einiger russischer Freunde auftauchte, wurden sie zuerst mit der Wut eines russischen Kriegsteilnehmers konfrontiert: *»Warum sollen wir mit euch in Frieden leben«*, schrie er, *»ihr habt uns schon immer mit einem Maschinengewehrfeuer begrüßt. Ich bin ein Kriegsveteran und ich weiß, daß mit Leuten wie euch kein Frieden möglich ist. Wenn ihr bis hierher nach Krasnoje Selo gekommen seid, weil die Deutschen euch dazu gezwungen haben, warum habt ihr euch dann nicht ergeben?«*

Dieser Ausbruch sorgte für einige Verwirrung unter den alten Nazis. Gesteigert wurde die Konfusion als ein Journalist der Zeitung Isvestia auftauchte. Juri Lebedev, der Organisator der Gedenkstunde, war schockiert, daß die Presse Bescheid wußte. Als der örtliche Priester Jevgenij Jefimov seine Rede begann, verließen die AntifaschistInnen ihr Versteck, hielten Schilder in norwegisch, deutsch und russisch in die Höhe und riefen: »Nazisten, Faschisten – Nein, Nein, Nein.« Dies versetzte die angereisten Norweger in Schock und Verwirrung, da sie solch einen Empfang nicht erwartet hatten. Sie versuchten sich aus der Affäre zu ziehen, indem sie behaupteten, die Legion sei kein Teil der Waffen-SS gewesen, daß sie in dem Glauben handelten, in Finnland zu kämpfen sowie anderes revisionistisches Gerede von sich gaben. Nicht jeder der Anwesenden verhielt sich so taktisch. Während die alten SS'ler versuchten, ihre Nazi-Vergangenheit zu leugnen, schrien einige ihrer russischen Begleiter den Antifas »Juden« zu. *»Sie sehen nicht aus wie Russen,«* geiferten sie, *»sie sind wahrscheinlich nicht einmal orthodoxe Christen,«* was in Rußland als Code für Juden gilt. Die Feierlichkeiten wurden nicht das, was sich die norwegischen Veteranen erhofft hatten. Die russischen Antifas haben nun eine gute filmische und photographische Dokumentation, die sie der Öffentlichkeit vorführen können. Der nächste Schritt soll eine gemeinsame Kampagne in Norwegen und Rußland sein, um das Denkmal in Krasnoje Selo zu entfernen. Norwegische Organisationen haben schon begonnen, Protestschreiben an die russische Botschaft zu senden. Die gute Zusammenarbeit und Informationssammlung innerhalb des antifaschistischen Netzwerkes in Europa sorgte dafür, daß die Feier der norwegischen SS-Mitglieder empfindlich gestört wurde. ■

Dieser Beitrag wurde uns von Monitor – Norwegen zur Verfügung gestellt.

Bankraub auf Schwedisch

Zwei Polizisten von Neonazis hingerichtet

Drei Mitglieder der NATIONALSOZIALISTISCHEN FRONT (NSF) haben nach einem mißglückten Banküberfall zwei Polizeibeamte brutal ermordet. Der Anführer der NSF, ANDERS HOGSTRÖM, erklärte, daß er sich weder von den Mördern *»distanzieren werde«*, noch *»werden sie aus der Partei ausgeschlossen«*.

Der Doppelmord war das Ende eines klassischen Bankraubs am Nachmittag des 29. Mai. Zwei schwer bewaffnete Männer überfielen die Bank in Kisa, einem Ort 250 Kilometer südöstlich von Stockholm. Ein dritter Bankräuber, der mit einer automatischen Waffe bewaffnet war, hielt auf der Straße Wache und bedrohte Passanten außerhalb der Bank. Als die Bankräuber flüchteten, kam der örtliche Polizeichef KENNETH EKLUND hinzu und begann, die Angreifer zu verfolgen.

Die Bankräuber begannen sofort, das Polizeiauto unter Beschuß zu nehmen. Eklund mußte die Verfolgung nach wenigen Minuten kurzzeitig unterbrechen. Als das Fluchtauto weiterfuhr, setzte Eklund die Verfolgung fort.

Zwei Kilometer außerhalb der Stadt hatte Polizeichef Eklund als er sich einer scharfen Kurve näherte eine Vorahnung. In weiser Voraussicht, daß die Bankräuber ihm möglicherweise eine Falle stellen könnten, reduzierte er seine Geschwindigkeit. Er hatte Recht. Hinter der Kurve eröffneten automatische Maschinenpistolen das Feuer auf ihn. Das Auto von Eklund, der nur mit einer Handfeuerwaffe bewaffnet war, wurde buchstäblich in Stücke geschossen. Der sprichwörtliche Siebte Sinn rettete sein Leben. Die Schüsse zerstörten den Motor seines Autos und er mußte das Auto verlassen. Es gelang ihm 15 bis 20 Meter über eine offene Straße zu rennen und dann Deckung zu finden. Er versteckte sich in einem kleinen Sumpfgebiet neben der Straße.

Anstatt ihre Flucht fortzusetzen, nahmen die Bankräuber ruhig ihre Positionen wieder auf und feuerten unzählige Salven in das Sumpfgebiet ab. Offensichtlich dachten sie, daß sie Eklund getötet hätten, und fuhren dann weiter. Zu seiner eigenen Überraschung lebte Eklund noch und war unverletzt geblieben.

Tödliche Falle

Ungefähr zehn Kilometer östlich wechselten die Bankräuber ihr Auto und fuhren weiter. Sie wurden allerdings von einem zweiten Polizeiauto bemerkt, das von den Beamten OLOV BOREN und ROBERT KARLSTROM gefahren wurde, die gerade ihre Tagesschicht begonnen hatten. Boren und Karlstrom war das Auto merkwürdig vorgekommen und sie gaben das Kennzeichen über Funk durch. Sie folgten dem Fluchtauto eine zeitlang in sicherer Entfernung.

Hinter dem Ortseingang des Dorfes Malexander hielten die Bankräuber nach einer scharfen Kurve erneut an und brachten sich außerhalb des Autos in Schußposition. Als die Beamten Boren und Karlstrom um die Kurve kamen und gerade das Ergebnis der Kennzeichenabfrage erhielten, fuhren sie direkt in die Falle. Beide wurden offensichtlich völlig überrascht. Einem von ihnen gelang es, das Feuer mit seiner Dienstwaffe zu erwidern und einen der Angreifer zu verwunden. Trotzdem wurden beide Polizeibeamte durch Kopfschüsse getötet. Mehrere Quellen sagen, daß beide hingerichtet wurden. Das schwedische Fernsehen meldete, die Beiden seien durch Schüsse in den Hinterkopf getötet worden. Nach Angaben weiterer Quellen benutzten die Mörder dabei die Waffen der Polizeibeamten. Diese Behauptung wurde in der offiziellen Untersuchung zurückgewiesen.

Der verwundete Bankräuber – er hatte drei Schüsse in seine Hüfte und die Brust bekommen – überlebte, war aber in kritischem Zustand. Seine »Kameraden« warfen ihn einige Minuten später aus dem Auto und befahlen einem Zivilisten, ihn in ein nahegelegenes Krankenhaus zu fahren. Während der Fahrt versuchte der verletzte Bankräuber seinen »Retter« mit der Waffe zu bedrohen, der diese allerdings ganz einfach aus dem Autofenster schmiß.

Hochrangiges NSF-Mitglied

Der schwerverletzte Mörder wurde als ANDREAS AXELSSON identifiziert. Dieser Name ließ in der Antifa-Community die Alarmglocken klingeln, denn Axelsson ist ein bekannter Neonazi.

Er ist u.a. der ehemalige Herausgeber des STORM PRESS MAGAZIN (Sturm Presse), dem Propagandaheft der SMALAND SA, einer antisemitischen Neonazigruppe im mittleren Südschweden. Vor ungefähr einem Jahr wurde die Smaland SA von der Nationalsozialistischen Front (NSF) geschluckt, der am schnellsten wachsenden Naziorganisation in Schweden. Axelsson ist ein Freund und enger Mitarbeiter von ANDERS HOGSTRÖM, dem Anführer der NSF. Die Nachricht, daß ein hochrangiges NSF-Mitglied an einem Polizistendoppelmord beteiligt war, stürzte die Organisation kurzfristig in eine Krise, die sie jedoch schnell überwand. Hogström erklärte öffentlich, daß die Partei *»in keiner Art und Weise mit dem Bankraub in Verbindung steht«* und die Hinrichtung der beiden Polizisten *»nicht unterstützt«*. Auf die Frage, ob die Morde einen Ausschluß von Axelsson aus der NSF zur Folge hätten, erklärte Hogström, daß es Axelsson freistehe in der Organisation zu bleiben und daß die Partei ihm alle nötige Unterstützung geben werde. Aufgrund seiner Verletzungen wurde Axelsson bisher nicht allzu oft verhört. Er weigert sich, Aussagen zu machen. Als ihm die Anklage an seinem Krankenhausbett verlesen wurde, erklärte er, er sei *»unschuldig«*.

Schwarzer Nazi

Die Morde haben eine der größten Verfolgungsjagden in der Geschichte Schwedens nach sich gezogen. Ein zweiter Mörder wurde anhand von Fingerabdrücken auf einer Waffe, die die Angreifer weggeschmissen hatten, als JACKIE ARKLOV identifiziert. Arklov wurde in Liberia als Sohn einer schwarzer Mutter und eines weißen Vaters geboren und dann als Kind von einem schwedischen Ehepaar adpotiert. Mit 18 Jahren ging er zur Armee, wo er in der Eliteeinheit der Ranger ausgebildet wurde. Der Waffenfanatiker Arklov begann damit, die Waffen-SS zu verherrlichen. Er wurde zu einem lautstarken Antisemiten und übernahm den Haß der weißen Rassisten auf »race mixing«. 1994 ging Arklov nach Bosnien, wo er als Söldner in der »Anti-Terror-Gruppe« der kroatischen KNEZ DOMAGOJ BRIGADE von LUDOVIC PAVOLIC angeheuert wurde. Mit dieser Brigade beteiligte sich Arklov an der ethnischen Säuberung Kroatiens von bosnischen Moslems. Eine Zeitlang diente Arklov als Wachposten in einem Gefangenenlager im Distrikt von Caplinja, wo er nach Zeugenaussagen in seinem Prozeß in zahlreichen Fällen an Folterungen moslemischer Kriegsgefangener beteiligt war. Während einer Feuerpause im Jahr 1995 wurde Arklov von der bosnischen Polizei verhaftet und vor Gericht gebracht, wo er zu 13 Jahren Haft verurteilt wurde. Kurz darauf wurde er in einem Austausch mit bosnischen Gefangenen freigelassen und konnte nach Schweden ausreisen. Dort wurde er bei seiner Ankunft zwar festgenommen und für zwei Monate inhaftiert, kam dann aber mitsamt einer Haftentschädigung von 23.000,- schwedischen Kronen wieder frei, weil die schwedische Staatsanwaltschaft erklärte, es gäbe *»keine Grundlage«* für einen Prozeß in Schweden. Nach seiner Haftentlassung wurde Arklov Mit-

Nazis verüben Attentat auf schwedischen Journalisten

Am 28. Juni verübten Unbekannte einen gezielten Anschlag auf einen antifaschistischen Journalisten. Er hatte unter dem Pseudonym Peter Karlsson sowohl in der schwedischen Antifa-Zeitung Expo als auch in der bürgerlichen Zeitung Aftonbladet über schwedische Neonazis und speziell über das White Power Musik Netzwerk geschrieben. Er wurde gemeinsam mit seinem 8jährigen Sohn von einer Autobombe erfasst und mehrere Meter durch die Luft geschleudert. Die Polizei spricht von ernsten, aber nicht lebensgefährlichen Verletzungen bei beiden. Karlsson wollte sein Auto starten, das in einem Stockholmer Vorort parkte. Dadurch zündete er den Sprengsatz, der unter dem Fahrersitz angebracht war. Seine Frau, ebenfalls Journalistin mit dem Schwerpunkt White Power Musik, kam glücklicherweise mit einem Schock davon, sie war noch etwas weiter vom Auto entfernt. Vor dem Anschlag hatte das Paar Drohungen erhalten und stand unter Polizeischutz. Nur 48 Stunden später explodierte in Malmö eine zweite Autobombe. Hier hatte ein anonymer Anrufer die Polizei zu einem Auto gelockt, unter dem Vorwand, daß ein Autodiebstahl stattfände. Als ein Polizist den Wagen öffnen wollte, explodierte ein Sprengsatz und verletzte ihn schwer und seinen Kollegen leicht. Bisher hat sich niemand zu einem der beiden Anschläge bekannt.

glied in der NSF, die es »cool« fand, einen verurteilten Kriegsverbrecher in ihren Reihen zu haben. Arklov wurde vier Tage nach den Polizistenmorden in Stockholm festgenommen. Während der Festnahme erhielt er einen Schuß in den Rücken, ist aber nicht in Lebensgefahr. Er weigert sich, Aussagen zu machen.

Ein gedungener Mörder

Die Polizei erklärte kurz darauf, daß es sich bei dem dritten Verdächtigen um den 27jährigen TONY OLSSON handele. Olsson war ein ehemaliger Kader der inzwischen aufgelösten Naziorganisation REICH FRONT und zum Zeitpunkt der Morde auf Hafturlaub. Er wurde 1995 zu sechs Jahren Haft wegen Verschwörung zu einem Auftragsmord verurteilt und soll im Knast Mitglied der ARYAN BROTHERHOOD ORGANISATION (Arische Bruderschaft) gewesen sein. Olsson hatte Hafturlaub erhalten, weil er im Rahmen eines Resozialisierungsprogramms in einem Theaterstück mitspielte, das aufgrund seines Inhalts ziemlich umstritten ist. Am Tag vor der Schießerei hatte Olsson Hafturlaub erhalten, um bei der letzten Aufführung der Saison mitspielen zu können. Er verschwand direkt nach der Aufführung.

Flucht nach Costa Rica

In der folgenden Woche verfolgte die Polizei Olssons Bewegungen zwar anhand seiner Handyanrufe, konnte ihn aber trotzdem nicht verhaften. Währenddessen hatte die größte schwedische Tageszeitung, Aftonbladet, Kontakt zu Olssons Mutter, BRITT BODIN, aufgenommen. Trotz Polizeiüberwachung ihres Hauses, gelang es Britt Bodin zum Flughafen zu kommen und dort bestieg sie gemeinsam mit einem Reporter des Aftonbladet und ihrem Polizeischatten ein Flugzeug nach Costa Rica. Dort fanden sich dann auch Olsson und 120.000,- US-Dollar, ein Teil des geraubten Geldes, wieder. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß Britt Bodin gemeinsam mit ihrem Sohn in die Planung für den Auftragsmord verwickelt war und dafür auch zwei Jahre im Knast gesessen hat. Zehn Tage nach Olssons Flucht nach Costa Rica gelang es den schwedischen Behörden, obwohl es keine formellen Auslieferungsverträge mit Costa Rica gibt, die lokalen Behörden davon zu überzeugen, daß Olsson in Schweden vor Gericht gestellt werden müsse. Olsson wurde verhaftet und nach Schweden gebracht, während seine Mutter nach Florida ausreisen konnte. Für das Aftonbladet könnte die ganze Geschichte noch ein Nachspiel haben, da die Polizei extrem wütend darüber ist, daß das Aftonbladet Informationen über den Aufenthaltsort von Olsson zurückgehalten hatte.

Arische Kriegskasse

Da alle drei Verhafteten die Aussage verweigern, versucht die schwedische Polizei möglichst wenig Informationen nach außen dringen zu lassen. Ein Prozeß gegen die drei wird sich wahrscheinlich vor allem auf forensische Beweise stützen müssen. Die Gang ist außerdem ganz oben auf der Liste von Verdächtigen für mindestens vier weitere bewaffnete Raubüberfälle, die im vergangenen Jahr in der gleichen Gegend wie der Banküberfall stattgefunden haben. Allerdings waren an einigen der anderen Überfälle vier und nicht drei Personen beteiligt. Die Polizei weigert sich bisher, Spekulationen über die Identität der vierten Person sowie über die Höhe der geraubten Summe öffentlich zu machen. Eine anonyme Quelle spricht aber von rund fünf Millionen Kronen. Die offensichtliche Verbindung zwischen dem Banküberfall und den Neonazis hat zu Spekulationen darüber geführt, ob der Banküberfall dazu dienen sollte, Gelder für die *»weiße Revolution«* zu sammeln. Zumindest behaupten Freunde von Axelsson, daß sie sich nicht vorstellen können, daß er ein *»gewöhnlicher Krimineller«* sein könnte. ■

Vom schwedischen Korrespondenten des AIB

Rußland I

Erneut Anschlag auf Synagoge

Am 1. Mai 1999 sind in Moskau annähernd zeitgleich an zwei Synagogen Bomben detoniert. Unter Berufung auf die Sicherheitsbehörden meldeten russische Nachrichtenagenturen, daß niemand durch die Detonationen verletzt worden sei. Die Moskauer Hauptsynagoge und die Synagoge im Stadtteil Marina Roschtscha seien betroffen gewesen. Dies war bereits der vierte Anschlag seit 1993 auf diese Synagogen. PINCHAS GOLDSCHMIT, der Moskauer Oberrabbiner, vermutet einen Zusammenhang mit den teilweise antisemitischen Losungen der Kommunisten und deren Kundgebungen zum 1. Mai.

Rußland II

Nazi-Gruppe verfassungswidrig

Ein Moskauer Gericht hat erstmals die Auflösung eines regionalen Verbandes der rechtsradikalen Partei RUSSISCHE NATIONALE EINHEIT (RNE) angeordnet. Das Gericht entzog der RNE-Gruppe wegen verfassungswidriger Tätigkeit die Registrierung. In der Urteilsbegründung hieß es, die RNE habe unter anderem die Parteizeitung RUSSISCHE ORDNUNG an Minderjährige verteilt und sei gesetzeswidrig außerhalb Moskaus tätig gewesen.

Im Frühjahr hatte ein RNE-Marsch in Moskau für Empörung gesorgt, weil paramilitärisch gekleidete Teilnehmer mit dem Hitlergruß zu sehen waren. Der Aufmarsch war von der Polizei nicht verhindert worden.

Die RNE, welche nach Schätzungen landesweit mit etwa 12.000 Mitgliedern als die größte und am besten organisierte rechtsextreme Gruppe gilt, will gegen das Urteil in Berufung gehen.

Niederlande

Hitler-Geburtstag zelebriert

Etwa 80 niederländische und deutsche Neonazis haben am 20. April 1999 in der Nähe von Nimwegen anläßlich des »Hitler-Geburtstages« ein Treffen organisiert. Unter dem Vorwand eines Familientreffens hatten sie einen Saal in einer kleinen Ortschaft angemietet. Der Wirt rief die Polizei, als er erkannte, welcher Gesinnung die Gäste angehörten. Die griff jedoch nicht ein, da es sich laut Polizeisprecherin um eine geschlossene Veranstaltung gehandelt habe.

Norwegen

Übergriff auf Flüchtlinge

In der norwegischen Hauptstadt Oslo wurden in einem Flüchtlingszentrum mehrere Kosovo-Flüchtlinge von einer Gruppe junger Männer angegriffen. Nach Polizeiangaben wurden Fensterscheiben des Hauses mit Eisenstangen zertrümmert, in dem seit zehn Monaten eine Flüchtlingsfamilie wohnt. Bei diesen Attacken sei niemand verletzt worden.

Drei Männer im Alter zwischen 20 und 30 Jahren wurden von der Polizei festgenommen. Die Männer sollen mit weiteren drei Komplizen die Familie attackiert haben.

Ein norwegischer Fernsehsender berichtete, daß die drei Männer, von denen zwei norwegischer und einer dänischer Herkunft sind, Mitglieder einer rechtsextremen Gruppierung seien. Die Polizei dementierte diesen Vorwurf jedoch.

In Erinnerung an
Raynard T. Davis

20. August 1963 – 7. April 1999

Unser Freund und Genosse Ray wurde in der Nacht vom 7. April in Washington DC von einem unbekannten Täter auf offener Straße erstochen.

Ray war Mitglied in der Student Coalition against Racism (SCAR) und lange Jahre in antifaschistischen und antirassistischen Initiativen in den USA aktiv.

Als afroamerikanischer Aktivist, der Internationalismus gelebt hat und dem der Blick über die Grenzen wichtig war, hatte Ray im Frühjahr 1990 eine Rundreise durch Deutschland gemacht und dabei viele Kontakte mit AntifaschistInnen und AntirassistInnen aufgebaut, auf die wir über Jahre hinweg zurückgreifen konnten.

Wir werden sein Lachen, seinen Zorn und seine Ideen vermissen.

Die Infoblattredaktion und andere GenossInnen in Deutschland

Australien

Haftbefehl gegen Revisionisten

Gegen den rechtsextremen australischen Historiker FREDERICK TOBEN ist im Juni in Mannheim Haftbefehl wegen des Verdachtes der Volksverhetzung erlassen worden. Der Vorwurf lautet außerdem auf Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener.

Die Staatsanwaltschaft in Mannheim wirft Toben vor, daß er seit einiger Zeit über eigene Medien und per Internet antisemitisches und neonazistisches Gedankengut verbreite. Unter anderem werde dort der Mord an Millionen von Juden durch die Nazis in Konzentrationslagern geleugnet.

Toben äußerte in einem Interview, es habe den Anschein, daß die Vergasung der Juden technisch nicht möglich gewesen sei. Der 54jährige Toben und das von ihm geführte ADELAIDE INSTITUTE gehören zu den Leugnern des Holocaust.

Nachdem Toben in Mannheim vorläufig festgenommen wurde, sagte er in einer Vernehmung, daß er als Tourist eingereist sei, um mit Richtern und Staatsanwälten über das Thema Holocaust zu reden.

Österreich

Übergriffe mit Unterstützung aus Deutschland

In Vorarlberg gab es seit Mitte April rechtsextreme Übergriffe und zwei Angriffe auf eine »linke« Kneipe, sowie ein Jugendzentrum. An diesen Übergriffen nahmen bis zu 40 rechtsextreme Jugendliche teil, die zum Teil aus Deutschland stammen.

Frankreich

Österreichisches Zentrum besetzt

In Paris haben im April etwa 20 Demonstranten vorübergehend das österreichische Zentrum besetzt. Sie demonstrierten gegen die Wahl JÖRG HAIDERS zum Landeshauptmann in Kärnten. Ein Sprecher der Gruppe RAS L´FRONT sagte, daß mit dieser Aktion darauf aufmerksam gemacht werden solle, daß sich ihre Organisation nicht nur gegen den FRONT NATIONAL in Frankreich richte, sondern auch gegen die Zunahme der rechtsextremen Parteien in anderen Ländern.

Keinen Wecker
und keinen
Wasser-Max,

aber eins unserer fünf Pakete (s.u.) gibt´s umsonst ins Haus, wenn Du das AIB bis zum 31. Mai '99 abonnierst.

*Einfach den nebenstehenden **Coupon ausfüllen** und dazuschreiben, welches AIB- oder WGA-Paket Du haben willst und dann:*

Ab in den Briefkasten.

AIB-Paket A
Ausgaben 14,17,18,23,24,25,26 für 15,- DM incl. Porto.

AIB-Paket B
Ausgaben 27,28,29,30,31,32,33 für 22,- DM incl. Porto.

AIB-Paket C
Ausgaben 34,35,36,37,38,39,40 für 22,- DM incl. Porto.

Alle AIB-Paket zusammen gibt's für 50.- incl. Porto!

WGA-Paket I
Ausgaben 01, 02, 04, 05, 06, 07, 08, Index für 10,- DM incl. Porto

WGA-Paket II
Ausgaben 10, 11, 13, 15, 16, 17, 18, Index für 10,- DM incl. Porto

Abo & Nachbestellung

Abos
Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du sie bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Nachbestellung
Ausverkaufte Ausgaben sind nur noch als Kopien für Archive und in Sonderfällen erhältlich. Zu dem Preis für die Ausgaben kommt der entsprechende Portobetrag (3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM).

- ○ Ich abonniere das AIB ab Ausgabe Nr. [ ] (incl.)
  - ○ für fünf Ausgaben (30.- DM)
  - ○ für zehn Ausgaben (60.- DM)
  - ○ je zwei Exemplare von fünf Ausgaben (50.- DM)
  - ○ je zwei Exemplare von zehn Ausgaben (100.- DM)
- ○ Geschenkabo für die untenstehende Person
- ○ Knastabo für untenstehende Person oder ihr sucht jemanden aus
- ○ Ich bestelle folgende alte Ausgaben / AIB-/WGA-Pakete: [ ]

Adresse:

Weiterverkauf

Preise
ab drei Stück pro Ausgabe: 6,- DM
ab fünf Stück: 20% Rabatt
ab 50 Stück: 25% Rabatt
(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

Ich möchte das AIB weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf Euer Konto.

○ Bitte sendet mir [ ] Hefte ab der Nr. [ ] solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile.

Nicht verkaufte, unbeschädigte Exemplare könnt Ihr zurückschicken. Der entsprechende Betrag wird Euch gutgeschrieben.

Konto
J. Lehmann
Kto-Nr.: 411 960 - 105
BLZ: 100 100 10
Postbank Berlin

Für alles außer dem Weiterverkauf gilt Vorkasse! Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung. Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Lieferbare AIBs

→ AIB 14 (Früh/91): 3,00 DM
Gladio +++ Antifa in Leipzig +++ die »Deutsche Allianz« +++ Interview mit franz. Antifas

→ AIB 17 (3/92): 4,00 DM
Kühnen-Beerdigung, Fiasko für seine Erben +++ »Revisionismus« als faschist. Strategie +++ Schweden & Frankreich

→ AIB 18 (5/92): 4,00 DM
»Neue Rechte« +++ Neues von der GdNF +++ Rassismus in Medien & auf der Straße +++ Dänemark

→ AIB 23 (Som/93): 4,00 DM
Solingen: Einzeltäter? +++ Behinderte im NS +++ DESG und Denkfabrik +++ »Die Bürger« +++ die alte »Neue Front«

→ AIB 24 (10/93): 4,00 DM
NF- & NB-Nachfolgegruppen +++ Aufmarsch in Fulda +++ VDA +++ Junge Freiheit +++ Südafrika

→ AIB 25 (12/93): 4,00 DM
Verhaftungen wg. Kaindl +++ Nazi-Rock i.d. BRD +++ Staatlicher Rassismus +++ Eichberg, Burschenschaften +++ Organisierung der Naziszene

→ AIB 26 (3/94): 5,00 DM
Innere Sicherheit, Briefbomben, Anti-Antifa +++ »Moderne Zeiten« +++ Roma in Europa

→ AIB 27 (6/94): 5,00 DM
illegale NSDAP +++ CDU und Innere Sicherheit +++ Italien: Faschisten a.d. Regierung

→ AIB 28 (11/94): 5,00 DM
der Apparat rückt nach rechts +++ NF-Nachfolge +++ Nationalbolschewismus +++ Schweden: VAM

→ AIB 29 (3/95): 5,00 DM
Wohin treibt die FDP? +++ Frauen und Neofaschismus +++ Einblick-Prozeß +++ DKeG +++ KZs Oranienburg & Treblinka

→ AIB 30 (6/95): 5,00 DM
Werwolf - Nazis go terror +++ Gedenkveranstaltungen zur Befreiung+++ Anschlag in Oklahoma

→ AIB 31 (9/95): 5,00 DM
aus dem Parteiarchiv der NF +++ Roskilde: Nazis packen ein +++ Verbrechen der Wehrmacht +++ der Begriff »Neue Rechte« +++ Frauen in der Anti-Antifa

→ AIB 32 (11/95): 5,00 DM
Ausbau der Inneren Sicherheit +++ Graue Wölfe +++ Veganer auf rechtem Weg? +++ Österreich: Prozeß, Bomben, Wahlen

→ AIB 33 (2/96): 5,00 DM
Runde Tische +++ das Netzwerk der Neonazis +++ Beilage: Faschismus i.d. USA +++ Hermann-Niermann-Stiftung

→ AIB 34 (5/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht +++ Umstrukturierung d. Naziskin-szene +++ »Befreite Zonen« +++ Oklahoma-Prozeß

→ AIB 35 (7/96): 5,00 DM
Nazis in der Offensive +++ Aufmarsch in Marzahn +++ neue Bedeutung der JN +++ Ostpreußenblatt +++ Band-Interview: rechte Grufties?

→ AIB 36 (9/96): 5,00 DM
Schwerpunkt I: Regionalismus +++ Schwerpunkt II: Lübeck - Grevesmühlen +++ Interview m. d. Antifa (M)

→ AIB 37 (12/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Osteuropa +++ Nazis in Internet und Offenem Kanal +++ Heitmeyer-Kritik +++ Goldhagen +++ Österreich

→ AIB 38 (4/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Soziale Frage +++ Nazimarsch in München +++ Berührungen zwischen Faschismus & Feminismus

→ AIB 39 (7/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Jugend & Subkultur +++ Nazimärsche am 1. Mai +++ JN-Kongreß +++ Deutschland-Stiftung

→ AIB 40 (9/97): 5,00 DM
10 Jahre AIB +++ Prozeß gegen Kay Diesner +++ Nazi-Versände +++ Front National +++ »Otto-von-Bismarck-Stiftung«

→ AIB 41 (11/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Rückblicke & Ausblicke +++ Befreite Zonen +++ Wehrmachtsausstellung in Marburg +++ Antifa in Canada

→ AIB 42 (2/98): 5,00 DM
Schwerpunkt: Extreme Rechte, Ostexpansion & die Bundeswehr +++ NPD mit Führungsanspruch +++ Studienzentrum Weikersheim +++ Sababurgrunden

→ AIB 43 (4/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: NPD – Hinter den Kulissen +++ Saalfeld: Rechter Konsens +++ »Neurechtes« Netzwerk »Synergies Européennes« +++ Rußland, Frankreich, Schweden

→ AIB 44 (6/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: Rechte Jugend zwischen Mainstream, Clique und Partei +++ Rechtsparteien nach Sachsen-Anhalt +++ Rechte und der Euro +++ Heidentum +++ Frankreich, Rußland, Schweiz

→ AIB 45 (10/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: Wahlen '98 +++ Euthanasie & Eugenik +++ Nazi-Szene in Sachsen +++ Vertriebene +++ Entschädigung

→ AIB 46 (1/99): 6,00 DM
Schwerpunkt: »Soziale« Konzepte von Rechts +++ Vom Knast zur Kameradschaft +++ Frauen ohne Asylrechte +++ Lebensschützer in den USA

→ AIB 47 (4/99): 6,00 DM
Schwerpunkt: Antisemitismus +++Doppelte Staatsbürgerschaft +++ Bombenanschlag in Saarbrücken +++ Hintergründe aus Frankreich und Österreich



http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib